

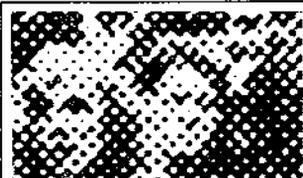
FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Sonderheft/89



40 Jahre
Soziale
Bewegungen:
von der
verordneten
zur
erstrittenen
Demokratie



IMPRESSUM

FORSCHUNGSJOURNAL
NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN

Herausgeber:

Forschu-Gruppe Neue Soziale Bewegungen

- 2. Jahrgang - Sonderheft - November 1989

Redaktion:

Ansgar Klein, Bonn
Hans-Josef Legrand, Bonn
Thomas Leif, Wiesbaden

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt

dieser Ausgabe: Ansgar Klein und Hans-Josef
Legrand (Vr. S. a. P.)

Beratung und wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Karin Benz-Ovchage, Frankfurt
Prof. Dr. Andreas Buro, Gravenwiesbach
Wolfgang Dele, Gießen
Prof. Dr. Ute Gerhard-Tönscher, Frankfurt
Prof. Dr. Robert Jungk, Salzburg
Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg,
Dr. Antje Kullmer, Bonn
Hedemarie Wiczorek-Zeuf, Bonn Wiesbaden

Die Zeitschrift „Forschungsjournal Neue
Soziale Bewegungen“ erscheint mit einem
Umfang von 124 Seiten vierteljährig. Einzel-
exemplare kosten DM 9,- plus 0,80 DM
Versandgebühr. Das Jahressabo kostet DM 33,-.
Ein Förderabo zur Unterstützung der Zeitschrift
kostet DM 50,- bzw. 100,- DM.

Redaktionsanschrift und Bestelladresse:

Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif
Neubauerstraße 17
6200 Wiesbaden

Rechnungsbeträge ausschließlich auf folgendes

Konto der Forschungsgruppe:
Hans-Josef Legrand
c/o Forschungsjournal NSB
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00
Girokonto-Nr. 750 6371

Satz: AbSatz Typographisches Büro, Huya

Druck: vda, 2304 Brodersdorf

Anzeigenverwaltung: Sven Krenz, Werbe-
kommunikation, Goebenstr. 4, 5300 Bonn 1,
Tel. (0228) 216783. Es gilt die Anzeigentafel
Nr. 2 vom 15.11.1988.

Redaktion und Herausgeber tragen für die
Konzeption der Zeitschrift und der Schwer-
punktausgaben Verantwortung. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge müssen nicht in allen
Fällen der Meinung der Redaktion entsprechen.
Die Verantwortung obliegt den VerfasserInnen.

Copyright für alle Beiträge, die im Forschungs-
journal Neue Soziale Bewegungen veröffentlicht
werden, liegt bei der Forschungsgruppe Neue
Soziale Bewegungen.

ISSN 0933-9361

INHALT

In eigener Sache

Zum Themenschwerpunkt dieser Ausgabe

4

Lothar Rolke

Erinnerungen an die Zukunft der Demokratie:

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 40 Jahre Soziale Bewegungen

9

Karl A. Otto

Die Studentenbewegung von 1968:

Mythen und Wirkungen

18

Roland Roth

Neue Soziale Bewegungen als politische Institution:

Angeregungen für einen theoretischen Perspektivenwechsel

33

Silvia Kontos

„Von heute an gib's mein Programm“:

Zum Verhältnis von Partizipation und Autonomie in der Politik der
neuen Frauenbewegung

52

Mecki Bock/Bärbel Clemens/Lore Deppel/Ursula Müller

„Uns fehlt der Mut zur Männerfeindlichkeit“:

Eine Zwischenbilanz nach zwanzig Jahren Frauenbewegung
in der Bundesrepublik Deutschland

66

Jürgen Seifert

Legalität, Illegalität, Bürgerrechtsbewegung

80

Otto Kallscheuer

Schwierigkeiten beim Aneignen von Demokratie:

Zur Verfassung der bundesdeutschen Protestbewegung

89

Alex Demirovic

Die Linke vor der Demokratie:

40 Jahre linkssozialistische Demokratiediskussion

99

Wilfried Röhrich

Passivität und Partizipation:

Die Bundesrepublik zwischen formaler Demokratie und
Bürgerinitiativen

114

<i>Diemut Schnetz</i>	
Unterschätzte Akteure: Demokratie von unten in selbstorganisierten Bürgergruppen	124
<i>Klaus Vack</i>	
Blick zurück ohne Zorn? Einige politisch-persönliche Auskünfte über Engagement und Organisation sozialer Bewegungen	131
<i>Literaturauswahl:</i>	
40 Jahre Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik 1949-1988	140
<i>Ereignisse und Etappen:</i>	
Eine Chronologie zu 40 Jahren Soziale Bewegungen in der BRD	142
Bewegungswissenschaft in der Diskussion	
<i>Dieter Rucht</i>	
Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland	158
PULSSCHLAG	
<i>Bericht über einen Frankfurter Frauenkongreß</i>	
<i>Bericht vom Sommerseminar des TAK AÖ</i>	
Die Hamburger Stiftung für Sozialforschung	170
TREIBGUT	
Material	177
BEWEGUNG IN DER LITERATUR	
Rezeptionen	180
Aktuelle Bibliographie	186

Sonderausgabe zum Sonderpreis

Wie bereits im vorangegangenen Heft angekündigt, mußten die Kosten für diese aufwendige Sonderausgabe von uns privat vorgestreckt werden. Das 'normale' Abonnement 1989 war ja bereits durch die bisher erschienenen, teuer produzierten Hefte abgedeckt.

Um einen Teil unserer Kosten wieder zu erwirtschaften, müssen wir von allen Lesern den Sonderpreis von 12,- DM verlangen. Dem Heft liegt ein entsprechender Überweisungsvordruck bei. Wir sind sicher, daß die Qualität dieser Sonderausgabe den Preis rechtfertigt. Statt auf weitere Appelle, hoffen wir auf die Vernunft unserer Leser und ihre Verbindung zum Projekt 'Forschungsjournal'.

Wer trotzdem die 12,- DM nicht zahlen möchte, muß das Heft wieder an die Redaktion zurückschicken.

Da wir nur eine relativ kleine Auflage finanzieren können und unsere prekäre Finanzlage unbedingt verbessern müssen, sind wir auf den Verkauf aller Hefte angewiesen.

Vielen Dank

Redaktion Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen

In eigener Sache

Die in Heft 3–4/1989 des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* angekündigte Bilanz-Ausgabe „40 Jahre Bundesrepublik – 40 Jahre Soziale Bewegungen“ liegt vor. Die Idee, ein Sonderheft zu diesem Thema zusammenzustellen, war auf einem Seminar der Stiftung Die Mitarbeit an die Redaktion herangetragen worden. Wir haben gerne diesen Vorschlag aufgegriffen und versucht, die konzeptionellen Anregungen umzusetzen. Unser Dank gilt den TeilnehmerInnen der Bonner Veranstaltung „Demokratie Entwicklung“ für ihre Initiative. Besonders wollen wir uns bei Bärbel Clemens (Hannover) bedanken, die für die Redaktion das Rundgespräch über 20 Jahre Frauenbewegung vorbereitet, moderiert und ausgewertet hat.

Im letzten Heft des Forschungsjournals hatten wir an unsere LeserInnen appelliert, für die Zeitschrift im privaten und beruflichen Umfeld zu werben. Die Resonanz war (leider) noch nicht so groß wie wir erwartet hatten. Deshalb legen wir auch diesem Sonderheft wieder eine Abo-Karte mit der herzlichen Bitte an alle AbonnentInnen bei, sie an Interessierte weiterzuleiten. Ohne neue AbonnentInnen bleibt die finanzielle Basis für die Zeitschrift nach wie vor prekär. Wir gehen davon aus, daß nach den beiden letzten umfangreichen Heften, für deren Finanzierung der vergleichsweise niedrige Jahres-Abo-Preis von DM 35,- gerade gelangt hat, sich alle LeserInnen an den Kosten, die dieses Sonderheft zusätzlich verschlingt, beteiligen (ein Überweisungsträger liegt dieser Ausgabe bei).

Den dritten Jahrgang des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* werden wir im Januar mit dem Schwerpunktthema: Gegenexperten in der Risikogesellschaft (Autoren u.a.: Ulrich Beck, Claus Leggewie, Michael Opielka, Rainer Hohlfeld und Paula Bradish) starten.

Bonn / Wiesbaden, im Oktober 1989
Die Redaktion



Zum Themenschwerpunkt dieses Heftes

Pracht und Pomp unsererer französischen Nachbarn anlässlich des 200. Jahrestages ihrer Revolution haben den hiesigen 40-Jahre-Jubelfeierlichkeiten ohne Mühe den medialen Rang abgelaufen. Aber was bedeutet schon die Erinnerung eines Gründungsprozesses, der sich an der Methode des Fertighausbaus zu orientieren schien, im Vergleich mit dem dramatischen Entstehen einer Republik aus den Trümmern des Absolutismus?

Die Selbstinszenierung der politischen Institutionen im ritualisierten Umgang mit der Geschichte verhiß hierzulande nur eine müde innerinstitutionelle Nabelschau nach Maßgabe des Protokolls. Schon dem Gründungsakt der Republik hatte es an „drive“ gefehlt.

Im Bastille-Sturm und der Guillotine symbolisierte selbst noch das Medienspektakel des Bicentenaire die umstürzlerische Kraft der sozialen Revolution als Fundament der Demokratie. Die von den Alliierten der Westzonen verordnete Demokratie entfachte damals hingegen kaum Begeisterungstürme, sondern mobilisierte eher die bekannten Sekundärtugenden des deutschen Michel: Pflichtbewußtsein und Ordnungseifer. Noch der zögerlich-bürokratische, bald zum Erliegen gekommen



Gang der Entnazifizierungsprozesse demonstrierte die sicher gutgemeinte erzieherische Absicht der Siegermächte, unseren Müttern und Vätern mit dem moralischen Zeigefinger wohltdosierte Portionen an demokratischem Bewußtsein zu vermitteln. Das zarte Pflänzlein der Demokratie mußte auf den kahlgeschlagenen Flächen des tausendjährigen Reiches großgezogen werden. Der Geist der amerikanischen Gründerväter sollte der behutsam eingesetzte Dünger sein. Als resistenzförderndes Pestizid fungierte das Konzept der wehrhaften Demokratie mit seinen an die Bürger adressierten staatstragenden Loyalitätszumutungen.

Das vorherrschende Demokratieverständnis war formal und staatszentriert. Von den Schaltstellen der Macht herab wurde ausgrenzende Feindaufklärung schon dann betrieben, wenn an der – rasch etablierten – Parteienoligarchie vorbei um die Legitimität von Problemstellungen und Zielsetzungen gerungen werden sollte.

Soziale Bewegungen und Bürgerprotest agierten in der Bundesrepublik daher von vornherein unter den erschwerten Bedingungen einer „exklusiven“ Demokratie. Ob gewerkschaftliche Kämpfe um wirtschaftliche Mitbestimmung, Proteste gegen die Wiederaufrüstung und Notstandsgesetze, die Frauenbewegung oder die Ökologiebewegung: Der Beitrag sozialer Bewegungen für die bundesrepublikanische Demokratie muß stärker herausgearbeitet werden. In zahlreichen Auseinandersetzungen mußte die Demokratie als offener Prozeß des Umgangs mit divergierenden Interessen von ihnen erst gegen ein verengtes Demokratieverständnis erstritten werden. Trotz zyklischen Verlaufs des Protestes scheinen die neuen sozialen Bewegungen neben Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Massenmedien inzwischen zu einem relativ stabilen politischen Faktor im Kräftefeld gesellschaftlicher Konfliktlagen geworden zu sein.

Der Rückblick auf die Kämpfe der sozialen Bewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik steht quer zu jeglicher Art innerinstitutioneller Nabel-

schau. Er verhilft zu einer empirisch gesättigten Sichtweise der Demokratie als eines dynamischen Prozesses im Spannungsfeld sozialer und ökonomischer Interessen, kultureller Deutungsmuster, Lebensstile und Mentalitäten sowie politischer Regulationsformen. Jenseits eines nur formalen Demokratieverständnisses werden so politische Entscheidungen wie auch die sie einbettenden politischen Institutionen selber als Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sichtbar.

Die theoretische Verarbeitung der dort, in den neuen sozialen Bewegungen, gemachten Erfahrungen führt aus innerer Logik – nicht aufgrund äußerlicher Anlässe – zu einer erneuten Diskussion der „demokratischen Frage“¹. Die Geschichte des Kampfs um Anerkennung, den soziale Bewegungen – und das nicht erst seit 40 Jahren – führen, ist eine Abfolge von Erfolgen und Niederlagen, Erfahrungen und Lernprozessen. Für diese Lernprozesse spielt das Verhalten der politischen Gegner eine maßgebliche Rolle. In der Bundesrepublik besonders ausgeprägt ist eine spezifische Arroganz der Mitte, mit der v.a. die großen Volksparteien ihre staatstragende Rolle oftmals herausgestrichen haben. Die hinhaltende Nichtanerkennung der Legitimität der von den neuen sozialen Bewegungen vorgetragenen Forderungen lief oft parallel mit dem gegen sie gerichteten Einsatz von sicherheits- und obrigkeitsstaatlich ausgebauten Machtmitteln. Angehäufte, oft herbe Konflikt Erfahrungen lenken jedoch – durchaus selbstkritisch – den Blick auf die Konfliktstile und Spielregeln einer Gesellschaft.

Die demokratische Frage liegt tiefer als die politische Trennung von progressiv-emanzipatorisch und konservativ-reaktionär. Nicht wer herrscht, sondern wie Herrschaft ausgeübt wird, ist auch innerhalb der Diskussionen der neuen sozialen Bewegungen von immer größerem Interesse. Die Antagonismen innerhalb einer Gesellschaft können auf verschiedene Weise praktisch werden. Die grundlegende, demokratieverbürgende Möglich-



keit gesellschaftlicher Minderheiten und sozialer Bewegungen, um Mehrheiten im politischen System unter Bedingungen gleicher Freiheiten kämpfen zu können, ist gerade vor dem Hintergrund des osteuropäischen Aufbruchs zur Demokratie als Erlungenschaft zu begreifen. Sie ermöglicht einen nicht abgeschlossenen und nicht abschließbaren Prozeß der Demokratisierung. Jenseits von vor-schnellen Harmonisierungen bedeutet dies, daß die Art und Weise, mit der soziale Bewegungen ihre Anliegen vertreten und die Agenda des Politischen erweitern, selber nicht gleichgültig ist. Die demokratische Frage ist – das zeigen 40 Jahre bundesrepublikanische Bewegungsgeschichte – die Frage nach den Konturen eines antietatistischen „inkluisiven“ Politik- und Demokratieverständnisses, das dennoch nicht in Antinstitutionalismus umschlägt. Ein solches Verständnis erst erlaubt es, die Einheit der Gesellschaft als „symbolische Einheit von Mannigfaltigkeit, Differenz und Konflikten“² zu begreifen. Ansätze einer solchen Deutung zeichnen sich in den derzeitigen Diskussionen ab. Das dabei intendierte Demokratieverständnis ist lebendiger als ein stoisch anmutender Verfassungspatriotismus: Die Partizipation aller an der Macht in der civil society kommt ohne den – zuweilen heftigen – Streit der Meinungen nicht aus und beschränkt sich nicht auf die kühle Vernunft rechtsstaatlicher Grundsätze und Verfahren. Ein solches Verständnis steht aber vor allem sperrig zu allen Versuchen, die Nation als Sinnbild kollektiver Identität wiederzubeleben. „Die Gegenwart erweist sich als unbenennbar oder erhält nur in der Fiktion einer Zukunft einen Namen. Das Abenteuer gestattet niemandem, sich auf der Suche nach Identität der Erfahrung der Zerrissenheit zu entledigen.“³

Lothar Rolke bezeichnet es als einen wesentlichen Verdienst der Protestbewegungen, der demokratischen Normalität eines selbstverständ-

lichen Umgangs mit Konfliktformen und strittigen Themen in der politisch-demokratischen Kultur der Bundesrepublik gegen alle Widerstände zum Durchbruch verholfen zu haben. Er gibt einen Überblick über die wichtigsten Bewegungen der noch jungen bundesrepublikanischen Vergangenheit, die vor allem weiterhin dazu aufgefordert bleiben, Wege konkreter Politikgestaltung zu suchen.

Die Studentenbewegung ist ohne Ostermarschbewegung und die Bewegung gegen die Notstandsgesetze nicht angemessen zu begreifen. Karl A. Otto sieht – wie wohl der mainstream in der 68-Debatte der letzten Zeit – die zentrale Wirkung der Studentenbewegung in der Demokratisierung von politischer Kultur und sozialkulturellen Verhältnissen. Mit ihrem problematischen Erbe – Betroffenheitskultur, Dogmatismus, Gewaltfälle – hatten (und haben) sich die nachfolgenden sozialen Bewegungen auseinanderzusetzen.

Die neuen sozialen Bewegungen verfügen mittlerweile unstrittig über die ständig mobilisierbare Fähigkeit zur Einmischung in die öffentlichen Diskussionen. Sie sind daher ein eigengewichtiger Faktor im politischen System geworden, der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände unter Reaktionszwang zu setzen vermag. In anschaulicher Weise demonstriert Roland Roth die organisatorische Kreativität und institutionelle Gestaltungskraft der neuen sozialen Bewegungen. Seine These ihrer politischen Institutionalisierung hat eine lebhaft Diskussions ausgelöst (dazu: Forschungsjournal 3/4 dieses Jahres). Die Redaktion veröffentlicht die überarbeitete Fassung des von Roth 1988 anläßlich des Darmstädter Politologentages gehaltenen, bisher unpublizierten Beitrags.

Die neue Frauenbewegung entstand aus den negativen Erfahrungen mit der eingengt männlich definierten Emanzipationsperspektive der Studentenbewegung. Sie bedeutete zugleich ei-



ne Kritik des auf das Frauenwahlrecht – und die damit verbundenen Gleichheitsforderungen – fixierten Liberalismus wie auch des politökonomisch und klassentheoretisch orientierten Sozialismus als politisch integrativen Theorieangebot. **Silvia Kontos** verortet das Selbstverständnis der neuen, autonomen Frauenbewegung entlang der Aufmerksamkeitsachse für die Mikrostrukturen des patriarchalisch dominierten Geschlechterverhältnisses. Ihre identitätsverbürgende Sensibilität für die politischen und sozialen Dimensionen der Körperlichkeit wird selbst von den gängigen Theorien über neue soziale Bewegungen nicht angemessen wahrgenommen. Kontos skizziert die zentralen Entwicklungs- und Lernprozesse der autonomen Frauenbewegung. Nach der allmählichen Herausbildung eines eigenen Selbstverständnisses – wobei die konkreten politischen Umsetzungsarbeiten der eigenen Ideen den Frauen in den Institutionen überlassen worden waren – kam es zu einer Diffusion zahlreicher Projekte und Berufsfelder, zu Professionalisierung und Differenzierung. Nunmehr, so Kontos, sei es an der Zeit, daß die autonome Frauenbewegung das in zahlreichen Erfahrungsfeldern erprobte Selbstverständnis offensiv für eine Politik eigenen Stils – ohne Berührungängste gegenüber den Institutionen – nutze.

Die Erfahrungen der neuen Frauenbewegung bilanziert auch das Gespräch, das **Bärbel Clemens** mit **Mecki Bock**, **Lore Deppe** und **Ursula Müller** führte. Es dreht sich vor allem um die zentrale Frage, wie Männer zur Machtabgabe motiviert werden können. Die Diskussion über das Geschlechterverhältnis drohe mit Partnerschaftsduselei die wirklichen Machtasymmetrien zu überdecken. Ob freilich die Parole vom „Mut zur Männerfeindlichkeit“ als wegweisend angesehen werden kann, scheint zumindest einiger Nachfragen wert (siehe dazu auch den Beitrag von **Otto Kallscheuer** i.d. Heft).

Die mit Hilfe **Agnolis** und **Horkheimers** interpretierten – und stark negativ akzentuierten – Erfahrungen mit der Notstandsgesetzgebung haben **Jürgen Seifert** zufolge innerhalb der Studentenbewegung zu einer problematischen Trennung der sozialistischen Strategien vom bürgerrechtlichen Kampf um Verfassungspositionen geführt. Unter Bezugnahme auf **Wolfgang Abendroths** marxistische Rechts- und Verfassungstheorie plädiert Seifert stattdessen für eine ständige Bezugnahme von Rechtspositionen und dem Kampf um gesellschaftliche Veränderungen. Seifert skizziert vor diesem Hintergrund die Entwicklung der Bürgerrechtspolitik in der Bundesrepublik.

Massive Schwierigkeiten beim Aneignen von Demokratie diagnostiziert **Otto Kallscheuer** bei den bundesdeutschen Protestbewegungen. Als wichtigsten, noch immer nicht überall vollzogenen politischen Lernschritt wertet er die Transformation religiöser, sozialer und kultureller Feindschaft in politische Gegnerschaft. Der bewußte Eingriff in die politische Gestalt der Republik verläuft nur über die Auseinandersetzung mit der realen Pluralität von Interessen und Meinungen im jeweils umkämpften Feld. Demokratiedefizite müssen – jenseits einer bloß populistisch denunzierenden Kritik – als Gestaltungsaufgabe erst wieder thematisiert werden. Die gegen die – unsägliche – Partei der „Republikaner“ mit Verbotsforderungen auftretenden militanten Antifaschisten müssen sich, um ein Beispiel zu nennen, nach dem demokratischen Nutzen ihres Konzepts letztlich staatsfiktiver Konfliktaustragung fragen lassen. **Kallscheuer** fordert vehement ein Konzept politischer Konfliktaustragung, das im gestalterischen Eingriff in umstrittene Politikfelder zum Prüfstein eines wohlverstandenen(!) Republikanismus werde.



Alex Demirovic geht den linkssozialistischen Diskussionen über die Demokratie in der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik nach. Eine Ausweitung des politischen Feldes – und damit auch der demokratischen Ansprüche – muß sich selber noch am Niveau der Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie messen lassen. Wolfgang Abendroth und Theo Pirker verkörpern in der linkssozialistischen Demokratiediskussion zwei Gegenpole, um die sich die Argumente gruppieren lassen. Etatismus und Antietatismus, der politisch-strategische Rückgriff auf organisierte Interessen v.a. der Gewerkschaften unter dem großen Dach der Verfassung und ein popular-demokratisches Eintreten für das – kollektive – Handeln autonomer Individuen bilden die Darstellungsfolie der Theoriedebatte. Demirovic optiert zugunsten des zweiten Konzepts, sieht aber in den Problemlagen der Risikogesellschaft, den autoritären wie nationalistischen Gegentendenzen in der politischen Kultur, ernsthafte Barrieren der so beschriebenen Demokratisierungsperspektive.

Als plebiszitäres Korrektiv der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie wertet Wilfried Röhrich die neuen sozialen Bewegungen. Zur Entfaltung des ganzen Potentials dieses Korrektivs bedarf es jedoch auch der Bündnispartner in den Institutionen. Röhrich schätzt rückblickend die Rolle von Willi Brandt und Gustav Heinemann für das politische Projekt eines umfassenden Demokratisierungsschubs der Gesellschaft hoch ein. Auch wenn die Rolle der Hoffnungsträger nach einigen Jahren verschliffen war und die – nach wie vor bestehenden – partizipatorischen Defizite immer deutlicher wurden, sieht Röhrich die Programmatik der sozialliberalen Koalition als wichtigen Ausgangspunkt für die Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen an.

Diemut Schnetz skizziert das Leitbild des zivilcouragierten Bürgers, das im allzu deutschen Begriff des „Staatsbürgers“ keinen angemessenen Ausdruck findet. Mündige Bürger und selbstorganisierte Gruppen bilden aus ihrer Sicht mit ihren Mitteln des kreativen Widerstands die Vorhut gesellschaftlicher Lernprozesse.

Den Abschluß des Themenschwerpunktes macht Klaus Vack's persönlicher Blick zurück auf 40 Jahre engagierte Bewegungspolitik. Der motivationale Kern seines – für die westdeutsche Bewegungspolitik einflußreichen – individuellen politischen Engagements erschließt sich aus der vorgestellten Wahrnehmung des historischen Ereignisverlaufs. Hinter dessen harter Faktizität verbirgt sich der in politischer Praxis angezielte Optionenreichtum alternativer Entwicklungspfade. Engagement und Enttäuschung als Erfahrungen politischer Praxis bilden das Medium einer auf den utopischen Überschub nicht verzichtenden politischen Selbstdeutung.

Verwiesen sei an dieser Stelle noch auf Dieter Ruchts informative Darstellung der Entwicklung einer bundesdeutschen Bewegungsforschung – bis hin zum derzeitigen Stand internationaler Diskussionszusammenhänge über (neue) soziale Bewegungen. Der Beitrag eignet sich zwar auch für den Themenschwerpunkt, schien aber der Redaktion letztendlich als Beitrag zur Rubrik „Bewegungswissenschaft in der Diskussion“ angemessener platziert.

Ansgar Klein / Hans-Josef Legrand

1 Im Zusammenhang dieser Diskussionen haben Ulrich Rödel u.a. unlängst einen inspirierenden Essay vorgelegt: Ulrich Rödel / Günter Frankenberg / Helmut Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt 1989.

2 *Ebenda*, S. 120.

3 *Ebenda*.

Lothar Rolke

Erinnerungen an die Zukunft der Demokratie:

40 Jahre Bundesrepublik – 40 Jahre Soziale Bewegungen

1 Blickpunkt Bundesrepublik – ein Lob der Normalität

Was viele Experten und Skeptiker in der Geburtsstunde nicht glauben mochten, ist eingetreten: Zu ihrem 40. Geburtstag präsentiert sich die Bundesrepublik im schönsten Licht demokratischer Normalität (vgl. Bleek/Maull 1989). Längst ist das Geschäft repräsentativer Volksherrschaft zur politisch-kulturellen Selbstverständlichkeit geworden. Augenfällig sind die Zeichen der funktionierenden Demokratie:

- An Regierungswechseln auf Bundes- und Landesebene mangelt es nicht. Über einen neuerlichen „Gezeitenwechsel“ wird in Bonn schon wieder munter spekuliert.
- Bei Koalitionen gibt es Vorlieben, aber zumindest auf der kommunalpolitischen Ebene ist keine Konstellation mehr auszuschließen. Schon scheinen auch Rechtsextreme wieder parlamentsfähig geworden zu sein, ohne daß darin eine Bedrohung der Demokratie gesehen werden muß.
- Erheblich gestiegen ist der Anteil vagabundierender Wähler, die in den letzten Jahren mehrfach für überraschende Wahlausgänge gesorgt haben. Hinzu kommt eine steigende Zahl von Nichtwählern, die durch attraktive Programme animiert werden wollen.
- Demokratische Tugenden erfreuen sich in der Bundesrepublik nicht weniger Beliebtheit als in den Nachbarstaaten. International gesehen hat die Bundesrepublik an politischem wie demokratischem Selbstbewußtsein gleichermaßen gewonnen.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß die Deutschen ihre Kompetenz in Sachen Untertänigkeit abgestreift haben und sich berufen fühlen, bei Dingen mitzureden, die in den Entscheidungsbereich der Regierung oder Verwal-

tung gehören. Noch Anfang der 70er Jahre zeigten Repräsentativbefragungen, daß die Hälfte der Bundesbürger der Meinung war: Es sei nicht gut, „wenn alle mitreden wollen“ und daß nur „einige befehlen“ können, wenn der Staat „in Ordnung“ bleiben solle (vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen, S. 106 f.). Wirtschaftlich ein Riese galt die Bundesrepublik politisch als Zwerg und demokratisch zu Recht als völlig unterentwickelt.

Um so höher ist die inzwischen gewonnene Normalstruktur zu bewerten. Und dies trotz des erkennbaren Kaufpreises: der um sich greifenden Mittelmäßigkeit bei den politischen Repräsentanten, der programmatischen Angleichung der Parteien, der Nivellierungs- wie der Makularisierungstendenzen in der Politikdarstellung. Kurzum, das politische Leben in der Bundesrepublik verfügt über jene gutverträgliche Mischung aus Zuschauer- und Elitedemokratie, plebiszitärem Aufbegehren und institutioneller Nervosität, Sprachlosigkeit und Unterhaltungswert, der ihr alleits das Prädikat der Normalität und viel Zustimmung eingetragen hat.

Bei solch breitem Konsens ist Nachdenklichkeit dringend geboten. Allerdings nicht, weil die Normalität eine trügerische sei oder der Konsens eine Blickverstellung befürchten lasse. Zum Nachdenken zwingt der Umstand, daß die politisch-demokratische Kultur der Bundesrepublik ihre Normalität zu einem Großteil jenen Gruppierungen und Strömungen verdankt, die in vordergründigen Betrachtungen als „Störpotentiale“ und „Destabilisatoren“ gelten: den Protestbewegungen als beständigen Faktoren im politischen System – den Wiederbewaffnungs- und Atomwaffengegnern wie den Ostermarschierern und der Notstandsopposition, der Studentenbewegung wie den Bürgerinitiativen und der Alternativkultur, der Friedens-,



Frauen- und Ökologiebewegung wie den Selbsthilfegruppen.

Ohne die Beständigkeit der außerparlamentarischen Protestbewegungen und dem Engagement ihrer Mitglieder, die mit dem emphatischen Anspruch von Demokratie Ernst machten, daß alle Gewalt vom Volk auszugehen hat, wäre die westdeutsche Demokratie eine verordnete geblieben. So aber wurden die Protestbewegungen wiederholt zu Wegweisern in die demokratische Zukunft des Nachkriegsdeutschlands (vgl. ausführlich Rolke 1987). Dies pointiert nachzuzeichnen und mit einer perspektivischen Überlegung zu versehen, ist eine Aufgabe des vorliegenden Beitrags.

2 Einblicke in 40 Jahre bundesdeutsche Protestgeschichte

2.1 Patenschaften für den antimilitärischen Protest in den 50er Jahren

Als die beiden ersten Protestbewegungen der Bundesrepublik entstanden – zunächst die Kampagne der Wiederbewaffnungsgegner und dann die Kampf-dem-Atomtod-Bewegung –, war die Bundesrepublik noch von einer politischen Kultur bestimmt, die außerparlamentarisches Oppositionshandeln fast unmöglich machte. Denn sie war von einem Untertanengeist geprägt, der autoritäre Leitung verlangte und einfache, häufig am Freund-Feind-Schema orientierte Frontstellungen zur Selbst- und Fremdeinschätzung bevorzugte. Kritiker wiesen immer wieder darauf hin, daß diese Einstellung vortrefflich mit der „demo-autoritären Regierungsform“ der Adenauerzeit korrespondierte.

Ideologisch orientierte sich die überwältigende Mehrheit an der einfachen Gegenüberstellung

von Kommunismus versus Antikommunismus, die dem jungen westdeutschen Staat als Ersatz für die fehlende Identität und Integration stiftende Ideologie diente. Gerade gegen die Aufrüstungsproteste wurde Antikommunismus und Russenhaß mit gesteigerter Intensität propagiert. Als „Handlanger des Weltkommunismus“ und „Ostagenten“, „5. Kolonne Moskaus“ oder „gefährliche Dummköpfe“ galten die innenpolitischen Gegner. Bis hinein in den Deutschen Gewerkschaftsbund und die beiden großen Volkskirchen führte die Selbstzensur und Ausgrenzung der prinzipiell verdächtigen Wiederbewaffnungsgegner.

Dennoch war es gerade die freiwillig-unfreiwillige Patenschaft der traditionellen Arbeiterorganisation, die dem außerparlamentarischen Protest die nötige Rückendeckung gaben: So fanden sich im Paulskirchenkongreß des Jahres 1955 erstmalig SPD, Gewerkschaften, bürgerliche Neutralisten und Vertreter beider Kirchen zu einer gemeinsamen Aktion zusammen. Zustande gekommen war das Engagement von Sozialdemokraten und DGB jedoch nur aufgrund der starken innerverbandlichen Opposition. Um sie ruhig zu stellen, beteiligte sich die institutionalisierte Opposition am außerparlamentarischen Protest.

Für DGB und SPD war es die Beteiligung an einer vorparlamentarischen Aktion, für die Protestgruppen war es Legitimation und Wegbereitung in eine Massenkampagne: Über 6 000 weitere Veranstaltungen sollten nach dem Paulskirchenkongreß stattfinden. Neue Bündnispartner kamen hinzu. Auf dem Höhepunkt der unmittelbar danach entstehenden Anti-Atomtod-Bewegung konnte das soziologische Potential vor allem um Vertreter der Bildungselite erweitert werden. Neben den Gruppierungen, die sich schon gegen die Wiederbewaffnung engagiert hatten, beteiligten sich nun ganze Kommunalparlamente, Studentenvertretungen sowie poli-



tisch keineswegs vorgeprägte Wissenschaftler und Pädagogen. Laut einer Repräsentativ-Erhebung aus dieser Zeit sprach sich eine Mehrheit sogar für einen Streik zur Verhinderung der Atomrüstung aus.

Entwicklungsgeschichtlich lag der protestpolitische Beitrag der frühen Bewegungen vor allem in den politisch-kulturellen Vorleistungen, die ein weiterführendes Protesthandeln überhaupt erst möglich machten. Voraussetzung dafür war, plebiszitäres Oppositionsverhalten von der Abwertung ins Konspirative zu befreien und mit dem notwendigen Mindestmaß an öffentlicher Legitimität auszustatten, was nur durch die erzwungene Patenschaft mit den gesellschaftlichen Großorganisationen SPD und DGB möglich war.

Bewegungsintern gewannen die Protestgruppen an Rationalität: Aus diffusen Ablehnungsmotiven der Akteure wurde eine politikfähige Zielsetzung. Sie war mitverantwortlich dafür, daß sich im Schatten der Anti-Atom-Bewegung erstmals eigenständige und öffentlich kaum bemerkte Protestszenen herausbilden konnten, die auf ihre Weise zu einer oppositionsgünstigeren politischen Kultur beitrugen. Aus dem gesamten personellen Reservoir speiste sich die anschließende Ostermarschbewegung.

2.2 Selbstorganisation der Ostermarschierer und Notstandsgegner in den 60er Jahren

Die traditionellen Arbeiterorganisationen hatten sich letztlich als beschwichtigende und abwiegelnde Paten für den außerparlamentarischen Protest erwiesen: Denn sie betrieben ihr Engagement mit dem Ziel, innerparteiliche Opposition zu beruhigen, die Wahlchancen zu verbessern und langfristig Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung zu erschließen. Folglich zo-

gen sie sich immer dann zurück, wenn ihnen aus dem Engagement Nachteile zu erwachsen drohten. Diese kalkulatorische Politik hatte bereits auf Seiten der ersten Friedensbewegten zu Enttäuschungen geführt. Was deshalb von den Akteuren angestrebt wurde, war ein Protestzusammenhang, der unabhängig von der institutionalisierten Opposition handlungsfähig war.

Der Ostermarschbewegung – direkter Nachfolger der Antimilitarisierungskampagnen – gelang Anfang der 60er Jahre der entscheidende Lernschritt: die Verwirklichung selbstorganisierter und selbständiger Protestformen außerhalb des parlamentarischen Systems und unabhängig von den gesellschaftlichen Großgruppen. Anfänglich noch stark religiös motiviert, entwickelte sie sich zu einer politischen Bewegung, die wesentlich zu einem gesellschaftlichen Klima für eine neue Ostpolitik beigetragen hat. Hunderttausende brachten die Initiatoren zu Ostern auf die Beine und organisierten über das Jahr hinweg Hunderte von Veranstaltungen.

Auch die parallel dazu entstehende Notstandsopposition knüpfte an die Bewegungen der 50er Jahre an. 1965, auf dem ersten Höhepunkt der Opposition gegen die Notstandsgesetzgebung, wurde die gleiche Konstellation wie im Jahre 1958 wirksam: das Kooperationsverhältnis von Teilen der Gewerkschaften und der kritischen Intelligenz. Diesem Bündnis aus „Arbeitern der Faust und der Stirn“ verdankte die Bewegung einen nicht unerheblichen Teil an Aufmerksamkeit.

Entscheidend für die Entwicklungsgeschichte der bundesdeutschen Protestbewegungen war die informelle Verknüpfung beider Proteststränge Mitte der 60er Jahre. Notstandsoppositionen und Ostermarschkampagne profitierten von den Stärken des anderen. Als selbstorganisierter Protestzusammenhang waren die Ostermarschierer ein Garant für die Dynamisierung



der regelmäßig von Erstarrung bedrohten Notstandsopposition. Denn zu stark war dort noch immer die organisatorische Abhängigkeit von den Gewerkschaften. Mittlerfunktion übernahmen dabei Kontaktpersonlichkeiten und Gruppierungen, die in beiden Bewegungen aktiv waren.

Was die politische Diskussion anbetraf, so kamen die wichtigen Impulse aus der hoch professionalisierten Notstandsopposition. Sie trug wesentlich zu einer Politisierung der anderen bei. Anders als bei der Kampf-dem-Atomtod-Kampagne der 50er Jahre begnügten sich die engagierten Experten nicht nur mit den moralischen Appellen des Fachmanns, sondern qualifizierten die öffentliche Diskussion mit Gegen-Gutachten, Fachvorträgen und einer fundierten Begleitliteratur. Die Protestgruppen lernten, die Medien für sich zu nutzen, die politischen Aktionen mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit zu verbinden.

Inhaltlich wurde die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt von den internationalen Fragen auf innenpolitische Themen gelenkt. Dadurch wurde der Weg für eine Problematisierung der demokratischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik frei. Dies war die Voraussetzung dafür, daß der bestehende Protestzusammenhang Mitte der 60er Jahre mit immer neuen Protestthemen konfrontiert werden konnte. „Vietnam“ ließ sich in die vorhandene Diskussion ebenso einführen wie die Frage nach der „Demokratisierung der Hochschule“.

Tatsächlich waren Ostermarschbewegung und Notstandsopposition ein wichtiges Sozialisierungsfeld für die Mitglieder der aufkommenden Studentenbewegung. Der SDS war in beiden Bewegungen aktiv. Gleichzeitig führte er den bestehenden Protestzusammenhang an seine Handlungsgrenze – mit der Folge, daß die weiter expandierende Studentenbewegung die Führung des außerparlamentarischen Protest-

potentials übernehmen mußte. Die in der damaligen Öffentlichkeit wahrgenommene Plötzlichkeit, mit der die Studentenbewegung hervorbrechen schien, war also in Wirklichkeit die überraschende Wahrnehmung von etwas, das im Kern schon länger bestand und sich über Jahre entwickelt hatte.

2.3 Entfesselung der Gesellschaftskritik durch die Studentenbewegung 1967/68

Mehr Demokratie wollten die Studenten wagen. Und sie verfolgten diesen Plan mit einer Unmittelbarkeit, die aus heutiger Sicht trotz aller Theorielust geradezu naiv anmutet. Rudi Dutschke war es selbst, der von seinen Kommilitonen forderte, sie sollten lernen, sich in dieser Gesellschaft als Menschen zu bewegen, „denen diese Gesellschaft gehört, denen sie nur verweigert wird durch die bestehende Macht- und Herrschaftsstruktur des Systems“. Alles schien in den Augen der Studenten machbar. Die Folge: Ob Vietnam oder die Hochschule, Springer oder die Notstandsgesetze – was immer bekämpft wurde, diente im Bewußtsein der Akteure der legitimen Aneignung der Gesellschaft. Und wie reagierten die Politiker, die Hochschullehrer und die breite Öffentlichkeit auf die mutigen bis übermütigen Studenten? Wie Eltern, die ungehorsame Kinder zu erziehen hatten. Was die Tracht Prügel als Erziehungsmittel in der traditionellen Familie galt, sollte im Verständnis vieler Zeitgenossen der polizeiliche Gewalteinsatz, gewissermaßen als „heilende Medizin“, gegenüber den Studenten sein. Nicht zufällig schrieb 1968 ein Berliner in einer Tageszeitung nach einer großen Demonstration, bei der es zu massiven Polizeieinsätzen gekommen war: „Wie kleine ungezogene Kinder haben sich die Studenten benommen, deshalb wurden sie gezüchtigt.“

Nicht zuletzt durch diese sozialpsychologische Konstellation entstand zwischen Studentenbewegung und politischem System eine Konfrontationsunmittelbarkeit, die sich zu einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß dynamisierte. Trauriger Höhepunkt war die Erschießung Benno Ohnesorgs, das wohl bekannteste Opfer in der Geschichte der bundesdeutschen Protestbewegungen. Spätestens danach ging durch die politisch-demokratische Kultur der Bundesrepublik ein Ruck. Einzelne Aktionen der Studenten wurden mit Sympathie bedacht, auch die etablierten Kreise begannen sich mit dem Ideengut der jungen kritischen Intellektuellen zu beschäftigen.

Doch so schnell wie der Konflikt eskalierte, so schnell zerfiel die Bewegung in Einzelgruppen, die in der Folgezeit immer mehr an Selbständigkeit gewannen: K-Gruppen und Apo-geprägte Jusos, sozialistische Basisgruppen, Hausbesetzer, Wohngemeinschaften, erste Bürgerinitiativen wie in Hannover die Gruppen der Rote-Punkt-Aktion, aber auch terroristische Zirkel. Die Studenten hatten ihre Ziele nicht erreicht, aber die Gesellschaft war eine andere.

Eines der auffälligsten Produkte war die „Wählerinitiative“, deren Prototyp von Günter Grass und anderen Intellektuellen zur Unterstützung der SPD ins Leben gerufen wurde und die Zeichen für den Beginn eines neuen Politikverständnisses in der breiten Öffentlichkeit war. Doch für die Protestkultur waren die beiden wichtigsten Gemeinschaftsformen, die von der Studentenbewegung beeinflusst waren: die Wohngemeinschaft und die Bürgerinitiative. Beide stehen dafür, daß sich im politischen wie im öffentlichen Leben strukturell etwas verändert hatte.

2.4 Paradigmenwechsel durch Ökologie- und Alternativbewegung in den 70er Jahren

Es begann mit der einzelnen Bürgerinitiative: Ob in Bremen oder München, Hannover oder Köln — allorts schlossen sich Bürger zu kleinen Gruppen zusammen, um für eine bessere Verkehrspolitik, eine lebensfreundlichere Wohnraumplanung, mehr Kinderspielplätze





oder gegen den Lärm eines Truppenübungsplatzes einzutreten. Landauf, landab bildeten sich Tausende solcher Initiativen, um vor allem auf kommunaler Ebene mitzureden. Die sogenannten Etablierten waren aufgewacht. Auch bei den Parteien wurde das gestiegene Bürgerengagement sichtbar. So traten im Zeitraum von 1969 bis 1973 allein in die SPD rund 100 000 neue Mitglieder unter 35 Jahre ein.

Eine Aufbruchstimmung, ein Aktivierungsschub oder war es schon eine Art neues Bewußtsein, was zu Beginn der 70er Jahre allorts sichtbar wurde? Der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann kommentierte es einmal so: „Es ist, als ob ein seit langem angestautes Verlangen nach persönlicher Mitbestimmung und Mitgestaltung plötzlich wie ein warmer Frühlingswind ausgebrochen wäre, der alle Einrichtungen und Organisationen durchfegt und nichts ungeschoren läßt.“ Doch was als harmlose Frühlingsfrische begann, sollte in der Folgezeit mitunter Sturmqualität annehmen.

Wyhl, Brokdorf und Gorleben hießen die symbolischen Stätten, an denen der Konflikt zwischen etablierter Politik und breiten Bürgerinteressen bundesweite Bedeutung bekommen sollte. Im Zentrum standen dabei die Bürgerinitiativen gegen die Kernenergie, die mit ihren Themen und Organisationen innerhalb der Protestszenen längst die Führungsposition übernommen hatten. Das erstaunlichste an diesen Protestkampagnen: Es waren überwiegend ganz normale Bürger, die hier aktiv wurden. Und den Akteuren gelang es, aus einer Minderheit von Kernenergiegegnern 50 Prozent in der öffentlichen Meinung zu machen.

Doch Kernenergie war nur ein Thema im Spektrum des neu entstandenen ökologischen Denkens. Probleme wie Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung leiteten in größeren Teilen der Bevölkerung einen Umdenkungsprozeß ein, der zu einer folgenreichen

Herausforderung der etablierten Parteien führen sollte. Die Rede war mit einmal von den „Grenzen des Wachstums“ und dem „geplünderten Planet Erde“, was auch in konservativen Kreisen starke Beachtung fand. Mit der gleichzeitigen Umwandlung der Bürgerinitiativen in die breiter angelegte Ökologiebewegung gelang es erstmals, ein neues grundlegendes Thema in den Politikprozeß nachdrücklich zu implementieren und eine neue Welt-Anschauung in die politische Diskussion einzuführen.

Als sich dann zu Beginn der 80er Jahre die Friedensbewegung erneut formierte, wurden pazifistische und ökologische Anschauungen verknüpft. Der Begriff „Ökopax“ wurde zu einem geflügelten Wort für all diejenigen, die als Mitglieder dieser Szene galten. Höhepunkt waren die Demonstrationen im Herbst 1983, an denen sich bundesweit über eine Million Bundesbürger in Menschenketten, Kundgebungen und Versammlungen beteiligten. Angesichts des öffentlichen Spektakels sah sich die ARD sogar zu einer Live-Berichterstattung veranlaßt, wie sie sonst nur bei herausragenden Sportveranstaltungen oder besonderen staatspolitischen Ereignissen üblich ist.

Unterstützt wurden die großen politischen Aktionen von der sogenannten Alternativkultur, die in Teilen deckungsgleich mit der Ökologie- und Friedensbewegung war. Sie bildete sich ebenfalls im Anschluß an die Studentenbewegung, gewissermaßen als zweiter Proteststrang. Zu ihm gehört eine ganze Reihe unterschiedlicher Wohn-, Lebens- und Produktionsexperimente: Bio-Läden und Selbsthilfegruppen, Stadtteil-Zeitungen und alternativ organisierte Betriebe, Hausbesetzer und Second-Hand-Boutiquen.

Im Unterschied zu den früheren Selbsterfahrungsprojekten der Studentenbewegung waren und sind die praktischen Entwürfe der Alternativbewegung weit weniger gesellschaftlich iso-



liert. Standen die studentischen Kommune-, Kinderläden- und Randgruppen-Initiativen noch unter dem emphatischen Anspruch der politischen Selbst- und Fremdveränderung, so sind die Projekte der Alternativkultur viel stärker auf die konkrete Praxis gerichtet. Dadurch konnte sich aus diesen Potentialen mehr und mehr eine Selbsthilfebewegung entwickeln, die nach Ansicht von Experten Mitte der 80er Jahre über 500 000 Mitglieder verfügte.

Eine Besonderheit innerhalb der Protestkultur der 70er und 80er Jahre stellte die Frauenbewegung dar. Denn wie keine andere Teilbewegung gelang es ihr, politische Überzeugungen und Lebensformen miteinander zu verbinden. Spürbar war die Feminisierung der Gesellschaft: in Parteien wie in Schulen, in den Medien wie in den Stadtkulturen (vgl. Rolke 1985). Daß die Parteien über Quotenregelungen streiten und allerorts Frauengleichstellungsstellen eingerichtet werden, sind instruktive Beispiele dafür. Gedacht hat daran vor 15 Jahren noch niemand. Auch nicht daran, daß es einmal eine im Bundestag vertretene Partei geben wird, deren Vorstand zeitweilig nur aus Frauen bestand.

Kein Zweifel, Gleichberechtigung gehört zu den Erfolgsthemen der deutschen Protestbewegungen — überflügelt nur von den Themen Frieden und Ökologie. Sie haben nicht nur publizistisch Karriere gemacht, sondern die politische Kultur verändert. Um nur einige Beispiele zu nennen: „In Berlin hat die Ärztekammer ... bereits einen Vorsitzenden gewählt, der aus der alternativen Gesundheitsbewegung kommt. Architekten entwerfen Energiesparhäuser. Mitarbeiter von Werbeagenturen engagieren sich gegen Atomenergie, Wasserschutzpolizisten spenden für Greenpeace. Evangelische Pfarrer sind nicht nur bei Friedensdemonstrationen dabei und selbst in der traditionell konservativen Justiz sind alternative Auflockerungen zu beachten.“ (Sontheimer 1989, S. 199 f.)

Die Veränderungen in der politischen Kultur konnten nicht ohne Folge für die Parteienlandschaft bleiben. Zumindest im Rückblick erscheint der Erfolg der Grünen als ein kontraindentional entstandenes Gemeinschaftsprodukt von Bürgern und Altparteien. Hatten sich letztere von ihren Wählern immer mehr entfernt, so hatte das Volk schubweise an politischer Souveränität und Experimentierfreude gewonnen.

2.5 Reparaturarisierung des Protests in den 80er Jahren

Als vor zehn Jahren, im Frühjahr 1979, die Partei der Grünen in Karlsruhe auf Bundesebene gegründet wurde, kommentierte der Spiegel: „Chaotischer ging's nimmer“. Und „grelle Alpträume“ nannte die Süddeutsche Zeitung die Vorstellung, eine Bundesregierung könne einmal von dieser Partei abhängen (vgl. Benz 1989, S. 51). Bereits vier Jahre später zogen die Grünen in den Bundestag ein. Und in Hessen gingen sie zwischenzeitlich sogar eine Koalition auf Landesebene ein.

Bei allen Differenzen in der politischen Einschätzung wird auch im konservativen Lager eingeräumt, „daß sich mit den GRÜNEN eine zumindest mittelfristig dauerhafte Partei von nach wie vor beträchtlicher Dynamik im Bundestag und in den Landtagen etabliert hat. Die Verfestigung des alternativen Milieus bedeutet zugleich auch eine Stabilisierung der grünen Partei. Zwar ist die Neuheit dahin, aber die Aktivisten und Mandatsträger der Grünen arbeiten hinlänglich professionell, um ihre Klientel zufriedenzustellen und darüber hinaus Protest- und Stimmungswähler zu gewinnen“ (H.-P. Schwarz in: Langner 1987, S. 20).

Mit den Grünen war es erstmals in der Bundesrepublik einer Partei gelungen, sich auf der Woge des außerparlamentarischen Protests in die

Parlamente tragen zu lassen. Gleichwohl es an früheren Versuchen nicht gefehlt hat: In den 50er Jahren hatte die Gesamtdeutsche Volkspartei versucht, zum parlamentarischen Vertreter der Wiederbewaffnungsgegner zu werden. Der Ostermarschbewegung hatte sich die Deutsche Friedensunion (DFU) als parlamentarischer Arm angeboten. Und in den 70er Jahren hatten diverse K-Gruppen darum konkurriert, als Repräsentanten der Protestszenen in die verschiedenen Abgeordnetenhäuser einzuziehen. Doch abgesehen von einigen kommunalpolitischen Erfolgen, waren alle Versuche gescheitert. Die Wähler hatten all diesen Angeboten mißtraut.

Anders bei den Grünen. Wahlanalysen zeigen, daß über 80 Prozent der Wähler dieser Partei der Friedens- und der Antikernkraftbewegung und rund 50 Prozent der Frauenbewegung anhängen (vgl. Pappi 1989). Beginnt man diesen Tatbestand analytisch zu entschlüsseln, dann wird erkennbar: Nur durch die Größe der Referenzbewegungen (Mobilisierung), durch ihre zeitliche Stabilität (Organisation) sowie durch die Neuartigkeit und Relevanz der Themen (leitendes Paradigma) konnte der außerparlamentarische Protest zu einem Faktor im Wahlverhalten werden.

Daß die Grünen der politischen Diskussion wichtige Impulse gegeben haben, wird von kaum einer Seite bestritten. Aber entgegen ihres Anspruchs ist es dieser Partei nicht gelungen, das parlamentarische System zu verändern. Stattdessen wurden sie darin integriert – zu dessen Bedingungen. Nolens volens wurden die Grünen im Links-Rechts-Kontinuum als Linkspartei verortet, womit sie zu einer weiteren Differenzierung des Parteienspektrums beigetragen haben, aber vorerst kaum mehr.

Die Zukunft der Grünen wird von ihrer Dialogfähigkeit mit den vorhandenen Protestpotentialen und der Sensibilität für ausgegrenzte The-

men abhängen. Noch sind sie die unbestreitbaren parlamentarischen Favoriten für Protestpotentiale, aber ebenso deutlich ist erkennbar, daß sie keine Alleinvertretung für Kritiker und Warner, Unzufriedene und Andersdenkende beanspruchen können, zumal mit dem Aufstieg der „Republikaner“ wählerwirksame Unzufriedenheit auf der anderen Seite des Parteienspektrums sichtbar wird.

3 Perspektiven: Der demokratische Alltag hat erst begonnen

Kaum haben die Grünen ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert, kündigen sich für die 90er Jahre neue Veränderungen im herrschenden Parteiengefüge an: Erwartet wird der Einzug der „Republikaner“. Bei nüchterner Betrachtung und mit Seitenblick auf die Mehrparteiensysteme anderer westeuropäischer Demokratien scheint sich damit ein weiteres Stück Normalität zu vollziehen. Denn daß Rechtspotentiale in der Bundesrepublik vorhanden sind, ist hinreichend bekannt (vgl. Sinus-Studie).

Doch schon wird von Demokraten und Antifaschisten lautstark überlegt, ob nicht ein Parteienverbot dem Spuk am rechten Rand ein Ende setzen könnte. Bezug wird damit auf einen Verfassungsartikel genommen, den andere westliche Demokratien in ihren Verfassungen nicht kennen und der keineswegs nur demokratieförderliche Elemente in sich birgt (vgl. Meier 1989). Das geistige Klima im Umfeld der beiden einzigen Parteienverbote in den 50er Jahren, die der KPD und SRP, mag da eine Warnung sein. Die Protestgeschichte der Bundesrepublik, gleichwohl sie von einer linken Tradition bestimmt ist, legt nahe, anstatt die Instrumente des kalten Krieges zu revitalisieren, die offene politische Auseinandersetzung mit den „Republikanern“ zu führen. Die Stigmatisierung von



politischen Gruppen hat sich ebensowenig als demokratieförderlich erwiesen wie die Ausgrenzung von Motiven und Themen. Förderlich war die Beteiligung an den Verfahren.

Die Formierung der Republikaner ist eben auch ein Zeichen dafür, daß die Pluralität der Gesellschaft zugenommen hat. Doch je unterschiedlicher die Meinungen und Ziele sind, desto wichtiger sind die Regeln der Willensbildung und Entscheidungsfindung, die es ebenso zu sichern gilt wie die Meinungsvielfalt. Letzteres zu erhalten, war immer eine klassische Aufgabe von Protestbewegungen. Verfahrenssicherung könnte eine neue sein.

Protestbewegungen haben in den vergangenen 40 Jahren demokratieförderlich gewirkt, was allseits Anerkennung findet. Doch daraus läßt sich keineswegs die Gewißheit ableiten, daß dies immer so ist. Auch die bundesrepublikanische Protestgeschichte enthält Beispiele für gefährliche Verblendungen. Zu erinnern ist hier an den Terrorismus der 70er Jahre, der eine seiner Wurzeln in der zerfallenden Studentenbewegung hatte.

Ebensowenig läßt sich aus historischen Verdiensten entnehmen, daß ein bestimmter Handlungsmodus immer angemessen bleibt. Mit der Teilparlamentarisierung des Protests durch die Grünen hat der Alltag für die bundesdeutsche Protestkultur erst begonnen. Durch den Einzug der „Republikaner“ wird er vielleicht erschwert, jedoch keineswegs außer Kraft gesetzt. Bestimmt wird er von der Suche nach Wegen konkreter Politikgestaltung, von denen sich auch Protestparteien auf Dauer nicht abseits halten können.

Lothar Rolke, Sozialwissenschaftler, Unternehmensberater in Kommunikationsfragen und freier Publizist. Veröffentlichungsschwerpunkte: Protestbewegungen und politische Philosophie.

Literaturnachweis:

Benz, Wolfgang: Opposition im Staat oder Opposition gegen den Staat? In: ders. (Hrsg.): Sieben Fragen an die Bundesrepublik. München 1989, S. 31 ff.

Bleek, Wilhelm/Maull, Hanns (Hrsg.): Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach 40 Jahren Bundesrepublik. München 1989

Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Silvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. München 1979

Langner, Manfred (Hrsg.): Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei. Bergisch Gladbach 1987

Meier, Horst: Parteiverbote und demokratische Republik. Verfassungspolitische Perspektiven eines radikalen Pluralismus. Merkur 8/1989

Pappi, Franz Urban: Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/1989

Rolke, Lothar: Kann Weiblichkeit die Gesellschaft befreien? Geschlechterethik – eine Ethik der Ungleichheit. In: Neumann, Franz (Hrsg.): Politische Ethik. Baden-Baden 1985

ders.: Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs. Opladen 1987

Sinus-Studie: 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben!“ Reinbek bei Hamburg 1981

Sontheimer, Michael: Alles anders, aber wie? Anmerkungen zu zehn Jahren Alternativer Politik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bleek, W./Maull, H. (Hrsg.): Ein ganz normaler Staat?, München 1989.

Karl A. Otto

Die Studentenbewegung von 1968: Mythen und Wirkungen

„Studentenbewegung“ und „1968“ sind symbolträchtige Momente einer Eigenform außerparlamentarischer Opposition, die zwar aufeinander verweisen, aber nicht ineinander aufgehen. Die dennoch üblich gewordene Gleichsetzung beider Symbolbegriffe ist Ausdruck einer Mythenbildung, die Gegenstand einer eigenen Rezeptionsgeschichte sein könnte. Faktisch war der Ereigniszusammenhang „1968“ mit seinen nationalen und internationalen Verflechtungen mehr, vielfach etwas anderes, allerdings immer *auch* oder *vor allem* „Studentenbewegung“.

In der Bundesrepublik war „1968“ zum Schnittpunkt einer *Vielzahl* außerparlamentarischer Mobilisierungskampagnen und Aktionsgruppen geworden, die sich zwischen 1960 und 1967 relativ eigenständig entwickelt hatten, 1968 ihren Höhepunkten zustrebten und dabei einen interdependenten *Handlungszusammenhang* bildeten, der als „APO“ zu einem unverwechselbaren historischen Ereignis und Begriff wurde (dokumentiert: Otto 1989). Diese zum Eigenbegriff gewordene Außerparlamentarische Opposition hatte 1968 zwar viele Attribute einer Studentenrebellion, sie fungierte zugleich aber als Sammlungsbewegung von rüstungskritischen Gewerkschaftern, linken Sozialdemokraten und Mitgliedern der verbotenen KPD, von aktiven Pazifisten, sozialkritisch engagierten Christen und radikalen Liberalen, von jugendlichen Arbeitern, kritisch gewordenen Schülern und vielfältig fraktionierten Studenten. Ermöglicht wurde dieses Zusammenwirken im Rahmen von *drei* Mobilisierungskampagnen, die für die Entfaltung der APO insgesamt von zentraler Bedeutung waren: zunächst der Ostermarsch-Bewegung/Kampagne für Abrüstung (KfA), ab

1967 zunehmend der Studentenbewegung und – übergreifend – der Oppositionsbewegung gegen die Notstandsgesetze. Der Zusammenhang dieser Bewegungen fand seinen Ausdruck sowohl in organisatorischer Vernetzung und Personalunion, als auch in gemeinsamen Zielsetzungen, Protestthemen, Aktionsformen und Lernprozessen.

Die APO als Lernprozeß und Handlungszusammenhang vielfältiger Organisationsformen außerparlamentarischer Opposition war in ihrem Bildungsprozeß zugleich wesentlich mitgeprägt von einer übernationalen, ansatzweise sich sogar international-kooperativ entwickelnden Protestbewegung. Solche Zusammenhänge hatten zunächst auf die von England ausgehende und auf zahlreiche Länder übergreifende Ostermarsch-Bewegung Einfluß, ab Mitte der 60er Jahre vor allem aber auf die Studentenbewegung. Beginnend mit militanten Protestaktionen japanischer Studenten gegen die Unterzeichnung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes von 1960, wurde eine antiimperialistisch akzentuierte Politisierung der Studentenschaft sichtbar, die nicht auf Japan beschränkt blieb. In einer Reihe lateinamerikanischer Länder, insbesondere in Argentinien, traten Studentenorganisationen in Erscheinung, die sich zu Zentren radikaler Gesellschaftskritik entwickelten. Auch in Ländern mit hochentwickelter Industrie und scheinbar stabilen Sozialordnungen formierten sich studentische Protestbewegungen zu sozialrevolutionären Avantgarden. Insbesondere in den USA erreichte die Studentenbewegung unerwartete Ausmaße, in deren Verlauf auch „relevante Teile der amerikanischen Bevölkerung, vor allen anderen die



afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppen und amerikanische Jugendliche der Arbeiter- und Mittelklasse“ in Bewegung geraten sind (Kleemann 1971). Ihre Aktionen richteten sich gegen den Krieg in Vietnam, gegen Rassismus und Armut, gegen soziale Diskriminierung, Ausbeutung, bürokratische Herrschaftsformen und Neokolonialismus. Auf dem Höhepunkt der amerikanischen Protestbewegung und zum Teil unter deren unmittelbaren Einfluß fanden in vielen europäischen Staaten ähnliche Aktionen statt: in der Bundesrepublik, aber auch in Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Polen, der CSSR und in Jugoslawien.

Auch diese internationale Protestentwicklung erreichte 1968 ihren Höhepunkt; sie konvergierte zugleich mit „Prozessen in allen ‚drei Welten‘, die man ohne Übertreibung ‚revolutionär‘ nennen darf: Die ‚Tet-Offensive‘ des Vietcong hatte im Januar 1968 Saigon erreicht und die Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Südostasien unter Beweis gestellt. Der ‚Sieg im Volkskrieg‘ schien möglich. Sodann zeigte der ‚Prager Frühling‘, daß ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ kein utopisches Hirngespinnst war. Und im ‚Pariser Mai‘ schließlich erwies sich die Möglichkeit revolutionärer Zuspitzungen in hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften und die Chance eines Bündnisses zwischen linker Intelligenz und wiedererstarkter Arbeiterbewegung.“⁴¹ All diese Ereignisse hatten einen nachhaltigen Einfluß auf die Studentenbewegung auch in der Bundesrepublik, und diese wiederum auf die gesamte außerparlamentarische Opposition. Dennoch war und blieb die Studentenbewegung nur *ein Teil* der „68er“-Bewegung – ab 1967 allerdings ihr zunehmend dominierender Teil.

Bis zur Vervollständigung des Studentenprotests 1967/68 fungierte in der Bundesrepublik

nicht eine Studentenorganisation, sondern die aus der Ostermarsch-Bewegung hervorgegangene „Kampagne für Abrüstung“ politisch und organisatorisch als *Zentrum* der außerparlamentarischen Opposition (ausführlich Otto 1982 und darin auch Buro). Ihre Aufrufe zur Unterstützung der von der KfA organisierten jährlichen Osterdemonstrationen wurden z. B. 1967 von 1416 Geistlichen und Theologen, 1507 Pädagogen, 486 Hochschullehrern und Wissenschaftlern, 1378 Gewerkschaftsfunktionären, 1008 Vertretern von Jugend- und Studentenorganisationen, 891 Künstlern sowie 577 Schriftstellern und Publizisten unterzeichnet; die Zahl der Marsch- und KundgebungsteilnehmerInnen stieg von 1000 im Jahr 1960 über 50 000 im Jahr 1963 auf 150 000 zu Ostern 1967 und 1968 mit etwa 300 000 noch weit darüber hinaus. Rolle und Bedeutung der Studentenbewegung – und innerhalb dieser insbesondere des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) – änderten sich innerhalb der außerparlamentarischen Opposition jedoch grundlegend mit der Bildung und Tätigkeit von unabhängigen Aktionsausschüssen gegen die Notstandsgesetzgebung, insbesondere des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ (September 1966 bis 1968).

Im Mai 1965 war bekannt geworden, daß die Fraktionsspitzen der Bundestagsparteien sich auf eine verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung geeinigt hatten. In dieser Situation ergriff der SDS die Initiative zur Zusammenführung des Widerstands gegen die Notstandsgesetzgebung in neuen Organisationsformen der außerparlamentarischen Opposition, die es insbesondere auch Gewerkschaftern ermöglichen sollte, sich an Widerstandsaktionen zu beteiligen. Im Sommer 1965 organisierte der SDS in 20–30 Städten Aktionsausschüsse gegen die Notstandsgesetze, in denen erstmals in größerer Zahl Gewerkschaftsfunktionäre mit Studentenverbänden und anderen Gruppen der APO zu-

sammenarbeitete. Mit dieser Initiative gewann der SDS innerhalb der außerparlamentarischen Opposition ein eigenes Gewicht.

Um die verschiedenen Kräfte des Widerstands in gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen zusammenzufassen, wurde im September 1966 auf Betreiben der SDS das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ gegründet. Ihm gehörten neben Vertretern des SDS und der KfA einige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, prominente Wissenschaftler, Kirchenvertreter und Schriftsteller, erstmals aber auch offizielle Vertreter von sechs DGB-Gewerkschaften und einige DGB-Landesbezirke an. Höhepunkte dieser neuen Bewegung waren der Kongress „Notstand der Demokratie“ am 30. Oktober 1966 in Frankfurt, an dessen Abschlußkundgebung 20 000 Gewerkschafter, Wissenschaftler und StudentInnen teilnahmen, und am 11. Mai 1968 ein Sternmarsch nach Bonn mit etwa 70 000 TeilnehmerInnen. In den folgenden Wochen bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 kam es in mehreren Betrieben zu demonstrativen Arbeitsniederlegungen, in 32 Universitäten traten Studierende in den Vorlesungsstreik; in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Bochum besetzten Studierende Institute ihrer Hochschulen. In ersten, allerdings nur kurzzeitigen Ansätzen bildeten sich Anfänge eines Aktionsbündnisses von Arbeiterschaft und Studentenschaft heraus, das der revolutionären Illusion des „Pariser Mai“ auch in der Bundesrepublik einen Anschein von Realismus vermitteln konnte.

Dieser im Hinblick auf Breitenwirkung und Massenmobilisierung größte Erfolg der APO war aber nur von kurzer Dauer. Nur wenige Wochen später war die Bewegung in einer Krise, die sie nicht überstand. Für diesen Niedergang waren Gründe ausschlaggebend, die in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der außerparlamentarischen Opposition, aber auch in einer

zunehmenden Differenzierung der internen Verarbeitung dieser Bedingungen zu je eigenen politisch-gesellschaftlichen Deutungsmustern und Handlungsstrategien der verschiedenen Organisationszentren der APO lagen. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung einerseits in einem sich ab 1966/67 ausbreitenden subkulturellen Protestmilieu und in Tendenzen zur Vesselbständigung der studentischen Opposition als einer habituell-revolutionären „Avantgarde“, andererseits in theoretischen Kontroversen, in deren Mittelpunkt die „Gewaltfrage“ und das „Parlamentarismus-Problem“ standen. Dieser Differenzierungsprozeß konnte durch die Mobilisierungserfolge gemeinsamer Massendemonstrationen und Großveranstaltungen zunächst überdeckt werden; er zeigte aber volle Wirkung, als nach Verabschiedung der Notstandsgesetze, nach dem Zusammenbruch der Mai-Revolte und nach den militärischen Ereignissen in der CSSR im August 1968 der vielfach zur revolutionären Attitüde übersteigerte Protest unverhofft frustriert wurde und die notwendige „Realitätsbewältigung“ sich häufig in nur noch scheinrevolutionären Ersatzhandlungen vollzog oder in hoffnungsloser Resignation steckenblieb. Umgekehrt wurden mit Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 auch neue Hoffnungen auf einen politischen Wandel geweckt, die sich nun wieder verstärkt auf die Möglichkeiten parlamentarischer Einflußnahme richteten und das Engagement eines beachtlichen Teils der APO entweder in Parteien oder in – auf parlamentarischer Einflußnahme zielenden – Bürgerinitiativen zur Folge hatte.

Nur innerhalb dieser Gesamtentwicklung außerparlamentarischer Opposition, die sich als ein wechselseitig bedingender und inspirierender Lernprozeß vollzogen hat, ist auch die Rolle und Bedeutung der Studentenbewegung vor 1968 angemessen zu beschreiben. In diesem Zu-



sammenhang war die Studentenbewegung allerdings herausragend und in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

1 Radikale Kapitalismuskritik und antiautoritäre politische Praxis

Ereignisgeschichtlich war die APO eine Abfolge von Aktionen gegen die atomare Rüstung, die Notstandsgesetzgebung, den Vietnamkrieg, gegen die Manipulationsmacht des Springerkonzerns, für Hochschul- und Bildungsreform, Abrüstung und Verständnispolitik mit den Staaten des Ostblocks, Solidarität mit den Opfern imperialistischer und diktatorischer Gewaltpolitik, gegen Neofaschismus und das „kommunikative Beschweigen“ (Lübbe) der NS-Vergangenheit. Mit dieser thematischen Vielfalt hatten die zur APO-verbundenen Bewegungsansätze ihre Geschichte als „Einpunktbewegungen“ bereits hinter sich gelassen. Die Anreicherung der Außerparlamentarischen Opposition mit neuen Themen und Aktionszielen wurde in unterschiedlichen organisatorischen Ansätzen in Auseinandersetzung mit politisch-gesellschaftlichen Widersprüchen erreicht, die zunehmend auch in ihren gesellschaftlichen Entstehungszusammenhängen analysiert wurden. Zu nennen sind hier vor allem:

- Der Widerspruch zwischen dem sich auf liberale Tradition berufenden Freiheitspathos der westlichen Politik und den repressiven Folgen der verschiedenen Erscheinungsformen der antikommunistischen Globalstrategie. Hierzu gehörten das amerikanische Engagement in Vietnam und die Unterdrückung antikolonialer Befreiungsbewegungen durch die USA ebenso wie die Nichtanerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs in Europa und das Streben der Bundesregierung nach Verfügungsgewalt

über atomare Waffen im Zusammenhang einer Strategie der Korrektur des Status quo in Europa.

- Der Widerspruch zwischen dem Ideal der Demokratie und der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik, der vor allem in der Zeit der Großen Koalition sichtbar wurde und besonders im Konflikt um die Notstandsgesetzgebung aufbrach. Der Eindruck von Funktionsverlust und Funktionswandel eines gegen Ansprüche auf strukturelle gesellschaftliche Reformen und politische Alternativen zum Kalten Krieg abgedichteten Parlaments, Anzeichen der Etablierung einer staatlich finanzierten und durch Prozent-Klauseln gegen Konkurrenz abgesicherten Parteioligarchie, monopolistische Verhältnisse im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung und ein konservativ und autoritär strukturiertes Bildungssystem wurden der APO, vor allem aber der Studentenbewegung zu Ansatzpunkten einer Kritik, die nach den strukturellen gesellschaftlichen Ursachen dieser Erscheinungen und der Unfähigkeit zur Reform zu fragen begann.

- Der Widerspruch zwischen den an die SPD in ihrer Rolle als Oppositionspartei geknüpften Erwartungen und dem Verhalten der SPD im Augenblick der Krise der von ihr bekämpften Politik 1966. Durch die Bildung der Großen Koalition wurde die inhaltlich alternative Opposition nicht nur eindeutiger als bisher in den außerparlamentarischen Bereich verdrängt – die außerparlamentarische Opposition wurde dadurch auch zwangsläufig mit zusätzlichen Aufgaben befrachtet.

- Der Widerspruch zwischen den materiellen Möglichkeiten der hochentwickelten Industriegesellschaften und den durch Rüstung, Neokolonialismus und antikommunistische Revi-



sionspolitik verursachten Verlusten und Fortschrittsverzögerungen.

Die nicht-studentischen Trägergruppen der APO interpretierten diese Widersprüche überwiegend als Folge politischer Fehlentscheidungen, die im Rahmen eines an das Friedens- und Freiheitsgebot gebundenen Verfassungsstaates durch extensive Nutzung der Foren bürgerlicher Öffentlichkeit zu korrigieren wären. Im Unterschied – und später auch im Gegensatz – dazu rezipierte die Studentenbewegung – und in ihr insbesondere der SDS – den von Habermas² herausgearbeiteten Funktionswandel der Öffentlichkeit von der einstmals kritischen zur manipulativen Publizität als eine Aufklärungsbarriere, die nur noch durch demokratisierenden Strukturwandel zu überwinden sei. Dieser demokratisierende Zugriff auf die Medien öffentlicher Meinungs- und Willensbildung aber mußte gesamtgesellschaftlich konzipiert werden, weil Öffentlichkeit nicht nur eine Funktion von Massenmedien, sondern „ein Organisationsprinzip unserer politischen Ordnung“ (Habermas 1965, S. 213) ist. Inspiriert durch den SDS, begann die Studentenbewegung auch – und zwar mit nachhaltigen Rückwirkungen auf die Gesamtentwicklung der APO –, die kritisierten Widerspruchsverhältnisse als Ausdruck einer politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Rückbildung des demokratischen Staates in vor- oder antidemokratische Formen zu begreifen, die ursächlich mit der Dynamik und Struktur der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängt. Einer einflußreich gewordenen Schrift von Agnoli zufolge lag dieser „Transformation der Demokratie zu einem rechtsstaatlichen Sicherungssystem des Kapitalismus der humanitäre Gedanke zugrunde, durch eine Auflösung der Ambivalenz der Vertretungsorgane und der Vertretungsparteien die Notwendigkeit des offenen Terrors in Krisen-

zeiten zu umgehen. (...) Positiv ausgedrückt: bestehende Verhältnisse (...) können friedlich bewahrt werden, wenn ihre politische Organisationsform die Möglichkeit eines antagonistischen Inhalts abstreift und nicht mehr als Werkzeug der sozialen Emanzipation gebraucht und mißbraucht werden kann.“³ Die Bildung der Großen Koalition und die von ihr vorbereitete (und schließlich durchgesetzte) Notstandsgesetzgebung erschienen für solche Thesen als ein schlagender Beweis. Auf dieser Ebene theoretischer Analyse sah sich die Studentenbewegung dazu herausgefordert, die Widerspruchsverhältnisse durch öffentlichkeitswirksame Aktionen nicht nur bewußt zu machen, sondern die den Widersprüchen erkennbare *Tendenz* des politischen Fehlverhaltens aus einem dahinter verborgenen Ursachenzusammenhang zu *erklären*, um schließlich *diesen* zum Gegenstand praktischer Kritik machen zu können. Die damit zusammenhängende massenhafte Rezeption kritischer Theorien, die Aufarbeitung der Erfahrungen revolutionärer Bewegungen – insbesondere der revolutionären Arbeiterbewegung –, die Renaissance des Marxismus in all seinen Varianten, das Aufblühen von studentischen Theoriezirkeln und Theoriezeitschriften und auch das Projekt einer autonomen „Kritischen Universität“ erhielten ihre Impulse aus diesem Bedürfnis nach einer durch Theorie vermittelten politischen Praxis. Insoweit dabei herauskam, daß die bekämpften Fehlentwicklungen ihren Ursprung in Strukturen kapitalistischer und/oder bürokratischer Herrschaft, aber auch in den von diesen Herrschaftsverhältnissen geprägten Sozialisationsmilieus „autoritärer Persönlichkeiten“ haben, konnten die Empörungsmotive der APO auch dementsprechend strategisch integriert und aktionistisch fokussiert werden: auch die praktische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus in Forum exemplarischer Aktionen (so die Kampagne „Enteignet

Springer“ oder die Schaffung „befreiter Gebiete“ durch Besetzung und Selbstverwaltung von Institutionen der „bürgerlichen Wissenschaft“), und auf die sozio-kulturelle Revolutionierung der Gesellschaft durch antiautoritäre Revolten gegen die Sozialisationsmilieus der „autoritären Persönlichkeit“, gegen autoritäre Familienstrukturen und Rollenfixierungen, gegen repressive Sexualnormen, gesellschaftliche „Initiationsriten“, konsumorientierte Lebensstile und Entfremdungszwänge der „Leistungsgesellschaft“. Was Leggewie der „Protestbewegung der sechziger Jahre“ allgemein zuschrieb, trifft m.E. nur auf die Organisationskerne der Studentenbewegung zu: sie wurden zum „Nukleus einer politisch-sozialen Bewegung, deren ‚strategische‘ Gruppen einem noch diffusen, ungerichteten Strukturbruch und Wertewandel spätkapitalistischer Gesellschaften Subjektcharakter verliehen und eine Richtung zu geben versuchten.“ (Leggewie 1988, S. 9)

Indes kann im Rückblick nicht übersehen werden, daß dieser Weg in die antiautoritäre Revolte die APO auch auf manchen Irrweg führte. Insoweit ist Klaus Schröder zuzustimmen, wenn er resümiert: „Nahezu alle Fehlentwicklungen haben ihren Ursprung schon 68: Die Identifikation mit ausländischen und historischen Revolutionen ebenso wie die theoretische Dominanz des Marxismus und die voluntaristische Herbeiführung von revolutionärem Subjekt und revolutionärer Praxis.“⁴⁴ Wenn er aber daraus folgert, mit der Gründung maoistischer Gruppen seien „die positiven Elemente der 68er Bewegung zerstört“ worden, so kann sich dieser Befund allenfalls auf diese Gruppen selbst beziehen.

2 Neuartige Protestformen

Solange die Parteien noch die wesentlichen gesellschaftlichen Problemlagen artikulieren (in



der BRD mit Einschränkungen etwa bis Juni 1960), hatten außerparlamentarische Massenaktionen fast immer die Funktion, die Öffentlichkeit von der Basis her punktuell zur Unterstützung oppositioneller Parteipolitik zu mobilisieren. Auf diese Wirkung waren auch die Methoden solcher Mobilisierungsaktionen berechnet: Massenaufmärsche mit anschließenden Kundgebungen, Parteiredner als „Volkstribunen“, Flugblätter, Plakate, Petitionen.

Unter den Bedingungen der 60er Jahre, als sich die Politik der Bundestagsparteien in allen Grundsatzfragen bis zur Unterschiedslosigkeit angeglichen hatte, als auch die Medien der öffentlichen Meinungsbildung diesem Konformitätsdruck erlegen waren und kritische Publizität weitgehend durch manipulative „Öffentlichkeitsarbeit“ verdrängt war, änderte sich die Funktion außerparlamentarischer Opposition in doppelter Hinsicht: sie wurde über die Kritik an der Politik der Bundestagsparteien hinaus zur Kritik am System der parteienstaatlichen Demokratie; und wo zur öffentlichen Meinung nur noch werden konnte, was über die Massenmedien veröffentlicht wurde, bestand die Funktion der APO zunächst darin, durch unkonventionelle, nicht mehr ignorierbare Protestformen, Öffentlichkeit und ein öffentliches Bewußtsein für die verdrängten Probleme überhaupt erst herzustellen.

Dementsprechend änderte die außerparlamentarische Opposition auch ihre Methoden. Die Ostermarsch-Bewegung erregte Aufsehen durch strapaziöse 3-Tage-Märsche, in denen sich die Demonstrationsabsicht mit neuartigen Gemeinschaftserlebnissen verband, die ihren Ausdruck in eigenen Liedern, Skifflegroups und Jazzbands, Laientheater, Feldgottesdiensten etc. fanden. Hinzu kamen spektakuläre, auch Gags nicht verschmähende Aktionsformen wie die Aktion „Volkssarg“, „BALD-Zeitung“,

„Tag-und-Nacht-Mahnwachen“, ein 10 000 km Friedensmarsch von San Francisco nach Moskau, groß aufgelegte Kulturveranstaltungen mit internationaler Starbesetzung. Versuche kleiner Gruppen radikaler Pazifisten, den Protest auch durch Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ wie unerlaubte Sitzstreiks und Besetzung von Raketenstellungen um Formen des symbolischen Widerstands zu erweitern, waren innerhalb der Ostermarsch-Bewegung jedoch noch nicht durchsetzbar.

Das änderte sich in dramatischer Weise mit der Vervelbständigung der studentischen Protestbewegung. Seit 1966 wurde das Verbot von politischen Studentenmeetings, die Verweigerung von Seminardiskussionen oder von Veranstaltungsräumen, die Tabuisierung von Themen oder Gremienentscheidungen des Hochschul-Establishments hinter verschlossenen Türen mit „direkten Aktionen“, durch „go in“, „sit in“ oder „teach in“ kurzerhand und immer häufiger durchbrochen. Die Aktionen wurden bald auch auf öffentliche Gebäude ausgedehnt und von anderen APO-Gruppen unterstützt. Die Rezeption theoretischer Kritik der „repressiven Toleranz“ (Herbert Marcuse) legitimierte die begrenzte Regelverletzung bis hin zur „Gewalt gegen Sachen“ (und sie animierte auch dazu), wo die institutionalisierte Gewalt den Rahmen der Legalität außerparlamentarischer Opposition auf ein Minimum einschränkt und die Beachtung der Legalität die Opposition zum harmlosen Ritual verkümmern läßt.⁵ „Civil disobedience“ galt unter den beschriebenen Widerspruchsverhältnissen nicht nur als überpositives Recht der Außerparlamentarischen Opposition, sondern wegen der von ihr beanspruchten Emanzipationsfunktionen auch als „potentielle geschichtliche Gewalt“ (Marcuse). Komplementär dazu fanden Aktionsformen Verbreitung mit denen verborgene Herrschaftsstrukturen



den „normalen“ Lebensformen der Gesellschaft und die Tabuwirkungen institutionell beanspruchter Autorität und Respekterweisung durch Satire, Provokation und Happening demaskiert wurden. Zu einer Massenbewegung entwickelte sich der studentische Protest auch dadurch, daß er „Elemente des kulturellen Protests der Beatgeneration in die Inhalte und vor allem die Formen ihres Protests“ aufnahm (Schröder). Jim Morrison sang: *We want the world and we want it now*. Dies war der authentische Ausdruck des Lebensgefühls und auch der politischen Perspektive der antiautoritären Studentenbewegung. Heute wissen wir, daß es auch der authentische Ausdruck eines *Mythos* der „68er“ war; daß die subkulturell stilisierte „Neue Unmittelbarkeit“, der Drang zu Formen des nichtentfremdeten Zusammenlebens über Fluchtwege des „Ausstiegs“ aus der „Leistungsgesellschaft“, häufig nur noch politische Ersatzhandlungen waren (Slogans). „Was kümmert mich Vietnam – ich habe Orgasmusschwierigkeiten“).

Durch die Radikalisierung der Kritik manifester Gewalt zur Kritik struktureller Gewaltverhältnisse, und durch die provokativen Aktionen begrenzter Regelverletzung samt Happenings bewirkten die rebellierenden StudentInnen immerhin eine doppelt nachhaltige Erschütterung: (a) der bis dahin geltenden moralischen und politischen Wertvorstellungen, welche die sich nach innen repressiv, nach außen hin aggressiv transformierende Gesellschaft integrierten, und (b) der Institutionen, durch die sich Gewalt anwenden und legitimieren ließ.

Daß sich die Studentenbewegung in dieser Richtung entwickeln und radikalisieren konnte, hatte Gründe, die auch schon der Ostermarsch-Bewegung Auftrieb gegeben und deren Politisierung begünstigt hatten: die wachsenden Gefahren des atomaren Rüstungswettlaufs, die

unerträgliche Brutalisierung des Vietnamkriegs durch die USA, die Verweigerung des politischen Dialogs mit außerparlamentarischen Oppositionsgruppen und Maßnahmen zu ihrer politisch-moralischen „Ausgrenzung“. In der Studentenbewegung kamen jedoch neue Gründe hinzu:

- Zweifel an den Erfolgsaussichten traditioneller Protestmethoden und an der Wirkung der Ostermarsch-Bewegung in einer von elitär beherrschten Massenmedien manipulierten Öffentlichkeit;

- die sozialwissenschaftliche Erklärung der Rüstungs- und Unterdrückungspolitik als Folge und Ausdruck struktureller Gewaltverhältnisse innerhalb der politisch-ökonomischen Systeme der entwickelten kapitalistischen Länder;

- die Erfahrung unmittelbarer Gewalttätigkeit und manipulativ erzeugter Pogromstimmung gegen oppositionelle StudentInnen. Nach Bildung der Großen Koalition wurden dabei drei Schlüsselerlebnisse zu Wendepunkten der Studentenbewegung (und durch sie der gesamten Außerparlamentarischen Opposition): Das Vietnam-Trauma, die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und der Mordanschlag auf Rudi Dutschke Ostern 1968.

Welche Erfahrungen und Einsichten dieser Wende vorausgingen, wie sie verarbeitet wurden und daß das Ergebnis durchaus nicht nur Ausdruck eines auf die Verhältnisse applizierten „utopischen Bewußtseins“ bzw. Resultat „ideologischer Präokkupation“ der Wirklichkeit war, wie Ahlberg und Hennis vermuteten⁶, illustriert in geradezu literarischer Form ein Auszug aus der Rede Peter Schneiders auf der Vollversammlung aller Fakultäten der FU Berlin am 5. Mai 1967. Schneider bekannte: „Wir haben

Fehler gemacht, wir legen ein volles Geständnis ab: Wir sind nachgiebig gewesen, wir sind anpassungsfähig gewesen, wir sind nicht radikal gewesen. ... Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, daß wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne daß die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber daß wir nur einen Rasen betreten zu brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen. Wir haben vollkommen demokratisch gegen die Notstandsgesetze demonstriert, obwohl wir gesehen haben, daß wir sämtliche Ränge des Zivildienstes aufzählen können, ohne irgendeine Erinnerung wachzurufen, aber daß wir nur die polizeilich vorgeschriebene Marschrichtung zu ändern brauchen, um den Oberbürgermeister und die Bevölkerung aus den Betten zu holen. ... Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen,

bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, daß wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, daß wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß das Betretungsverbot des Rasens, das Änderungsverbot der Marschrichtung, das Verbot der Veranstaltung der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstandspsychose, über die vergreiste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt.⁴⁷

3 Wirkungen von APO und Studentenbewegung

Um die Wirkungen der Studentenbewegungen beschreiben zu können, muß man drei Unterscheidungen machen. Als integraler Teil der APO war sie organisatorisch und politisch mit der KfA und der Antinotstandsbewegung vernetzt, auf deren Aktionen beteiligt und an ihren Zielsetzungen orientiert. Hier sind Zurechnungen schwierig. Dagegen lassen sich relativ eindeutig jene studentischen Aktivitäten abgrenzen, die zunächst hochschulpolitische Ziele verfolgten, aber dann vom Hochschulbereich aus die anderen APO-Aktivitäten überformten, sowie solche, die sich in studentischen Subkulturmilieus in alternativen Lebensformen entfalten. Dabei ergibt die Analyse einen merkwürdig paradoxen Befund: Die nachhaltigsten Veränderungen unserer politischen Kultur bewirkten gerade auch solche Aktivitäten, die in der politischen Konfliktsituation von 1968 als abwegige Provokationen empfunden wurden oder als clowneske „Kuriosa“ der APO erschienen. Sie



sind in Bildern gegenwärtig, die längst zu „Erkennungsmetaphern“ der 68-er Bewegung geworden sind: Wohnkommunen mit allen Merkmalen einer antiautoritär geprägten Lebensweise; Studentinnen bei einer „Oben ohne“-Demonstration im Gerichtssaal als Zeichen der sexuellen Befreiung der Frau; Schüler, die ihre Zeugnisse ins Pissoire werfen; Fritz Teufel – sich nach Aufforderung vor dem Richter mit der Bemerkung von seinem Platz erhebend: „Wenns denn der Wahrheitsfindung dient“; Gruppen von Demonstranten, die einem auf sie gerichteten Wasserstrahl standhalten und dabei zum Zeichen ihres pazifistischen Widerstandswillens ein aus Latten gebasteltes Kreuz recken. So konnte die 68er-Bewegung zumindest auch zu etwas werden, was kaum einer der Beteiligten vorausahnen konnte: zu einem „symbolischen Kulminationspunkt eines kulturevolutionären Prozesses, ... Vorschein ‚postindustrieller‘ sozialer und kultureller Aggregatzustände und zugleich Laboratorium ‚nachsozialistischer‘ Konflikt- und Bewegungsformen. (Leggewie 1988, S. 4)

4 Folgewirkungen

Ein Überblick über Erfolge und Folgewirkungen der Bewegung vermittelt ein widersprüchliches Bild.

Soweit die Studentenbewegung als Teil der APO agierte, zeigt bereits die Verabschiedung der (wenngleich inhaltlich „entschärften“) Notstandsgesetze, die Fortsetzung des atomaren Wettrüstens und die Zurückstutzung gesellschaftlicher Reformansprüche überwiegend auf das Maß von Modernisierung der kapitalistischen „Leistungsgesellschaft“, daß sie im Hinblick auf durchaus zentrale Ziele ziemlich erfolglos endete. Gescheitert sind damit auch die

studentischen Utopien, durch eine „revolutionäre Strategie“ der Verweigerung und „direkte Aktionen“ den „Zusammenbruch der etablierten Apparate“ herbeizuführen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der sich die Arbeiterschaft in der Form von Räten und solidarischer Hilfe in einem „System dezentralisierter Aktionszentren“ selbst organisiert und autonom verwaltet.⁸ Als Mythos erwies sich auch die „illusionäre Beschwörung der Einheit von Studenten und Arbeiterschaft“ (Habermas), die nur in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze 1968 Ansätze einer begrenzten Chance erhielt und noch am Tage der Verabschiedung der Notstandsgesetze als voluntaristischer Kraftakt in sich zusammenfiel. Gescheitert sind aber durchaus nicht *alle* Bestrebungen der studentisch-außerparlamentarischen Opposition, was sich an Stichwörtern leicht vergegenwärtigen läßt: Vietnam-Krieg, Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, Anerkennung der DDR, Überwindung des Antikommunismus, Verhinderung der Vorbeugehaft, Hochschul- und Bildungsreform etc. Mit Ihren unkonventionellen Aktionen, die Aufmerksamkeit auch dann erzielten, wenn unter den Bedingungen konzentrierter Verfügungsgewalt über die Kommunikationsmittel die Medien der öffentlichen Meinungsbildung für alternative Politikvorstellungen weitgehend verschlossen gehalten wurden, hatte die APO wesentlichen Anteil an Aufklärungsprozessen, die schließlich zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung in Fragen der Deutschland-, Ost- und Rüstungspolitik führten. Dieser politische Bewußtseinswandel war eine wesentliche Bedingung dafür, daß die neue Ostpolitik der 1969 gebildeten sozial-liberalen Koalition und der damit zusammenhängende Entspannungsprozeß in Europa durchsetzbar wurden. Die langfristig innovativsten und originären Wirkungen erzielte die Studentenbewegung in Verbindung mit den anderen Mobilisierungs-

kampagnen der APO allerdings als neuartige Organisationsform des autonomen politischen Engagements von BürgerInnen, im Hinblick auf die Veränderung der Rahmenbedingungen für politische Beteiligung und im weiteren Sinne für die politische Kultur der BRD insgesamt.

4.1 Demokratisierung der politischen Kultur

Die extensive Nutzung des Demonstrationsrechts für autonom organisierte Mobilisierungskampagnen, die Durchsetzung basisdemokratisch organisierter Partizipationsansprüche, auch die konsequente Beanspruchung verweigerter Beteiligungsrechte und politischer Ausdrucksformen durch „direkte Aktionen“ des gewaltfreien Widerstands und zivilen Ungehorsams haben einer Tendenz zur „Fundamentalliberalisierung“ (Habermas) und „Basisdemokratisierung“ zum Durchbruch verholfen, die in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik weithin als illegitim, wenn nicht als illegal galt und repressiv unterbunden wurde. Damit wurde der Spielraum für Opposition, Bürgerbeteiligung und Demokratisierung real erweitert und es wurden Bedingungen geschaffen, ohne die das Aufkommen der späteren „Bürgerinitiativen“ und anderer Organisationsformen der neuen sozialen Bewegungen kaum denkbar wäre.

Dieser Durchbruch war auch mit einem politischen Einstellungswandel der Bevölkerung verbunden, der sich als relativ stabil erweist. Während 1962 in einer Umfrage etwa 60% der Befragten politisches Desinteresse bekundeten, „meinten 1971 55% der Befragten einer Repräsentativerhebung, politische Einflußnahme sei wichtig, und etwa 78% waren bereit, sich gegebenenfalls politisch zu aktivieren.“⁴⁹ Spätere Erhebungen zeigen, daß sich dieser Trend bis in unsere Zeit ungebrochen fortgesetzt hat.

Im Zusammenwirken mit der KfA hat die Stu-

dentenbewegung Muster politischer Partizipationsmöglichkeiten ausgebildet, die prototypisch für die seitherigen außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen geworden sind. Die Protestwellen der APO und der folgenden sozialen Bewegungen haben einen Typus basisdemokratischer Politikformen hervorgebracht, der die politische Kultur nachhaltig und offenbar dauerhaft verändert hat. In der politischen Praxis konnten sich Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen verschiedener Art, Frauen- und Friedensbewegung, Umwelt- und Anti-Kernkraft-Bewegungen, die Hausbesetzer-Bewegung und ein zur „Gegenöffentlichkeit“ verdichtetes Netz alternativer Medien relativ dauerhaft eine teils mehr, teils weniger einflußreiche, jedenfalls kaum noch wegzudiskutierende Beteiligung am Prozeß politischer Willensbildung sichern.¹⁰

Die Dauerwirkung dieser Entwicklung zeigt sich neuerdings auch im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, in dem Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen eine notwendige Funktion im System parlamentarischer Demokratie mit der Begründung zugewiesen wird: „Sie erzwingen die Diskussion wichtiger Themen, beleben unsere Demokratie durch neue Formen politischer Willensbildung, bereichern unsere politische Kultur.“ (Entwurf März 1988, S. 51) Mehr noch: Künftig soll diese Entwicklung durch die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid noch ein Stück weitergetrieben werden.

Auf anderer Ebene zeigt sich die demokratisierende Wirkung der „68er“-Bewegung auch im Aufblühen der Bewegungskultur des Protestantismus (eindrucksvoll sichtbar während der Ev. Kirchentage), sowie in der Erschütterung autoritärer Traditionen und Hierarchien in den Parteien, Gewerkschaften und in staatlichen Institutionen von der Schule und Hochschule bis hin zur Polizei („Bundesarbeitsgemeinschaft Kriti-

scher Polizisten“) und Bundeswehr („Darmstädter Signal“).

4.2 Demokratisierung der sozio-kulturellen Verhältnisse

Die an Normen einer repressionsfreien, selbstregulierten Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse orientierte antiautoritäre Studentenrevolte hat auch einer kulturellen Neuorientierung breiterer Bevölkerungsschichten zum Durchbruch verholfen; sie findet ihren Ausdruck sowohl im postmateriellen Wertewandel, als Abkehr vom Lebensstil der zwanghaft konsumorientierten „Leistungsgesellschaft“, wie auch in anhaltenden „Aufmerksamkeitsverschiebungen in Richtung auf Umänderung des Alltagslebens, der Erziehung, des Denkens und der Bedürfnisse“ (Negt, FR 23.4.88). Die seither eingetretenen geistigen, normativen und kommunikativen Veränderungen haben ein Emanzipationspotential freigesetzt, das inzwischen sogar in der CDU zum Vorschein kommt und das noch längst nicht erschöpft ist. Die Idee der studentischen „Kinderläden“, ein pädagogisches Prinzip zu verwirklichen, mit dem der Autonomiespielraum der Kinder, ihre körperliche und geistige Beweglichkeit nach dem Prinzip der Selbstregulierung gefördert werden soll (Negt), hat sich längst auch in den „normalen“ Instanzen primärer und sekundärer Sozialisation festgesetzt. Der wissenschaftskritische Grundgedanke der Studentenbewegung, „daß die Universität keine Stätte absichtloser Forschung und herrschaftsfreier Kommunikation ist“ (Preuß), hat den Wissenschaftsbetrieb unter einen Legitimationszwang gesetzt, der wesentlich zu demokratischen Öffnung der Hochschulen beigetragen hat. „Als Folge der Studentenrevolte sind auch in die Geisteswissenschaften Motive einer Aufklärungstradition eingedrungen,

die in Deutschland stets schwach ausgebildet war ... Die rigorose Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit drang jetzt erst in die akademische Welt ein.“ (Habermas, FR 11.4.88) Hauke Brunkhorst sieht darin geradezu die „moralisch-reinigende Leistung“ der Studentenrevolte, daß es ihr gelungen ist, „das ‚kommunikative Beschweigen‘ der Nazivergangenheit *breitenwirksam* zu stören.“ (FR 23.1.88)

Die Demokratisierung der sozio-kulturellen Verhältnisse ist so tiefgreifend, daß sich auch die Definitionen des Politischen verändert haben: „Manches von dem, was früher stillschweigend in die Privatsphäre gehörte, wird heute als eine politische Selbstverständlichkeit behandelt – zum Beispiel die Beziehungen zwischen den Geschlechtern („Gewalt in der Ehe“) oder der Status der Haus- und Erziehungsarbeit, Themen der Kindererziehung usw. Private Bedürfnisse sind politisiert worden.“ (Habermas, FR 11.3.88)





5 Zwanzig Jahre danach: eine kurze Bilanz

Für die Demokratie- und Politikentwicklung der BRD ist die Studentenbewegung trotz ihrer Erfolgsgeschichte keine *problemlose* Bereicherung. Der antiautoritär konzipierte Bezug des politischen Handelns auf die je eigenen unmittelbaren Bedürfnisse und Interessen der Individuen (Dutschke) löste zwar unerwartete Mobilisierungsschübe der APO aus, war aber auch schon ein erster Schritt zu einer Politik aus dem Geist eines egozentrisch motivierten „Betroffenheitskults“. Wo die Protestaktionen nur noch Zitate aus der Revolutionsgeschichte gleichen, geriet auch die kritische Motivation schnell zur revolutionären Attitüde, umgeben von Barrikaden des Dogmatismus. Auf Erzwingung von öffentlicher Aufmerksamkeit bedachte Aktionen, deren Dynamik vom Sensationsbedarf der bürgerlichen Medien mitgesteuert wurden, entglitten zwangsläufig der Kontrolle des rationalen politischen Diskurses; gezielte Aktionen schlugen um in unreflektierten Aktionismus, der bald auch einen Resonanzboden für die Parole schuf, sich gegen die Polizeigewalt zu bewaffnen. Die Methode, in struktureller Herrschaft verborgene „latente Gewalt“ durch Provokationen zu manifesten Gewalttaten herauszufordern, um so die scheinbare Normalität der Verhältnisse als strukturelle Gewaltverhältnisse sichtbar und durchschaubar zu machen, übersah (oder riskierte) die Gefahr der Massenidentifikation mit *erfolgreicher* Gewalt und wurde so geradezu kontraproduktiv.

Solche Dispositionen für Fehlentwicklungen boten 1968 im Getümmel „vor Ort“ hinreichend Anlaß, die Studentenbewegung politisch und wissenschaftlich entsprechend zu „labeln“. Für die Springer-Pressen handelte es sich bei den rebellierenden StudentInnen und ihren Aktionen schlicht um „Polit-Gamler“ – „Krawallma-

cher“ – „Gesinnungslumperei“ – „kriminelle Minderheiten“ – „Hysterie, Rabaukentum und Terror“. Neben wenigen ernsthaften Versuchen, den studentischen Aufruhr organisations-, schichtungs- oder politiksoziologisch aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären¹¹, dominierte auch unter Wissenschaftlern das Stereotyp vom „faulen“ oder „leistungsunfähigen“ „Protest-Studenten“, wurden die Protesthandlungen nicht als Erscheinungsform der Verarbeitung realer gesellschaftlicher und politischer Widerspruchserfahrungen ernstgenommen, sondern als Ausdruck „aggressiver Triebnot“, wahnhafter „Bewußtseinskrisen“ oder ideologischer Verblendungsschäden – d.h. als im Grunde pathologischer „Fehlpassung“ interpretiert. Wenn Wissenschaftler wie Erwin K. Scheuch daraus den Schluß zogen, es handele sich bei den rebellierenden StudentInnen nur um „Gesinnungskriminelle der Politik“ und um „Analphabeten der Realität“, dann unterlag er aus heutiger Sicht – wie viele andere seiner Zunft auch – aber zweifellos selbst einem realitätsbildenden Vorurteil.

Die verschlissenen Etiketten aus der „Kampfzeit“ wurden 20 Jahre später nur noch sehr sparsam verteilt. Immerhin sieht aber Hermann Lübke im Konsens mit einer Riege neokonservativer Kritiker auch jetzt noch in der „68er“-Bewegung nur eine „Studentenrevolte“, und in dieser nur eine von Mythen umspinnene Episode mit beträchtlichen „Schadensfolgen“ – vor allem für die Hochschulen und den „Mittelweg liberaler Demokratie“¹². Die „Meinungsführerschaft“ hat diese Richtung, wie Leggewie feststellte, inzwischen verloren – aber sie ist sich ihrer Sache noch sicher: „Man muß nicht immer bloß Ludolf Herrmanns berühmt gewordene Parole zitieren, es sei nicht Hitler und '33, sondern die 68er Revolution zu überwinden; man kann auch auf Friedrich Zimmermann oder Erzbischof Dyba oder Erwin K. Scheuch oder Elisa-

beth Noelle-Neumann rekurren, die alle nur erdenklichen Gegenwärtsübel, von der Gebärunlust über den Arbeitsfrust und die leeren Kirchen bis zur grassierenden Klein- und Schwerekriminalität auf den damaligen Dambruch schieben. Nein, der ‚kritischen Generation‘ mit ihrer schrillen Gesinnungskritik hätte es nicht bedurft, um die Republik *up to date* zu halten (Hermann Lübke) und jene unbekömmliche Mischung aus ‚akademischem Njet-Set und Terror-Desperados‘ habe uns in zusätzliche, ganz und gar überflüssige Aporien gestürzt (Niklas Luhmann).“ (Leggwie, FR 17.12.1988)

Die Mehrheitsmeinung indes reflektiert inzwischen eher den Gang der realen Ereignisse. Dieser läßt sich kaum authentischer darstellen als in

seinem Zeitdokument von historischem Rang. Am 31. Mai 1988 erklärte der SPD-Vorstand in seinem Beschluß, die am 6.11.1961 beschlossene Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und im SDS und seiner Förderergesellschaft sei „gegenstandslos“. Begründung: „... Aus der Rückschau gesehen, hat der SDS gerade in jener kritischen Phase, in der SPD und SDS sich auseinanderlebten, Vorstellungen entwickelt, die später von der Sozialdemokratie selbst aufgegriffen und zu wichtigen Teilen in gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt worden sind. ...“ (FR, 3.6.1988)

Wenn der Zeitgeist von heute in Wissenschaft und Politik der Studentenbewegung von damals mit größerer Sympathie begegnet als dem Neokonservatismus recht ist, dann spiegelt sich da-



»Schau an, sogar die von 68 haben sich zur Ruhe begeben!«



rin gewiß auch wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt, mehr aber wohl die Gesellschaft in ihrem heutigen Zustand – und das heißt auch: die Studentenbewegung in Gestalt ihrer verfestigten Folgen.

Karl A. Otto ist Professor für Politische Soziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: Außerparlamentarische Opposition, Arbeiterbewegung und Soziologie der Arbeit.

Anmerkungen:

- 1 *Leggewie, Claus: 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, 13.5.1988, S. 3*
- 2 *Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neu-ued-Berlin 1965*
- 3 *Agnoli, Johannes/Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie. Frankfurt 1968, S. 27*
- 4 *Schröder, Klaus: Von der „revolutionären Ungeduld“ und den dunklen Flecken der APO, in: Frankfurter Rundschau, 26.9.1988, S. 6*
- 5 *Vgl. den Vortrag von Herbert Marcuse in der FU Berlin zum Thema „Das Problem der Gewalt in der Opposition“ im Juli 1967. In: Marcuse/Abendroth/Stolle/Kivenheim/Gehrken/Gollwitzer: Studentenbewegung – und was danach?, Argument Studienhefte SH 30, Berlin 1979, S. 1 ff.*
- 6 *Ahlberg, René: Ursachen der Revolte. Analyse des studentischen Protestes. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972; Hennis, Wilhelm: Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969*
- 7 *Schneider, Peter: „Wir haben Fehler gemacht“, in: Otto 1989, S. 157 f.*
- 8 *Vgl. Rudi Dutschke zur Funktion der antiautoritären Basisbewegung in: Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabeht: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Reinbek 1968, S. 90 f.*
- 9 *Bermbach, Udo: Bürgerinitiativen gegen den Parteienstaat?, in: Guggenberger/Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen 1978*
- 10 *Brandt/Büsser/Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt-New York 1983*
- 11 *Vgl. dazu Otto 1989, S. 28 ff.*
- 12 *Lübbe, Hermann: Der Mythos der „kritischen Generation“. Ein Rückblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, 13.5.1988, S. 17, 24*

Literatur:

Baier/Gottschalch/Reiche/Schmid/Schmierer/Sichermann/Sofri: Die Früchte der Revolte – Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung. Berlin 1988

Brandes, Volkhart: Wie der Stein ins Rollen kam – Vom Aufbruch in die Revolte der sechziger Jahre. Frankfurt 1988

Cohn-Bendit, Daniel: Wir haben sie so geliebt, die Revolution. Frankfurt 1987

Cohn-Bendit/Mohr: 1968 – die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wußte. Berlin 1988

Fichter, Tilmann: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei. Wiesbaden 1988

Kleemann, Susanne: Ursachen und Formen der amerikanischen Studentenopposition. Frankfurt 1977

Krohn, Maren: Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze. Köln 1981

Leggewie, Claus: 1968 – Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/1988

Mosler, Peter: Was wir wollten, was wir wurden: Die Studentenrevolte 20 Jahre danach. Reinbek 1988²

Miermeister/Staadt (Hrsg.): Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971. Darmstadt-Neuwied 1980

Otto, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–70. Frankfurt-New York 1982² (1977)

Otto, Karl A.: APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970). Köln 1989

Spiegel-Verlag (Hrsg.): Die wilden 68er. Die Spiegel-Serie über die Studentenrevolution. Hamburg 1988

Roland Roth

Neue soziale Bewegungen als politische Institution – Anregungen für einen theoretischen Perspektivenwechsel*

Tiefgreifende Unsicherheiten prägen die Debatte über die neuen sozialen Bewegungen an der Schwelle der 90er Jahre. Gibt es sie eigentlich noch? Haben sie nicht bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre mit den Mobilisierungen der neuen Friedensbewegung einen letzten Höhepunkt erfahren? Paßt in dieses Bild nicht auch das gesteigerte Interesse einer akademischen Nachhut?

Solchen meist an großen Zahlen, an spektakulären Ereignissen und Massenprotesten orientierten skeptischen Nachfragen ist gerade im Kontext der „neuen sozialen Bewegungen“ immer wieder mit guten Argumenten widersprochen worden. Kulturelle Praktiken und die Verankerung im Alltagsleben, die nachhaltige Überzeugungskraft gelebter Alternativen und die subversive Dauerwirkung unkonventioneller Lebens- und Politikformen werden ins Spiel gebracht, wenn es um die Beständigkeit von Bewegungsnetzwerken und die Lebendigkeit ihrer Diskurse geht. Nicht zuletzt die Erfahrung, daß sichtbarer Protest zum Dauergast bundesdeutscher Politik geworden ist, hat die Überzeugung bestärkt, gerade die todgesagten Bewegungen seien besonders zählebig. Dennoch nähren die vielfältigen Erscheinungen der Veralltäglichsung, Professionalisierung und Institutionalisierung in der westdeutschen Protestszene nachhaltige Zweifel an allzu bewegten Bewegungsbildern. „Von der Bewegung zur Institution“ lautet immer häufiger die Diagnose, gleichgültig ob es sich nun um neue Institutionen oder gelungene An- und Einbauten altbekannter Einrichtungen handelt. Ich möchte im folgenden der in dieser Debatte so selbstverständlichen Alternative „Bewegung“ oder „Institution“ eine auf den ersten Blick vielleicht paradoxe, selbstreferentielle Wendung geben. Die These lautet, daß die Institutionalisierung eines

relativ eigenständigen Bewegungssektors die bislang nachhaltigste Leistung der neuen sozialen Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik darstellt. Ich möchte zuerst einige systematische und empirische Argumente für diese These präsentieren und das „institutionelle Profil“ des Bewegungssektors in der Bundesrepublik skizzieren, dann den Effekten auf andere Institutionen nachgehen, um schließlich mögliche institutionentheoretische Perspektiven anzudeuten.

Da soziale Bewegungen üblicherweise als natürliche Gegenspieler von Institutionen gehandelt werden und ihr Anti-Institutionalismus sprichwörtlich ist, möchte ich vorab möglichen Mißverständnissen vorbeugen. Es kann nicht um die Behauptung gehen, daß einzelne Mobilisierungen oder Themen, wie etwa die Proteste gegen die Raketenstationierung oder den § 218, institutionellen Charakter angenommen hätten. Ebenso wenig wird die Zunahme von formalen Organisationen in den Bewegungen oder die Entwicklung der „Grünen“ zum Anlaß genommen, das stete Wirken eines „echnen Gesetzes“ der Institutionalisierung zu diagnostizieren (mit Blick auf die Klassiker Weber, Michels etc.; vgl. Alberoni 1984). Vielmehr geht es darum, daß „Bewegungspolitik“ heutzutage – nicht nur in der Bundesrepublik, aber hierzulande besonders ausgeprägt – ebenso zur festen Einrichtung geworden ist wie etwa die Partei- und Verbandspolitik. Wenn wir z.B. den Ergebnissen der Umfrageforschung trauen können, dann ist die Unterscheidung zwischen „unkonventionellen“ und „konventionellen“ Formen politischer Beteiligung inzwischen obsolet (Uehlinger 1988). An das Repertoire der Protestpolitik haben wir uns längst gewöhnt, die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen lassen sich inzwischen genau-

so abfragen wie das Vertrauen in die Bundesregierung. In der international vergleichenden Forschung ist der Typus „Protestpolitik“ als Ausdruck eines „new style of citizen politics“ (Dalton 1988) bzw. eines Übergangs von einer „elite-directed“- zu einer „elite-challenging“-Politik (Inglehart 1988) in den fortgeschrittenen westlichen Demokratien als Dauerphänomen anerkannt. Einzelne Bewegungen und Themen mögen kommen und gehen, aber die Erfahrungen der letzten 25 Jahre machen es relativ unwahrscheinlich, daß dieser Politiktypus aus dem Spektrum der politischen Formen gänzlich verschwindet.

Zwei geläufige Annahmen über den „flüchtigen“ Charakter der neuen sozialen Bewegungen haben sich nicht bestätigt. Weder politische noch ökonomische Konjunkturen haben den neuen Protest zum Versiegen gebracht. Er war offensichtlich nicht (nur) eine der ungeplanten Folgen sozialliberaler Reformversprechen, die mit einem politischen Richtungswechsel verschwindet. Selbst die Rückkehr von „bread and butter“-issues durch ökonomische Krisen und Dauerarbeitslosigkeit hat die neuen Themen nicht von der politischen Agenda verdrängt. Auch die Generationenthese hat spätestens mit den Jugendprotesten und der neuen Friedensbewegung in den 80er Jahren an Überzeugungskraft eingebüßt. Es „marschieren“ nicht nur die „68er“. In relevanten Sektoren der gegenwärtigen Jugendgeneration sind Formen des politischen Protests selbstverständlich (Scherer 1988: 187). Seit mehr als zwanzig Jahren sind die Politikformen des Protests in der Bundesrepublik verbreitet und relativ konjunkturunabhängig. Sie sind auch vom Umfang her nicht als randständige, minoritäre Formen abzutun, denn wir können seit Mitte der 70er Jahre davon ausgehen, daß z.B. in Bürgerinitiativen mehr Menschen aktiv werden als in politischen Parteien. Bewegungspolitik erfüllt damit empirisch

die definitorischen Minimalansprüche des Institutionenbegriffs: Festigkeit, Dauer, Wiederholbarkeit, internalisierte, verfestigte Verhaltensmuster und Sinnorientierungen (Göhler 1988: 16).

So ist es nicht verwunderlich, daß in der Bewegungsforschung inzwischen „institutionelle“ Perspektiven deutlicher werden (Forschungsjournal 3-4/1989, Stiftung „Die Mitarbeit“ 1988). Soziale Bewegungen werden längst nicht mehr als Ventil kontingenter, psychisch stimulierter Ausbrüche mit gelegentlich ansteckender Wirkung gehandelt, die rasch wieder verebben, wenn der Frust ausgelebt wurde. Mit der Veralltäglichsung des Protests wächst das Interesse an seinen inneren Strukturen und Funktionsbedingungen, seinen Ressourcen, Kommunikationswegen, Mobilisierungsformen, Vernetzungen, Einrichtungen und Organisationsmustern (vgl. für diese Tendenz div. Beiträge in Roth/Rucht 1987). Daß es sich auch um politische Institutionen handelt, scheint mir relativ evident. Die neuen sozialen Bewegungen neh-



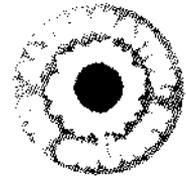
Friedenssymbol
Weiße Taube



Schwert zu
Pflugscharen



Anti-Kernkraft-
Slogan



Sommerhilfe
der Grünen



men Einfluß auf Interessenartikulation, betreiben (Gegen-) Machtbildung, streiten mit anderen Akteuren (Verbänden, Parteien und Kirchen) um die politische Agenda, artikulieren normative Geltungsansprüche, messen mit moralischen Standards und befragen bzw. durchlöchern die Bindungswirkung von politischen Entscheidungen (parlamentarischer Mehrheiten, von Regierungen und Verwaltungen). Bewegungspolitik hat dabei nicht nur die „Umwelt“ der traditionellen politischen Institutionen verändert und unsicherer werden lassen, sondern sie ist selbst zur politischen Institution geworden.

1. Die Anfänge eines eigenständigen Bewegungssektors in der BRD

Die Frage nach der Entstehung des Bewegungssektors ist keineswegs trivial, wenn die Genese einer Institution behauptet wird. Hierfür genügt nicht der leicht zu führende Nachweis, daß die Geschichte der Bundesrepublik von Protestbewegungen durchzogen ist (Brand et. al. 1986, Rolke 1987). Der Beginn eines eigenständigen Bewegungssektors ist erst da anzusetzen, wo sich einerseits bewegungsförmig vorgebrachte Proteste und politische Themen von den Organisationsressourcen und politischen Kalkülen der bestehenden politischen und sozialen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc.) unabhängig machen und andererseits das Niveau gelegentlicher repräsentativer und demonstrativer Öffentlichkeit übersteigen. Beide Bedingungen sind in ersten Ansätzen in der BRD mit den Ostermarsch-Kampagnen, später dann mit den Kristallisationskernen der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition gegeben. Die weitere Geschichte ist bekannt. Sie läßt sich als Prozeß der thematischen Ausdifferenzierung und Erweiterung be-

schreiben, wobei nur zögerlich jene „Entmischungsprodukte“ der APO politisch in den Hintergrund treten und schließlich ins Abseits geraten, die nicht dem Typus „Bewegungspolitik“ zugehören (K-Gruppen und -Parteien einerseits, RAF etc. andererseits). Frauenbewegung, Antikernkraftproteste, Ökologie- und Friedensbewegung (um nur die wichtigsten zu nennen) folgen, legen sich wie neue Ringe um die bestehenden Protestkerne, bringen aber auch eigene Orientierungen, politische Formen, Einrichtungen und Resonanzgruppen ein. Über einzelne Aktionszyklen hinweg sind ihre Grundströmungen auch heute in den Bewegungsmilieus präsent.

Die Frage nach den Ursachen für die Entstehung eines eigenständigen Bewegungssektors hat inzwischen eine solche Fülle von Antworten hervorgebracht, daß selbst ein schlichter Auflistungsversuch den Rahmen sprengen würde. Üblicherweise wird mit einer Kombination von Krisen- und Selbsterzeugungshypothesen gearbeitet. Einerseits werden die in den Protesten thematisierten Risiken, Benachteiligungen und Herrschaftserfahrungen nicht mehr als Aufklärungs- und Perzeptionsproblem übersensibler Frauen oder naturromantischer Stadtbewohner abgetan, sondern ernstgenommen (symptomatisch etwa die starke Resonanz von Beck 1986). Andererseits sind Protestbewegungen auch das Ergebnis bewußter politischer Anstrengungen, zu deren Leistung z.B. auch die Definition von und die Sensibilisierung gegenüber neuen Problemen und Themen gehört (Japp 1984). Unter institutionellen Gesichtspunkten scheinen mir zudem besonders jene Deutungsversuche interessant, die sich auf die spezifische politische Chancenstruktur der Bundesrepublik beziehen:

1. Die Entfaltung eines autonomen Bewegungssektors ist die paradoxe Folge der überaus erfolgreichen Institutionalisierung eines gutgefügteten Parteien- und Verbändesystems in den



50er Jahren (Pirker 1985). Parteienstaatlichkeit, Basiskonsens, politische Repräsentation und staatsbürgerlicher Privatismus waren auf spezifisch politische Formen und Inhalte abgestimmt – und deshalb besonders ausgrenzend gegenüber neuen Themen, die sich in Gestalt von nichtintendierten Folgen der in diesen Regulationsmodi eingebauten Kompromißstrukturen (etwa vom Typus „Produktivitätspakt“) auftrümen. Zu nennen wären hier etwa die sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums oder die Herrschaftseffekte sozialstaatlicher Regulierungen.

2. In einer extrem repräsentations- und staatsbezogenen politischen Kultur verweisen jene Problemzonen, die sich nicht mit etatistischen Mitteln wie Macht, Recht oder Geld angemessen bearbeiten lassen, sondern Solidaritäten, Selbsthilfe oder Selbstverwaltung erfordern. Diese „Medien“ haben die neuen Bewegungen (erneut) kultiviert und politisch produktiv werden lassen.

3. In den Wertwandelthesen, aber auch den ressourcentheoretischen Ansätzen schwingt die Vermutung mit, daß der gegenwärtige Bewegungssektor sich vor allem deshalb entfalten konnte, weil die „Entlastung“ von politischer Aktivität durch die bestehenden politischen Institutionen von größer werdenden Gruppen in der Bevölkerung als zu weitgehend und zugleich als entmündigend erfahren wurde. Zwischen den extremen Polen professioneller Politik einerseits und den marginalen politischen Rollen als WählerIn oder Parteimitglied andererseits hatten bzw. haben die etablierten politischen Institutionen wenig anzubieten. Bewegungspolitik schöpft aus den von den „elite-directed politics“ ungenutzten Ressourcen (Zeit, Geld, Fähigkeiten, Kenntnisse) und verspricht zugleich eine weniger fremdbestimmte Nutzung.

2. Strukturelle Voraussetzungen zeitgenössischer Bewegungspolitik

Soziale Bewegungen von heute sind erstaunlich institutionenabhängig. Hierzulande können sie im Prinzip auf institutionelle Garantien zurückgreifen, wie sie etwa in den politischen Freiheits- und Beteiligungsrechten des Grundgesetzes niedergelegt sind. Durch seine Nutzung erfüllen sie z.B. das Demonstrations- und Versammlungsrecht mit Leben. Die Auseinandersetzung um Reichweite und praktisch-politische Ausgestaltung von politischen Freiheitsrechten durchzieht daher wie ein roter Faden die Bewegungsgeschichte. Ohne ein Minimum an Kommunikation und Organisation – also als lediglich individuelle Option – sind die direkten Aktionsformen sozialer Bewegungen nicht denkbar. Hierzu kann auch auf vorhandene institutionelle Ressourcen zurückgegriffen werden (Medienöffentlichkeit, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Hochschulen). Vor allem in den Anfängen müssen sich Bewegungen häufig als Kostgänger bestehender Institutionen über Wasser halten und versuchen, sie für ihre Themen zu gewinnen bzw. „umzufunktionieren“. Solche Nutzungsverhältnisse sind riskant, durch Rausschmiß, Ressourcenentzug, Identitätsverlust oder Instrumentalisierung gefährdet und deshalb meist nur kurzfristig erfolgreich (wie z.B. bei Institutsbesetzungen oder der Gründung „Kritischer Universitäten“ in der Studentenbewegung).

Bewegungen müssen danach streben, eigene Kommunikations- und Organisationsstrukturen aufzubauen, um ihre Protestpraxis zu entfalten und die Gefahr von Fremddeutungen und Fremdbestimmung zu verringern. Eigene Öffentlichkeiten durch Clubs, Zeitungen, Bücher, Verlage, Versammlungsräume etc. sind dazu ein notwendiger erster Schritt. Ein zweiter ergibt sich aus den „Kosten“ des Protests, bzw. aus



dem Versuch, sie für die Beteiligten möglichst gering und damit die Attraktivität von Protestpolitik möglichst groß zu halten. Solidaritätsfonds und Rechtshilfe werden notwendig. Bei solchen notwendigen institutionellen Voraussetzungen für Bewegungspolitik ist es jedoch nicht geblieben. Im folgenden soll nur ein provisorischer Querschnitt, das grobe institutionelle Profil des westdeutschen Bewegungssektors skizziert werden. Die vielen eingestürzten und abgebrochenen Neubauten, die Sackgassen und Fehlversuche bleiben ausgeblendet. Fünf Dimensionen können systematisch unterschieden werden:

a) bewegungsspezifische Institutionalisierungen
 Jede Bewegung innerhalb der neuen sozialen Bewegungen hat ihre eigenen Organisationskerne hervorgebracht, die (meist nur für eine begrenzte Zeit) im Namen der Bewegungen sprechen bzw. ein übergreifendes Forum darstellen. Dies gilt für die APO (SDS, „neue kritik“, Kongresse, später Studentenparteien etc.), die neue Frauenbewegung („Emma“, „Courage“, Berliner Sommeruniversität, Frauen-Jahrbücher etc.), die Ökologiebewegung (BBU, BUND etc.) und die neue Friedensbewegung (Bonner Koordinationsausschuß, Konferenzen autonomer Gruppen etc.). Auffällig ist die unterschiedliche Beständigkeit solcher zentraler Bewegungseinrichtungen, deren Niedergang nicht mit dem der Bewegungen identisch sein muß (Bedeutungsverlust des BBU, Einstellung von „Courage“). In den Bewegungen sind jeweils Kräfte aktiv, die gegen Zentralisierungen, den Aufbau von bürokratischen Apparaten, die Installierung autoritativer Gremien und SprecherInnen ankämpfen und dies als Verletzung der Autonomie ihrer lokalen Gruppen etc. deuten. Der Anteil von übergreifenden Organisationen, formalisierten Mitgliedschaften und professioneller Arbeit ist in einzelnen Bewegungen sehr unterschiedlich (am stärksten in der neuen Friedensbewegung

und der Ökologiebewegung, deutlich geringer in der neuen Frauenbewegung). Der Verzicht auf übergreifende Einrichtungen oder ihre schwache und häufig revidierte Institutionalisierung bieten den Vorteil, Leitwerte wie Autonomie, Selbsttätigkeit sowie Selbstverwaltung, spontane Aktionsformen zu bewahren, Repräsentation, die Bildung von Führungsgruppen und der Zwang zu ideologischer Vereinheitlichung können so gering gehalten werden. Dies geht freilich auf Kosten von typisch institutionellen Leistungen (Beteiligungschancen, die Entfaltung von strategiegeleiteter Kooperation, Kompromißfähigkeit, Programmentwicklung).

b) themen- und kampagnespezifische Einrichtungen in einzelnen Bewegungen

Die strukturelle Weiterentwicklung gegenwärtiger Sozialbewegungen vollzieht sich nicht in Richtung Zentralisierung, Hierarchie, Großorganisation, sondern vor allem als themenspezifische Ausdifferenzierung (Raschke 1985). So stellt sich z.B. die Ökologiebewegung in dieser Perspektive als Ansammlung von vielfältigen Gruppen, Projekten, Konferenzen etc. dar: Müll- und Atomüllkonferenzen, Energiekonferenzen, Treffen der Verkehrsinitiativen, der WAA-Widerstandsgruppen. Oft haben sie eine eigene Publizistik (Recycling-Rundbrief, Müll-Magazin etc.) als Koordinationsmedium. Die in dieser Dimension sehr dynamische Entwicklung steckt voller Ambivalenzen. Einerseits lebt der an spezifischen Ereignissen und zu bestimmten Anlässen aufkommende „sichtbare“ Protest sehr stark von der Vor- und Zuarbeit solcher kontinuierlich mit spezifischen Themen befaßten Gruppen und Einrichtungen (für den Widerstand gegen die WAA-Wackersdorf s. Kretschmer/Rucht 1987). Sensibilisierung, kritische Öffentlichkeit und Alternativentwürfe gehören zu ihrer Leistungsbilanz. Andererseits verstärken sie den Druck in Richtung „alternativer“ Professionalisierung, die zwar einen „kriti-



schen Professionalismus“ in den etablierten gesellschaftlichen Institutionen befördern hilft, zugleich aber in die Gefahr gerät, sich von den Motiven und Orientierungen der „Betroffenen“ abzukoppeln und die eigene Profession zum Bezugssystem zu machen (zu dieser Problematik am Beispiel der Öko-Institute s. Müschen 1988, ein weiteres Beispiel gibt das Verhältnis von universitärer Frauenforschung und feministischer Bewegung).

c) lokale und regionale Bewegungsnetzwerke

Eine fein verästelte institutionelle Verankerung erhält Bewegungspolitik durch die lokale und regionale Ausprägung von Bewegungsmilieus, deren Konturen in der Bundesrepublik z.B. den alternativen „Stattbüchern“ zu entnehmen sind. Kneipen, Treffs, Zeitungen, Kultureinrichtungen, selbstverwaltete Betriebe und Projekte etc. bilden die Knotenpunkte eines mehr oder weniger dichten und aufgefächerten Kommunikationsnetzes, das sich auf alltäglichen Lebenszusammenhängen gründet. Hier werden die verschiedenen Bewegungsthemen ausgetauscht und hervorgebracht, Experimente mit kulturellen Innovationen, alternativen Lebensweisen und Einrichtungen gewagt. Bei Bedarf fungieren diese „latenten“ Bewegungsbereiche als Mobilisierungsnetzwerke für sichtbare Bewegungsinitiativen (so die Ergebnisse einer Mailand-Studie von Melucci et al. 1984). Diese soziokulturelle Verankerung in selbsterzeugten „Milieus“ sorgt für die Kontinuität von Orientierungen und Sozialkontakten – trotz schnellen Themenwechsels und ideologischer Diffusität. Die Selbstthematisierungen der lokalen Bewegungsmilieus schwanken zwischen Autonomie und Ghetto, zwischen Yuppifizierung und neuer Marginalität, zwischen neuen Lebensstilen und Kiezmentalitäten.

d) intermediäres Umfeld

Trotz entsprechender Selbst- und Fremdstilisierungen bildet der Bewegungssektor insge-

samt keine abgeschlossene Gegengesellschaft, die sich jenseits des Bestehenden wännen könnte. Vielmehr existiert auf lokaler Ebene – aber auch darüber hinaus – ein intermediärer Bereich, der Formen und Inhalte des Bewegungsektors selektiv aufgreift und sie zugleich für die „Normalbevölkerung“ zugänglich macht. Dies gilt in erster Linie für die Bürgerinitiativen, die nicht selten auf Formen direkter Politik und auf Bewegungsdiskurse zurückgreifen (zur „Ökologisierung“ von Bürgerinitiativen z.B. Rucht 1984). Selbsthilfegruppen von älteren Menschen oder im Sozial- und Gesundheitsbereich haben oft einen ähnlichen Status, aber auch zahlreiche Gruppierungen in etablierten Institutionen (Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen, Jugendhausinitiativen, Studentenverbände etc.) sind gelegentlich als Teil des Bewegungsumfelds anzusehen. Dieser Bereich erweitert sich unter Umständen durch neue kommunale Einrichtungen, die in Reaktion auf die Bewegungspolitik geschaffen wurden (Gleichstellungsstellen, Seniorenbeiräte, Umweltauftragte, Selbsthilfekontaktstellen, ABM-Beratung für den Zweiten Arbeitsmarkt etc.). Besonders für die letzte Gruppe von Institutionen wird die grundlegende Ambivalenz intermediärer Einrichtungen deutlich. Sie bilden einen notwendigen gesellschaftlichen Resonanzboden, verhindern subkulturelle Selbstghettoisierung, aber sie gefährden strukturell auch die Radikalität und den Eigensinn, von dem Bewegungspolitik lebt.

e) bewegungsübergreifende Einrichtungen und Projekte

Für zahlreiche „Querschnittsaufgaben“ des Bewegungsektors, wie z.B. Ökonomie (Netzwerk-Selbsthilfe, Ökobank), Bildung (Alternative Bildungsstätten), Öffentlichkeit („taz“), Kultur (freie Gruppen), Gesundheit (Gesundheitsläden und -tage), sind inzwischen eigene Infrastrukturen entwickelt worden. In



diesen Kontext möchte ich auch die Grünen stellen, die u.a. aus diversen grün-alternativen und bunten Listen entstanden sind. Das Verhältnis von Grünen und neuen sozialen Bewegungen ist stets politisch wie sozialwissenschaftlich umstritten gewesen. Aus der hier gewählten Perspektive erscheinen die Grünen als politisches Projekt, das sich vor allem aus der Bewegungspolitik heraus entwickelt hat und (noch immer) an die Bewegungsmilieus gebunden ist. Der strömungspolitische Streit um die „notwendigen“ Anpassungsprozesse der Grünen im Zuge ihrer „Parlamentarisierung“ ist zwar ruhiger geworden, aber auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist keine „Lösung“ des „grünen“ Strukturdilemmas in Sicht, zwischen den Erfolgsbedingungen von Parteienkonkurrenz und Parlamentsarbeit einerseits und den „basisdemokratischen“ Partizipationsansprüchen der Mitgliedschaft, des politischen Umfelds und vor allem des Bewegungssektors andererseits zu vermitteln (Poguntke 1987, Kitschelt 1988).

Die gemessen an den Wahlstimmen äußerst geringen Mitgliedszahlen machen deutlich, daß Parlaments- und Parteipolitik (wie „alternativ“ auch immer) nur *eine* politische Option darstellen, die bislang keinen dominierenden Status im Bewegungssektor erobern konnte. In den anhaltenden formkritischen Kontroversen innerhalb der Partei kommt diese „Milieu“-Bindung zum Ausdruck. Sie setzt der Selbstrationalisierung der Grünen offensichtlich enge Grenzen. Der von Offe diagnostizierten „Adoleszenzkrise“ (1986) dürften die Grünen nur durch die Kultivierung einer produktiven „Unreife“ begegnen können, die den „links-libertären“ Orientierungen ihrer WählerInnen Rechnung trägt. Die Bewegungsmobilisierungen der 80er Jahre (angefangen mit den „Jugendrevolten“, über die neue Friedensbewegung, die Wackersdorf-Mobilisierungen, die bewegten Reaktionen auf

Tschernobyl bis zum Volkszählungsboykott von 1987/88) sprechen zumindest nicht dafür, daß nach der Ära der Bewegungen nun die große Stunde der Parteipolitik geschlagen habe (in diese Richtung drängt Wiesenthals Diagnose vom Bewegungserbst – 1988). Eher ist auch weiterhin ein spannungsreiches Nebeneinander zu erwarten.

3. Was bringt und wie legitimiert sich Bewegungspolitik?

Über die funktionalen Leistungen des Bewegungssektors läßt sich je nach gesellschaftsanalytischem Interpretationsrahmen trefflich streiten. Aufgrund der bisherigen Ausführungen können für die involvierten Individuen vor allem drei Funktionen hervorgehoben werden:

- a) Durch die Existenz des Bewegungssektors hat sich das verfügbare politische Handlungsrepertoire drastisch erweitert.
- b) Durch die Entgrenzung der als „politisch“ geltenden Erfahrungsbereiche kommt es zu einer Optionensteigerung – mehr Lebensbereiche erscheinen als (politisch) gestaltbar.
- c) Der Bewegungssektor bietet lebbarere Alternativen, d.h. er basiert nicht zuletzt auf praktizierten soziokulturellen Alternativen und posttraditionalen Gemeinschaften (Milieus, Lebensstile, Wohngemeinschaften etc.).

Auf die möglichen systemischen Funktionen möchte ich hier nicht näher eingehen. Die Funktionsbestimmungen reichen z.B. allein innerhalb des systemtheoretischen Angebots vom störenden „Rauschen“ mit der Gefahr unnötiger „Aufregungsschäden“ (Luhmann 1986) bis zur „reflexiven Modernisierung“.

Im Kontrast zu früheren Bewegungen erstaunt am gegenwärtigen Bewegungssektor seine geringe legitimatorische Vereinheitlichung (etwa

durch legitimierende Großtheorien oder eine gemeinsame Gesellschaftsvision). Der Verdacht, es handele sich stattdessen um kleinbürgerliches Moralunternehmertum mit einer doppelbödigen Präentionskultur, ist zwar gelegentlich (und an einzelnen Erscheinungen begründet) vorgebracht worden (Eder 1985, Scheerer 1986). In den einzelnen Bewegungen existiert allerdings ein facettenreicher Diskurs, in dem die unterschiedlichsten Begründungsangebote koexistieren (für die neue Frauenbewegung betonten dies z.B. Ferree/Hess 1985, Benhabib/Cornell 1987; für die Ökologiebewegung Kitschelt 1984). Zwar mangelt es nicht an Syntheseangeboten verschiedenster Strickart (vom Marxismus bis zum New Age), aber es mehren sich vor allem in der feministischen Debatte die Einschätzungen, die – den anhaltend vielstimmigen Chor in den Bewegungen reflektierend – das Recht auf Differenz als zentrales gemeinsames Legitimationsmuster identifizieren (vgl. Klinger 1986). In diese Perspektive paßt auch der verstärkte Rekurs auf die uneingelösten und utopischen Gehalte von Bürgerrechten, der sich aus einer Kritik ihrer geschlechtsspezifischen, sozialen, technologischen und politischen Beschneidungen speist (vgl. etwa Becks Kritik der „halbierten Moderne“, 1986; Narr et al. 1987).

4. Institutionelle Effekte des Bewegungssektors

Zwei einschränkende Vorbemerkungen scheinen nötig. Institutionelle Effekte lassen sich zum einen nur schwer „messen“ und eindeutig zuordnen, da Bewegungen üblicherweise nur Akteure unter vielen sind (Kausalattribution). Internationale Vergleiche können zwar solche Unsicherheiten verkleinern, aber gerade bei „weichen“ Phänomenen wie sozialen Bewegungen gerät die Komparatistik rasch an Gren-

zen. Zum anderen lassen sich die institutionellen Effekte auch nur einer Protestbewegung meist nur angemessen auf mehreren Ebenen debattieren. So mögen Hausbesetzungen – wie das Berliner Beispiel zeigt – zwar für die staatliche Wohnungspolitik folgenlos sein, aber durchaus institutionelle Innovationen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik begünstigen. Aufgrund der gesellschaftlichen Plazierung des Bewegungssektors wäre es angemessen, den institutionellen Effekten von Bewegungspolitik in allen Bereichen nachzugehen. In unserem Zusammenhang sollen einige Andeutungen genügen (lediglich die Ausführungen zum politischen System sind etwas ausführlicher).

a) gesellschaftliche Institutionen

Ins Auge fällt – im Vergleich etwa zum „Famialismus“ der 50er Jahre – die Aufwertung „unkonventioneller Lebensstile“. Wie weit es mit der von Habermas jüngst als Folge der Protestbewegungen seit 1968 diagnostizierten „Fundamentalliberalisierung“ in allen gesellschaftlichen Institutionen her ist, wäre erst noch im Detail zu prüfen. Zumindest muß sich diese These an der durch die Protestbewegungen zugespitzten Herrschaftskritik bewähren, die ihre Staatsfixiertheit abgelegt hat. Tendenziell alle gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen – angefangen bei der Klinik als Ort der Entbindung, über die Kindergärten, Schulen, Universitäten, Psychiatrien, Ehen und Gefängnisse bis zu den Altersheimen und Krankenhäusern als Orte des Sterbens – sind von den neuen sozialen Bewegungen institutionenkritisch durchgemustert worden. Professionskritik ist bis in vormals ständisch abgeschottete Arkanbereiche (etwa im Gesundheitswesen) vorgedrungen, „kritische“ Professionelle erheben ihre Stimmen (z.B. in Gestalt von „alternativen Listen“ bei Ärztekammerwahlen). Zu fast allen Institutionen bestehen heute – wenn auch meist in bescheidenem Umfang – weniger professionali-



sierte, weniger herrschaftliche und bürokratisierte „sanfte“ Alternativen. Eine Bilanz müßte sich die einzelnen Bereiche in einer differenzierten Analyse vornehmen, um einfache Schwarzweißbilder zu vermeiden. Die Tendenzen weisen in unterschiedliche Richtungen. Trotz all der Rührigkeit bewegter Kritik wurde keine der herkömmlichen Institutionen „geschliffen“. Das aktuelle Beispiel der konservativen Reform der Hochschulreform erinnert an Science Fiction-Filme: „Das Imperium schlägt zurück!“ – und löste neuerlich studentische Proteste aus. Andere Institutionen haben teilweise die kritischen Potentiale modernisierend eingebunden, in anderen Sektoren blieben sie gänzlich ohne Resonanz.

Daß Macht und Gewalt kein exklusives „Medium“ des politischen Systems sind, sondern als Bestandteil der Geschlechterordnung in allen Lebensbereichen existieren, haben die Skandalisierungen der neuen Frauenbewegung unübersehbar gemacht. Auch hier sind neue Einrichtungen (Frauenhäuser, Notrufstellen, Frauentaxis etc.) entstanden und institutionelle Öffnungen sichtbar (Quotierungen, Frauenbeauftragte etc.), aber dennoch scheint die öffentliche Rhetorik zu überwiegen (z.B. der von der CDU verkündete „Abschied von der Männergesellschaft“ – Geißler 1986). So kann es nicht verwundern, daß in den Bilanzen feministischer Autorinnen bittere Töne mitschwingen (dazu Klinger 1988). Ulrich Beck (1986) hat die institutionellen Erfolge der aufbegehrenden Frauen einmal in das Bild vom „Erobern sinkender Schiffe“ gefaßt.

b) Ökonomie

Die ökonomischen Effekte der neuen sozialen Bewegungen sind sehr weit von den antikapitalistischen Zielsetzungen der Neuen Linken entfernt. Moralökonomische Orientierungen erlebten dagegen eine erstaunliche Wiederbelebung. So hat sich ein neuer, gesamtwirtschaft-

lich freilich marginaler Sektor selbstverwalteter Betriebe stabilisieren können (Heider et al. 1988), allerdings gibt es kaum Hoffnung auf eine rasche Ausdehnung dieses Sektors (Voigt-Weber et al. 1988: 298 ff.). Öffentliche Anerkennung und Förderung, marktvermittelter Professionalisierungsdruck und die Situation auf dem Arbeitsmarkt „nagen“ zudem am alternativen Selbstverständnis (das z.B. im Hinblick auf die politischen Aktivitäten der Betriebe ausgeprägt ist, als die These von einer hohen „Selbstaubeutung“ erwarten ließe) und verstärken Tendenzen zur (Selbst-)Instrumentalisierung für einen „zweiten Arbeitsmarkt“ mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen.

Die ökologische Kritik und ihre Wirkungen auf die Energieproduzenten (EVUs), auf die industrielle Landwirtschaft, Großchemie und Pharmaindustrie, aber auch auf High Chem, High Tech oder die Gentechnologie wären im einzelnen durchzumustern. Erste Übersichten deuten darauf hin, daß es mit der „materialen Politisierung der Produktion“ durch die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik (noch) nicht allzu weit her ist (Conrad 1987). Daß der ökologische Protest als Innovationsressource für veränderte Produktpaletten und einen industriellen Umweltschutz genutzt werden kann, gehört ebenso zu den Erfahrungen der letzten Jahre wie eine dennoch anhaltende Industrie- und Technikkritik (kritische Aktionäre, Tribunale gegen Branchen und einzelne Konzerne), die sich durch Unfälle und Katastrophen bestätigt sehen kann. Allerdings dürften die praktischen Effekte eng begrenzt sein.

Das institutionelle Gefüge der Ökonomie hat sich zudem mit einer weiteren, bewegungsverstärkten Unsicherheit auseinanderzusetzen, die aus der Politisierung der Konsumentenrolle resultiert. In der Folge kommt es häufiger zu „Akzeptanzproblemen“ für neue Technologien und Produkte (Konsumentenboykotts etc.).

c) *intermediäre Institutionen*

Auch im intermediären Bereich (Interessenverbände, Gewerkschaften etc.) haben sich bewegungsbedingte Umschichtungen ergeben, die erst noch im einzelnen aufzuarbeiten wären. Einige traditionelle Interessenverbände, etwa im Bereich des Naturschutzes, der Sozialpolitik oder der Frauenpolitik, haben durch die Propagierung „ihrer“ Themen in Protestbewegungen eine Aufwertung erfahren. Einige intermediäre „Nutznießer“ sahen sich verbandsinternen „Übermächtigungsversuchen“ aus den Bewegungsmilieus ausgesetzt und haben ihren Charakter teilweise verändert (z.B. der BUND). Auch die Rückwirkungen der neuen Friedensbewegung auf die Kirchen wären hier von Interesse.

Relativ wenig aufgearbeitet sind auch die Effekte der neuen sozialen Bewegungen auf die Gewerkschaften. Sie sind unter dem Gesichtspunkt der Verschränkung bzw. Abgrenzung von „alten“ und „neuen“ Bewegungsthemen besonders relevant. Zwar stellen die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen für das „Eindringen“ von Bewegungspolitik schier unüberwindliche Hindernisse dar – weil die politischen Formen diametral auseinanderliegen (so Siegmann 1986) –, aber dennoch haben sich Bewegungsthemen auch in den Gewerkschaften verbreiten können. Dafür haben u.a. regionale Konflikte, wie etwa um die Startbahn West, gewerkschaftliche Jugendgruppen und nicht zuletzt die Aktivitäten von Frauen gesorgt. Die Folgen sind schillernd. Wir finden z.B. als paradoxe Reaktion auf Bewegungen Branchenbündnisse von Gewerkschaften und Unternehmen (wie im Atomkonflikt und heute besonders durch die IG Chemie, die „Vertrauensarbeit“ für die Produkte von Pharmaindustrie und Großchemie betreibt, um dadurch ihre Position im System industrieller Beziehungen zu stärken). Gleichzeitig stellt der Bewegungssektor ein neues Seg-

ment der institutionellen „Umwelt“ gewerkschaftlicher Politik dar, das die Mitgliederinteressen heterogener und damit die Konsensbildung und Folgebereitschaft ungesicherter werden läßt (vgl. Streeck 1987).

d) *politisches System*

Parteien: Jenseits der zahlreichen indirekten Effekte, die die Protestbewegungen in den 60er und 70er Jahren auf die Parteien der Bundesrepublik hatten (z.B. auf dem Wege der Kooptation von Themen und Personen aus der ApO und SPD und FDP oder über jene „68er“, die heute den Reformflügel der CDU stellen) und die vor allem unter dem Stichwort „Reformpolitik“ verhandelt werden (kritisch hierzu Rucht 1987), zeichnen sich mit der Etablierung der Grünen als Konkurrenzpartei „neuen Typs“ direkte Effekte ab. Zunächst hat sich durch die neue „Mitspielerin“ die Zahl der koalitions- und oppositionspolitischen Konstellationen vergrößert. Die Parteienkonkurrenz hat zugleich die neuen Themen „hoffähig“ gemacht und – in weitaus geringerem Umfang – Innovationen in den Politikstilen angeregt. Ein Prozeß, der sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit im gesamten Parteienspektrum – vielleicht mit Ausnahme der CSU – vollzogen hat. Die Heterogenität der neuen sozialen Bewegungen ermöglicht und begünstigt selektive Nutzungen; Affinitäten wie Differenzen bestehen sowohl zum sozialdemokratischen Projekt wie zu den konservativen Gegenspielern (zu den möglichen Allianzen s. Offe 1987: 95 ff.). Mehr politische „Ermächtigung“ im Sinne der Ausdehnung politischer Gestaltungsansprüche (ökologische Modernisierung, sozialverträgliche Technikgestaltung etc.) und größerer staatlicher Regelungsdichte (Umweltrecht, Strafrecht, etc.) sind einige der sozialdemokratischen „Beutestücke“ aus dem Bewegungsarsenal. Konservativ-liberale Kräfte erfreuen sich an der Betonung einer „staatsfreien“ Sphäre bürgerlicher Selbstgestaltung (Selbsthil-



fe, Subsidiarität). Die Grünen selbst haben durch die Nutzung der institutionellen Parteienprivilegien sicherlich zur Unterstützung von Bewegungspolitik beitragen können (Öko-Fonds, Regenbogen-Stiftung, Medienzugänge etc.). Wie sich allerdings der Bewegungssektor unter dem Druck der „Fremdnutzung“ verändern wird und was von ihm übrig bleibt, läßt sich gegenwärtig nur schwer absehen.

Verwaltung: Der Bewegungssektor hat auch die öffentliche Verwaltung vor Probleme gestellt. Die neuen Themen signalisieren nicht zuletzt veränderte Ansprüche an das Verwaltungshandeln. Für die obrigkeitstypische deutsche Tradition sind vielleicht jene alltäglichen Unbotmäßigkeiten am wichtigsten, die engere Grenzen für die Akzeptanz „bindender Entscheidungen“ und einen selbstbewußt eingeschränkten Gesetzesgehorsam signalisieren. Ein eindrucksvolles Beispiel geben jene Bürgerinitiativen, die im Kontext des WAA-Standort-Karussells entstanden sind, wo die Suche nach politisch besonders rückständigen Gebieten (im Sinne obrigkeitstreuer Hinnahmefähigkeit) insgesamt wenig erfolgreich verlief. Ähnliche Ergebnisse würde vermutlich eine genaue Analyse der Volkszählungs-Boykottaktionen von 1987/88 ergeben, die vom Umfang der Verweigerungen her wohl die bisher massivste Infragestellung einer staatlichen Maßnahme darstellen.

Politische Öffentlichkeit: Die konstitutive Rolle von Öffentlichkeit für soziale Bewegungen und ihre gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten ist hinlänglich bekannt. Ein Großteil der Bewegungsaktivitäten ist in diesen Bereich geflossen (Stamm 1988). Die Wirkungen der experimentellen „alternativen Öffentlichkeiten“ (von der bewegungsbezogenen Gegenöffentlichkeit über den Betroffenenjournalismus bis zu den Stadtmagazinen von heute) auf ihr etabliertes Umfeld dürften nachhaltig gewesen sein. Für die APO sind vor allem die wechselseitigen In-

strumentalisierungen debattiert worden, die auch Ausdruck der Schwäche der damals noch in den Kinderschuhen steckenden Alternativöffentlichkeiten waren. Heute fällt hierzulande besonders die Sogwirkung der liberalen Medien in Richtung Szene-SchreiberInnen und Bewegungsthemen auf. Eingehendere Untersuchungen über aktuelle Effekte dieses Wechselverhältnisses stehen jedoch aus.

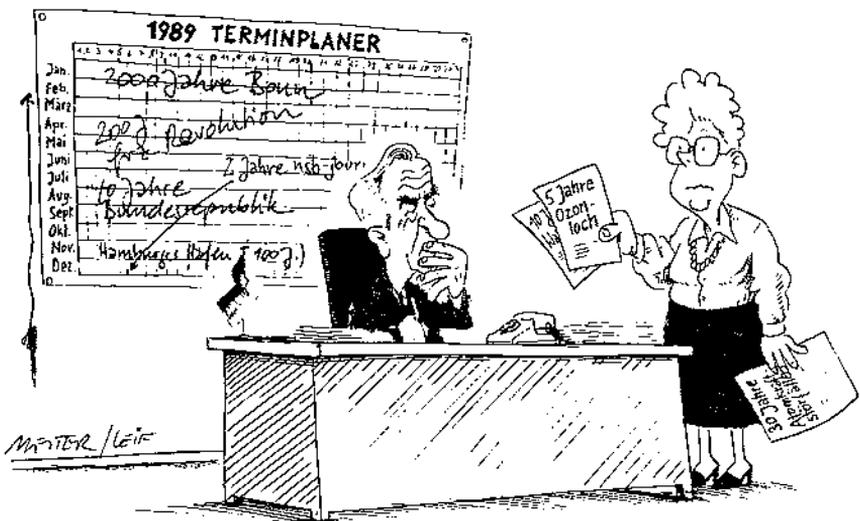
Politische Bürgerrechte: Zu den bemerkenswerten Nicht-Effekten der neuen sozialen Bewegungen gehören die institutionellen Auswirkungen der „partizipatorischen Revolution“. Die bestehenden Bürgerrechte wurden und werden sicherlich intensiver genutzt – trotz eines Wechselbads von Liberalisierungen und neuerlichen Beschränkungen (in Sachen Demonstrationsrecht, Berufsverbote etc.). Gleichzeitig gab es trotz intensiver Debatten über die Grenzen des Mehrheitsprinzips, über Minderheitenschutz für regional besonders Betroffene und „mehr Demokratie wagen“ nahezu keine entsprechenden institutionellen Erweiterungen (etwa in Richtung Sachvoten, Referenda, Plebiszite, Offentlegungspflichten für die Verwaltung oder Verbandsklagerechte). Aber die vorhandenen institutionellen Chancen (z.B. genehmigungsrechtliche Anhörungs- und Einspruchsrechte etc.) werden intensiver denn je genutzt – mit dem Anspruch auf Ausweitung. Ein aktuelles Beispiel für die institutionelle Unbeweglichkeit geben die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen um gewaltfreie Blockade-Aktionen und die Rechtsprechung zum § 240 StGB (Nötigung – verwerfliche Gewaltanwendung).

Kommunale Ebene: Ähnlich paradox mutet die gegenwärtig quer durch alle Parteien proklamierte Aufwertung der kommunalen Ebene an, der weder zusätzliche finanzielle noch politische Kompetenzen entsprechen. Eine „bürger-nahe“ Dezentralisierung zugunsten der kom-

munalen Ebene hat nicht stattgefunden – im Gegenteil. Die Gebietsreform in den 70er Jahren war die wohl schärfste Attacke auf die „kommunale Selbstverwaltung“ in der Geschichte der Bundesrepublik. Dennoch wurden in der Kommunalpolitik Spielräume freigelegt – oft jedoch nur „symbolisch“, gewissermaßen als basisdemokratischer Ersatz (Miller 1986: 1136). Trotz dieser Einschränkungen dürfte die kommunale Ebene das politische Terrain sein, auf dem es zu den meisten realen institutionellen Effekten gekommen ist. Das spiegelt sich in der lebendigen Diskussion über lokale Bereichspolitiken (Energie und Umwelt, Verkehr, Frieden, Soziales, Gesundheit, Frauen, Arbeitsmarkt, Wohnen etc.), ohne daß die aktuellen Konturen einer „alternativen Kommunalpolitik“ (zum Programm s. Pohl et al. 1985) bereits deutlich wären.

Welche Zwischenbilanz läßt sich aus den beschriebenen institutionellen Formen und Effekten der neuen sozialen Bewegungen ziehen?

Zunächst können wir von einer politischen Entgrenzung durch die neuen sozialen Bewegungen in dem Sinne sprechen, daß der politische Prozeß insgesamt – von der Themensetzung über die Willensbildung bis zur Durchsetzung von Entscheidungen – vielgestaltiger, strittiger, reflexiver und damit auch „politischer“ geworden ist. Weder haben sich dadurch grundlegende Machtverhältnisse verändert, noch sind die zentralen politischen Institutionen nachhaltig erschüttert worden. Dies spricht zunächst für jene undramatischen Deutungen, die besonders von liberalen ausländischen Beobachtern favorisiert werden (Frankland 1988, Schoonmaker 1988). Die neuen sozialen Bewegungen nebst Grünen sind aus ihrer Sicht weitgehend als Modernisierungsressource in einem politischen System wirksam geworden, das sich allzu gut gegen seine Bürger und Bürgerinnen abgeschottet hatte. Die hierzulande besonders aktiven Protestbewegungen erscheinen als plebiszitärer Stimulus in einem extrem repräsentativ und pro-





fessionell dominierten politischen System, und die Grünen haben eine verkrustete, innovationshemmende Parteienlandschaft aufgelockert. Drei Einwände sprechen allerdings gegen diese positive Modernisierungsbilanz:

1. Soweit ist es nicht her mit der Modernisierung und den institutionellen Lernprozessen. Responsive Politikformen sind keineswegs gesichert; auch wird die traditionelle Dominanz der Parteien im politischen Prozeß zäh verteidigt. Dies ist eine Botschaft der jüngeren Korruptionsfälle, die meist um die Parteienfinanzierung kreisen. Wenn soziale Bewegungen in der Tradition von Max Weber (an ihn anknüpfend Alberoni 1984) als status nascendi von neuen Institutionen begriffen werden können, dann hat sich die institutionelle Botschaft der neuen sozialen Bewegungen (noch) nicht erfüllt. Wie groß die Kluft zwischen den aktuellen Verhältnissen und den politisch-programmatischen Anstößen der neuen sozialen Bewegungen ist, läßt sich über einige Fragen verdeutlichen: Wie steht es um die Vision einer kooperativen, situativen Bürokratie, um die Stärkung der Ehrenamtlichkeit auf Kosten der Amtlichkeit oder um die dezentrale Selbstverwaltung (so buchstabierte Ronge – 1988 – die Bewegungsbotschaften für die Verwaltung)? Zeigen sich Ansätze zu einer kollektiven Selbstbestimmung und institutionalisierten Lernfähigkeit als zwei wichtigen Richtwerten für eine ökologische Demokratietheorie (Preuß 1987)? Wo sind die Spuren einer „neuen Gesetzgebungskultur“ mit bürgerorientierten Gesetzesformulierungen, bürger- und betroffenenorientierten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, einer Gesetzgebungspraxis, die sich der Grenzen der Verrechtlichung bewußt ist und auf eine Stärkung vorrechtlicher kommunikativer Entscheidungsprozesse setzt (Hill 1988)?

2. Die im Namen bzw. auf Druck von Bewegungsprotesten realisierten institutionellen

Veränderungen sind oft durch gegenläufige Tendenzen konterkariert. Auf den aus Pyrrhussiegen der Frauenbewegung gespeisten Postfeminismus wurde schon hingewiesen (Klinger 1987). Informalisierungsprozesse im Bereich rechtlicher Normen, die eigentlich gewünscht sind, weisen in der Praxis allerdings auch kontraproduktiv Momente auf (Werle 1988, für den Umweltbereich Mez 1988). Die Bewegungssektoren haben es bereits mit Problemen zweiter und dritter Ordnung zu tun, also mit jenen, die nach partiellen, oft „symbolischen“ Zugeständnissen und institutionellen Innovationen auftauchen.

3. Wenn die hier vertretene Institutionalisierungsthese für den westdeutschen Bewegungssektor stimmt, dann darf aus dem aktuellen Rückgang zentraler und großer Mobilisierungen nicht geschlossen werden, er sei ausgelagert. Ein umfassendes Bild des Protestes bis hinunter zur lokalen Ebene existiert bislang nicht (z.B. sind die letzten größeren empirischen Erhebungen zu Bürgerinitiativen mehr als 10 Jahre alt). Wenn den Ansprüchen der „neuen Politik“ einige Stabilität zukommt, dann kann schon deshalb weiterhin mit Bewegungspolitik gerechnet werden, weil ihre Botschaften, Gestaltungsansprüche und direktdemokratischen Praktiken keine andere institutionelle Form gefunden oder entsprechende institutionelle Modernisierungen ausgelöst haben.

5. Institutionentheoretische Perspektiven

Ich möchte abschließend noch auf einige offene Fragen eingehen, die sich aus der These ergeben, daß mit dem Bewegungssektor in seiner heutigen Gestalt bereits von einer politischen Institutionalisierung (neuen Typs?) gesprochen werden kann. Um zu einer Antwort zu gelangen, müßten zumindest folgende Problemzonen ausgelotet werden:

a) herrschaftsfreie Institutionen

Das Institutionendilemma, in das Protestbewegungen zwangsläufig geraten, wenn sie sich „auf Dauer stellen“ wollen (und wann wäre schon im ersten Anlauf alles erreicht?), ist geläufig. Die teils gewählten, teils aufgezwungenen Organisationsmuster untergraben dann meist die aufklärerischen, institutionen- und herrschaftskritischen Bewegungsimpulse – bis nicht selten am Ende ein getreues Duplikat der bestehenden Institutionen entstanden ist (eindrucksvoll am Beispiel der psychoanalytischen „Bewegung“ Cremerius 1987). Nun sind gerade die neuen Protestbewegungen mit antiinstitutionellem, zumindest institutionenkritischem Gestus angetreten und haben anarchistische Motive beerbt. Dennoch galt es, dem „Terror der Strukturlosigkeit“ zu entgehen und in den eigenen Organisationsmustern bereits die Möglichkeit einer herrschaftsfreien Alternative vorwegzunehmen (die Schwierigkeiten einer solchen Alternative wurden bereits früh thematisiert – z.B. Michel 1969). In dem gerade skizzierten Profil des Bewegungssektors fehlen weitgehend „klassische“ Herrschaftsmuster wie Zentralisierung, Bürokratie, Hierarchie, Großorganisation, charismatische Führung oder verbindliche Ideologie. Wie steht es aber um die demokratische Substanz der in den neuen sozialen Bewegungen praktizierten politischen Formen, die ja nicht bereits durch kleinteilige Vernetzungen gesichert ist? Wir wissen relativ wenig über die organisatorische Wirklichkeit der „autonomen“ und „alternativen“ Bewegungsinstitutionen (zu einem zentralen Gremium der Friedensbewegung Leif 1985, zwei Bürgerinitiativen untersucht Schenk 1982).

b) entgrenzte Politik

Das Persönliche, das Private ist politisch, Bedürfnisse, Betroffenheit, Gefühle, Geschlecht, Natur, Zeit, Raum und vieles andere mehr sowieso. Die facettenreiche Palette des herr-

schaftskritischen Protests zeigt an, was – zuvor – der politischen Thematisierung entzogen war. Wenn die Entgrenzung des Politikbegriffs, wie in den neuen sozialen Bewegungen, zum Programm wird, erscheint alles möglich, und nichts ist vor kritischer Durchleuchtung geschützt. Damit steigt der Zwang zur Selektivität, denn auch in Bewegungen müssen Prioritäten gesetzt werden. Es läßt sich nicht alles gleichzeitig politisieren! Themenkonjunkturen und Aktionsschwerpunkte zeichnen ein spezifisches Profil, das nur wenige Tupfer aus den Entgrenzungspotentialen aufscheinen läßt. Wie steht es um die institutionelle Kapazität zur Themensetzung in den neuen sozialen Bewegungen? Sind sie Opfer ihrer „schwachen“ Institutionalisierung, wenn sie im wesentlichen reaktiv um Gefährdungslagen und Betroffenheiten oszillieren (von den atomaren Risiken bis zur Männergewalt), ohne mit einigem Beharrungsvermögen ein eigenes gesellschaftliches „Projekt“ anzugehen? Wie steht es zudem um die soziale Selektivität der gewählten bzw. aufgenötigten Mobilisierungsschwerpunkte?

c) posttraditionale Gemeinschaften

Im Gegensatz zu individualistischen Unterstellungen, die Formen des Protests vor allem als Erweiterung des individuellen Handlungsrepertoires begreifen (z.B. von Beyme 1986), können wir auch heute davon ausgehen, daß Bewegungspolitik von „Gemeinschaften“ abhängig ist. Gemeinsame Milieus und gelebte Solidaritäten sind für Bewegungen eine wichtige Politikressource – gerade dann, wenn weitgehend auf formale Organisation verzichtet werden soll. Private Kontakte und Freundschaftsnetzwerke tragen zur Mobilisierung bei. Die Beteiligung an Demonstrationen oder gewaltfreien Aktionen setzt angstminderndes Vertrauen und Gruppenzusammenhänge voraus, bis hin zur solidarischen Bewältigung der politischen und juristischen Folgen. Was auf den



ersten Blick nur wie eine Erweiterung des individuellen Handlungsrepertoires aussieht, nämlich zu Demonstrationen zu gehen, an Blockadeaktionen teilzunehmen, ist als ausschließlich individuelle Option nicht denkbar, sondern abhängig von Bezugsgruppen und Solidaritäten. Aus den Alternativmilieus speisen sich auch die thematischen Entgrenzungen, und ihre soziokulturellen Praktiken wirken u.a. anziehend, weil sie (zeitweise) von den Zumutungen der herrschenden Institutionen (Vereinzelung, Arbeitsteilung, Rollenfixierung – vgl. Narr 1988) entlasten. Die „Entstaatlichung“ des Politikbegriffs, die Entwicklung eigener Einrichtungen und Projekte sowie entsprechender Lebensstile gehören sicherlich zur Habenseite der Bewegungsmilieus. Aber wie „produktiv“ ist diese neuerliche Engführung von sozialen und politischen Institutionen eigentlich, nachdem die traditionellen politischen Milieus irgendwann im Nachkriegsboom ihre Konturen verloren haben? Über die Strukturen dieser neuen „Vergemeinschaftungen“, ihre Stabilität, Enge, Leitwerte, Rigidität etc. wissen wir relativ wenig, obwohl ihrer Existenz in wahlsoziologischen Betrachtungen über die Grünen durchaus Beachtung geschenkt wird.

d) Formen der Einbindung

Ein „Geheimnis“ der Attraktion neuer sozialer Bewegungen dürfte in ihren spezifischen Formen der Einbindung von AnhängerInnen und Aktiven sein. Wir können analytisch zunächst zwei Extremformen unterscheiden: Institutionen vom Typus nicht- oder schwach formalisierter „Organisation“ einerseits, vom Typus „Bürokratie“ andererseits¹. In „Organisationen“ wird das Subjekt als solches stark gefordert, „d.h. hier findet eine starke Mobilisierung seines Begehrens statt. Man erwartet von ihm, daß es seinen Platz subjektiviert, ihn als wesentliches Teilstück erlebt, ein hohes Maß an Verantwortung übernimmt, was einen weitaus wirksa-

meren Identifikationsmodus zur Folge hat“ (Boons 1987: 43). In Bürokratien wird das Subjekt zur Leerstelle, d.h. „in seiner Eigenschaft als Subjekt ist es annähernd aufgelöst“ (ebd.). „Organisationen“ bitten ihre Mitglieder zur Kasse, während Bürokratien Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten bereithalten.

Der Bewegungssektor bietet in seiner Betonung des institutionellen Typus „Organisation“ eine moderne Form der individuellen „Beschlagnahme“ an, die dem Selbstverständnis, den spezifischen Fähigkeiten und der Selbsttätigkeit der Einzelnen mehr Spielraum läßt als das traditionelle Institutionengefüge. Er reagiert damit auf das erweiterte Bildungsniveau und die gewachsenen Zeitrressourcen der Engagierten. Klassische „Entlastungen“ von Bürokratien werden zurückgedrängt; dem von Gehlen und anderen so heftig kritisierten, überschäumenden Individualismus wird Raum gegeben.

Charismatische Führung, Hierarchien, Großorganisationen, vereinheitlichende Ideologien und die institutionell flankierte lebenslange Einbindung in ein soziales Feld („Von der Wiege bis zur Bahre“) sind in den neuen sozialen Bewegungen charakteristischerweise schwach ausgeprägt und programmatisch verpönt. Stattdessen dominiert die projektorientierte Mobilisierung (dazu Raschke 1985: 254 ff.), die Chancen zu begrenztem, revidierbarem Engagement bietet, auf ideologische Vereinheitlichung verzichtet und flexible Organisationsstrukturen mit einem Schwerpunkt auf der Ebene überschaubarer, unmittelbarer Kommunikations- und Interaktionsformen (zulasten von Repräsentativstrukturen) favorisiert. Bewegungspolitik bietet für die Einzelnen also durchaus Elemente von „Entlastung“, d.h. sie setzt sie nicht dem Zwang eines permanenten Aktivismus aus; zeitweise genügen auch „taz“-Abo, Buttons und Aufkleber, um sich dazugehörig zu fühlen.

Mit dem weitgehenden Verzicht auf Formalisie-

rung und Mitgliedschaften entsteht ein „Umfeld“, ein „Dunstkreis“, der eine hohe Varianz individuellen Engagements ermöglicht. Am Beispiel der französischen Frauenbewegung beschreibt Boons den elastischen Umgang mit institutionellen Anforderungen: „Diese Bewegung war nicht zentralistisch organisiert: sie setzte sich zusammen aus Gruppen unterschiedlicher Größe und Art, jede mit ihrem eigenen Titel, ihrem eigenen obersten Signifikanten (Freie Liebe, Trennung etc.). Die subjektive Einforderung funktionierte in diesen Gruppen nach Belieben: die einen gaben ihr bestes, die anderen wiederum herzlich wenig“ (Boons 1987: 53). Nun mag vieles von diesem Bild auch heute noch zutreffen, aber in allen Bewegungen spielen gegenwärtig Formen der (mehr oder weniger alternativen und autonomen) Professionalisierung eine bedeutende Rolle. Der Abstand zum Typus „Bürokratie“ mag noch groß sein, diese aber eine Tendenz bezeichnen, die den steten Druck der institutionellen Umwelt anzeigt. Gelingt es dem Bewegungssektor, den „formkritischen“ Impetus zu bewahren? Zwei Bedingungen verdienen in diesem Zusam-

menhang besondere Beachtung. Einmal geht es um die Verfassung der eigenen Bewegungsöffentlichkeiten, deren Fähigkeit zur Reflexion und Selbstkritik der eigenen Experimente angesichts eines übermächtigen Anpassungsdrucks besonders gefordert ist. Kritische Diagnosen zu ihrer sozialen Selektivität (Heimannsberg/Herding 1988) und zum Verlust an Eigensinn (Stamm 1988a) stimmen skeptisch. Zum anderen hängt wohl viel davon ab, ob Institutionalisierungen gelingen, die Bewegungspolitik bzw. direkte politische Aktionsformen weniger riskant, voraussetzungsvooll und kostspielig machen – etwa durch Liberalisierungen im Bereich politischer Bürgerrechte, durch die Erweiterung von Mitsprache- und Entscheidungsrechten im politischen Raum (Referenda, Anhörungsrechte, Sachvoten etc.), durch die Stärkung professioneller Rechte (Kritik und Öffentlichkeit in Privatunternehmen und Verwaltungen entlang einer professionellen Ethik und entsprechender Schutzvorschriften), die von erheblicher Bedeutung für den gesamten Bereich der technisch induzierten Risiken sind (Perrow 1988). Können solche (und andere) institutionelle Sicherungen nicht erreicht werden – und der Umgang mit den jüngeren Protestbewegungen weist auch in diese Richtung (Brand 1988, Appel et al. 1988) –, dann besteht die Gefahr der mittelschicht-exklusiven Rückbildung des Bewegungssektors. Bildung, Zeit und Geld bestimmen die Chancen direktpolitischer Einflußnahmen. Fast unmerklich wächst in den artikulierten Forderungen und Themen jene soziale Selektivität, die bislang noch durch links-libertäre Traditionsbestände korrigiert worden ist. Werden künftig nur noch gelegentliche Ghetto-Revoltan an einen verlorenen sozialen Sinn der Bewegungen erinnern?

e) gesellschaftstheoretische Kontexte

Der Vorschlag, den gegenwärtigen Bewegungssektor als neue Institutionalisierung zu begrei-



fen, wird sich nicht nur an dessen eigener Veränderungsdynamik bewähren müssen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich aktuell auch die institutionelle Umwelt nachhaltig verändert. Neue soziale Bewegungen werden in diesem Kontext überwiegend als Herausforderung bestehender Institutionen thematisiert, als Quelle von Störungen, Desorganisationen und Destabilisierung. Vor dem Hintergrund der „stabilen“ Zeiten des Nachkriegskapitalismus werden die gegenwärtigen institutionellen Auf- und Umbrüche als Tendenzen in Richtung „desorganisierten Kapitalismus“ (Offe 1985) oder gar als „Ende des organisierten Kapitalismus“ (Lash/Urry 1987) gedeutet. Die für den Bewegungssektor vorgeschlagene Institutionalisierungsthese legt jedoch eine andere Blickrichtung nahe. Ist nicht mit tiefgreifenden institutionellen Rearrangements zu rechnen, in denen auch neue Formen der Institutionalisierung – darunter auch jene, die aus den Bewegungsmobilisierungen der letzten Jahrzehnte erwachsen sind – eine Rolle spielen werden? In diese Richtung weisen z.B. die Arbeiten im Umfeld der französischen Regulationsschule (Überblicke bieten Boyer 1986, Hübner 1989), deren institutionentheoretische Grundlagen jenseits der unmittelbar ökonomischen Einrichtungen allerdings erst noch auszuarbeiten wären.

Roland Roth arbeitet als Hochschulassistent am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin.

Anmerkungen:

- * Dieser Beitrag stellt eine gekürzte und bearbeitete Version meines Vortrags „Entgrenzung von Politik? Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte neuer sozialer Bewegungen“ dar, den ich auf dem DVPW-Kongreß „Macht und Ohnmacht politischer Institutionen“ in der Sektion „Politische Philosophie und Theoriegeschichte“ am 15.9.1988 in Darmstadt gehalten habe. Auf die zahlreichen Kritiken und Anregungen (wie etwa die Bei-

träge von Frank Nullmeier und Rainer Schmalz-Bruns in Heft 3-4/89 des „Forschungsjournals“) werde ich schon aus Platzgründen bei anderer Gelegenheit eingehen müssen.

- 1 Ich übernehme hier eine zunächst überraschende psychoanalytische Begriffsbildung von Marie-Claire Boons (1987: 42 ff.), die nicht mit organisationssoziologischen Perspektiven verwechselt werden sollte.

Literatur

- Alberoni, Francesco, 1984: *Movement and Institution*, New York.
- Appel, Roland et al. (Hg.), 1988: *Die Neue Sicherheit. Vom Notstand zur sozialen Kontrolle*, Köln.
- Beck, Ulrich, 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt.
- Benhabib, Seyla/Drucilla Cornell (eds.), 1987: *Feminism as Critique*, Oxford.
- Beyme, Klaus von, 1986: *Neue soziale Bewegungen und politische Parteien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B44, S. 30–39.
- Boons, Marie-Claire, 1987: „Die Institution als (dreifacher) Ort“, in: *Psychoanalytisches Seminar Zürich* (Hg.): *Between the Devil and the Deep Blue Sea. Psychoanalyse im Netz*, Freiburg, S. 35–54.
- Boyer, Robert, 1986: *La theorie de la regulation: une analyse critique*, Paris.
- Brand, Enno, 1988: *Staatsgewalt. Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik*, Göttingen.
- Brand, Karl-Werner et al., 1986: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M-NY (aktual. Neuausgabe).
- Conrad, Jobst, 1987: „Technological Protest in West Germany. Signs of a Politicization of Production?“, Berlin, WZB IIUG dp 87-8.
- Cremerius, Johannes, 1987: „Unterdrückung von Wahrheit, persönlicher Freiheit und wissenschaftlichem Denken in der psychoanalytischen Bewegung“, in: *Psychoanalytisches Seminar Zürich* (Hg.): *Between the Devil and the Deep Blue Sea. Psychoanalyse im Netz*, Freiburg, S. 15–26.
- Dalton, Russell J., 1988: *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany and France*, Chatham, N.J.



- Eder, Klaus, 1985: „The New Social Movements: Moral Crusades, Political Pressure Groups, or Social Movements?“, in: *Social Research*, 52, S. 869–890.
- Ferree, Myra Marx/Beth B. Hess (eds.), 1985: *Controversy and Coalition: The Feminist Movement*. Boston.
- Forschungsjournal „Neue Soziale Bewegungen“, 1989: *Institutionalisierungstendenzen der Neuen sozialen Bewegungen*, Heft 3-4.
- Frankland, Gene E., 1988: „The Role of the Greens in West German Parliamentary Politics, 1980–1987“, in: *Review of Politics*, 1, S. 99–122.
- Geißler, Heiner (Hg.), 1986: *Abschied von der Männergesellschaft*, Frankfurt/M.-Berlin.
- Göhler, Gerhard, 1988: „Soziale Institutionen – politische Institutionen. Das Problem der Institutionentheorie in der neueren deutschen Politikwissenschaft“, in: Luthardt/Waschkuhn (Hg.), S. 12–28.
- Heider, Frank et al., 1988: „Fast wie im richtigen Leben“. *Strukturanalyse selbstverwalteter Betriebe in Hessen*, Gießen.
- Heimannsberg, Brigitte/Richard Herding, 1988: „Für die Quick: Ja – Für die taz: nein! Alternative Medien und fremder sozialer Alltag“, in: *Contraste*, 6.
- Hill, Hermann, 1988: „Das Verhältnis des Bürgers zum Gesetz“, in: *DÖV*, 16, S. 666–670.
- Hirsch, Joachim/Roland Roth, 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg.
- Hübner, Kurt, 1989: *Theorie der Regulation*, Berlin.
- Inglehart, Ronald, 1988: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Ms.
- Japp, Klaus Peter, 1984: *Selbsterzeugung oder Fremdverschulden? Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen*, in: *Soziale Welt*, 35, S. 315–329.
- Kitschelt, Herbert, 1984: *Der ökologische Diskurs*, Frankfurt/M.-NY.
- Ders., 1988: „Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems“, in: *World Politics*, Vol. XL, 2, p. 194–234.
- Klinger, Cornelia, 1986: „Deja-Vu oder die Frage nach den Emanzipationsstrategien im Vergleich zwischen der ersten und zweiten Frauenbewegung“, in: *Kommune*, 12, S. 57–72.
- Dies., 1987: „Über den Antifeminismus von Frauen“, in: *ÖZP*, 4, S. 379–392.
- Dies., 1988: „Abschied von der Emanzipationslogik?“, in: *Kommune*, 1, S. 39–53.
- Kretschmer, Winfried/Dieter Rucht, 1987: „Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage“, in: Roth/Rucht (Hg.): S. 134–163.
- Lash, Scott/John Urry, 1987: *The End of Organized Capitalism*, Oxford.
- Leif, Thomas, 1985: *Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen*, Bonn.
- Luthardt, Wolfgang/Arno Waschkuhn (Hg.), 1988: *Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen*, Marburg.
- Melucci, Alberto et al., 1984: *Altri codici. Aree di movimento nella metropoli*, Bologna.
- Mez, Lutz, 1988: „Informales Staats- und Verwaltungshandeln am Beispiel umweltpolitischer Verhandlungslösungen“, in: Luthardt/Waschkuhn (Hg.), S. 123–136.
- Michel, Karl Markus, 1969: „Herrschaftsfreie Institutionen? Sieben Thesen über die Unmöglichkeit des Möglichen“, in: *Kursbuch* 19, S. 163–195.
- Mittler, Manfred, 1986: „Von der bürgerschaftlichen Mitwirkung zum Parteienprivileg? Selbstverwaltung zwischen kommunaler Demokratie und staatlicher Bürokratie“, in: *DVBl*, 15.11., S. 1131–1138.
- Müschen, Klaus, 1988: „Institutionalisierungsprozesse im Wissenschaftsbereich: Das Öko-Institut“, in: *Stiftung DIE MITARBEIT*, S. 3–15.
- Narr, Wolf-Dieter et al., 1987: „Menschenrechte als politisches Konzept“, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 1986, Sensbachtal*, S. 117–145.
- Ders., 1988: „Das Herz der Institution oder strukturelle Unbewußtheit – Konturen einer politischen Psychologie als Psychologie staatlich kapitalistischer Herrschaft“, Ms.
- Offe, Claus, 1985: *Disorganized Capitalism*, Oxford.
- Ders., 1986: „Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen ‚Adoleszenzkrise‘?“, in: Kallscheuer, Otto (Hg.): *Die Grünen – Letzte Wahl?*, Berlin, S. 40–60.
- Ders., 1987: „Challenging the Boundaries of Institutional Politics: Social Movements since the 1960s“, in: Maier, Charles S. (ed.), *Changing Boundaries of the Political. Essays on the Evolving Balance Between State and Society, Public and Private in Europe*, Cambridge, p. 63–105.

Perrow, Charles, 1988: „Normale Katastrophen. Die unvermeidlichen Risiken der Großtechnik, Frankfurt M-NY.

Pirker, Theo, 1985: *Stabilität und Funktion des Parteien- und Verbändesystems und der sozialen Bewegungen*, in: Roth, Roland (Red.): *Soziale Bewegungen und politisches System*, Berlin (ZfB), S. 2-12.

Pagunike, Thomas, 1987: „The Organization of a Participatory Party – the German Greens“, in: *EJPR* 15, p. 609-633.

Pohl, Wolfgang et al. (Hg.), 1985: *Handbuch für alternative Kommunalpolitik*, Bielefeld.

Preuß, Ulrich K., 1987: „Die Zukunft der Demokratie“, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Jahrbuch 1986. Sensachteil*, S. 146-160.

Raschke, Joachim, 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M-NY.

Rolke, Lothar, 1987: *Protestbewegungen in der Bundesrepublik*, Opladen.

Ronge, Volker, 1988: „Eine andere Verwaltung: Welche Alternative steckt in den neuen sozialen Bewegungen?“, *Wuppertal*, Ms.

Roth, Roland/Dieter Rucht (Hg.), 1987: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M-NY.

Rucht, Dieter (Hg.), 1984: *Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt*, Frankfurt/M-NY.

Ders., 1987: „Modernization, Reform and Protest During the Social-liberal Era in West Germany“, Ms.

Scheerer, Sebastian, 1986: „Atypische Moralunternehmer“, in: *Kriminologisches Journal*, Beiheft 1, S. 133-155.

Scherer, Klaus-Jürgen, 1988: *Jugend und soziale Bewegung*, Opladen.

Schenk, Michael, 1982: *Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen*, Tübingen.

Schoonmaker, Donald, 1988: „The Changing Party Scene in West Germany and the Consequences for Stable Democracy“, in: *Review of Politics*, 1, p. 49-70.

Siegmann, Heinrich, 1985: *The Conflicts between Labor and Environmentalism in the Federal Republic of Germany and the United States*, Aldershot.

Stumm, Karl-Heinz, 1988: *Alternative Öffentlichkeit. Die Erzeugungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*, Frankfurt/M-NY.

Ders., 1988a: „Medien-Linke. Von alternativen Zeitungen und Medien, linken Medienschaffenden und deren Weg in die etablierte Publizistik“, in: *taz* v. 18.8.

Stiftung DIE MITARBEIT (Hrsg.), 1988: *Institutionalisierungsprozesse sozialer Protestbewegungen*, Bonn.

Sireeck, Wolfgang, 1987: „Vielfalt und Interdependenz: Probleme intermediärer Organisationen in sich ändernden Umwelten“, *Berlin, WZB HM/MP* 87-3.

Uehlinger, Hans-Martin, 1988: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen.

Vaigt-Weber, Lore et al., 1988: *Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und ‚Alternativität‘. Ein Regionalvergleich*, Bielefeld.

Werle, Raymond, 1988: „Informalisierung rechtlicher Konfliktregelung“, in: *Luhardt/Waschkuhn (Hg.): S. 204-214*.

Wiesenthal, Helmut, 1988: „Die GRÜNEN im Bewegungserbst. Linksradikale Bekenntnispartei oder Konkurrent um die Mitte?“, in: *GMW* 5, S. 289-299.



BUKO-KOORDINATIONSSTELLE
 »STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT«
 BUCHTSTR. 14/15 · 2800 BREMEN 1
 TELEFON 0421 / 32 60 45

Silvia Kontos

„Von heute an gibt's mein Programm“* – Zum Verhältnis von Partizipation und Autonomie in der Politik der neuen Frauenbewegung

Die politische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die die neue Frauenbewegung in der BRD Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre entwickelt hat, erschöpft sich keineswegs in der Trennung von Männern als konkreten politischen Akteuren. Vielmehr ist ihr Kern die Autonomie gegenüber bestimmten Politikkonzepten und Organisationsformen, die sich in der Tradition patriarchalischer Politik herausgebildet haben, auch noch innerhalb der neuen Frauenbewegung vertreten wurden und die noch heute weit in die neuen sozialen Bewegungen hineinreichen.

Zunächst einmal enthält diese Autonomie jedoch eine Absage an die zwei großen politischen Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft, den Liberalismus und die Arbeiterbewegung. Beide haben bis zum Ende der 60er Jahre den frauenpolitischen Diskurs bestimmt und in spezifischer Weise beschränkt. Beiden gemeinsam ist, daß sie den Ausschluß der Frauen von der Verfügung über die Produktionsmittel einschließlich der eigenen Arbeitskraft als Angelpunkt der Frauenunterdrückung betrachtet und den Bereich der „privaten“ Reproduktion der Ware Arbeitskraft wie der bürgerlichen Verkehrsformen systematisch vernachlässigt haben. Versuchte die bürgerliche Frauenbewegung die Ausdehnung der bürgerlichen Freiheiten und Verfügungsrechte auf Frauen über die Erkämpfung des Frauenwahlrechts und die Öffnung von Bildungschancen durchzusetzen, so verstand es die proletarische Frauenbewegung als ihre primäre Aufgabe, die „Einheit der Klasse“ herzustellen. Spezifische Fraueninteressen verkamen dabei unter der Hand zu bloßen Anknüpfungspunkten, über die die „rückständigen“, gar

„kleinbürgerlichen“ Frauenmassen zum allgemeinen Klassenhandel hingeführt werden sollten. Frauen hatten in diesem Emanzipationskonzept nur die Alternative, sich als „Brüder“ in die Reihen des Proletariats einzureihen oder zum Abstreifen der „feudalen Fesseln“ auf die Klippschulen der Arbeiterbewegung zu gehen (vgl. dazu ausführlich Kontos, 1979). In beiden Bewegungen haben sich politische Ansätze, die ihre Initiativen auf der dem Markt abgewandten Seite der kapitalistischen Ökonomie entfalteten – wie der Bund für Mutterschutz und Sexualreform von H. Stöcker oder die spärlichen sexualrevolutionären Ansätze in der deutschen Arbeiterbewegung – nicht durchsetzen können.

Die enttäuschenden Erfahrungen der Frauen mit den mageren Erfolgen dieser beiden Emanzipationsstrategien, mit dem Frauenwahlrecht, mit den trotz aller Qualifikation nach wie vor ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie mit den steckengebliebenen Reformen der Ehe- und Familienverhältnisse führten – in Verbindung mit der Erfahrung des Scheiterns dieser beiden „alten“ Bewegungen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Faschismus – zu einem Legitimationsverlust der traditionellen Konzepte. Vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Konfliktlagen war damit der Boden für die neue Frauenbewegung Ende der 60er Jahre bereitet.

Entstanden in den Auseinandersetzungen mit der Studentenbewegung, teilte die neue Frauenbewegung in ihren Anfängen zweifellos deren Offensive gegen den Konservatismus der 50er Jahre, die sich sowohl gegen die unzureichende Verarbeitung des Faschismus wie gegen den konservativen „Überhang“ in Staat und Ge-

sellschaft richtete. Sehr bald jedoch wurden in der Entwicklung der neuen Frauenbewegung zu einer „autonomen“ politische Dimensionen sichtbar, die sich weder mit den Initiativen zur Demokratisierung und Modernisierung noch mit den neuen Konfliktlinien an der Grenze des Wachstums deckten. Stattdessen entwickelte sie eine spezifische Programmatik aus der Verbindung von „alten“ Forderungen nach der Partizipation an allen gesellschaftlichen Ressourcen mit „neuen“ Initiativen zur Restrukturierung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft und von Produktion und Reproduktion *auf dem Hintergrund der Kontinuität patriarchaler Herrschaft*. Diese schlägt sich nicht nur in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern auch in der Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen nieder.

In den Theorien über die neuen sozialen Bewegungen wird dieser spezifische Charakter der neuen Frauenbewegung nur sehr unzureichend berücksichtigt. Galt die Frauenbewegung der politischen Theorie bislang je nach politischer Couleur als „letzter Schritt der bürgerlichen Revolution“ oder als Protagonistin des „Nebenwiderspruchs“, so wird sie nun umstandslos den neuen sozialen Bewegungen zugerechnet, oft sogar als eine ihrer stärksten und radikalsten Strömungen bezeichnet, obwohl doch allein ein kursorischer Blick auf ihre Geschichte zeigt, daß sie so alt ist wie die sozialen Bewegungen überhaupt. Eine bloß oberflächliche Analyse des historischen Zusammenhangs von Frauen-, Friedens-, Ökologie- und Alternativbewegung verstellt den Blick auf die Kontinuität der Frauenbewegung wie auf ihren spezifischen politischen Gehalt und beschränkt die aktuelle politikwissenschaftliche Auseinandersetzung um die Frauenbewegung auf eine bloße Modernisierung des Subsumtionsmodells (ausführlicher Kontos, 1986).

Ohne auf die theoretische Diskussion über die neue Frauenbewegung hier genauer einzugehen, möchte ich jedoch zumindest die drei Standardvorwürfe nennen, die gegenüber der Frauenbewegung von den Theoretikern der neuen sozialen Bewegungen mit schöner Regelmäßigkeit erhoben werden und die mehr als anderes die Schwierigkeiten deutlich machen, den spezifischen politischen Charakter dieser Bewegung zu erfassen. Anhand einer Verlaufsbeschreibung der neuen Frauenbewegung möchte ich dann versuchen, die besondere politische Qualität dieser Bewegung herauszuarbeiten und ihre Entwicklung im Spannungsverhältnis von Autonomieansprüchen und Partizipationsforderungen nachzuzeichnen.

Drei Standardvorwürfe der Bewegungstheoretiker an die Frauenbewegung

Allgegenwärtig ist der Vorwurf, die Frauenbewegung sei bzw. werde immer mehr „unpolitisch“, zumindest sei sie „unterpolitisiert“. Das immer wieder konstatierte Politikdefizit der Frauenbewegung ist jedoch in mehrfacher Hinsicht infragezustellen. So scheint sich ein großer Teil der Kritik (etwa von Hirsch/Roth) an den Bornierungen der neuen sozialen Bewegungen auf die Ansätze der Alternativökonomie zu beziehen. Gerade für die Frauenbewegung gilt aber, daß gegenökonomische Ansätze erst im Gefolge der inhaltlichen und sozialen Ausweitung der Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen entstanden. Eigentlich sind sie bis heute in allgemeine politische Initiativen eingebettet, die die Veränderung bestehender Gesetzgebung (nach wie vor §218, Vergewaltigung in der Ehe, Antidiskriminierungsgesetz) oder

die Umverteilung von gesamtgesellschaftlichen Ressourcen (Quotierung, Frauenforschung, Frauenbildung, soziale Sicherung) zum Ziel haben – und sich durchaus Kooperation und Unterstützung von der politischen Vertretung des „produktivistischen Kerns“ (Gewerkschaftsfrauen, ASF, ja auch von FDP und CDU-Frauen) zu sichern verstehen. Es ist gerade ein spezifisches Merkmal autonomer Frauenpolitik, daß es ihr partiell gelingt, überraschend breite Koalitionen von Frauen quer zu etablierten politischen Fronten zustandezubringen. Dies kann ihr wohl kaum als unpolitisch ausgelegt werden!

Bei anderen Theoretikern der neuen sozialen Bewegungen wird dieser Vorwurf der „Unterpolitisation“ noch weit schärfer formuliert. Hier sind es gleich der „Abschied von ihrem Verstand wie von der Politik“ (Brand u.a., 1984), die „Naturalisierung politischer und sozialer Konflikte (Kraushaar, 1978), gar ein „biologistisches Welterklärungsmodell“ (Steffen, 1984), die für die unpolitische Nabelschau des Feminismus verantwortlich gemacht werden. Dabei wird der Frauenbewegung allerdings ein ontologisierender bzw. biologisierender Naturbegriff unterstellt, der den Kern feministischer Politik verfehlt. „The Body-Politic“ (Wandor, 1972) heißt doch gerade nicht, den Körper als eine „Natur“-Kategorie zu akzeptieren, sondern die politischen und sozialen Dimensionen der Körperlichkeit sichtbar zu machen, den weiblichen Körper und seine spezifische Produktivität als gesellschaftliches Produkt zu begreifen. Insofern läßt sich aus der Körperpolitik der Frauenbewegung nicht auf deren „Biologisierung“ schließen, sondern auf eine Erschließung neuer Dimensionen des „Politischen“, die für Frauenpolitik zentral sind. Genausowenig ist die Kategorie des Geschlechts ein „natürlicher Trennungsstrich“ (Kraushaar), denn gerade die Frauenbewegung hat viel Mühe darauf ver-

wandt, das Geschlecht als soziale Kategorie durchzusetzen und die vielfältigen sozialen Bedingungen und Konsequenzen der Geschlechtszugehörigkeit nachzuweisen.

Der Fetischismus der „Natur“, der der Frauenbewegung unterstellt wird, spukt offensichtlich eher in den Köpfen der radikalen FeminismuskritikerInnen. Er offenbart Unverständnis für die „Tiefendimension“ feministischer Politik, die den alten Schlachtruf der neuen sozialen Bewegungen „das Private ist politisch“ konsequenzenreicher vertreten hat und umsetzen mußte als alle anderen Strömungen im Gefolge der Studentenbewegung. Aufgrund der Struktur des Patriarchats, das sich von der Ebene sozialer und politischer Großstrukturen durchzieht bis auf die Mikrostrukturen privater Liebesbeziehungen und Körperempfindungen, betreibt der Feminismus eine systematische Politisierung des „Privaten“, „Vorpolitischen“, „Unpolitischen“, ohne deshalb die Auseinandersetzung in den traditionellen Politikarenen zu übergehen.

Die systematische Ausweitung des „Politischen“ hat dabei nicht nur eine immense Erweiterung des Themenspektrums von Frauenpolitik gebracht, sondern sie hatte auch unmittelbare Konsequenzen für die Konzeption von Politisierungsprozessen sowie für die Organisation dieser Politik. Nach diesem Politikkonzept ist die systematische Selbstreflexion einer kleinen Gruppe von Frauen über ihre Gewalterfahrung unter Umständen „politischer“ – im Sinne von gesellschaftlich folgenreicher – als eine Großdemonstration im Bonner Hofgarten oder die Installation einer Frauenbeauftragten.

Und schließlich steckt in dem Vorwurf der „Unterpolitisation“ ein drittes Element: die in unzähligen Varianten immer wieder formulierte Kritik am „Separatismus“ und „Partikularismus“ der Frauenbewegung, die meines Erachtens darauf beruht, daß die innere Dynamik au-

tonomer Frauenpolitik nicht verstanden wird. Der Partikularismusverdacht unterstellt, daß eine „Feminisierung“ der Gesellschaft nur als eine platte Umkehrung der gegenwärtigen Wert- und Machthierarchie verstanden werden kann, und er wird mit Vorliebe gegen Partizipationsforderungen erhoben, also immer dann, wenn Frauen unter der Bedingung knapper Mittel ihren Anteil an Stellen, Geldern und anderen Ressourcen einklagen. Der Separatismusverdacht folgt auf dem Fuße, wenn sich die Frauen mit diesen Ressourcen auch noch auf und davon machen und sich den „allgemeinen“, „übergeordneten“ Zielsetzungen und Organisationszwängen entziehen, um ihren eigenen Reflexions- und Politisierungsprozessen zu folgen. Diese Kritik verkennt jedoch, daß die autonome Frauenbewegung immer Forderungen nach

Partizipation mit Forderungen nach einer autonomen Verwendung bzw. Umformung gesellschaftlicher Ressourcen verknüpft und gerade über die partiellen Rückzüge aus den Legitimationszwängen etablierter Politik die Kraft zum Widerstand gegen deren Strukturen und zur Entwicklung von Elementen einer universalistischen Programmatik geschöpft hat. So enthält, um auf das Beispiel zurückzukommen, noch die „privateste“ Selbsterfahrungsrunde von Frauen über ihre Erfahrung mit körperlicher Gewalt im Kern ein Programm zur Veränderung gesamtgesellschaftlicher Gewaltstrukturen. Entscheidend für die politische Qualität der Frauenbewegung ist, wie sie diese „privaten“ Erfahrungen politisiert und in öffentliche Konflikte transformiert hat. Diesem Prozeß möchte ich in der folgenden Verlaufsbeschreibung nachgehen.



Lernprozesse der autonomen Frauenbewegung

1. Phase: Die Herauslösung aus dem alten Politikmodell¹

Die Ursprünge der neuen Frauenbewegung liegen – wie bekannt – in der Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung, die im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis sehr schnell hinter ihren eigenen Anspruch auf Politisierung des Privaten zurückfiel. Neben der Kritik an den autoritären Strukturen der theoretischen Debatten waren es typischerweise die pseudoradikale Sexualitätsdiskussion und das ungelöste Problem der Kinderbetreuung, die den antiautoritären Aufstand der Genossinnen gegen die SDS-Autoritäten provozierten. Sie hatten offensichtlich die Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaft und nach „Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten hier und anderswo“ allzu ernstgenommen und begannen nun, in einem ersten partiellen Rückzug in die „Weiberräte“, die Demokratisierungsdefizite ihres „revolutionären Alltags“ aufzudecken und zu verändern.

Praktische und theoretische Rückendeckung verschafften sie sich durch die Rezeption der US-amerikanischen Frauenbewegung, die – ohne das Über-Ich marxistischer Theorietradition – auf dem Weg der Politisierung spezifisch weiblicher Erfahrungen schon erheblich weiter vorangeschritten war (vgl. dazu die Bedeutung von A. Koedts „Mythos vom vaginalen Orgasmus“). Neben der Entdeckung der *Körperpolitik* war es vor allem die Methode der *Selbsterfahrung* als ein spezifisches Modell weiblicher Politisierungsprozesse, die die Ablösung aus dem Zusammenhang linker und studentischer Politik verfestigte. Gerade das hier entwickelte Verfahren, die subjektiven Erfahrungen von Frauen

in ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit ernstzunehmen und schnelle Verallgemeinerungen zu vermeiden, war eine der Hauptursachen für die rasche Ausbreitung der Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre. „Mann kann die Praxis der Selbsterfahrung zwar nicht mit der Frauenbewegung gleichsetzen, aber sicherlich hat sie viel dazu beigetragen, daß eine Massenbewegung daraus wurde, denn sie war einfach und gleichzeitig genial. ... Schon immer, so meinen wir, war es unter Frauen üblich, sich getrennt zu treffen, um geschützt vor männlichen Ohren miteinander zu reden. Die Selbsterfahrung fügte sich in diese zwar sehr verbreitete, aber wenig anerkannte soziale Verhaltensform ein und verlieh ihr einen politischen Wert.“ (Libreria delle donne di Milano, 1988, S. 38)

Zwei Erfahrungselemente wurden für die Selbsterfahrungsgruppen bestimmend: Die ganz subjektiv formulierten Schwierigkeiten, Defizite und Beschädigungen, aber auch die Wünsche, Sehnsüchte und Fähigkeiten der einzelnen Frauen wurden von den anderen Frauen geteilt und anerkannt; sie waren Bestandteil einer kollektiven weiblichen Identität, die historischen Wandlungen unterlag und damit auch veränderbar war. Gleichzeitig vermittelte die Selbsterfahrung aber auch die Erkenntnis, daß Frauen keineswegs alle Erfahrungen teilten, daß weibliche Biographien trotz aller gerade entdeckten Gemeinsamkeiten eben auch unzählige Varianten, Brüche und Alternativen aufwiesen. Die Schwäche der Selbsterfahrungspraxis war, daß sie diese zweite Erkenntnis nicht in gleicher Weise politisch fruchtbar machen konnte wie die erste. Das neugewonnene Bewußtsein des „Frauen gemeinsam sind stark!“ hat viele Frauen in die Bewegung hineingezogen und über Jahre hinweg beflügelt und zu politischen Aktionen motiviert; aber die Forcierung der wechselseitigen Identifikationen und die Vernachlässigung der Differenzen haben

langfristig doch eine Art Hemmung und Lähmung der Selbsterfahrungsgruppen mit sich gebracht, was nicht nur zu einer unbegriffenen Abkehr von der Praxis der Selbsterfahrung geführt hat, sondern auch Beschränkungen der Lernprozesse und der politischen Durchsetzungskraft der Frauenbewegung insgesamt zur Folge hatte (vgl. dazu die Interpretation der *Libreria delle donne di Milano*, 1988).

Allerdings war die Selbsterfahrungspraxis in den ersten Jahren auch eine der Hauptquellen für den erfolgreichen Widerstand der Frauenbewegung gegenüber der traditionalistischen Wende der Studentenbewegung in ihrem Zerfallsprozeß. Auch wenn die traditionalistische Sprache, der Legitimationsdruck und das Defizitbewußtsein, die aus den damaligen „Schulungstexten“ sprechen, uns heute frösteln lassen, so sind sie doch nur Hinweise auf die Mühsamkeit dieses Ablösungsprozesses. Letztlich hat sich die Frauenbewegung der unkritischen Wiederbelebung der Politik und Organisationsformen der Arbeiterbewegung entzogen.

Die ersten Schritte zur Autonomie mußten aber auch gegenüber sozialliberaler Frauenpolitik vollzogen werden, denn anders als für die anderen „Zerfallsprodukte“ der Studentenbewegung ergab sich für die Frauenbewegung sehr früh eine direkte Auseinandersetzung mit der SPD und den Liberalen über die Reform bzw. Abschaffung des §218. Wichtig für den Selbstverständigungsprozeß der Frauenbewegung wurde hier die Erfahrung der Begrenztheit und der Zwänge parlamentarischer Strategien, aber auch der Möglichkeit einer Kooperation mit Frauen aus den etablierten Parteien, d. h. einer – wenn auch begrenzten – Kontinuität zwischen alter und neuer Frauenbewegung.

Generell gelang der Frauenbewegung in den beginnenden 218-Aktionen der Ausbruch aus dem studentischen Ghetto. Sie hatte nämlich plötzlich das, worüber die proletarisierenden Folge-

gruppen der Studentenbewegung immer nur geredet hatten – eine „Massenbewegung“, die ihr half, sich der Bevormundung der alten politischen Autoritäten zu entziehen. Der politische Erfolg zwang sie, die neugewonnenen Ideen den vielen Frauen verständlich zu machen, die über die 218-Gruppen zur Frauenbewegung gekommen waren und nicht zu den studentischen Zirkeln gehörten. D. h., es gab in der Entwicklung der autonomen Frauenbewegung sehr früh einen Zwang zur sozialen Verallgemeinerung, zur Überprüfung der neuentwickelten Konzepte von Frauenpolitik an der Realität vieler Frauen. Gleichzeitig setzte über die 218-Aktionen ein *innerer Radikalisierungsprozeß* ein. Die Massenbewegung gegen den §218 entwickelte zwischen sozialliberaler und autonomer Frauenpolitik eine ganz eigene Dynamik, die die Lernprozesse innerhalb der autonomen Frauengruppen ganz entscheidend vorantrieb. Der Radikalisierungsprozeß verlief in zwei Richtungen: Die frustrierenden Erfahrungen mit der Gesetzesreform – das Scheitern der ohnehin ungenügenden Fristenlösung – führten schon bald zu einer Abkehr von der Ebene parlamentarischer Auseinandersetzungen. Sie machte den Weg frei für neue Elemente feministischer Frauenpolitik und trat gleichzeitig ein gerade erst gewonnenes politisches Terrain im Vorfeld etablierter Frauenpolitik an „intermediäre“ Organisationen wie Profamilia, die Arbeiterwohlfahrt, aber auch an liberale und wohlwollende Berufsverbände ab.

Die autonomen Frauengruppen verfolgten nach 1976 die Forderung nach einer generellen Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper. Körperpolitik als umfassender Kampf gegen die Enteignung des weiblichen Körpers und der weiblichen Sexualität wurde zu einem Hauptstrang autonomer Frauenpolitik. Diese Entwicklung möchte ich in der Folge etwas näher beschreiben.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 markierte den vorläufigen Endpunkt einer vierjährigen Auseinandersetzung um die Legalisierung der Abtreibung, an deren Anfang verschiedene Formen der bewußten Illegalität standen. Ausgangspunkt der 218-Aktionen war nämlich nicht allein die von A. Schwarzer initiierte Selbstbeziehungskampagne im Stern vom Juni 1971, sondern gleichermaßen und zeitlich vorangehend eine zunehmend bewußte und selbstbewußte Organisation von illegalen Abtreibungen innerhalb der Lebens- und Arbeitszusammenhänge der Studentenbewegung und der ersten Frauengruppen. Schritte in die bewußte Illegalität waren die immer offenere Weitergabe von Informationen über abtreibungswillige Ärzte in der Region (Adressen, Kontaktaufnahme, Preise, Erfahrungen), aber auch die Vermittlung der ersten englischen und holländischen Adressen, die Begleitung und „Nachbetreuung“ von Frauen nach einer illegalen Abtreibung („da ist eine Genossin, die Hilfe braucht“), die Organisation von Hormonpräparaten, die hochdosiert zu Aborten führen sollten, bis hin zur selbstorganisierten Abtreibung „im Gemeinschaftszimmer“ ohne die Hilfe ausgebildeter Mediziner.

Erst aus dem Zusammenwirken dieser bewußt illegalen Abtreibungspraxis mit der Selbstbeziehungskampagne, die die Abtreibungsgesetzgebung als Fiktion erkennbar werden ließ, und vor dem Hintergrund einer allgemeinen Liberalisierungstendenz im Strafrecht (der Alternativentwurf zur Strafrechtsreform von 1970 empfahl eine Fristenlösung; es kam zur Übernahme dieses Vorschlags durch die Humanistische Union und den Bundesparteitag der FDP 1979) wird die schnelle Ausbreitung und Mobilisierungskraft der 218-Bewegung Anfang der 70er Jahre verständlich.

Getragen von einer breiten Zustimmung in der

Bevölkerung – im August/September 1971 sprachen sich 56% der Bevölkerung für eine Streichung des §218 aus (vgl. Kraiker, 1983, S. 37); 86000 Unterschriften wurden für die ersatzlose Streichung des §218 gesammelt; 329 Ärzte bekannten sich im Spiegel dazu, Abtreibungen durchzuführen – wurden die illegalen Aktivitäten der 218-Gruppen öffentlicher. Es ergaben sich mehr und bessere Möglichkeiten zur Unterstützung von Frauen, die ihre Schwangerschaft unterbrechen wollten: Zu nennen sind hier die Anlegung von Ärztekarteien, die Vermittlung und Organisation von Abtreibungsmöglichkeiten in Holland und England, später dann die öffentliche Ankündigung und Durchführung einer Hollandfahrt, die Demonstration der „Karmann-Methode“ (einer damals in der BRD noch unbekannteren schonenden Absaug-Methode zur Schwangerschaftsunterbrechung) und eine öffentlich angekündigte und für Panorama aufgezeichnete Absaugung durch 14 Berliner Ärztinnen.

Alle diese Aktivitäten an der Grenze der Legalität waren Vorformen einer eigenständigen medizinischen Fraueninfrastruktur, die nach dem Scheitern der Fristenlösung 1975 und der Institutionalisierung der Indikationsregelung 1976 wieder verloren ging und an die die später entstehenden Frauengesundheitszentren nur bedingt wieder anknüpften. Sie verzichteten in ihren Beratungs- und Selbsthilfeangeboten von vornherein auf einen offenen Konflikt mit dem medizinischen Behandlungs- und Kontrollmonopol bei Geburt und Abtreibung. Zunächst einmal bedeutete die Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung für die Frauen trotz aller Einschränkungen eine große moralische Entlastung und Erweiterung ihrer Handlungsspielräume. Für die aktiven Frauengruppen eröffneten sich mit der bedingten Straffreiheit der Abtreibung neue Handlungsfelder.

Über Kooperation und Absprache mit sympathisierenden Ärzten und Organisationen, vor allem ProFamilia, auch über politischen Druck, die Einflußnahme auf innerorganisatorische Diskurse und partiell durch die Übernahme von Funktionen in solchen Organisationen wurden in der Praxis die Grenzen der politischen Vorgaben von 1976 soweit wie möglich ausgeweitet. Diese Entschärfung der gesellschaftlichen Sanktionen gegenüber der Abtreibung und die Erweiterung konkreter Handlungsspielräume wurden allerdings erkaufte mit einer erfolgreichen gesellschaftlichen Abwehr der Selbstbestimmungsansprüche von Frauen. Mit der Indikationsregelung wurde an der prinzipiellen Strafwürdigkeit der Abtreibung festgehalten und unter Bezug auf weltanschaulich geprägte Begriffe wie die „Schöpfungsordnung“ und das „Sittengesetz“ der staatliche Schutz des „ungeborenen Lebens“ gegen die Frauen festgeklopft (vgl. dazu I. Schultz, 1987). Die Wahrnehmung dieser staatlichen Hoheitsrechte auf menschliches Leben wurde über das ausschließliche Recht zur Indikationsfeststellung an die Ärzteschaft delegiert.

Die Niederlage von 1975 hat innerhalb der Frauenbewegung zu einem tiefgreifenden Prozeß der Desillusionierung und Reorganisation geführt. Schien es auf dem Höhepunkt der Bewegung gegen den §218 und angesichts einer beispiellosen Mobilisierung nicht nur autonomer Frauengruppen, sondern auch von Frauen innerhalb der Parteien, Gewerkschaften und Verbände undenkbar, daß sich das Selbstbestimmungsrecht der Frau nicht wenigstens im Rahmen einer Fristenlösung durchsetzen ließe, so setzte das Scheitern vor dem Kontrollanspruch von Staat und Ärzteschaft einen inneren Radikalisierungsprozeß in Gang, der zu einer Abwendung von parlamentarischen Strategien, zu einer Art Arbeitsteilung zwischen autonomen Frauengruppen und Frauen in Parteien

und Verbänden bzw. in intermediären Organisationen wie ProFamilia, sowie zu einer Ausweitung der Inhalte autonomer Frauenpolitik führte.

Die Enttäuschung über das peinliche Hick-Hack innerhalb der Bundestagsparteien und über die nach wie vor schwache Position der Frauen in den Parteien und Verbänden, denen es nicht einmal gelungen war, ihre Organisationen auf die Fristenlösung zu verpflichten, leitete innerhalb der autonomen Gruppen einen Rückzug aus den etablierten Politikbereichen ein. Mit einbezogen waren in diesen Rückzug die in den vorausgegangenen fünf Jahren entwickelten Formen außerparlamentarischer Politik wie Massendemonstrationen, Kongresse, Blockaden, Straßentheater, Flugblätter, Unterschriftensammlungen, Go-Ins und andere provokative Aktionen. Nach dem fünfundzwanzigsten Flugblatt für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und der fünfzehnten Großdemonstration für die Abschaffung des §218 ging den Akteurinnen – nach der Durchsetzung der Minimalreform – einfach die Luft aus. Die zunächst liberale Handhabung der Indikationsregelung sicherte darüberhinaus für viele Frauen im Ernstfall eine sichere und ungefährliche Abtreibungsmöglichkeit. Der Aufbau eines Beratungsnetzes außerhalb der Kirchen (ProFamilia, Arbeiterwohlfahrt) bot Beratungssituationen mit einem Minimum an Zwang und Kontrolle, sodaß sich die aktiven Frauen aus diesen Beratungen zurückziehen konnten – ganz abgesehen davon, daß sie innerhalb der neuen Vorgaben auch nicht beraten wollten –, und schließlich gab es in der Frauenbewegung inzwischen eine Fülle neuer Themen und Schwerpunkte, die einen Ausweg aus der gescheiterten 218-Initiative boten. Kurzum: Die aktiven Frauengruppen überließen das Feld der liberalisierten Abtreibungspraxis den mit den Frauenforderungen sympathisierenden Ärzten und

Wohlfahrtsverbänden und die Ebene der keineswegs befriedeten Abtreibungspolitik den Parteien, Kirchen und Ärzteverbänden. ProFamilia agierte auf beiden Ebenen und war insofern eine Erbin der alten Aktionsgruppenpolitik.

Das Schwergewicht der autonomen Frauengruppen verlagerte sich nach 1976 eindeutig auf neue Themen und Forderungen. Sie radikalisierten ihre Initiativen hin auf die Forderung nach einer generellen Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper. Es ging nun nicht mehr nur um das Recht auf Abtreibung, sondern um das ganze Arsenal der medizinischen Kontrolle des Frauenkörpers, von der Kritik an schädlichen Verhütungsmitteln über die Kritik an der entmündigenden Organisation von Schwangerschaft und Geburt bis hin zu den beschränkten und beschränkenden Möglichkeiten zur Versorgung und Erziehung von Kindern. Und es ging nun auch nicht mehr nur darum, sich vom Zwang zur Mutterschaft zu befreien, sondern gleichfalls um die Chance, Kinder zu haben, ohne in die Fallen traditioneller Mütterlichkeit zu geraten. In diesem umfassenden Sinne kristallisierte sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Körperpolitik als ein Hauptstrang autonomer Frauenpolitik heraus — als Kampf gegen die Enteignung des weiblichen Körpers und der weiblichen Sexualität, der sich bis heute durchzieht und sich gegenwärtig etwa in der Arbeit der Frauengesundheitszentren und der Frauengruppen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien niederschlägt.

Die Abtreibungsproblematik ist demgegenüber weit in den Hintergrund getreten; die politische Offensive liegt hier seit Jahren bei der konservativen Allianz von Lebensschützern, Kirchen und der CDU/CSU, die über eine Dramatisierung der Abtreibungsstatistiken, den Entwurf eines Beratungsgesetzes, die Anfechtung der Kostenübernahme für Abtreibungen durch die

Krankenkassen, das unsägliche „Mahnläuten für die Abtreibungsoffer“ (Fulda) oder das widerrechtliche Hinauszögern der Zulassung von Abtreibungsambulatorien (Gießen) die geltende Indikationsregelung nunmehr von der konservativen Seite her zu unterlaufen versucht. Die gerichtliche Überprüfung ärztlicher Indikationen wie in Memmingen war nur der vorläufige Höhepunkt dieser Wende in der Abtreibungspolitik. Ihr haben die aktiven Frauengruppen auf dieser Ebene wenig entgegenzusetzen. Ihre Stärke liegt demgegenüber in der Ausweitung und qualitativen Radikalisierung der Auseinandersetzungen. Sie waren mit der Forderung nach einer umfassenden Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper aus den vorgegebenen Problemdefinitionen der „Frauenunterdrückung“ ausgebrochen, hatte eine eigene politische Initiative entwickelt und ein eigenes politisches Terrain erobert, was ihre Eingemeindung in die etablierten politischen Strukturen bis heute schwermacht.

In Verbindung mit dem Selbsterfahrungsprinzip liegt für mich in diesem inneren Radikalisierungsprozeß der Kern der damals gewonnenen politischen Autonomie. Die Frauenbewegung folgte in dieser Zeit vielleicht zum ersten Mal wirklich ihrer eigenen Logik, ohne Rücksicht auf äußere Legitimationszwänge. Und plötzlich ging es nicht mehr allein um „gleiche Rechte“ für Frauen oder um Teilhabe an den vorhandenen Ressourcen, sondern gleichermaßen um die Durchsetzung einer genuin weiblichen Praxis in allen gesellschaftlichen Bereichen und Strukturen, von der Definition theoretischer und politischer Probleme bis hin zu Organisation des Alltags.

Die Italienerinnen haben dafür den Begriff „Politik der sexuellen Differenz“ geprägt: „Die weibliche Freiheit entsteht nicht dadurch, daß die Frauen in die Männergesellschaft eingelassen werden oder Forderungen an diese stellen, son-

dern durch jenen elementaren Tauschhandel, in dem eine Frau von einer anderen die Anerkennung der eigenen Existenz im Austausch gegen die Anerkennung der gemeinsamen Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erhält.“ (*Libreria delle donne de Milano*, 1988, S. 169)

2. Phase: Stabilisierung und Entfaltung autonomer Frauenpolitik

Organisatorische Basis in dieser zweiten Phase der Bewegung waren zweifellos die Frauenzentren, die die Aktionen gegen den §218 in den verschiedenen Städten organisierten, zum Teil auch national koordinierten und darüberhinaus den organisatorischen Rahmen für die sich vielfältigenden Einzelgruppen und Einzelthemen abgaben. Die verschiedenen Gruppen zu 218-Beratung, Verhütung, Sexualität, Selbsterfahrung u.a.m. waren zu dieser Zeit Gruppen *im* Zentrum und wurden durch das Plenum zusammengehalten.

Inhaltlich brachte diese Phase eine Erweiterung des Themenspektrums vor allem in zwei Richtungen:

- Die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Frauenbewegung und Lesben war Ergebnis einer Radikalisierung der Auseinandersetzungen um weibliche Sexualität und um die Notwendigkeit der Trennung von Männern auch im „Privatbereich“. Die Vehemenz und die Schärfe, mit der diese Auseinandersetzung damals geführt wurde, läßt sich heute eigentlich nur noch damit erklären, daß es dabei um den Fluchtpunkt dieses Radikalisierungsprozesses ging, d.h. um die Frage, wie weit die Politisierung des Privaten zu gehen habe, bzw. inwieweit unterschiedliche Lebensentwürfe von Frauen *in* der Bewegung akzeptabel waren.
- Die Kampagne um „Lohn für Hausarbeit“

bzw. die Diskussion um die Theorie der Hausarbeit brachten theoretisch eine Art „Abrechnung“ mit der Theorietradition der Linken. Praktisch erweiterte sie die Perspektive feministischer Politik, indem sie die traditionelle Arbeit von Frauen zum Ausgangspunkt politischer Initiativen machte. Ähnlich wie bei der Ergänzung der Abtreibungskampagne durch den Kampf um die Bedingungen der Mutterschaft sehe ich hier eine Überwindung der abstrakten Negation traditionellen Frauenlebens und einen weiteren Schritt zu einer konkreten Auseinandersetzung mit den zum Teil sehr unterschiedlichen Bedingungen und Spielräumen weiblicher Lebenszusammenhänge. Unabhängig von dem Scheitern der eigentlichen Kampagne um „Lohn für Hausarbeit“ hatte diese Debatte weitreichende Folgen für das Verhältnis der Bewegung zur Frauenarbeit, zu den Müttern und zu den Hausfrauen, indem sie das Emanzipationsgefälle zwischen Berufs-, Haus- und Familienarbeit relativierte und so Frauen den Zugang zur Frauenbewegung eröffnete, die für sich weniger radikale bzw. einfach andere Emanzipationsansprüche formulierten als der nach wie vor studentische Kern. In diesen Entwicklungen und Auseinandersetzungen zeichneten sich Lernschritte ab, die auf die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und Radikalitätsgrade innerhalb der Bewegung abzielten und damit deren soziale Basis verbreiteten und ihre personelle Kontinuität stabilisierten. Die Frauenbewegung war zunehmend nicht mehr nur eine politische Perspektive für eine „kleine radikale Minderheit“ und sie war auch nicht mehr ein „Durchlauferhitzer“ für Frauen vor der Eheschließung und dem Berufseintritt.

Allerdings waren die Probleme, die sich aus der zunehmenden Differenzierung der Lebenspraxis der beteiligten Frauen ergaben, keineswegs

gelöst. Zum einen wurden die Differenzen nur zum Teil ausgetragen, etwa zwischen Lesbierinnen und heterosexuellen Frauen, später zwischen Müttern und Nichtmüttern oder zwischen Berufs- und Freizeitfeministinnen oder Szene- und Karrierefrauen. Der weitaus größte Teil blieb latent und wirkte sich als Neid, Mißgunst, Distanzierung und Rückzug langfristig destruktiv auf die neu entstandenen Frauenzusammenhänge aus. Zum anderen verschwand hinter der Vielfältigkeit die klare politische Kontur der autonomen Frauenbewegung. Die Differenzen blieben in der Schwebe; alles war möglich und feministisch.

3. Phase: Autonome Frauenpolitik in Projekten und Berufsfeldern

Diese Phase wird in der Darstellung der Frauenbewegung gern als Zerfallsprozeß beschrieben. Diese Bezeichnung müßte allerdings – wie oben angedeutet – auf die politische Homogenität und die soziale Dichte beschränkt werden. Gleichzeitig bringt die Projektphase nämlich eine Vertiefung, Diversifikation und Professionalisierung der Bewegung zuwege. Die Zerfallsdiagnose mißt die politische Wirksamkeit der Frauenbewegung zu ausschließlich an der Sphäre öffentlicher und öffentlichkeitswirksamer, gar mediengerechter Politik. Im Gegensatz zu den meist männlichen Geschichtsschreibern der neuen sozialen Bewegungen möchte ich behaupten, daß diese Phase für den Lernprozeß der neuen Frauenbewegung genauso produktiv war wie die beiden vorangegangenen, nur weniger spektakulär.

– *Vertiefung*: Die Frauenbewegung thematisiert nun nicht nur in der Frage der Mutterschaft, sondern gleichermaßen für die beruflichen Perspektiven von Frauen die ganze Breite mögli-



cher Lebensentwürfe: vom Ausstelgen auf Gomeria bis zur Karrierefrau im BMJFG, von der Mitarbeit in autonomen Frauenprojekten ohne „Staatsknete“ bis zur hochbezahlten Expertin. Sie entwickelt damit engere, langfristige und realistischere Verbindungen zwischen Politik, Beruf und „Privatleben“, als das in den beiden vorangegangenen Phasen möglich gewesen ist. D.h. natürlich keineswegs, daß sie Lösungen für diese Verbindung anzubieten hätte, sondern lediglich, daß diese Zusammenhänge in Ansätzen öffentlich diskutiert werden.

– *Vervielfältigung*: Diese Phase bringt auch eine Entfaltung von Fraueninitiativen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und damit eine Erweiterung der sozialen Basis und der Themenvielfalt. Es kommt zur Konfrontation mit

patriarchalen Strukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen – vom Beziehungsknatsch bis hin zur Hackordnung in den Berufsverbänden – und in allen möglichen Erscheinungsformen, vom Softi über den provokativen Chauvi bis hin zu Männern, die Frauenpolitik nur aus dem „Spiegel“ kennen. Die Frauenbewegung tritt in dieser Phase also deutlich mehr als bisher aus den selbstgeschaffenen Freiräumen heraus und konfrontiert sich mit der Gesamtheit patriarchaler Strukturen. Die Frauen erweitern ihren Erfahrungsspielraum und ihre Konfrontationsfähigkeit.

– *Professionalisierung*: Gleichzeitig zeichnet sich innerhalb der Bewegung ein Prozeß der Professionalisierung ab. In der Auseinandersetzung mit äußeren Zwängen und eigenen Ansprüchen, mit herrschenden beruflichen Standards und Leistungsnormen sowie mit den kritischen Traditionen der jeweiligen Profession bzw. Organisation entwickeln die Frauen einen politisch-professionellen Umgang mit etablierten Institutionen und Gremien, setzen Finanzierungen, Stellen, Haushaltspläne durch, kurz: Sie verschaffen sich die „Zeit, die Mittel und die Orte“ (Libreria delle donne de Milano, 1988, S. 94 ff.) für ihre politische Praxis, oder sie machen die Erfahrung, darin zu scheitern. Denn natürlich sind diese Initiativen keineswegs immer erfolgreich, aber die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit, die Möglichkeiten und Grenzen feministischer Projekt- und Berufsarbeit hat in dieser Phase eingesetzt.

Allerdings ist mit diesen Erweiterungs- und Lernprozessen ein weiterer Verlust an politischer Homogenität und sozialer Nähe einhergegangen. Die Projekt- und Themenvielfalt ließ die Erfahrungen aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen vielfältiger und vielschichtiger werden. Zu der bereits gewachsenen Vielfältigung der Lebensperspektiven (Verknüpfung von Politik, Beruf und Privatleben)

tritt nun die Vielfalt der politischen Bedingungen in den einzelnen Praxisbereichen. Haben früher alle studiert und gegen den §218 gekämpft (es haben keineswegs alle studiert, aber die Gruppen- und Politiknormen haben sich daran orientiert), so ist die eine heute C-4-Professorin an einem liberalen Fachbereich, die andere Lehrbeauftragte im Fach Maschinenbau an einer ländlichen Fachhochschule, die Dritte alleinerziehende Mutter, die sich mit Sozialhilfe durchschlägt, die Vierte arbeitet auf einer ABM-Stelle im autonomen Frauenhaus und die Fünfte ist Hausfrau mit gutverdienendem Ehemann und organisiert Selbsthilfegruppen für krebskranke Frauen. Aber alle sind „irgendwie“ in der Frauenbewegung, ohne daß über die Prioritäten, die Konsequenzen und die Wechselwirkungen der jeweiligen Praxis ausreichend diskutiert würde. „Wir machen eine Sache, aber wir könnten auch etwas anderes machen, und wir können nicht sagen, daß diese Sache besser als eine andere ist. Zum Schluß bleibt als Grundlage nur übrig, daß es uns Spaß macht. Das Begehren, das in Verbindung mit der Angst, ein eigenes Urteil zu fällen und sich dem Urteil anderer auszusetzen, zutage tritt, läßt ein Gefühl von Beliebigkeit entstehen.“ (Libreria delle donne de Milano, 1988, S. 109).

Dieser kurze Abriss des kollektiven Lern- und Entwicklungsprozesses der autonomen Frauenbewegung in der BRD sollte die Konfliktstruktur, das Politikverständnis und die spezifischen Politisierungsprozesse dieser Bewegung verdeutlichen. Die rückhaltlose Politisierung patriarchaler Strukturen auf *allen* Ebenen von Staat und Gesellschaft hat ihre Produktivität und Radikalität gerade aus der Thematisierung des Zusammenhangs von Produktion und Reproduktion, Öffentlichkeit und Privatheit, Politik und Liebe, Partizipation und Autonomie gezogen. Die Schwäche einer solchen Politik besteht vor allem darin, daß sie einen sehr mühsa-

men Weg der gleichzeitigen Veränderung von sozialen und persönlichen Strukturen gehen muß. Mit ihrer Vielfalt von Lebensentwürfen, Initiativen und Organisationsformen produziert die Politik der autonomen Frauenbewegung eine politische Heterogenität, die die Ausbildung einer Identität als Bewegung immer schwerer macht. Politische Autonomie und eine „Politik der sexuellen Differenz“ können sich jedoch immer weniger mit der schlichten Trennung von männlichen Lebenszusammenhängen begnügen, sondern müssen sich in der Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen – auch innerhalb von Frauenzusammenhängen – erweisen.

Paradoxerweise wird jedoch diese Identitätsbildung durch den politischen Erfolg der Frauenbewegung weiter erschwert.

4. Phase: Autonome Frauenpolitik zwischen Kooptation und Ausgrenzung

Autonome Frauenpolitik wurde zunächst von den Frauen der Bewegung in immer neue gesellschaftliche Bereiche hineingetragen und dann von den traditionellen politischen Institutionen und Organisationen relativ schnell aufgegriffen und in spezifischer Weise verarbeitet. Mittlerweile hat jede gesellschaftliche Gruppierung, die auf sich hält, eine Frauengruppe, -abteilung, -sektion, -stab oder -sekretariat und einige sprechen bereits von einem konservativen, liberalen, sozialdemokratischen oder Gewerkschaftsfeminismus. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß autonome Frauenpolitik bei der Rezeption durch die etablierten Parteien und Gruppen einem spezifischen Selektionsprozeß unterworfen wird, in dem alle die politischen Gehalte herausgefiltert werden, die über eine Modernisierung patriarchaler Grundstruk-



turen hinausführen.

Natürlich gibt es auch bei diesem Selektionsverfahren je nach politischer Couleur und Tradition erhebliche Unterschiede. So modernisiert der Konservatismus sein Hohelied auf Ehe und Familie mit der „sanften Macht“ eines partnerschaftlichen Ehemodells – auf der Basis der „Wahlfreiheit“ versteht sich. SPD und Gewerkschaften satteln die Forderungen nach Quotierung und Frauenförderplänen auf ihre alte „Lohnarbeit-macht-frei-Strategie“ drauf. Aber letztlich bleibt das eine Frauenpolitik nach dem Muster der „Ausschöpfung von Begabungsréserven“. Sie lockert die Grundstruktur der geschlechtlichen Arbeitsteilung nur ein wenig und begünstigt die Partizipation der Frauen am Bestehenden zuungunsten qualitativer und struktureller Veränderungsprozesse.

Diese Eingemeindung autonomer Frauenpolitik läßt sich heute an der Entwicklung nahezu aller feministischer Initiativen beobachten – ob im Bereich der Frauenforschung, deren Programmatik auf die Forderung nach Stellen und Geld unter Beibehaltung der traditionellen Kriterien von Wissenschaftlichkeit und Förde-

rungsfähigkeit zurückgeschnitten wird, oder im Bereich der Frauenhausinitiativen, die durch die selektive Bearbeitung von Politik und Sozialbürokratie nachgerade unkenntlich gemacht wurden. Denn wer wollte schon ein flächendekendes Angebot von Frauenhäusern, um die unerträglichen Eheverhältnisse erträglich zu machen, unter dem modernistischen Label der „Krisenintervention und -prophylaxe“?

Die selektive Rezeption der Frauenbewegung wird allerdings durch deren oben beschriebene strukturelle Identitätsschwäche erleichtert. Hinzu kommt eine fatale Tendenz der autonomen Frauen, sich auf eine Art Arbeitsteilung einzulassen, nach der sie die neuen Themen, die Ideen und die Reflexionsprozesse, vielleicht auch noch die Theorien liefern, während die Frauen in den etablierten Institutionen und Organisationen (einschließlich der Grünen) die konkrete Umsetzung in Programme, Anträge und Haushaltstitel übernehmen.

Ein Abdanken der autonomen Frauenbewegung vor den Niederungen des patriarchalen politischen Alltags würde sie allerdings gerade der Qualitäten berauben, die bislang ihre produktivsten waren: einfach alles zu wollen, das Geld, die Stellen und den Freiraum, um damit das zu tun, was Frauen selbst für richtig halten; die Partizipation an allen gesellschaftlichen Ressourcen und die Autonomie, damit mehr anzufangen, als in Verwendungsnachweisen vorgesehen ist.

Sylvia Kontos ist Professorin am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Wiesbaden. Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik und Frauenpolitik, Frauenbewegung.

Anmerkungen

Dieser Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Symposium „Vater Staat und seine Frauen“ in Berlin, November 1988.

* Titel der ersten bundesdeutschen Frauenbewegungsschallplatte, erschienen bei Frauenoffensive/Trikont.

I Ich habe bei der Periodisierung der Entwicklung der neuen Frauenbewegung bewußt auf präzise Zeitangaben verzichtet. Die Phasen sollen eher Schritte eines kollektiven Lern- und Entwicklungsprozesses bezeichnen, die regional und vor allem zwischen großen und kleineren Städten sehr unterschiedlich langwierig bzw. gerafft abtiefen. Die Phasen sind also eher ein gemeinsamer Nenner für eine komplexe Entwicklung als ein zeitlich exakter Ablauf.

Literatur:

Brand, K.W. u.a., 1984: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Neue soziale Bewegungen in der BRD*, Frankfurt.

Hirsch, J., 1980: *Der Sicherheitsstaat, Das Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, Frankfurt.

Hirsch, J./Roth, R., 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg.

Kontos, S., 1979: *Die Partei kämpft wie ein Mann, Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt.

Kontos, S., 1986: *Modernisierung der Subsumtionspolitik, die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen*, in: *Feministische Studien*, 2/1986.

Kraiker, G., 1983: § 218, *Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück*, Frankfurt.

Kraushaar, W., 1978: *Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung*, in: *ders. (Hrsg.), Autonomie oder Ghetto?* Frankfurt.

Libreria delle donne di Milano, 1988: *Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis*, Berlin.

Schultz, I., 1985: *Überlegungen zu einer feministischen Staatstheorie anhand von Jean Bodin*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 13/1985.

Schultz, I., 1987: *Im Namen des Lebens, zur aktuellen Auseinandersetzung um den § 218*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 20/1987.

Steffen, M., 1984: *Destruktion feministischer Legendenbildung*, in: *taz* vom 17.10.1984.

Wandor, M. (Hrsg.), 1972: *The Body Politic, Women's Liberation in Britain*, London.

Mecki Bock, Bärbel Clemens, Lore Deppe, Ursula Müller **Uns fehlt der Mut zur Männerfeindlichkeit! – Eine Zwischenbilanz nach zwanzig Jahren Frauenbewegung in der Bundesrepublik***

Einem Rückblick über die jetzt vierzigjährige Geschichte der Bundesrepublik kann nicht verborgen bleiben, daß es etwa zur Halbzeit zu einer wichtigen Veränderung der politischen Kultur gekommen ist: Autoritäten und Verfahrensweisen, die jahrzehntelang unangefochten Gültigkeit beanspruchen konnten, wurden in Frage gestellt. Die Studentenbewegung brachte die politische Auseinandersetzung (wieder) auf die Straße, Alternativbewegungen stellten eingefahrene Lebensweisen zur Disposition, die Ökologiebewegung machte die grenzenlose Verschwendung endlicher Ressourcen zum Problem und die Frauenbewegung klagte die politische Bedeutung des Privaten ein. Teils zusammen mit den neuen sozialen Bewegungen, teils eigenständig, eben autonom, hat die Frauenbewegung neue Gestaltungsräume für Frauen eröffnet – im Beruf, in Politik und Öffentlichkeit, aber auch in der kulturellen Sphäre.

Die neue Frauenbewegung teilt mit anderen sozialen Bewegungen viele Ziele und Aktionsformen, sie unterscheidet sich jedoch auch grundsätzlich von ihnen. Sie wollte wie keine andere immer beides: politische Veränderungen und persönliches Wachstum, individuelle Emanzipation und kollektive Frauenbefreiung. Sie machte deutlich, wie sehr die Chancen zur individuellen Entwicklung von den politischen Rahmenbedingungen abhängig sind und wie die politischen Rahmenbedingungen ihrerseits durch die Selbstbefreiung der Individuen beeinflusst werden. Diese enge Verbindung und Wechselwirkung zwischen politischen und privaten Zielen benannte der Slogan „das Private ist politisch“. Eine allgemeine Beurteilung dessen, wie die Anstöße der Frauenbewegung zum Überdenken des eigenen Standpunkts und zur Ausei-

nersetzung mit der eigenen Biographie angeregt haben, ist hier nicht möglich. Offensichtlich ist jedoch, wie nachhaltig der Gedanke des Consciousness-raising – der Bewußtseinsweiterung – in den Selbsterfahrungsgruppen und in den Frauenzentren aufgegriffen wurde. Dieses Consciousness-raising war nicht nur ein individuell-psychischer oder psychologischer Prozeß, es war vor allem ein politischer. Die neuen Erkenntnisse, die zu persönlichen Veränderungen führten, entstanden gerade nicht dadurch, daß die Frauen immer intensiver und immer feinfühlicher in sich hineinhorchten, sondern indem sie die gesellschaftlichen und politischen Ursachen ihrer Unzufriedenheit aufspürten und aus den Zentren und Frauengruppen auf die Straße trugen. So konnte es gelingen, derart „private“ Themen wie Sexualität und Empfängnisverhütung, Gewalt in der Familie und Freundiskriminierung zu öffentlichen Themen zu machen.

Die neue Frauenbewegung hat sich dabei in den zwanzig Jahren ihrer Geschichte verändert und ihre Akzente verlagert. Ging es am Anfang vor allem darum, das Recht auf Selbstbestimmung in großen phantasievollen Aktionen einzuklagen und sich zu nehmen, so folgte darauf eine Phase des Selbermachens und Bessermachens. Frauenprojekte entstanden und forderten die staatlichen Institutionen heraus. Der Feminismus des „Jede-wehrt-sich-an-ihrem-Platz“ hat Frauen in Parteien, Gewerkschaften und in vielen, gerade auch qualifizierten Berufsfeldern erfaßt. Auch politisch scheint die Frauenbewegung salonfähig geworden zu sein: Kein Wahlprogramm, kein Kabinett, keine Vorstandsriege ohne Frauen-Themen und Frauen-Frauen. Nicht mehr zu überblicken sind die

Frauen, die sich selbst zwar nicht explizit der Frauenbewegung zuordnen, dennoch aber von ihren Ansprüchen und Forderungen erreicht worden sind. Diese Abstrahleffekte der Frauenbewegung auf die „Frau auf der Straße“ sind es vor allem, die ihre Bedeutung für die traditionelle Politik und für die politische Kultur ausmacht. Wer den Einfluß der Frauenbewegung begrenzen will, kann sie und ihre Ideen nicht mehr schlicht ausgrenzen. Wirkungsvoll bleiben jedoch Strategien der Vereinnahmung. Auf diese neue Situation müssen sich Feministinnen seit den 80er Jahren einstellen. Die aktuellen Diskussionen werden von anderen Themen bestimmt als noch vor zehn Jahren. Manche erprobte Problemlösungsstrategie schafft nun ihrerseits Probleme und manches vertraute Bewertungskriterium scheint nicht mehr recht zu passen.

Zentrales Diskussionsthema der 70er Jahre war die politische Strategie der Autonomie, die u.a. in Frauenprojekten praktisch umgesetzt werden sollte. In den 80er Jahren schlugen sich die Frauen vor allem mit den Grenzen der Autonomie herum. Der Kampf um die Finanzierung der Projekte verschlang Zeit und Kraft. Die Regeln zu kennen, nach denen politische und staatliche Geldvergabeinstanzen arbeiten, professionell mit ihnen umgehen zu können und Kontakt zu den Frauen in den Institutionen zu haben, die ein offenes Ohr für die Ziele der autonomen Frauen haben, erwies sich für ein Projekt oft als nützlicher als die Reinheit der politischen Erkenntnis. Diese Erfahrungen und die eigene Professionalisierung durch die Projektarbeit verringerten die Kluft zu den Institutionen. Manchmal gelang es den Feministinnen auch – oft in Kooperation mit frauenbewegten Grünen, feministischen Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen –, für Frauenprobleme aufgeschlossene Frauen in Entscheidungspositionen zu hieven. Auf der anderen Seite führte der

berufliche Kontakt mit Frauenprojekten und Frauenforderungen bei manchen ursprünglich frauenpolitisch neutralen Frauen in den Institutionen zu feministischen Aha-Erlebnissen. Neue Felder der Zusammenarbeit taten sich damit auf, deren Tücke jedoch bald deutlich wurde. Die Schwierigkeiten und Grenzen von Frauenpolitik in Institutionen wie z.B. den kommunalen Gleichstellungsstellen machte für beide Seiten deutlich, daß institutionalisierte Frauenpolitik autonome Frauenbewegung bei weitem nicht ersetzen kann, sondern daß beide nur Erfolge erzielen können, solange sie sich gegenseitig stützen und vor Vereinnahmungen schützen können. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn unterschiedliche Abhängigkeiten und Herangehensweisen sowie das differente Selbstverständnis berücksichtigt und die Differenzen überbrückt werden können.

Die Veränderung der Arbeitsweise und die Vergrößerung des Einflußbereiches der Frauenbewegung führt dazu, daß als bereits erledigt angesehene Fragen zur Wiedervorlage gebracht werden müssen. In den 70er Jahren bezog die Frauenbewegung ihr Verständnis von Autonomie auch aus der Abgrenzung von Männern und von männlich geprägten Organisationen. Vor allem die Frauen, die Gleichstellungspolitik voranbringen wollen, machen nun widersprüchliche Erfahrungen: Oft fallen ihnen Frauen in den Rücken und sie finden bei Männern Unterstützung – und dies über alle Parteigrenzen hinweg. Auf der anderen Seite stehen noch immer Männer – ungeachtet ihrer sonstigen Differenzen – solidarisch beisammen, wenn es darum geht, patriarchale Übergriffe auf Frauen zu bagatellisieren, und nicht immer gelingt es Frauen, diesen Schulterschluß zu brechen. Die Frauenbewegung muß ihr Verhältnis zu Männern überdenken. Wenn Ursula Müller sagt: „Uns fehlt der Mut zur Männerfeindlichkeit“, so ist dies nicht der Aufruf zu Schwanz-ab-Aktionen,

sondern soll anregen zu einem differenzierten Blick auf die Gegner, Konkurrenten und auch potentiellen Bündnispartnern.

In vielen Fällen sind Boykott und strikte Abgrenzung noch immer und mehr denn je die adäquaten Methoden. Jegliche Übergriffe auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen dürfen nicht länger in falsch verstandener Rücksichtnahme als Kavaliersdelikt verharmlost werden. Dies muß die Frauenbewegung unmißverständlich deutlich machen. Aber auch Chancen zu wirksamen politischen Bündnissen und zur Kooperation sollten geschaffen und genützt werden. Meine Gesprächspartnerinnen in dem folgenden Gespräch sahen darin ein wichtiges Thema für die Frauenbewegung der 90er Jahre, vor allem dort, wo Mehrheiten Beschlüsse fassen und – wie es meistens der Fall ist – Frauen nicht die Mehrheit in den Entscheidungsgremien stellen. Eher beiläufig wurde damit ein weiteres Thema, das die Frauenbewegung in Zukunft beschäftigen wird, angesprochen: Die Unterschiede zwischen Frauen und zwischen Frauen und Männern und die Grenzen einer Gleichstellungspolitik, die nicht mehr sein will als Politik zur Angleichung der Frauen an die Lebenssituation des Mannes.

Der Blickwinkel der Frau, die autonom in oder mit Institutionen arbeitet, und die Probleme, die dabei deutlich werden, nahmen in unserem Gespräch einen breiten Raum ein. Dies hat auch seine Berechtigung, darf aber nicht dazu führen, andere frauenpolitische Ansätze, beispielsweise im kulturellen und sozialen Bereich zu übersehen. Die nicht zuletzt durch die Frauenbewegung geförderte Chance, vielfältige Lebensentwürfe leben zu können, spiegelt sich auch in der Breite feministischen Engagements, von dem hier nur ein Ausschnitt diskutiert werden konnte.

Bärbel Clemens: In den vierzig Jahren Bundesrepublik, auf die wir heute zurückblicken, haben sich das Politikverständnis und die politische Kultur verändert. Politik wird nicht mehr nur in Parteien und Parlamenten gemacht. Die sozialen Bewegungen und auch die Frauenbewegung haben viel dazu beigetragen, daß es neben den traditionellen Bereichen vielschichtige Formen von basisorientierter Politik gibt. Aber nicht nur die Politikformen haben sich verändert, auch das Themenspektrum hat sich erweitert.

Lore Deppe: Ich glaube nicht, daß diese Veränderungen wirklich so tiefgreifend sind, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Im Prinzip läuft noch alles nach den alten Regeln. Es mag zwar manch eine Frauendemo gegeben haben, aber das hat an dem, wie Politik gemacht wird, nur wenig geändert. Aber es sind neue Themen dazugekommen, manche Tabubereiche sind in die Politik hineingeflossen, mit denen man sich vor zwanzig Jahren nicht beschäftigt hätte oder wenigstens nicht auf diese Art und Weise. Durch die Frauenbewegung hat schon eine Aufmischung und Auflockerung stattgefunden.

Ursula Müller: Ich denke, das Thema, das am meisten durch die Frauenbewegung zum politischen Gegenstand geworden ist, ist Gewalt gegen Frauen. Gewalt in Beziehungen, die Notwendigkeit von Frauenhäusern ist ein akzeptables Thema geworden, ebenso Pornographie. Sexueller Mißbrauch von Mädchen ist ja seit einigen Jahren in den Diskussionen geradezu ein Renner geworden. Aber diese verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen werden noch immer auf eine sehr traditionelle Weise behandelt. Das hinterläßt bei mir und bei vielen Frauen ein unbefriedigendes Gefühl.

Bärbel Clemens: Welche Behandlung würdest Du Dir wünschen?

Ursula Müller: Erst einmal möchte ich sagen, was ich mit „es wird auf traditionelle Weise be-

handelt“ meine. Frauenhäuser sind zu einer neuen sozialen Einrichtung geworden, die sich im Aufbau und in der Art ihrer Arbeit nicht gravierend unterscheidet von anderen sozialen Einrichtungen. Das gleiche gilt für viele Frauenberatungsstellen. Die sind manchmal eine Spur lebendiger und chaotischer, eine Spur weniger professionell als die althergebrachten, aber von der Intention her doch auf die Professionalität ausgerichtet, wie sie bei anderen Beratungsstellen auch vorherrscht. Aber das, wofür diese Projekte angetreten sind, wofür die ganze Frauenbewegung angetreten ist, nämlich, das Thema Gewalt gegen Frauen öffentlich zu machen und auf die allgegenwärtige strukturelle Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft zu verweisen, das ist nicht in dem Maß passiert, wie wir uns das gewünscht haben und wie dies notwendig wäre. Allein schon die Finanzierung von Frauenhäusern zeigt, daß da ganz traditionelle Denkmuster gelten und daß dadurch nichts aufgebrochen wurde.

Bärbel Clemens: Die Frauenbewegung als eine Bewegung zur Erweiterung des Sozialstaates und die Frauenhäuser als neue Institution im Sozialstaat?

Lore Deppe: Gewalt gegen Frauen ist als ein gesellschaftlicher Mißstand entdeckt worden. Und wenn etwas als Mißstand begriffen wird, dann wird an der Oberfläche versucht, damit umzugehen: Wie kann ich die Probleme lindern, wie kann ich dies auffangen? Das, was wir wollten, als wir das Thema Gewalt gegen Frauen aufgegriffen haben, war ja viel mehr. Wir wollten das Herrschaftsverhältnis aufzeigen, das dem zugrunde liegt, und es aufheben. Das scheint nicht gelungen. Aber manche Inhalte der Frauenbewegung sind gesellschaftsfähig geworden. Bei anderen Themen gilt das noch nicht. Lesbisch sein ist noch nicht gesellschaftsfähig geworden; man merkt dies daran, daß dieser Bereich politisch noch nicht besetzt wird. Problembereiche wie Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Prostitution usw., auch geschlechts-



» Ein Glück, daß die Ehe unter dem besonderen Schutz des Staates steht!«

spezifische Arbeitsteilung sind in der Diskussion gesellschaftsfähig geworden, aber auch nur in der Diskussion. „Hoffähig werden“ nenne ich das immer. Damit geht das An-die-Wurzel-Wollen, der Wille zur Radikalität, verloren. Das wird abgeschwächt, die Spitzen werden gekappt und der Effekt bleibt auf der Strecke. Damit wird der Frauenbewegung ein großer Teil ihres Schwunges weggenommen. Aber wenn die Themen aufgegriffen werden, so hat dies ja auch einen positiven Effekt, weil sie dann verbreitet und verbreitert werden, überall hin, in alle gesellschaftlichen Bereiche.

Ursula Müller: Gesellschaftsfähig werden die Themen tatsächlich nur in der Diskussion; zu wirkungsvollem politischen Handeln führt dies noch nicht. Und dazu kommt noch – und das ist ja gerade ein Negativeffekt der Frauenbewegung – die ausschließliche thematische Konzentration auf Frauen. Ich habe mich auch gefragt, ob nicht gerade die Konzentration der Frauenbewegung auf Frauen – und nicht auch auf das Geschlechterverhältnis – einen Beitrag dazu geleistet hat, wenn auch ohne dies zu intendieren. Es wurde zu wenig gekratzt an dem, was die Machtpositionen von Männern ausmacht. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist ein hoffähiges Thema geworden. Dabei wurde die Doppelbelastung der Frau ersetzt durch ihren „Doppelwunsch“, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Aber völlig unberührt davon sind die Lebenszusammenhänge von Männern geblieben. Das kann man besonders deutlich an der Diskussion um Frauenförderpläne sehen. Immer wieder werde ich damit konfrontiert, wenn ich sage, die Arbeitsplätze von Männern müssen sich so ändern, daß die Männer Beruf und Familie vereinbaren können. Damit spreche ich etwas an, was niemand will, auch die Frauen nicht. Wenigstens nicht in dem Maß, in dem dies notwendig wäre, um politische Veränderungen zu bewirken. Nur ganz wenige

Frauen sagen: Ja, genau da muß angesetzt werden.

Das gleiche gilt auch für die Gewaltproblematik. Es wird viel zu wenig an den Männern, an den Tätern gekratzt. Es wird zwar den Frauen als Opfer mittlerweile geholfen, die Täter bleiben aber unberührt. Diese Konzentration auf die Frauen war ja immer die Philosophie der Frauenbewegung: Wir wenden uns in erster Linie an die Frauen, Männer interessieren uns nicht. Für dieses Desinteresse an den Männern, an unseren Widersachern, zahlen wir jetzt den Preis. Erst ganz langsam beginnt auch die Auseinandersetzung mit den Männern, auch in der Diskussion um den § 218, das sind ganz kleine Teile. Wenn du heute hergehst und fragst: Was ist eigentlich mit den Männern, die ungewollt gezeugt haben? – löst du damit noch immer eine Explosion aus. Es hat dann angeblich nichts mehr mit Partnerschaftlichkeit zu tun, darauf hinzuweisen, daß hier ja zwei beteiligt sind. Für die meisten Frauen ist ungewollte Schwangerschaft nach wie vor ein Frauenproblem. Gewalt gegen Frauen ist ein Thema, wo Frauen geholfen werden muß, und Vergewaltigung ist ein Thema, wo Frauen geschützt werden müssen, und Prostitution ist ein Thema, wo Frauen der Ausstieg ermöglicht werden muß usw. An der Machtposition der Männer hat sich nichts geändert. Es gibt keine größere gesellschaftliche Kraft, die daran zu rütteln angefangen hat.

Lore Deppe: Das sehe ich nicht ganz so. Ich denke, daß da, wo Frauenfragen für breite Kreise der Bevölkerung hoffähig gemacht worden sind, dies auf der Schiene läuft, daß die Männer außen vor gelassen werden, die Täter nicht benannt, die Macht der Männer nicht angezweifelt wird. Von der Frauenbewegung wird der Mann schon einbezogen. Da haben wir eine ganz klare Position ihm gegenüber – alle natürlich nicht, aber große Teile der Bewegung, wir haben von ihm schon was gefordert, aber der Mann, jetzt



ganz global gesprochen, tut nichts. Und vielleicht haben wir einfach noch nicht den richtigen Mechanismus gefunden, um ihn zu einer Stellungnahme zu zwingen, ohne daß wir unsere Kraft darauf konzentrieren müssen, ihn noch zu überzeugen, ihn pädagogisch zu behandeln. Wir erwarten von den Männern Dinge, die sie nicht tun, Einsichten, die sie nicht haben, Veränderungen, die sie nicht wollen, aber wir gehen nicht daran, unsere Verflechtungen mit den Männern zu lösen, wir hören nicht auf, ihnen zur Verfügung zu stehen. Und wir lassen es zu, daß sie noch immer in der Geschlechterfrage außen vor bleiben. Die Grünen hatten vor Jahren ein sehr fortschrittliches Programm, aber was heißt das heute für diese Partei? Das heißt nach meiner Erfahrung heute, es gibt den Programmteil Frauenpolitik, aber die Geschlechterfrage durchzieht nicht selbstverständlich auch alle anderen Programmteile. Immer noch ist Frauenpolitik eine Nische und damit haben die Frauen dann umzugehen, und die Partei stellt sich der Geschlechterfrage nicht. Die Männer bei den Grünen fragen nicht: Wo stehen Männer im Geschlechterverhältnis, was ist ihr Anteil an ungewollten Schwangerschaften, wo sind Männer Täter und wie wird diese Täterschaft aufrechterhalten? Das ist in der Gesamtpartei keine Diskussion, das läuft wie gehabt.

Ursula Müller: Ich sehe Ansätze zu einem neuen Umgang mit diesem Problem auf Seiten der Frauenbewegung und auch bei einigen Männern. Vielleicht am ehesten in der Pornographiediskussion, wo Bestrafung der Pornographen gefordert wurde. Das ist ein Ansatz, die Machtverhältnisse zu knacken und die Täter in die Pflicht zu nehmen. Oder bei den Überlegungen, den Erziehungsurlaub zwangsweise zu verteilen auf Mütter und Väter. Und wenn ein Vater seinen Teil des Erziehungsurlaubs nicht in Anspruch nehmen will, dann verfällt er. Das ist so ein Ansatz, wo Männern etwas abgefordert

wird, und das scheint mir die richtige Richtung zu sein. Das, was vorher war, also die Konzentration auf die Frauen, das kann nur in die Sackgasse führen.

Bärbel Clemens: Es gibt nur wenige Männer, die eine solche Politik gegen das althergebrachte Geschlechterverhältnis mittragen. Mir fällt dazu die Initiative von Peter Grottian ein, der in Sachen Quotierung eine Selbstverpflichtungsaktion unter Hochschullehrern gemacht hat: Ich werde bei Personaleinstellungen, die ich zu verantworten habe, die Fünfzig-Prozent-Quote einhalten, und bin bereit, darüber auch Rechenschaft abzulegen. Eine andere Anregung kommt aus der ötv, wo sich Männer zu einer Initiative gegen sexuelle Anmache am Arbeitsplatz zusammengeschlossen haben unter dem Motto „Mach meine Kollegin nicht an“. Die Frage des § 218 scheint sich doch für eine Kooperation zwischen Frauen und Männern besonders anzubieten. Von einer ungewollten Schwangerschaft sind ja immer beide betroffen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise. Beteiligen sich an Aktionen gegen den § 218 jetzt mehr Männer als früher?

Mecki Bock: Das ist schwer zu entscheiden, zumal wir früher meist Veranstaltungen gemacht haben, wo Männer gar nicht zugelassen waren. Die Frauenbewegung tut sich ja auch schwer, die Männer in Auseinandersetzungen um das Geschlechterverhältnis mit einzubeziehen. Beim § 218 ist das mit den Männern eine recht zwiespältige Geschichte. Prinzipiell gibt es natürlich in einem bestimmten gesellschaftlichen Umfeld, das weit hinein reicht in einen liberalen demokratischen Bereich, eine einhellige Ablehnung der momentanen Politik zum § 218. Aber im Konkreten ist es noch immer so, daß die Männer durchaus auch die Vorteile der Abtreibung zu schätzen wissen, weil sie sich nicht gerne mit Verhütungsfragen auseinandersetzen und auch nicht ungewollt Väter werden wollen.

Viele Männer haben die Erfahrung gemacht, daß ihre Freundin schwanger war und dann entschieden werden mußte, ob sie eine Abtreibung macht oder das Kind bekommt. Es gibt dabei einen ganz massiven Druck auf Frauen durch ihre Freunde, damit sie einer Abtreibung zustimmen. Da ist ein ganz handfestes und bequemes Eigeninteresse der Männer dabei. Rund ein Viertel aller Abtreibungen geht wohl auf den mehr oder weniger subtilen Druck der Männer zurück.

Bärbel Clemens: Auch die Männer müßten folglich ein Interesse an einer repressionsfreien Praxis der Abtreibung haben. Dieses Eigeninteresse ist jedoch bislang noch sehr individuell, führt nicht in nennenswertem Umfang zu politischem Handeln². An diesem Beispiel wird deutlich, daß es uns bislang nicht geglückt ist, das Geschlechterverhältnis zu einem politischen Thema zu machen. Noch immer ist die Frauenbewegung die einzige gesellschaftliche Kraft, die sich überhaupt mit diesen Fragen auseinandersetzt – und dies auch noch auf eine Art und Weise, die nur als unzulänglich zu bezeichnen ist. Wir haben festgestellt, daß die Wirkung der Frauenbewegung sich darauf beschränkt, ein Stück weit Mißstände zu lindern und neue Themen hoffähig zu machen. Sind wir wirklich im Laufe der Jahre brav geworden? Wo sind eigentlich die Phantasie, die Power und die Ungezogenheit geblieben, die einmal da waren?

Lore Deppe: Ich möchte das nicht ganz so negativ stehen lassen. Dies mag vielleicht für die Frauen, die von Anfang an dabei waren, so aussehen. Der Anfang einer Bewegung muß aber ganz anders gesehen werden. Jede Aktion, die du machst, ist neu, bringt Erfolge, bringt Lust. Das sind ganz andere Bedingungen, als die, die wir jetzt haben, nach zwanzig Jahren Frauenbewegung. Heute haben wir ein Stück Alltäglichkeit in der Frauenbewegung und ein Stück Verbreiterung. Wenn Inhalte aus einer massiven

Bewegung – und das ist ja wirklich ein Sturm gewesen damals – wenn die dann gesellschaftlich und politisch aufgegriffen werden, dann ist das ja etwas positives.

Wenn wir uns mal überlegen, was sich bei Frauen, die außerhalb der Frauenbewegung stehen – bis in ganz konservative Kreise hinein –, in den letzten Jahren an Prozessen vollzogen hat, ist das eine große Veränderung, die die Frauenbewegung als Bewegung erreicht hat. Ich denke da zum Beispiel an die Partizipation in der Politik. Zwar sträuben sich konservative Frauen immer noch gegen einen vorgeschriebenen Mindestanteil von fünfzig Prozent Frauen beispielsweise in Parlamenten, Räten oder Gremien, aber sie sind auch nicht mehr bereit, den Männern einen Alleinanspruch zuzugestehen. Dies mag uns nicht reichen, aber wir sollten es nicht zu gering veranschlagen. Wir machen uns damit kleiner als wir sind und verkleinern damit auch die Bedeutung, die die Frauenbewegung für die Bundesrepublik hat. Nicht nur gehabt hat, sondern auch heute noch hat, aber jetzt in einer anderen Form.

Ursula Müller: Als die Frauenbewegung angefangen hat, war es außerordentlich wichtig, daß wir Frauen uns auf uns selbst konzentriert haben. Jetzt aber kommt der Punkt, wo diese Konzentration auf uns selbst angefangen hat, ins Gegenteil umzuschlagen. Was mal produktiv war, kann jetzt destruktiv werden oder mithelfen, gesellschaftliche Strukturen zu verfestigen. Daher ist es wichtig, daß die Frauenbewegung reflektiert, ob es noch sinnvoll ist, sich immer wieder so stark auf Frauen zu beziehen, und wie sie jetzt die Auseinandersetzung um das Geschlechterverhältnis weitertreiben kann. Dazu muß sie das Geschlechterverhältnis als Machtverhältnis in Frage stellen und eben auch den Männern etwas abfordern, und zwar mehr als dies bisher passiert. Das, was die Frauenbewegung erreicht hat, beispielsweise in bezug auf

das Thema Gewalt gegen Frauen, halte ich für außerordentlich positiv. Aber dabei darf es nicht stehenbleiben. Und manche Themen müssen anders in die Diskussion kommen. Es ist z.B. überhaupt kein Problem, in Frauenförderplänen durchzusetzen, daß Frauen sich mehr fortbilden müssen. Dies paßt zu der landläufigen Meinung, daß Frauen fortbildungsbedürftig sind, damit sie endlich das Niveau von Männern erreichen. Ich befürchte aber, die Frauen bilden sich fort, bis sie dumm und dusselig werden, und bekommen trotzdem keine Posten. Weil sie dann nämlich für die Posten, auf denen jetzt Frauen im Rahmen der geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung akzeptiert werden, überqualifiziert sind. Das halte ich für eine destruktive Art von Frauenförderung und diese Philosophie von Frauenförderung gefällt mir ganz und gar nicht. Sie wirkt ins Gegenteil.

Oder wenn gefordert wird, die Frauen sollen noch mehr in Teilzeitarbeitsverhältnisse oder sie sollen mehr Möglichkeiten haben, sich beurlauben zu lassen. Das alles sind Dinge, die dazu führen, daß sie zur sozialen Randgruppe werden und zu Sozialhilfeempfängerinnen – spätestens im Alter oder wenn eine Trennung ins Haus steht. Und all das wird verkauft als Frauenförderung. Ohne Quoten und Zielvorgaben aber schlägt Frauenförderung ins Gegenteil um, und da müßten wir sehr viel kritischer sein. Frauenförderung als Thema ist hoffähig geworden, aber nur in einer sehr verwässerten Form. Wir müssen unterscheiden, wo die Verdünnung so dünn geworden ist, daß sie uns nichts mehr nützt oder uns sogar schaden kann. Daß manches überhaupt zum Thema geworden ist, ist gut, aber es ist jetzt auch ein Punkt erreicht, wo es nicht mehr nur gut ist, daß so viel über Frauen geredet wird. Es wird in einer Art und Weise über Frauen geredet, daß sich dies auch ins Gegenteil verkehren kann.

Lore Deppe: Oder noch so ein Punkt: Wir wollten aufzeigen, daß das Geschlechterverhältnis ein Herrschaftsverhältnis ist, und darauf aufmerksam machen, was sich in vielen Familien abspielt. Und schon wird das Herrschaftsverhältnis in der Familie mit Worten wie Partnerschaft und Versöhnung zwischen den Geschlechtern zugedeckt. Der Mann wird schon wieder entlassen, noch bevor er richtig in die Pflicht genommen wurde, auch von Frauen selbst. Ich weiß nicht, ob dahinter eine Angst von Frauen steht, an die Männer ranzugehen und sie auch ein Stück zu entlarven. Auch in der Politik der Grünen schleichen sich zunehmend Begriffe aus dem konservativen Spektrum ein wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf – als Teil von Frauenpolitik verstanden – oder Versöhnung, Partnerschaft. Ein gefährlicher Anpassungsprozeß, um eine Volkspartei werden zu können? In der Öffentlichkeit ist es wohl nicht opportun, sich gegen Männer zu stellen. Dies wird z.B. in vielen Podiumsdiskussionen deutlich, wo oft auch den Grünen das Wort Partnerschaft von den Lippen kommt. Dabei ist es ein Unding, von Partnerschaft zu reden bei den ungleichen Verhältnissen zwischen Frauen und Männern.

Bärbel Clemens: Wo ist eigentlich die gesellschaftliche Kraft oder die Fraktion in der Frauenbewegung, die in der Lage ist, in diesem Prozeß des hohlen Emanzipationsgeredes und der leeren Partnerschaftsduselei auch die andere Seite, unser Anliegen auf Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis, in die Debatte zu werfen? Ich habe das Gefühl, es gibt mittlerweile eine starke institutionalisierte Frauenbewegung, „Staatsfeminismus“, wie man dies auch bezeichnen könnte. Aber wo bleibt heute die autonome Frauenbewegung im klassischen Sinn? Da fallen mir poetische Schlagworte ein: neue Mütterlichkeit, Spiritua-



Kreuzzug der rechten Moral

lismus, Landkommunen, Projekte. Diese Gruppen bilden so eine Art kulturellen Feminismus, die kümmern sich um sich und versuchen, andere Ideen, andere Wege zu leben, aber führen die gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht weiter.

Lore Deppe: Dabei muß man unterscheiden, wo wir auf die Frauenbewegung blicken, in der Stadt oder im ländlichen Raum, wir müssen da genauer differenzieren. Viele Gruppen betreiben Nabelschau. Gerade in kleineren Städten und im ländlichen Raum gibt es Gruppierungen, die sehr viel später entstanden sind und sich erst jetzt mit sogenannten brisanten Themen wie Frauenhandel oder Gewalt gegen Mädchen auseinandersetzen. Natürlich hätte ich mir gewünscht, daß sie schon früher damit angefangen hätten. Aber wir sollten sie nicht übersehen und können nicht so verallgemeinern. Frauenbewegung hat ihre eigene Geschwindigkeit in der Region und da gibt es ein Nebeneinander und Übereinander von vielen verschiedenen Entwicklungen.

Ursula Müller: Ich komme auch aus einer kleineren Stadt und ich habe schon immer beobachtet, daß in kleineren Städten ein größerer Zwang besteht, zusammenzuhalten und sich auseinanderzusetzen, Koalitionen zu bilden und bestimmte Dinge durchzusetzen. Da war mehr Zusammenhalt in der Alternativszene generell, das war nicht so abgekapselt, hier die Frauen, dort die anderen Themen, wie ich dies in größeren Städten immer wieder beobachte. Dies kann dazu führen, daß es „auf dem Lande“ eine aktive und politisch wache Frauenszene gibt. Es ist aber auch richtig, daß sich weite Teile der Frauenbewegung im Rückzug befinden und die Auseinandersetzung nicht suchen.

Lore Deppe: Die Frauenbewegung ist jetzt zwanzig Jahre alt. Dies dürfen wir nicht vernachlässigen. Die Frauen, die damals angefangen haben und aufgefallen sind mit dem Krach, den sie geschlagen haben, die sind reingegangen in die Institutionen. Und ein Potential, das auf der Straße laut vernehmbar ist und Widerspruch anmeldet, das wächst natürlich so nicht nach, gerade



auch, weil die Frauenbewegung ein Stück gesellschaftsfähig geworden ist. Da unsere Themen von der öffentlichen Diskussion aufgegriffen wurden – wenn auch nicht in der gewünschten Form, sondern verwässert und verfälscht –, kann ich nicht wie damals draußen stehen und immer wieder das einklagen, was ja schon thematisch besetzt ist. Dies ist für die Beurteilung der Frauenbewegung heute ein ganz wichtiges Kriterium. Die Frauenbewegung ist also zu einer anderen Form von Bewegung geworden. Sie muß sich differenzierter mit den Problemen auseinandersetzen, dies geht nicht mehr so provokativ. Ich war neulich auf einer Tagung zum Thema Frauen und Sucht, die von offiziellen Stellen organisiert wurde³. Was da an Frauenbewegungsforderungen deutlich geworden ist in einer ganz normalen öffentlichen Veranstaltung, das fand ich toll. Das sind vielleicht alles Frauen gewesen, die gar keine Notwendigkeit sehen oder den Druck nicht haben, damit auf der Straße zu stehen. Die aber dennoch die Probleme aus der Sicht der Frauen benennen.

Ursula Müller: Ich denke, es ist gar nicht so, daß es nurmehr die Frauen in den Institutionen gibt, Frauenbüros, Frauenforschung, Frauenprojekte, und die Frauen draußen fehlen. Ich habe manchmal das Gefühl, daß die Frauen drinnen viel deutlicher merken, wo der Feind steht. Und daß es bei dieser Tagung, bei der ich auch war, einen Knall gegeben hat und Aggressionen losgebrochen sind zwischen den Rednern mit ihren traditionellen Grußworten und dem kritischen Frauenpublikum, konnte sich in dieser Kraßheit auch zeigen, weil die Frauen Erfahrungen mit Frauenfeindlichkeit in ihren Institutionen haben: Wenn's an die Gelder geht, wenn's an den Umgang miteinander geht, wenn's um die Behandlung der Klientinnen geht. Das sind konkrete Erfahrungen und die werden von den Frauen auch frauenspezifisch verarbeitet. Und die Frauen, die sich aus der politischen Frauen-

bewegung zurückgezogen haben, denen fehlt zum Teil die konkrete und dauernde Erfahrung, und die haben daher auch nicht den Drang, auf einen Widerpart zuzugehen und Forderungen einzuklagen. Ich glaube, daß aus dieser Gruppe der Institutionenfrauen, wenn ich sie mal so nennen will, mehr an frauenbewegtem Potential wächst, als aus jeder anderen.

Lore Deppe: Es entsteht ja auch beispielsweise bei den jungen Mädchen der Eindruck: Unsere Mütter haben für etwas gekämpft, was wir schon lange haben. Dies begegnet den Lehrerinnen in der Schule immer wieder. Für Schülerinnen ist im Augenblick die Notwendigkeit nicht einsichtig, sich in der Frauenbewegung zu engagieren. Überall ist von Gleichberechtigung die Rede und es fehlt noch die Erfahrung von Diskriminierung, die ja auch immer schwieriger wahrzunehmen ist, wenn überall von Frauenbelangen die Rede ist.

Ursula Müller: Ich finde es überhaupt nicht erstaunlich, daß die Tätigkeit als Frauenbeauftragte die Frauen radikalisiert und nicht zähmt. Sie merken tagtäglich, wo die Gegner stehen, wo die Schwierigkeiten losgehen und welche Formen Frauendiskriminierung annimmt. Mao hat mal gesagt, du mußt versuchen, die Verhältnisse zu verändern, um sie zu begreifen. Wer außen vor bleibt und sich bestimmte Lebensumstände erarbeiten kann, in denen man es aushalten kann, macht bestimmte Erfahrungen einfach nicht oder nur sehr vereinzelt. Aber in den Institutionen beispielsweise merkst du, daß Frauenunterdrückung System hat.

Lore Deppe: Hier im Parlament und in der Ausschußarbeit erfahre ich pausenlos, wo die Macht sitzt. Sollten sich die Frauen über die Fraktionen hinweg im Ausschuß mal einig sein, merken sie spätestens dann, wenn sie in ihre Fraktionen zurückgehen und dort Besprochenes umsetzen wollen, wo die Macht sitzt: bei den Männern. Aber wie können wir diese Erfahrungen kon-

struktiv ummünzen? Wir können die Männer nicht von heute auf morgen aus den Machtpositionen kippen. Aber auf dem Weg dorthin müßten wir ihnen Aufmerksamkeit, Liebe und jegliche Unterstützung total entziehen. Anders seh ich nicht, wie sie zu Fall gebracht werden sollen. *Ursula Müller*: Da müßte wieder ein Funke überspringen nach draußen, damit der Druck von draußen wieder kommt.

Bärbel Clemens: Ich habe das Gefühl, es gibt die Frauen, die durch die Bewußtseinsprozesse, die sie in der Frauenbewegung durchgemacht haben, durch ihre Bildungssituation, durch ihre Art von Berufstätigkeit sehr vieles für die Frauenbewegung tun. Es gibt so einen Feminismus im Beruf nach dem Motto: „Jede wert sich an ihrem Platz so gut sie kann“, und da ist auch sehr viel passiert. In den Institutionen trifft man immer wieder auf Frauen, die anders als Männer mit ihrer Position und ihren Möglichkeiten dort umgehen. Mit denen man gut verhandeln kann, die die gleiche Wellenlänge haben, mit denen man schnell klarkommt. All diese Frauen haben auf ihrem beruflichen Weg neben Diskriminierungen auch die Erfahrung von Frauensolidarität gemacht. Aber die Frauen, die diesen Erfahrungshintergrund nicht haben, weil ihnen die Ausbildung fehlt, oder weil sie jünger sind und diesen Weg noch nicht gegangen sind, die werden von der Frauenbewegung nicht berührt. Ich sehe da fast so etwas wie einen Generationenkonflikt zwischen den frauenbewegten Frauen und den jüngeren. Der Frauenbewegung scheint der Nachwuchs zu fehlen. Wir Frauen, die sich schon lange mit der Frauenbewegung verbunden fühlen, wir wollen endlich haben, was uns seit Jahrzehnten immer wieder versprochen wurde. Für uns ist Frauenbewegung auch ein Stück bürgerliche Gleichberechtigungsbewegung, die Quotierungsforderungen stellt und Frauenförderungsprogramme einklagt. Unsere Gesellschaftskritik ist zu der Erwartung ge-

schrumpft, wenn alle gesellschaftlich relevanten Positionen zu fünfzig Prozent mit Frauen besetzt sind, dann werden auch die gesellschaftlichen Strukturen andere werden.

Lore Deppe: Aber zu diesen fünfzig Prozent kommt es garnicht, weil wir die Machtfrage nicht stellen. Solange wir die gegebenen Strukturen akzeptieren, entscheiden die Männer weiter und wir müssen darauf warten, daß sie 20, 40 oder 50 Prozent Frauen zulassen. Um die Quotierung überhaupt in Gang zu setzen, mußst du eine Männermehrheit haben, die bereit ist, dies überhaupt zuzulassen, oder deutlicher gesagt, die einsieht, daß sie sich der Gerechtigkeit willen selbst entmachten muß. Wenn die Grünen damals nicht in der einmaligen Situation gewesen wären, daß sie die Frauenbewegung brauchten, dann sähe es bei ihnen auch anders aus.

Bärbel Clemens: Die Frauenbewegung ist ja auch in einer schier ausweglosen Situation. Sie sieht, daß gesellschaftliche Positionen mit Entscheidungsbefugnis zu neunzig Prozent von Männern besetzt sind, da unsere Gesellschaft patriarchal strukturiert ist und gesellschaftliche Macht auf der Unterdrückung von Frauen beruht. Auf der einen Seite akzeptiert sie prinzipiell das demokratische System mit seinem Prinzip der Mehrheitsentscheidung. Letzten Endes heißt das aber, darauf zu warten, daß die Mehrheit der Entscheidungsträger – alles Männer – sich eines Tages selbst entmachtet und quasi abschafft, indem sie einem Antrag auf Abschaffung des Patriarchats zustimmt. Aber durch Überredung und Überzeugung allein wird das Patriarchat wohl nicht abgeschafft werden. Da müssen wir schon zu anderen Mitteln greifen.

Mecki Bock: Für mich ist es immer wichtig, sich bewußt zu sein, daß die Frauenbewegung eine Bewegung von Frauen aus einer bestimmten Schicht ist, einer bürgerlichen, intellektuellen, gehobenen Schicht. Dies wird für mich heute

noch viel deutlicher spürbar. Die große Masse von Frauen, für die sich die Wirklichkeit ein bißchen anders darstellt, wird von der Frauenbewegung garnicht erfaßt. Ich habe oft das Gefühl, gerade wenn ich in die USA schaue, es gibt bestimmte Entwicklungen, die Frauen begünstigen, aber nur Frauen einer ganz bestimmten Schicht. Dies hast du ganz extrem bei der Diskussion um Gentechnologie. Was davon nun Realität werden wird, möchte ich mir gar nicht ausmalen. Dies kann darauf hinauslaufen, daß den intellektuellen und auch ökonomisch bessergestellten Frauen die Last des Kinderaustragens und Gebärens abgenommen wird durch Unterschichtfrauen. Sollte Interessenspaltungen zwischen Frauen gibt es in sehr subtiler Form auch bei uns.

Bärbel Clemens: Die Frauenbewegung ist ein Phänomen eines ganz bestimmten Milieus. Es gibt in jedem Milieu ganz bestimmte Formen von Frauenfeindlichkeit und bestimmte Formen von Gegenwehr. Auf der anderen Seite frage ich mich, ob dies nicht auch daran liegt, daß auch wir aus einem ganz bestimmten Milieu kommen und auch nur in bestimmte Kreise der Frauenbewegung Einblick haben.

Mecki Bock: Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel bringen. Die autonome Frauenbewegung – im Sinne von politisch-autonom – hat sich beim §218 in die Isolation gebracht. Die Möglichkeiten, einen Abbruch zu bekommen, sind für Frauen einer ganz bestimmten Schicht viel einfacher im Vergleich zu vielen Frauen aus anderen Schichten oder auf dem Lande. Das Standardargument unter vielen Frauen einer Mittelschichts-Frauenbewegung ist: „Warum bist du so blöd und läßt dich auf den Durchmarsch durch diese Beratungsinstitutionen ein, bis du deinen Abbruch bekommst? Du kannst doch nach Holland fahren!“ Dies ist ein Ausdruck dafür, daß man sich der Möglichkeiten bedient, die man hat, weil man sich artikulieren kann,

Fremdsprachen kann, Leute kennt, Geld hat usw. Eine solche Position verallgemeinert und übersieht, daß dies nur für bestimmte Frauen so gilt und man auch nur an diese Frauen denkt. Damit wird das Problem nur verschleiert.

Wir haben in den §218-Gruppen diese Haltung immer als ausgesprochen elitär gekennzeichnet. Darin drückt sich ganz praktisch aus, daß immer nur die eigene Sicht und die eigene Person, die eigenen Möglichkeiten gesehen werden. Die Frauen, die diese Möglichkeiten nicht haben, werden durch die Frauenbewegung selbst ausgeschlossen und müssen sich mit den beschissenen Verhältnissen alleine auseinandersetzen. Es wird so zum blanken Idealismus, zu sagen, ich will dies nicht nur für mich, ich will dies grundsätzlich. Ich finde das symptomatisch für die neue Frauenbewegung und in der Arbeit mit dem §218 müssen wir uns immer wieder damit auseinandersetzen. Ich möchte dies nicht verallgemeinern, aber ich habe solche Erfahrungen mehrfach gemacht.

Bärbel Clemens: Dies ist auch eine Beschreibung ganz bestimmter Spaltungen und Schichtungen in der Frauenbewegung. Für die Frauenbewegung war es gerade am Anfang sehr wichtig, daß jede Frau sich auch selbstbewußt als Mittelpunkt ihrer eigenen Lebensverhältnisse sieht, „Ich-Sagen“ lernt und ihren Individualismus pflegt. Daß da immer wieder auch elitäre Momente zu Tage treten, ist dabei nicht so verwunderlich. Es wird dann aber erst einmal auch schwer, politisch solidarisch zu sein, nicht nur aus taktischen Überlegungen, sondern aus Überzeugung.

Mecki Bock: Es sind nicht unbedingt die Frauen, die der Frauenbewegung am meisten verdanken, die sich jetzt für die Abschaffung des §218 und gegen das Beratungsgesetz engagieren. Wir wenden uns mit unserer Arbeit auch nicht mehr vorrangig an die Frauen in der Frauenbewegung. Für uns sind breitere Schichten viel wich-

tiger. Gewerkschaftskreise sind da viel aufgeschlossener als die Frauen, die früher mal im Frauenzentrum waren.

Lore Deppe: Du bedauerst es, daß die Frauenbewegung nicht Frauen aller Schichten gleichermaßen erreicht. Ich denke, es ist auch ein zu hoher Anspruch, daß eine Bewegung über die ganze Gesellschaft hinweg alle ansprechen und mitziehen kann, und zwar in unterschiedlicher Art und Weise. Bei der Frauenbewegung geht es um die Beziehung zwischen beiden Geschlechtern. dabei einen Konsens, mehr noch, eine breite Bewegung zu erreichen, das stelle ich mir wahnsinnig schwierig vor. Da sind so viele Hürden und Widersprüche in den Frauen selbst. Warum reicht es nicht, zu sagen, die autonome Frauenbewegung findet bestimmte Frauen nicht in ihren Reihen. Aber wenn Auswirkungen unserer Bewegung auch diese Frauen erfassen, dann ist dies ja eine ganz tolle Sache.

Bärbel Clemens: Der Anspruch war natürlich schon „Frauen gemeinsam sind stark“, und gemeinsam hieß: Über alle Unterschiede hinweg das Gemeinsame in der Lage der Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Damit sollten die vielfältigen Unterschiede zwischen den Frauen neutralisiert werden. Wir konnten unsere Unterschiede auch nicht in politische Kraft umsetzen, konnten keine Streitkultur entwickeln.

Ursula Müller: Auch in den Gewerkschaften sind nur bestimmte Frauen für den §218 ansprechbar und auch das ist nicht die untere Schicht. Heute sind es vor allem die Funktionärinnen. Wenn es die Frauenbewegung in einem Punkt wirklich geschafft hat, in andere Schichten einzudringen, dann tatsächlich über die Frauenhausbewegung. Diese Frauen kann sie zwar nicht in eine Bewegung einbinden, aber sie hat sie erreicht. Und das sind ganz andere Frauen als die, die zu irgendwelchen Veranstaltungen, auch zu anderen politischen Themen,



kommen. Dies sollte man nicht zu gering ansetzen.

Lore Deppe: Wie oft höre ich von Frauen einen solchen Satz: „Ich möchte gleich vorweg sagen, ich bin keine Emanze, aber dennoch eine emanzipierte Frau“. Das heißt doch, erreicht hat mich die Frauenbewegung schon, aber ich will mich nicht als dazugehörig zu erkennen geben.

Ursula Müller: Dies zeigt aber auch, woran's hapert, das ist der Mut zur Männerfeindlichkeit. „Ich bin keine Emanze“ will heißen: „Ich stehe meine Frau, aber ich habe nichts gegen Männer“.

Lore Deppe: Es drückt auch die Angst vor der Konfrontation mit den Männern aus.

Mecki Bock: Für mich steckt auch ein bißchen mangelndes Selbstbewußtsein drin. Sie nimmt nicht in kauf, daß sie als männerfeindlich angesehen werden könnte.



Ursula Müller: Solche Frauen sind in vielen Punkten sehr selbstbewußt und sehr aktiv. Aber sie schrecken vor der direkten Auseinandersetzung mit Männern zurück. Als männerfeindlich angesehen zu werden, das ist der Makel. Vor Jahren hat es dazu in der Courage einen Artikel gegeben über Männerfeindlichkeit und wie stark dies in unserer Gesellschaft tabuisiert ist⁴. Im Grunde sind wir noch immer an demselben Punkt, daß wir nicht den Mut haben, dies auch für uns anzunehmen und zu sagen, gegen bestimmte Dinge, die Männer machen, sind wir auch und haben dagegen unsere Positionen, die sich dann auch nicht mehr freundschaftlich auflösen lassen.

Bärbel Clemens: An bestimmten Punkten kann man uns also auch nicht mehr mit Phrasen über Partnerschaft abspeisen. Ich denke, immer mehr Frauen fühlen sich stark genug für diese Auseinandersetzungen mit Männern und schrecken davor nicht mehr zurück. Dies müßte das Hauptthema der Frauenbewegung in den nächsten zwanzig Jahren sein.

* Das hier dokumentierte Gespräch fand im Juli 1989 zwischen Mecki Bock, Bärbel Clemens, Lore Deppe und Ursula Müller in Hannover statt. Zu den Teilnehmerinnen:

Mecki Bock ist seit rund 10 Jahren in der Bewegung gegen den § 218 aktiv, sowohl in der 218-Gruppe Hannover als auch in der bundesweiten Koordinationsgruppe gegen den § 218. Sie hat 10 Jahre lang als technische Zeichnerin gearbeitet und studiert heute Geographie.

Bärbel Clemens ist seit 1975 in der Frauenbewegung aktiv, momentan vor allem für die Verbesserung der Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen. Der Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit liegt auf Gleichstellungspolitik und neuen sozialen Bewegungen. *Sie hat das Gespräch organisiert und redaktionell bearbeitet.*

Lore Deppe ist Lehrerin und seit 1979 in der Frauenbewegung aktiv, von 1981–1986 war sie Ratsfrau für eine feministisch-ökologische Liste in Nienburg/Weser, seit 1986 ist sie parteilose Abgeordnete im niedersächsischen Landtag in der Fraktion DIE GRÜNEN und dort für Frauenpolitik zuständig.

Ursula Müller ist seit 1968 in der Frauenbewegung aktiv. Als Mathematikerin und Soziologin war sie lange Zeit in der Frauenhausarbeit tätig. Seit 1986 ist sie Leiterin der Gleichstellungsstelle der Stadt Hannover.

Ich danke Lore, Mecki und Ursula für ihre Kooperationsbereitschaft.

Anmerkungen:

- 1 Diese ötv-Aktion gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wurde von der hannoverschen Gleichstellungsstelle initiiert. Kontaktpersonen sind: Petár Beres, OE. 50.30, Tel. (05 11) 1 68-2726; Wolfgang Nebendahl, OE. 61.5, Tel. (05 11) 1 68-44 08; Detlef Schatzki, OE. 61.5, Tel. (05 11) 1 68-37 94, alle Stadtverwaltung 3000 Hannover, Postfach 125.
- 2 Eine Ausnahme bildet die Aktion Männer gegen § 218, c/o mannege, Uhlandstraße 161, 1000 Berlin 15.
- 3 Frau und Sucht. Angepaßt eingepaßt: Wo Frauen der Schuh drückt. Veranstaltet von der Niedersächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren unter Schirmherrschaft des Niedersächsischen Sozialministeriums vom 27.–29. April 1989 in Hannover.
- 4 Elke Enderwitz: Wer hat Angst vor Männerhaß? in: Courage. Heft 3, März 1979, S. 29 ff.

Jürgen Seifert

Legalität, Illegalität, Bürgerrechtsbewegung

Wenn Verfassung und Gesetze den Menschen nicht mehr die Möglichkeit lassen, abweichende Auffassungen zu äußern und oppositionelle Positionen wirkungsvoll zu vertreten, kann das – ebenso wie im Falle krasser Verletzung von Rechten durch die Exekutivmacht – zu gesellschaftlichen Eruptionen führen. Die machtseitige Instrumentalisierung von Recht und die auf massive Einschüchterung zielende Macht können etwas bewirken, was der demokratische Rechtsstaat gerade verhindern soll. Aber das muß nicht immer so sein. Die Gesetze der Mechanik gelten nicht für politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzungen; es kommt jeweils auf spezifische Voraussetzungen und besondere Konstellationen an. Gerade das macht die konkrete Analyse sozialer Bewegungen interessant und relevant.

Das „Prinzip Legalität“

Gegenüber der Restauration der Ära Adenauer kam – wie Wolfgang Abendroth wiederholt betont hat – dem „Prinzip Legalität“ positive Bedeutung als Voraussetzung für die Aktionsfreiheit oppositioneller Politik zu. Das Grundgesetz stand damals links von der in den 50er Jahren durchgesetzten politischen Realität. Legalität, das heißt die Bindung der Exekutivmacht an gesetzlich gesetzte Schranken, war für Oppositionelle als Markierung ein Ansatzpunkt, um die machtseitige Instrumentalisierung von Recht deutlich zu machen und anzuprangern.

Das gelang zunächst nur vor Gerichten. So im Prozeß gegen den Gewerkschafter Viktor Agartz (bei dem es auch darum ging, in welchem Umfang in der Bundesrepublik sozialistische

Positionen vertreten werden können), in dem Verfahren gegen das von Konrad Adenauer auf dem Wege eines „Fernseh-Staatsstreichs“ durchgesetzten Regierungsfernsehen und in der spezifischen Form der Überprüfung von Exekutivhandeln in der Spiegel-Affäre durch das Bundesverfassungsgericht. Das Einklagen von Legalität gelang (bedingt auch durch die Praxis der DDR gegen Sozialdemokraten und andere Oppositionelle im eigenen Lande) lange Zeit nicht gegenüber den rechtsstaatwidrigen Formen der Verfolgung von Kommunisten. Gegen diese Rechtsverletzungen erhob sich damals keine kritische Öffentlichkeit.

Die Notstandsverfassung – so wie Bundesinnenminister Gerhard Schröder sie seit 1958 geplant und 1962 vorgelegt hat – war primär ein Instrument, um in Ausnahmesituationen das Prinzip Legalität – Demokratie und die unmittelbare Geltung der Grundrechte – zu Gunsten einer machtsstaatlichen Entrechtlichung außer Kraft setzen zu können. Die vorgesehenen Befugnisse für die Exekutive sollten für alle Krisensituationen die machtseitige Indienstnahme von Legalität vollenden. Sowohl für den Einzelnen als auch für organisierte politisch-gesellschaftliche Kräfte sollte Legalität ihre Funktion als Schutzwall verlieren. Jeder Gegner dieses Vorhabens wurde zum Gegner des Staates und von Staatssicherheit gestempelt. Von Gewerkschaftern und kritischen Intellektuellen wurde verlangt, sich ohne Vorbehalt zum Staat zu „bekennen“.

Die Gegner der Notstandsgesetzgebung ließen sich auf diese Alternative zwischen Parteinahme und Gegnerschaft gegenüber einem überhöhten und zur Abstraktion stilisierten „Staat“ nicht ein. Sie beriefen sich auf das Grundgesetz



von 1949 und damit auf Menschenrechte *und* Demokratie *und* Rechtsstaatlichkeit. Gewerkschafter und Intellektuelle wußten, daß sie in dieser Auseinandersetzung nicht abstrakt um Rechte kämpften, sondern die zentralen Voraussetzungen ihrer Aktionsfreiheit verteidigten.

Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung war ein Defensivkampf um Verfassungspositionen. Dennoch beruhte dieser Kampf nicht auf dem, was man heute „Verfassungspatriotismus“ nennt. Es ging nicht darum, das Grundgesetz zu „lieben“, sondern es ging um die Wahrung und Verteidigung der Menschenrechte und wichtiger demokratischer Errungenschaften als eines politisch-gesellschaftlichen Minimalkonsens. Der Kampf um diese Verfassungspositionen war nur die eine Seite einer umfassenden sozialen Auseinandersetzung. Es gab keine Alternative „Kampf um Verfassungspositionen“ oder „sozialistische Strategie“, sondern das Bewußtsein, daß beides zusammengehört.

Dabei war die Vorstellung wichtig: Ein neues „1933“ darf es in der Bundesrepublik nicht geben. Die Substanz dieser Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung war Antifaschismus; aber zu diesem Antifaschismus gehörte das Wissen, daß Demokratie und Menschenrechte erkämpft werden müssen gegenüber einer Exekutivmacht, die in ihrer personellen Zusammensetzung damals zu einem erheblichen Teil aus der Beamenschaft des NS-Systems übernommen worden war. Demokratie und kritische Öffentlichkeit wurden verteidigt, um gesellschaftliche Fragen erfolgreich lösen zu können und um neuen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Niemals hat man in Deutschland eine Verfassung so häufig und so genau gelesen wie damals. Es kam zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den vorgelegten Modifizierungen der Ent-

würfe zur Notstandsverfassung. Gewiß, es gab bei der Darstellung möglicher Gefahren auch Überzeichnungen. Aus der Formel „Ermächtigungsgesetze mit Zeitzünder“ wurde angesichts der 1966 gebildeten Großen Koalition die Rede von „Ermächtigungsgesetzen“ zum „totalen Notstandsstaat“. Aber es ging schließlich darum, Massen zu mobilisieren und die Diffamierungen der Gegenseite waren in der Überzeichnung (oder in Verschleierungen) ebenso massiv.

Vielfach wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik die damalige Warnung vor einem neuen faschistoiden System in der Bundesrepublik nicht mehr verstanden. Doch man darf nicht vergessen, welche Stärke die NPD damals hatte. Gerhard Schröder war bereit, sich mit Hilfe der NPD-Stimmen zum Bundespräsidenten wählen zu lassen (wenn diese Stimmen oder Überläufer aus der FDP ausgereicht hätten). Georg Kiesinger hatte eine Mehrheit von Union und NPD im Bundestag für die Phase nach der Bundestagswahl 1969 einkalkuliert. Daß diese Überlegung scheiterte, lag an einigen Tausend Stimmen, die der NPD fehlten; die sozial-liberale Koalition regierte 1969 gegen eine Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nur diese Konstellation und die in Kauf genommene Preisgabe demokratischer Positionen durch die SPD im Rahmen der Großen Koalition (das geplante Mehrheitswahlrecht, um die FDP und jede Opposition auszuschalten) erklären die Tatsache, daß damals Johannes Agnoli (mit der These von der „Transformation der Demokratie“) und Max Horkheimer (mit seiner in der Emigration entstandenen Schrift „Der autoritäre Staat“) eine heute unvorstellbare Resonanz gefunden haben. Diese spezifische Konstellation und die Rezeption eines auf „Fundamentalopposition“ abzielenden Theoriefragmentes führten dazu, daß insbesondere der stu-

dentische Flügel der Notstandsopposition die Auseinandersetzung am Ende nicht mehr um das Grundgesetz führte. Die Notstandsgesetzgebung wurde in ihren Augen zu einem Synonym für die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer anderen Republik, zu einem aggressiven, imperialistischen und faschistoiden System. Das führte dazu, daß die Notstandsopposition in der Endphase zu einer politisch-sozialen Bewegung von einem Ausmaß wurde, das 1962 niemand erahnt hatte. Ausmaß und Intensität dieser Bewegung standen in keinem Verhältnis zu der Tatsache, daß die 1968 verabschiedete Notstandsverfassung in zentralen Fragen nicht mehr den ursprünglichen Plänen zur Bewältigung von Krisensituationen entsprach.

Dennoch war die Anti-Notstandsbewegung eine wichtige Bürgerrechtsbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Als solche hat sie Erfolge errungen wie keine Bewegung auf diesem Felde danach.

Unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten war die 1968 verabschiedete Notstandsverfassung — trotz aller Bedenken (die der spätere Bundesminister Hans Matthöfer im Bundestag gegen den massiven Protest seiner eigenen Fraktion vorgetragen hat) — keine Niederlage. Ohne den Widerstand der Anti-Notstandsbewegung hätten Sozialdemokraten nicht so lange durchgehalten, Gegenpositionen zu entwickeln und verfassungsrechtliche Sicherungen durchzusetzen. Niemand hatte 1962 damit rechnen können, die Pläne für eine Notstandsverfassung in dieser Weise zu verändern!

Politisch war die Verabschiedung der Notstandsverfassung 1968 jedoch eine schwere Niederlage. Die Notstandsopposition zerfiel. Die progressiven Gewerkschafter lösten alle Kontakte zur studentischen Protestbewegung. Zugleich gab es 1959 ein blindes Vertrauen gegenüber dem eingelösten Versprechen „Mehr Demokratie“ zu wagen. Einem schwachen Flügel,

atom Nr. 27

Atom Express & Atomisierung
atom



**EUROPÄISIERUNG
DER ATOMINDUSTRIE**

Schwerpunkt 1:

Europäisierung

Die Entscheidung, die WAA in Wackersdorf nicht zu bauen, hat die europaweite Verflechtung der Atomindustrie ins Blickfeld gerückt — und ebenso die Notwendigkeit, internationalen Widerstand zu leisten.

Schwerpunkt 2:

Radikale Linke, Autonome & Co.

Mit welchen Bedingungen hat sich die Anti-AKW-Bewegung in Zukunft auseinanderzusetzen, wenn sie interventionsfähig bleiben will? Diskussionsbeitrag u. a. zu Rot-Grün in Berlin; "Radikale Linke" - schwere Geburt

atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (plus Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 Mark. Ab 5 Ex. 3 Mark (plus Porto)

**atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg**

der die bürgerrechtlichen Positionen weiterhin vertrat, stand bald eine einflußreiche politische Bewegung gegenüber, die den nun proklamierten Klassenkampf vom Kampf um Verfassungs- und Rechtspositionen abtrennte. Aus der Formel „Kampf um Verfassungspositionen“ und „sozialistische Strategie“ wurde ein Entweder-Oder. Warum kam es dazu?

Öffentliche Regelverletzung und Romantik der Illegalität

Bilder von Demonstrationen und sonstigen Aktionen aus der ersten Hälfte der 60er Jahre zeigen eine heute unvorstellbare Friedfertigkeit. Diese Politik der Gewaltlosigkeit hat sich nicht nur deshalb verändert, weil neue Aktionsformen (insbesondere von den Protestbewegungen in den Vereinigten Staaten) übernommen wurden, sondern weil die Polizei (dem Drängen eines Teils der Medien und auch von Politikern entsprechend) sich nicht mehr auf die klassischen Aufgaben der Polizei („Gefahrenabwehr“ und Strafverfolgung) beschränkte, sondern dazu überging, diejenigen zu „bekämpfen“ und einzuschüchtern, die einem spezifischen Feindbild entsprachen. Das erfolgte zunächst durch zivil gekleidete „Greiftruppen“, die wahllos aus einer Demonstration (wenn diese nicht angemeldet war, vom vorgeschriebenen Weg abwich oder wenn andere mehr oder minder belanglose Ordnungswidrigkeiten begangen wurden) einzelne Teilnehmer brutal herausgriff, um diese besonderen Sanktionen zuzuführen. Solche Formen von „Feindbekämpfung“ und Einschüchterung waren auch unter polizeitaktischen Gesichtspunkten kontraproduktiv: Sie befriedeten nicht, sondern provozierten. Diese Formen von Feindbekämpfung haben wesentlich dazu beigetragen, Gewalttätigkeit zu erzeugen; denn Einschüchterung und Gewalttätig-

keit (nahezu immer ein Zeichen von Ohnmacht und Angst) sind Zwillingbrüder.

Das Spektrum der Aktionsformen der studentischen Protestbewegung, die zur Anti-Notstandsbewegung gehörte, war sehr vielfältig. Ich beschränke mich im Rahmen dieser Untersuchung auf zwei spezifische Interventionsformen. Solche Techniken stammen aus den Vereinigten Staaten. Darauf weisen schon die Bezeichnungen „go in“, „sit in“, politisches „happening“ hin. Doch ohne eigene Erfahrungen und eine phantasievolle Fortentwicklung hätten diese Aktionsformen nicht die spezifische Bedeutung erlangen können.

Öffentliche Regelverletzung:

Die uniformierte Gesellschaft der Restaurationsphase entsprach einer weitgehend uniformierten öffentlichen Meinung. Abweichende Positionen wurden nicht ertragen („geht doch nach drüben!“) oder totgeschwiegen. Wer eine unsichtbare Grenzlinie übertrat, befand sich in einem verbotenen Raum. Über ihn senkte sich der Schleier des Verschweigens. Er hatte keine Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit reagierte jedoch auf eine öffentlich demonstrierte Verletzung einer Regel. Dabei ging es meist nicht um die Regel selbst (das unterscheidet die demonstrative Regelverletzung vom stillschweigenden Rechtsbruch), sondern um das Antasten eines Tabus. Eine machtvolle Demonstration, über die sonst nicht berichtet worden wäre, wurde zu einem Politikum, nur weil eine harmlose Rauchbombe geworfen wurde. Plötzlich war der Rechtsstaat in Gefahr. Diese neuen Demonstrationstechniken sind, wie Jürgen Habermas damals feststellte, „vorzüglich geeignet, aber auch nur geeignet, um Publizitätsbarrieren zu beseitigen und Aufklärungsprozesse, massenhafte Aufklärungsprozesse in Gang zu setzen“. Bei der demonstrativen Regelverletzung geht es nicht um die Ver-

letzung einer spezifischen Grenzlinie, sondern um das Herstellen von Öffentlichkeit. Die Technik setzt politische Phantasie voraus. Es kommt darauf an, Politik zu einem Happening zu machen.

Die Provokationstechnik:

Diese Demonstrationstechnik beruht auf der Erfahrung, daß Grenzüberschreitungen der Exekutive, insbesondere der Polizei, Auslöser sein können für Solidarisierungsprozesse oder politische Bewegungen. Provokationstechnik ist der Versuch, durch eigene Aktionen oder durch das Herstellen einer spezifischen Situation die Polizei zu Reaktionen zu veranlassen, die Affekte freilegen oder diejenigen zu einem eigenen Handeln veranlassen, die sonst untätig bleiben. Diese Technik zielt auf „Überreaktionen“ der Polizei. „Staats-Gewalt“ soll herausgekitzelt werden, um auf diese Weise „Gegengewalt“ zu konstituieren.

Beide Techniken wurden von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entwickelt. Im konservativen Lager gibt es noch heute Leute, die das nicht sehen wollen. Beide Aktionsformen haben einen spezifischen Stellenwert; doch die Grenzen werden häufig nicht erkannt: Bei der öffentlichen Regelverletzung besteht die Gefahr, daß die Regel- oder Rechtsverletzung zum Selbstzweck wird und daß die Funktion, die Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Problem aufmerksam zu machen, aus dem Blick gerät. Die „Besetzung“ z.B. macht so besessen, daß man von einem „befreiten Gebiet“ spricht. Jede Provokationstechnik muß damit rechnen, daß sich die Polizei auf diese einstellt, Strategien der Deeskalation entwickelt und daß die Provokation dann auch zu einer Desolidarisierung führen kann.

In der Schlußphase der 68er Bewegung kam es zu einem Prozeß der Verselbständigung der bei-

den Aktionsformen. Der Gesetzesbruch als solcher galt mehr und mehr als positiv und wurde gedeutet als „Verlust von Massenloyalität“. Die Provokationstechnik wurde mechanisch gehandhabt. Die Dialektik von Reform und Revolution galt als obsolet. Auf der Tagesordnung stand „Fundamentalopposition“.

Solche Verdinglichungsprozesse sind in politisch-sozialen Bewegungen, die ihren Zenit überschritten haben, nicht ungewöhnlich. Georg Lukačs hat in diesem Zusammenhang von einer „Romantik der Illegalität“ gesprochen. Sie ist nicht nur eine Folge des Opportunismus einer loyalen Opposition, sondern auch eine Reaktion auf die Staats- und Rechtsfixierung der europäischen Arbeiterbewegung. Die Indienstnahme von Recht als Instrument zur Bekämpfung von Opposition wie auch die Versuche der Exekutive, die ihr auferlegten Fesseln der Legalität durch Notstandsbestimmungen etc. abzustreifen sowie die immer wieder gestellte Forderung, sich zum Staat zu „bekennen“, provozierten geradezu die negeative Staatsfixierung.

Die Voraussetzungen für die zu dieser Zeit entwickelten theoretischen Versatzstücke der damaligen Bewegung sind relativ leicht deutlich zu machen: Nicht nur die 1966 gebildete Große Koalition zwischen Union und SPD, sondern der damalige Zustand der „westlichen“ Demokratien schufen einen Zustand, dem Formeln wie „integraler Etatismus“ (Max Horkheimer, 1940) und „plurale Fassung eines Einparteiensstaates“ (Johannes Agnoli) zu entsprechen schienen. Demgegenüber waren die von Wolfgang Abendroth und anderen entwickelten Ansätze einer demokratischen marxistischen Rechts- und Verfassungstheorie zu differenziert.

Gerade weil diese Theoriefragmente die Wirklichkeit in evidentere Weise zu erklären schienen, haben die daraus abgeleiteten politischer



Parolen eine – heute unvorstellbare – große Resonanz gefunden. Sie galten meist als marxistisch. Gerade eine solche Gleichsetzung der von der 68er Bewegung vertretenen Pluralismus- und Parlamentarismuskritik mit „marxistischer Theorie“ hat wesentlich dazu beigetragen, daß unter veränderten politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht nur diese spezifischen Theoriefragmente preisgegeben wurden, sondern kritische Gesellschaftstheorie überhaupt.

In diesen Zusammenhang und zu dem Radikalisierungsprozeß der auslaufenden studentischen Protestbewegung in der Bundesrepublik gehört auch das damals aus Südamerika übernommene „Konzept Stadtguerilla“. Dabei gab es zum einen den Versuch, mittels Bombenattentaten gegenüber den in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräften einzugreifen und dadurch „Zeichen“ zu setzen. Zum anderen galt

die Bundesrepublik nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze bei vielen als ein „faschistoides System“; es käme darauf an, durch Anschläge (so die Begründung) faschistische Gewaltanwendung zu provozieren, um „offenen Faschismus“ gleichsam „herauszukitzeln“ und auf diese Weise zu einer breiten „Gegengewalt“ zu kommen. Dieser Ansatz, der nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Realitäten in der Bundesrepublik, sondern auch den wahren Charakter faschistischer Herrschaft verkannte und von der Erfahrung absah, daß bisher in keinem Lande ein faschistisches Regime von innen heraus überwunden wurde, setzte die Provokationstechnik völlig verdinglicht fort – zum Schema geronnen.

Dieser Entwicklungsprozeß läßt sich an Äußerungen belegen. 1968 schrieb Ulrike Meinhof anlässlich einer Brandstiftung in einem Kaufhaus, an der Andreas Baader und Gudrun Enss-

lin beteiligt waren: „Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch.“ Für Ulrike Meinhof konnte eine solche Brandstiftung zu diesem Zeitpunkt „für die Nachahmung – abgesehen von der ungeheuren Gefährdung für die Täter – nicht empfohlen werden“, da das „progressive Moment“, der Gesetzesbruch, nicht „vermittelt werden kann“, nicht „in Aufklärung umgesetzt werden kann“. Horst Mahler (der sich nicht zufällig später erneut zum Staat „bekannte“) formulierte demgegenüber (zwei Jahre danach) die Praxis der RAF: „Der Revolutionär ist notwendig kriminell!“

Bürgerrechtspolitik

Der an Menschen- und Bürgerrechten orientierte Teil der Anti-Notstandsbewegung wurde nicht nur durch diesen hier nur sehr knapp skizzierten Radikalisierungsprozeß der Studentenbewegung zurückgeworfen, zu dem neben der negativen Staats- und Gesetzesfixierung auch Begriffe wie Fundamentalopposition, Anti-Repressionskampagne und Terrorismus gehören. Bürgerrechtspolitik hatte damals auch durch eine übersteigerte Erwartungshaltung gegenüber der 1969 gebildeten sozial-liberalen Bundesregierung („Mehr Demokratie wagen“) einen schweren Stand.

Für den hier angesprochenen Ansatz einer Bürgerrechtsbewegung nenne ich zwei Namen: Fritz Bauer, hessischer Generalstaatsanwalt, der sich insbesondere durch den Auschwitzprozeß und seine Vorstellungen über ein anderes Strafrecht einen Namen gemacht hat (die Humanistische Union verleiht jährlich zum Andenken an ihn den Fritz-Bauer-Preis), und Richard Schmid, Widerstandskämpfer und Sozialist, zuletzt OLG-Präsident in Stuttgart. Beide

stammen aus der marxistisch geprägten demokratischen Arbeiterbewegung. Richard Schmid trat am Tage der Verabschiedung der Notstandsverfassung aus der SPD aus; zum gleichen Zeitpunkt wurde Fritz Bauer in seiner Badewanne tot aufgefunden (nahe Freunde vermuten einen Freitod).

Die Bürgerrechtspolitik, für die diese beiden Namen stehen, knüpfte an eine andere Tradition kritischer Juristen und demokratischer Marxisten an. Zu Kristallisationspunkten einer solchen Politik wurden damals die Humanistische Union (zu deren Mitbegründern Fritz Bauer, Richard Schmid und Alexander Mitscherlich gehörten) mit der Zeitschrift „Vorgänge“ und die 1968 gegründete Zeitschrift „Kritische Justiz“. Es kam damals darauf an, Gegenpositionen zu entwickeln und zu setzen gegenüber:

- den Berufsverboten,
- der Ausuferung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz,
- der Priorität von Staatssicherheit und Strafverfolgung über den Schutz personenbezogener Daten,
- strafrechtlichen Sanktionen gegen Schwangerschaftsunterbrechungen,
- der Einschränkung von Verteidigerrechten im Strafprozeß,
- der Aushöhlung des Asylrechts und einer rechtsstaatswidrigen Ausländerpolitik,
- den vielfältigen Versuchen, das Recht auf Massendemonstrationen zu beschneiden, und
- der Verketzerung derer, die durch öffentlichen Ungehorsam (civil disobedience) auf öffentliche Mißstände aufmerksam machen wollen.

In nahezu allen dieser Fragen gab es für eine solche Bürgerrechtspolitik keine wirksame Repräsentation in den Parlamenten. Bürgerrechtspolitik sah sich einer faktischen Allparteienkoali-

tion auf dem Sektor gegenüber, der als „Innere Sicherheit“ bezeichnet wird. Nur wenige Abgeordnete am linken Rand der SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen waren bereit, in dieser Phase bürgerrechtliche Gegenpositionen zu vertreten und dafür öffentlich Diskriminierung in Kauf zu nehmen. Es gab nur wenige Medien, die damals die (oft unbewußt vollzogene) Gleichschaltung nicht mitmachten.

Die schwache Position dieser Bürgerrechtspolitik, die nach zwei Seiten gerichtet war und sich gegen die vorherrschende Freund-Feind-Konstellation (von rechts und „links“) wandte, wurde erst verändert durch die Erfahrungen der „Terroristen-Prozesse“. Diese Prozesse (und vor allem die immer weiter reichenden Beschränkungen der Verteidigerrechte) machten den Betroffenen den janusköpfigen Charakter

von Recht wieder bewußt. Es wurde deutlich, daß Recht nicht nur der Herrschaftssicherung dient, sondern dem Schwachen, der sonst auf nichts setzen kann, auch – wenn auch nur begrenzt – Schutz gewährt. Rechtsanwälte wie Heinrich Hannover, Hans Heinz Heldmann, Otto Schily und Sebastian Cobler demonstrieren durch ihre Tätigkeit, daß der Kampf auf der rechtlichen Ebene nicht vergebens sein muß. Einen wichtigen Einschnitt stellte auch die Durchführung des Russell-Tribunals „Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland“ 1978 und 1979 dar. Die Beteiligung an den beiden Sitzungsperioden war unerwartet groß. Sowohl die Form der Durchführung als Tribunal als auch die Orientierung an den Menschen- und Bürgerrechten schufen einen anderen Zugriff als ihm z.B. der konturlo-





se Begriff der „Repression“ ermöglicht hatte. Das Tribunal konnte nur gegen Widerstand aus der SPD durchgesetzt werden. Sozialdemokraten waren damals einem erheblichen Druck ihrer Partei ausgesetzt, die schließlich durch eine „Parallelaktion“ dem Tribunal Wind aus den Segeln zu nehmen versuchte. Ein Teil der damals gemachten Erfahrungen hat zur Gründung des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ geführt, das heute neben der Humanistischen Union und der Gustav Heinemann-Initiative zu einem wichtigen Faktor von Bürgerrechtspolitik geworden ist.

Dennoch gibt es in der Bundesrepublik auch heute keine Bürgerrechtsbewegung wie sie in anderen Ländern zu finden ist. Zwar ist die Basis breiter geworden. Bürgerrechtliche Fragen werden seit Jahren sehr viel mehr als früher von Medien aufgegriffen. Die Zahl bürgerrechtlicher Vereinigungen nimmt zu: Neben den Republikanischen Anwaltsverein traten bald ein Zusammenschluß kritischer Richter und Staatsanwälte in der ÖTV, der „Richterratschlag“ sowie Strafverteidigervereinigungen und Strafverteidigertage. In der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ) gab es einen Positionswechsel zugunsten der Bürgerrechte. Bürgerrechtspolitik spielt nicht nur bei den Jungdemokraten und „Liberalen Demokraten“ eine zentrale Rolle, sondern wird auch für die Politik der Grünen immer wichtiger. Ohne daß es zu einer Fixierung auf Rechtspositionen kommt, gibt es in der neuen Frauenbewegung einen breiten Flügel, der in der Auseinandersetzung mit den Menschenrechten – „Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht“ – eine neue Position deutlich werden läßt (z.B. Ute Gerhard).

Bürgerrechtspolitik in der Bundesrepublik krankte in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder daran, daß der Kampf um Rechtspositionen und der Kampf um reale gesell-

schaftliche Veränderungen auseinanderdividiert wurden. Der Hypostasierung von Recht (beispielsweise durch die Formel „Verfassungspatriotismus“) steht nach wie vor eine Negation von Recht und ein grundsätzliches Mißtrauen gegen jede rechtliche Regelung gegenüber. An die Stelle des Glaubens an die „freiheitsverbürgende Kraft von Gesetzen“ ist eine Hoffnung auf „Deregulierung“ und auf eine „Zivilgesellschaft“ getreten, in der der Staat zurücktritt. Die Überschätzung von Staat und Gesetz als Regelungsinstantz schlägt um in eine utopische Sehnsucht nach einer Verabschiedung von Recht und Staat.

Bürgerrechtspolitik in der Bundesrepublik wird erst dann Erfolg haben, wenn sie über solche Moden des Zeitgeistes hinausgreift, wenn sie die Ebene der einfachen Negationen überwindet. Recht ist nicht mehr (und nicht weniger) als die Rinde eines nicht darauf reduzierbaren Stammes. Beides gehört seit der amerikanischen und französischen Revolution zusammen: der Mensch als Träger von Menschen- und Bürgerrechten (citoyen) und der Mensch als Privatmensch und egoistisches Wesen. Jeder ist zugleich ein Eigenwesen und ein Gemeinwesen. Es gilt dieses Spannungsverhältnis, diese Entzweiung, auszuhalten. Nur dann sind wir fähig, die Ebenen der einfachen Negation aufzuheben und uns darauf zu konzentrieren, daß es heute um ein „Drittes“ geht: um das Überleben der Menschheit als Gattungswesen. Nationalstaatliche Bürgerrechtsbewegungen haben ihren Stellenwert; doch auch sie stehen und fallen mit der Frage, ob es gelingt, das zu denken, was das Wort „Weltbürgerschaft“ besagen könnte.

Jürgen Seifert ist Jurist und Professor für Politische Wissenschaft in Hannover und war 1983–1987 Bundesvorsitzender der Humanistischen Union.

Otto Kallscheuer

Schwierigkeiten beim Aneignen von Demokratie – Zur Verfassung der bundesdeutschen Protestbewegungen

1. Weimar – und was dann?

Richard Löwenthal hat, bezogen auf das Scheitern der Weimarer Republik, für die Lebensfähigkeit einer Demokratie die Frage als entscheidend bezeichnet, „wie eine ... Demokratie geschaffen werden kann, wo sie noch nicht bestanden hat, d. h. welche Veränderungen der Machtverhältnisse *vorausgehen* müssen, bevor die neuen formalen Institutionen gesichert funktionieren können“ (Löwenthal 1979: 200). Es lohnt sich, diese Frage nach dem Zusammenhang von Staatsgründung und der inneren Lebensfähigkeit demokratischer Institutionen auch auf das paradoxe „Provisorium“ der Bundesrepublik zu beziehen¹. War die Entstehung der westdeutschen Republik, einer „verordneten Demokratie“ (Theo Pirker) auch – im Sinne von Hannah Arendts emphatischer Lektüre der amerikanischen Revolution – eine *constitutio libertatis*? Nach der Zerschlagung des Dritten Reiches waren zwar – anders als in der Weimarer Republik (Neumann 1977) – „die entscheidenden Machtpositionen der Gegner der Demokratie zerschlagen worden“, um noch einmal Löwenthals Formulierung zu benutzen; doch dies war allein durch die *liberation armies* der Anti-Hitler-Koalition geschehen. Eine „demokratische Revolution“ des Staatsvolks hatte nicht stattgefunden; die Deutschen wollten auch nach dem Zweiten Weltkrieg, was Löwenthal für die Weimarer Republik feststellt, „in einer freiheitlichen Demokratie leben, ohne gegen das vorhergehende Regime der Unfreiheit eine demokratische Revolution durchgeführt zu haben“.

Die mittlerweile vierzig Jahre währende Stabilität der westdeutschen Republik als einer föderal verfaßten parlamentarischen Demokratie er-

scheint somit älteren Zeitgenossen, die zuvor die breite Zustimmung der Bevölkerung des Dritten Reiches zur totalitären Herrschaft am eigenen Leibe miterlebt hatten, im Rückblick immer noch als eine Art Wunder.

In der Tat: Wie war es möglich, daß sich ein nur durch die äußere, militärische Niederlage des Deutschen Reiches zerstörter totalitärer Konsens binnen kaum eines Jahrzehnts (Broszat/Henke/Woller 1988) in eine weitgehende Akzeptanz demokratischer Institutionen verwandelte? Und dies trotz dem Ausbleiben einer glaubhaften Entnazifizierung (Niethammer 1988) – wie sie den politischen Beratern der Alliierten zuvor durchaus vorgeschwebt hatte (Söllner 1986). Ebenso wenig zeichneten sich eine glaubhafte öffentliche Scham und mehr als symbolische Bemühungen um „Wiedergutmachung“ der Millionen von Verbrechern des deutschen Volkes ab! Der „diffuse antikapitalistische Konsens“ (Rödel u.a. 1989: 76), wenn es ihn denn gab, bezog sich eher auf die Wirtschaftsordnung als auf die öffentliche Freiheit politischen Handelns.

Im Gegenteil: Die ersten weitgestreuten öffentlichen Manifestationen von „Gemeinsinn“ vor der Gründung der neuen westdeutschen Republik im Zeichen des Kalten Krieges speisten sich bekanntlich aus dem Protest gegen „ungerechte“ Praktiken der Entnazifizierung² – unterstützt wurden sie von den Kirchen als scheinbar unpolitischen und nicht diskreditierten, aber jedenfalls nicht demokratisch verfaßten Institutionen (Schmidt 1988, Stöhr 1988). Ein sich unpolitisch gerierendes (aber integrativ wirkendes) Privatchristentum und die erfolgreiche Verallgemeinerung einer neuen Privatreligion der Leistungs- und Konsumgesellschaft wur-

den im Westdeutschland der 50er Jahre bald zum funktionalen Äquivalent für eine republikanische Öffentlichkeit.

2. Reststaatsräson

Die politisch-ideologische Form der westdeutschen Neuordnung, die alles andere war als eine „Restauration“ (wie dies alt- und neomarxistische Interpretationen immer noch behaupten), war die Ersetzung der zerschlagenen „Volksgemeinschaft“ durch einen autoritären, ideologisch wie institutionell (z.B. durch die 5%-Sperrklausel) begrenzten Pluralismus, dessen Hegemonie zunächst bei der CDU als der „Partei neuen Typs“ lag. Diese christliche Volkspartei war die Organisationsform eines „historischen Kompromisses“ zwischen einem nicht mehr nationalen (sondern christlich-universalistischen) Wertesystem³ und einer kapitalistischen Gesellschaftsform, wobei der rheinische Kanzler die im restdeutschen Staatsvolk weiter bestehenden nationalen Ansprüche alsbald durch antikommunistische Überbietung gleichzeitig zu befried(ig)en und de facto zu neutralisieren vermochte. Insofern gehören föderale Verfassung, soziale Marktwirtschaft und christliche Volkspartei zusammen (Leggewie 1989, 2. Kapitel). Die Stabilität dieser Republik aber hätte auch diese politische Innovation vermutlich ohne ihre definitive Ankoppelung an die Westmächte nicht garantieren können.

Eck- und Angelpunkt dieser politischen Konstitution einer Republik ohne demokratische Öffentlichkeit war vielmehr die bedingungs- und alternativlose Orientierung Konrad Adenauers an der Westbindung des neuen Teilstaates. Dem deutschen Botschafter in London sagte der Kanzler 1955 – zur vertraulichen Mitteilung an die britische Regierung: „Der entscheidende Grund (sc. für Adenauers Verschiebung aller

„operativen“ Wiedervereinigungspolitik ad calendae graecas) sei, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe... Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung sei.“ (Foschepoth 1988)

Nicht nur geopolitisch, auch ethisch-politisch hatte der „Kanzler der Alliierten“ nur allzu recht mit seinem Mißtrauen. Zwar hat die durch ihn aufgebaute und verkörperte „Kanzlerdemokratie“ die Republik stabilisieren können – zur Entstehung einer republikanischen politischen Kultur trug sie jedoch nichts bei. Unter den Bedingungen einer fehlenden demokratischen Revolution bei der Gründung der BRD sowie einer danach auch von Adenauer selbst (nicht zuletzt mithilfe der Kirchen als steueralimentierter Gewissensversorgungsanstalten) aktiv betriebenen Verdrängung der deutschen Schuld durch symbolische und wirtschaftliche „Wiedergutmachung“ war und bleibt damit die Einbindung der BRD in ein Bündnissystem westlicher Demokratien tatsächlich alternativlos: Nicht nur als Gegenpol zur östlichen Volksdemokratie, sondern gerade als Gegengewicht zu den nationalen Traditionen deutscher Staatlichkeit.

Damalige Zeitgenossen, die die neue Reststaatsräson eines „kommunikativen Beschweigens“ (H. Lübke) der deutschen Verbrechen in statu nascendi beobachten konnten, äußerten sich erschüttert über die „Schnelligkeit, mit der in Deutschland nach der Währungsreform wieder der Alltag einkehrte“. Als den „vielleicht traurigste(n) Teil der traurigen Geschichte“ beschrieb Hannah Arendt im Oktober 1950 in ihrer Reportage „The Aftermath of the Nazi-Rule“ für die amerikanische Zeitschrift Commentary, „daß die Westalliierten mit ihren drei Maßnahmen zur Lösung der moralischen, politischen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands gescheitert sind“, also mit „Entnazifizierung, Wiederbelebung des freien Unternehmertums



und Föderalisierung“ (Arendt 1986: 50 ff.). Was die Wirtschaftsverfassung („soziale Marktwirtschaft“) und das föderale System angeht, wird man heute H. Arendt wohl nicht mehr recht geben wollen: Die große Leistung von Konrad Adenauer als des eigentlichen „Erfinders“ der politischen Form der „Volksparteien- und Kanzlerdemokratie“ in der Bundesrepublik bestand gerade darin, ein sozialistisch gestütztes und „gehegtes“ marktwirtschaftliches Wachstum mit einer gleichzeitig supranationalen Einbindung und föderalen „Entflechtung“ der Staatsräson zu verknüpfen. Letzteres übrigens anfangs sicher *auch* aus taktischen Gründen: zum Zwecke einer differenzierten Kooperation mit den Westmächten in den Besatzungszonen einerseits – und der Aushebelung der national weitaus glaubwürdigeren sozialdemokratischen Konkurrenz andererseits.

3. corporate identity

Das Problem der Volksparteiendemokratie liegt vielmehr in der bruchlosen Inkorporation von obrigkeitstaatlichen Traditionen in die parteipolitische(n) Identität(en): Eine demokratische politische Kultur – d.h. die Fähigkeit zum öffentlichen Konflikt als Bewegungs- und Innovationsform des Gemeinwesens – konnte durch die Volksparteien, die sich vorrangig als Ordnungsparteien begreifen und das Ziel ihrer Konkurrenz hauptsächlich in der Besetzung der „Kommandohöhen“ von Verwaltungshandeln sehen, erst gar nicht entstehen. Eine paternalistische „Verstaatlichung der Politik“ – die später in den 70er Jahren übrigens von der SPD eher noch verstärkt werden sollte – fällt mit dem „Verfall der Opposition“ (Kirchheimer 1967) zusammen: einer zentripetalen Konkurrenz von rechter und linker „Volkspartei der Mitte“, deren antidemokratischste, also konfliktfeindlich-

ste politische Form in der BRD bekanntlich die Große Koalition war.

Zur politischen Form der Sicherung von staatskonformem Gemeinsinn ohne zivile, republikanische Konfliktformen wurde also die *Volkspartei* – „erfunden“ und durchgesetzt von Konrad Adenauer in der CDU, der sich mit zehnjähriger Verspätung dann auch die SPD anschließen sollte. Mich interessieren hier weniger die sozio-ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen dieser Form des Politischen, also Wirtschaftswunder und Verbändekorporatismus, als vielmehr ihre politisch-kulturelle Natur. Die Umsetzung von potentiell Konflikt in Konsens geschieht in der regierenden Volkspartei über die innerparteiliche Repräsentation von Interessengruppen, die sozusagen ihre Stellvertreterlobby im Rahmen der Parteiorganisation erhalten: Arbeitnehmerflügel, Wirtschaftsflügel, Jugend, Frauen usw. In den 70er Jahren wurde dieses Modell der *Integration durch Repräsentation* von den regierenden Sozialdemokraten zu einer moderneren Version des Sozialetatismus weiterentwickelt (Kallscheuer 1983 a).

Natürlich beseitigt auch die „Volkspartei der Mitte“ nicht die Existenz sozialer Konflikte, doch sie begrenzt den politischen Raum, in dem diese zur Erscheinung kommen können. Wo sie die soziale(n) Frage(n) löst, beseitigt sie den politischen Konflikt. Die Harmonisierung von antagonistischen Interessen, für die es außerhalb der Parteien keinen legitimen politischen Raum öffentlicher Konflikte mehr gibt, geschieht jetzt ausschließlich durch innerparteiliche Repräsentation – oder durch parteipolitische Konkurrenz. Andere, nicht integrationswillige und nicht durch Verwaltungshandeln „kleinzuarbeitende“ kollektive Akteure werden durch „Feinderklärung“ illegalisiert: wie im Falle des KPD-Verbots, aber auch später des sozialdemokratischen Umgangs mit der Protestbewegung.

Die Konfliktbewältigung wird dann durch Repression ersetzt und an Polizei und Gerichte delegiert. Die von beiden Volksparteien in ihrem staatspolitischen Kompromiß vereinbarten Notstandsgesetze schaffen für offene Krisenfälle die entsprechende Geschäftsgrundlage. In dieser ihrer wenig demokratischen, aber für die Mehrheit des Staatsvolks korporativ (ebenso wie regional) durchaus repräsentativen innerparteilichen Willensbildung *nimmt die Volkspartei somit die Staatsräson in sich gewissermaßen vorweg*. Selbsttätiges politisches Handeln der Bürger wird damit überflüssig – oder (staats-)feindlich.

4. Rousseau oder Lassalle?

Auch sozialkritische, linke oder sozialistische Positionen (Demirovic 1989 b), die im Gefolge der Anpassung der Sozialdemokratie an das hegemoniale Modell des volksparteiilich limitierten Pluralismus zunehmend ins Abseits gedrängt wurden, haben dessen Geschäftsgrundlage gedanklich kaum infrage stellen können. Die aus den USA zurückgekehrten Vordenker der Frankfurter Schule (Demirovic 1989 a) hatten ihre antitotalitäre Interpretation der Volksgemeinschaft im „autoritären Staat“ (Horkheimer 1940 : 296) mittlerweile durch die kulturpessimistische Diagnose der „verwalteten Welt“ ersetzt. Horkheimer selbst formuliert zwar die Gefahr, „daß die Menschen, gerade wenn sie die gesellschaftlichen Tendenzen als überindividuelle gesellschaftliche Tendenzen erkennen, sich vom Handeln überhaupt abhalten lassen“ (1989 : 150), sah aber zur massengesellschaftlichen Enteignung politischen Handelns durch eine „der industriellen Entwicklung angepaßte, komplizierte, weitgehend auf Experten angewiesene parlamentarische Maschine“ (1989 : 83) keinerlei Alternative.

Kaum besser sah es bei explizit sozialistischen Theoretikern aus: Man kann eher von einer einfachen Umkehrung – mit anderen Worten: von einer paradoxen Bestätigung der volksparteiilichen Form des Politischen unter negativem Vorzeichen – sprechen, wenn etwa der Linksozialist Theo Pirker wider die „verordnete Demokratie“ (Pirker 1977) und die zutreffend beobachtete „Etatisierung der Parteien“ (Jander/Pirker 1988 : 87) populär-demokratische, plebiszitäre Formen anvisiert. Dieser Alternative eines basisdemokratischen Allgemeinwillens aus dem „existentiellen Geist einer nationalen Opposition“ heraus war nämlich die föderale Verfassung der BRD wahrlich überlegen.

Oder aber, wenn Wolfgang Abendroth (1967) in seiner für die sozialistische Linke maßgeblichen Grundgesetzzinterpretation der nachliberalen Situation des korporativen Verbändestaats eine antikapitalistische Wendung zu geben versucht. Die von Abendroth und der traditionalistischen Linken angestrebte Umsetzung eines kämpferisch in Richtung auf Sozialisierung zu verschiebenden Klassenkompromisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat folgte der etatistischen Tradition des deutschen Sozialismus: Starke zentralisierte Gewerkschaftsverbände sollen den klassenpolitischen Druck auf die staatlichen Institutionen ausüben, die dann veränderte Sozial- und Eigentumsordnungen via Gesetz und per Verwaltungshandeln in die gesellschaftliche Realität umsetzen.

Beide Haltungen aus authentisch sozialistischem Geist – ein plebiszitär gewendeter populärer Antiinstitutionalismus einerseits, die sozialstaatliche Transformation des normativen Gehalts der Demokratie andererseits – verfehlen jedoch die spezifische Natur eines demokratischen öffentlichen Handlungsraums, in dem der Konsens über das Gemeinwohl – der bürgerliche Gemeinwohl – nur die andere Seite des Konflikts der Interessen und Meinungen, „der



im Recht auf Dissens eingeschlossene Konsens“ (Arendt 1986 : 147) sein kann. Für eine vorrangig klassentheoretisch verstandene Demokratieauffassung werden nämlich die Institutionen zu bloßen *Instrumenten* sozialer Interessen: Je nach Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen mag dann in der Linken entweder sozialdemokratischer Institutionalismus (Hilferding) oder linksradikaler Antiinstitutionalismus vorherrschen.

Verfehlt wird jedoch in beiden Fällen das liberale Spezifikum demokratischer *Spielregeln* (Bobbio 1988): die Konstitution eines „politischen Erscheinungsraums“ (Hannah Arendt) zur Austragung von Konflikten zwischen kollektiven Akteuren – also die Transformation religiöser, sozialer, kultureller Feindschaft in politische Gegnerschaft, in eine offene Dialektik wechselnder Mehrheiten, die auch den Schutz struktureller Minderheiten einschließen muß (Guggenberger/Offe 1984).

Indem so die politische Linke der Bundesrepublik – vom sozialdemokratischen Gegensatz Verfassungspartei/Emanzipationsbewegung (Lösche 1989) bis zur grünen double-bind-Beziehung auf den sozialistischen Staatsgedanken (Hartung 1989) – in ihrem Selbstverständnis stets nur zwischen den Polen institutionalistischer Verantwortungsethik und antiinstitutionalistischer Bewegungspolitik hin- und herpendelte, hat sie in der Tat bislang verfehlt, die „demokratische Frage“ zeitgemäß zu stellen.

5. Bewegung in die Demokratie?

In einem anregenden Essay zur „demokratischen Frage“ haben Uli Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel den Gegensatz zwischen einer *constitutio libertatis* als Gründungsakt öffentlicher Freiheit einerseits (wie ihn Hannah Arendt am idealisierten Beispiel

der amerikanischen Revolution rekonstruiert) und der alliierten Befreiung Deutschlands sowie der „verordneten Demokratie“ in den Westzonen andererseits zu entdramatisieren versucht. Wenn man „die Gründungsphase der Republik entprivilegiert und an die zuletzt auch von Arendt entwickelte Möglichkeit einer immer wieder vollzogenen Neugründung anknüpft“, schreiben sie, dann ließe „sich die Geschichte der zweiten deutschen Republik so interpretieren, daß die Gründung auch *nachgeholt* werden kann“ (Rödel u.a. 1989 : 77).

Der Gedanke ist auf den ersten Blick bestechend. Auf den zweiten Blick können allerdings Zweifel an der libertären Natur jener Bewegungen aufkommen, die in ihrer symbolischen Praxis die Träger einer solch „nachholenden Gründung“ zivilrepublikanischer Öffentlichkeit hätten bilden sollen. Rödel u.a. weisen selbst auf die antirepublikanische politische Kultur „identitärer“ Demokratievorstellungen hin, die auch im Antiinstitutionalismus der 68er Bewegung und ihrer Nachfolger noch ihren Widerhall fanden.

Gewiß: Die dichotomische Grundstruktur eines totalen Gegensatzes zwischen „formierter Gesellschaft“ und Protestbewegung hat für den Erfahrungsraum in der Zeit der Großen Koalition und der Verabschiedung der Notstandsgesetze auch ein fundamentum in re gehabt. Der Erwartungshorizont der antiautoritären Linken war jedoch – jedenfalls soweit er theoretisch ausformuliert wurde – keinesfalls auf eine (Rück-) Eroberung öffentlicher Freiheit gerichtet, sondern speiste sich aus den klassenkämpferischen Fortschrittskategorien des 19. Jahrhunderts⁴. Auffallend sei – schreibt Hannah Arendt in ihrer Kritik der Protestbewegung –, „daß die Neue Linke sich nicht darüber klar geworden ist, in welchem Ausmaß der moralische Charakter ihrer Rebellion ... in Widerspruch steht zu ihrer marxistischen Rhetorik“ (1970 : 26).



Während die klassischen Marxisten alsbald wieder in die Gewerkschaften oder die SPD zurückströmten und öffentliche Freiheit hinter innerorganisatorischen Taktiken und seminar-marxistischen Quereilen zurückstehen ließen, während die K-Gruppen das Forum der Demokratie als bloße Verschleierung von Repression verweisen ließen, hatten doch zuvor die Aktionsformen der Studentenrevolte immerhin den öffentlichen Raum neu erobert (oder „besetzt“). Die Demokratie als Form von Konflikten aber wurde auch von den antiautoritären Theoretikern nicht thematisiert: qua repräsentative sei die parlamentarische Demokratie bereits in ihr Gegenteil transformiert⁵. Und die aktionistische Position, wie sie Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl in ihrem berühmten Organisationsreferat auf der 22. SDS-Delegiertenkonferenz begründeten – allein die „revolutionären Bewußtseinsgruppen“ vermöchten über „sinnlich manifeste Aktion“ die Verinnerlichung spätkapitalistischer Rationalität aufzubrechen und dem „gigantischen System der Manipulation“ im „Integralen Etatismus“ als höchster

Stufe des Monopolkapitalismus Widerstand zu leisten (Dutschke 1980:95) –, läßt sich nur schwerlich als Theorie des zivilen Ungehorsams verstehen (Kraushaar 1987)⁶.

Auch die Bewegungen der 70er und 80er Jahre zeichnen sich – was ihre „interne“ politische Kultur angeht, die allerdings mit ihren „externen“ öffentlichen Effekten keineswegs in bruchloser Übereinstimmung steht – gleichfalls eher durch antiinstitutionelle Identitäten und Ideologien aus als durch die Anerkennung einer Pluralität von Interessen und Meinungen im jeweils umkämpften Felde: Im ökofeministischen Gemeinschaftsdenken wird nach vor- oder transsozialen Ganzheiten gesucht, die den politischen Konflikt durch naturhafte Kreisläufe letztendlich überflüssig machen sollen; im pazifistischen „Euroshima“-Szenario wird die Apokalypse zum Totalisator von endzeitlichen Ängsten, die den politischen Gegner als „Exterministen“ letztlich aus der zivilen Gemeinschaft ausschließen⁷.

In der neuen politologischen Anlagesphäre der „Bewegungsforschung“⁸ wird nun gerne die These vertreten, die „nsB“ – die neuen sozialen Bewegungen seit dem Studentenprotest der 60er Jahre also, vielleicht aber auch schon ihre Vorläufer der „Kampf-dem-Atomtod“- und „Anti-Notstands“-Kampagnen – seien die eigentlichen Vorkämpfer einer Demokratisierung unseres Gemeinwesens (gewesen). Was ist davon zu halten?

In der Regel geht in der bundesrepublikanischen „nsB“-Forschergermeinde an dieser Stelle zunächst einmal der Streit um die Definition von „Bewegung“ los, der hier aber ob seiner Redundanz ebensowenig in seinen weit ausdifferenzierten Verästelungen aufgenommen werden soll wie die gleichfalls heftig umstrittene Frage, ob die „nsB“ ihre Existenz nun der (Post)Moderne, dem (Post)Fordismus, dem (post)liberalen Parlamentarismus, den postmaterial-



stischen Werten oder einer postkonventionellen Mischung aus all diesen Faktoren verdanken. Nur auf die bundesdeutsche Spezifik dieser „nsB“-Debatten sei hier kurz hingewiesen.

In der internationalen sozialwissenschaftlichen Literatur stellt bekanntlich die (soziale/kulturelle/politische) „Bewegung“ lediglich *einen* Aggregationsmodus kollektiver Akteure (unter anderen) dar⁹ – der im Erfolgsfalle dann einen Reformzyklus politischer und/oder kultureller und/oder institutioneller Innovation in Gang setzen kann (Tarrow 1983) und damit oft auch die „Bewegung“ selbst in etwas *Anderes* transformiert¹⁰. Im Vergleich zu dieser eher nüchternen handlungs- oder systemtheoretischen Sicht herrscht nun gerade in der bundesdeutschen „Bewegungsdebatte“ eine eigentümliche Hypostasierung des Objekts der Begierde vor¹¹: Die Bewegung wird zum Prinzip Hoffnung ontologisiert – sei es zu der in letzter Instanz aus den diversen issues und Teilsektoren zu einer Systemopposition sich vereinenden antagonistischen Kraft wider den herrschenden Industrialismus; sei es nach dem „Durchlauferhitzer“-Modell. Motto: Wenn auch die Anlässe und Ziele der Mobilisierung wechseln – gestern gegen AKWs, heute gegen IWF, morgen gegen WAAs, übermorgen gegen Gentechnologie –, machen die bewegten Milieus oder Szenen nach der reformistischen Vereinnahmung des jeweils vorletzten Themas in unveränderter Radikalität weiter. Das allen Anlässen gemeinsame Prinzip Widerstand überlebe so auch den moralischen Verschleiß der jeweiligen Bewegungszyklen. Der „nsB-D“ (neuere sozialwissenschaftliche Bewegungs-Diskurs) erweist sich in der BRD also keineswegs als Ausweg aus oder gar Alternative zur linksradikalen Freund/Feind-Dichotomie von Autonomie versus Institution, sondern als ihre akademisch erweiterte Reproduktion. Entdeckt der „Bewegungsforscher“ vor allem in Zeiten von „Bewegungsflaute“ nach der eupho-

rischen, durch Institutsbesetzung/Bauzaun/Hüttendorf charakterisierten Hochzeit des jeweiligen Zyklus dann im „Bewegungssektor“ auch noch „(Bewegungs-)Institutionen“ und „Bewegungsunternehmer“, dann steht entweder der „Aufstand“ der underdogs gegen die „Institution Bewegungssektor“ auf der Tagesordnung oder aber man/frau fordert die „Autonomie der Bewegungsinstitutionen“ gegenüber den etablierten Institutionen¹². Simplere Gemüter aus dem Bewegungsbodensatz suchen dann lieber gleich nach den alten Feindbildern, um sich in alterprobter antifaschistischer Militanz bewegen zu können¹³.

6. Externe Effekte

Die bundesdeutschen Oppositionsbewegungen, die aus der offiziellen volksparteilich formierten politischen Kultur ausgeschlossene issues, Subkulturen und Themenstellungen in die politische Auseinandersetzungen einbrachten – und insofern „*an sich*“ (für Sozialwissenschaftler: „systemisch“) durchaus zur Öffnung des politischen Feldes beigetragen haben –, taten dies größtenteils mit einer (anti)politischen Kultur, die durch ihre anti-institutionellen Affekte das herrschende staatliche Politikmonopol *ex negativo* eher bestätigte. Als bloße Proliferanten von Zivilisationskritik aber sind sie gegenüber der längst (sub)systemisch stattfindenden *Enteignung des Politischen* weitgehend hilflos.

„*Für sich*“ (für Sozialwissenschaftler: in ihren Modi sozialer Kommunikation und Integration) waren die neuen Protestbewegungen nicht in der Lage, neue Gestalten politischer Assoziation zu instituieren, die der obrigkeitlichen (CDU) oder verwaltungsrationalen (SPD) politischen Kultur der Bundesrepublik andere Formen öffentlicher Konfliktaustragung entgegengesetzt hätten. Diese müßten eine Selbstver-

pflichtung auf Gewaltfreiheit ebenso einschließen wie eine kämpferische Besetzung des Gemeinns. Der durch die Protestbewegungen unzweifelhaft bewirkte Zuwachs an innerer Liberalität des bundesrepublikanischen Gemeinwesens fand somit häufig „hinter ihrem Rücken“ (und wider ihr Selbstverständnis) statt.

Mutatis mutandis gilt übrigens für die früher so genannte „Bewegungspartei“¹⁴ der Grünen dasselbe: Die pure Existenz der Grünen ist zwar gewiß ein Zuwachs an demokratischer „Normalität“ des bundesdeutschen Gemeinwesens – allein dadurch, daß sie die Wahlmöglichkeiten der *citoyens* vermehrt. Doch die systemisch unumgängliche Ausdifferenzierung von „Bewegungen“ und „Partei“ (Bolaffi/Kallscheuer 1983) wurde von den Grünen nicht zur bewußten Gestaltung des damit möglichen arbeitsteiligen Rationalitätszuwachses genutzt (Offe 1986): also dazu, die Demokratiedefizite des Verwaltungsstaates in der „Risikogesellschaft“ nicht einfach populistisch zu denunzieren, sondern als Gestaltungsaufgaben *sichtbar zu machen*.

So stehen ausgerechnet die Grünen heute, wo die Volksparteidemokratie durch neue Brechungen am linken wie am rechten Rande in die Krise geraten ist, nahezu hilflos da: Denn der einst kostenlose populistische „Anti-Parteien-Affekt“ wird inzwischen durch die antidemokratische Reaktion von Republikanern und Neuer Rechten weitaus erfolgreicher „bedient“ als durch die grüne „Altpartei“, ohne daß das linksliberal-grüne Milieu die politische Gestalt der Republik jemals bewußt strukturiert hätte. Auch deshalb können die Grünen angesichts der (nicht nur für sie) unerwartet wieder die politische Agenda befallenden „deutschen Frage“ nur Eiertänze vollführen. Aber das wäre ein anderes Thema.

Die grüne Rolle auf der politischen Bühne ist somit heute, wo für die Republik tatsächlich neue Spielregeln ausgehandelt werden, nur mit Stati-

sten besetzt. Die grüne Realpolitik orientiert sich bereits auf sozialdemokratisches Verwaltungshandeln, die linksradikale Szene zieht sich in „autonome“ oder ökosozialistische Sektiererei zurück, die antiinstitutionellen Intellektuellen des letzten Jahrzehnts hingegen haben sich längst in die „Kulturgesellschaft“ zurückgezogen.

Ceterum censeo: Dabei wäre es heute notwendiger denn je, ökologische, soziale und institutionelle Entwicklungen als politische Konfliktfelder überhaupt erst wieder sichtbar zu machen, die im Scheinwerferlicht der Informationsgesellschaft, durch die Verfahrensrationaltäten der „verwalteten Welt“ und die unübersichtliche Ausdifferenzierung des Wissenschaftsbetriebes gar nicht mehr als Verhältnisse zwischen Menschen wahrnehmbar sind. „Die Welt liegt zwischen den Menschen“ (Arendt) – ohne den Erscheinungsraum einer demokratischen Öffentlichkeit aber wird die Verfassung der Welt nicht zum Gegenstand ihres Streits.

Otto Kallscheuer, Politikwissenschaftler und Verlagslektor, lebt in Berlin.

Anmerkungen:

- 1 Einen wichtigen Diskussionsbeitrag haben hierzu gerade Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel vorgelegt (Rödel u. a. 1989), auf den ich mich im Folgenden indirekt beziehe.
- 2 D.h.: Der Protest gegen die Entnazifizierungspraktiken reichte als Form politischer Öffentlichkeit hinaus über lokale Assoziationsformen wie die sich aus der Tradition der sozialistischen Bewegung speisenden „Antifa“- und Selbstverwaltungskomitees oder auch die (gleichzeitig von Exilpolitikern und von in Deutschland gebliebenen Widerständlern oder Honoratoren aus der Weimarer Zeit begonnenen) Bemühungen um die Neu- oder Rekonstituierung politischer Parteien.
- 3 Gezähmt wurde dieser christliche Universalismus der „Volkspartei“ allerdings durch die obrigkeitliche Form der „Kanzlerpartei“. Erst sehr spät – in den 70er Jahren, also in der Opposition – konnte er dann auch zum Ansatzpunkt einer versuch-



- ten „Modernisierung“ der christlichen Volkspartei werden, die mit den Namen Biedenkopf und Geißler verbunden ist.
- 4 „Ich vermute vielmehr, daß der eigentliche Grund für diesen verblüffenden Konservatismus einiges mit dem Fortschrittsbegriff zu tun hat, bzw. mit dem Widerstand gegen die Zumutung, den Grundbegriff aufzugeben, der seit mehr als hundert Jahren der gesamten Linken von den Liberalen über die Sozialisten bis zu den Kommunisten gewissermaßen heilig gewesen ist und den wir zweifellos nirgends auf einem so hohen Niveau finden wie in den Schriften von Karl Marx.“ (Arendt 1970: 27 f.)
- 5 Siehe den klassischen Text von Agnoli/Brückner 1968; vgl. jetzt Agnoli 1986.
- 6 Daß die Hüter der öffentlichen Ordnung in ihrer Reaktion auf die Protestbewegung gewiß ebenfalls kaum demokratisch (re)agierten – ja, daß später der symbolische Bürgerkrieg mit der RAF der politischen Führung der BRD erstmalig wieder eine innerstaatliche Unterscheidung zwischen Freund und Feind, und damit eine existentielle Mobilisierung der Gesellschaft zur „Gemeinschaft“ (C. Schmitt), ermöglichte – steht auf einem anderen Blatt (vgl. Sontheimer/Kallscheuer 1987).
- 7 Vgl. dazu ausführlicher Kallscheuer 1983 b, 1983 c.
- 8 Ich kann mir hier ausführliche Belege ersparen: Die bisherigen Hefte des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* sowie die diversen einschlägigen Sammelbände von Brand, Rucht und Roth zu den „nsB“ in der Bundesrepublik, in Westeuropa, in den USA, in West und Ost, die entsprechenden Arbeitstagungen von Parteienstiftungen und Politologenverbänden (usw. usw.) liefern genügend Anschauungsmaterial und graue Literatur.
- 9 D.h.: Indem die Bürger die „Dunkelheit des Privaten“ (Hannah Arendt) zeitweilig und zumeist mit charakteristischen sozialpsychologischen Überschußerwartungen (Hirschmann 1988) verlassen, um ein im gegebenen institutionell-politischen „Markt“ (Alessandro Pizzorno) noch nicht thematisiertes Interessen- oder Wertemuster zur Geltung zu bringen (vgl. Alberoni 1981; Melucci 1982). Die „identitäre“ Komponente von Bewegungspolitik kann so als eine charakteristische Kinderkrankheit des „Entstehungszustands“ (Alberoni) eines neuen kollektiven Aktors verstanden werden: Im Anfangszustand einer neuen kollektiven Identität können expressive Konflikte und Kampfformen sehr wohl – mangels anderer Ressourcen – Selbstzweck sein. Gegenstand des Konflikts sind dann nicht primär bestimmte Einzelforderungen, sondern die Anerkennung (von außen) und die Erfahrung (von innen) der neuen kollektiven Identität selbst, dieja nicht Gegenstand, sondern Voraussetzung jedes bargaining-Prozesses ist. Ich habe einen solchen Verhandlungsprozeß – samt der „identitär-expressiven“ Rolle von Gewalt als Geburtshelferin der Politisierung des Konflikts – am Beispiel der Berliner Instandbesetzerbewegung analysiert (in Kallscheuer 1986 b).
- 10 Z.B.: in ein Milieu, eine Sub- oder Gegenkultur (scene), eine religiöse oder politische Sekte, in Interessensverbände, Wirtschaftsformen (Öko-Bank, StattBau), „alternative“ Lobbies, in die Dynamisierung bestehender Institutionen (Auffrischung des parteipolitischen Personals z.B. der SPD) oder die Entstehung neuer sogenannter „Bewegungsparteien“ (Grüne, Radikale in Italien) ...
- 11 Es gibt natürlich Ausnahmen: Ramstedt 1978; siehe auch Raschke 1987.
- 12 Vgl. die Beiträge im Forschungsjournal nsB, Nr. 3-4/1989.
- 13 Vgl. den Beitrag einer Bonner Antifa-Gruppe im Forschungsjournal nsB, Nr. 3-4/89 zu Claus Leggewies Buch über die Republikaner.
- 14 Zur Kritik an diesem Topos siehe meine Einleitung in Kallscheuer 1986.
- 15 Im jüngsten Europawahikampfraten die Grünen gar mit den Republikanern in eine peinliche Konkurrenz darüber, wer seine nationalstisch-ökologische EG-Kritik besser verkaufen könne!

Literatur:

Agnoli, J., *Zwanzig Jahre danach: Die Transformation der Demokratie*, in: *Prokla* Nr. 62/1986.

Agnoli, J./Brückner, P., *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt/M. 1968.

Abendroth, W., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied 1967.

Alberoni, F., *Movimento e istituzioni, Teoria generale*, Bologna (il Mulino) 1981.

Arendt, H., *Über die Revolution*, München 1974.

Dies., *Zur Zeit. Politische Essays* (hrsg. von M.L. Knott), Berlin 1986.

Bobbio, N., *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin 1988.

Bolaffi, A./Kallscheuer, O., *Die Grünen: Farbenlehre eines politischen Paradoxes. Zwischen neuen Bewegungen und Veränderungen der Politik*, in: *Prokla* Nr. 51/1983.



- Broszat, M./Henke, K.D./Waller, H. (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform*, München 1988.
- Demirovic, A. 1989a: *Das Glück der Wahrheit, Die Rückkehr der „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“*, Nr. 8/1989.
- ders. 1989b: *Die Linke vor der Demokratie*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Sonderheft „40 Jahre Bundesrepublik“*.
- Dutschke, R., *Geschichte ist machbar* (hrsg. von Jürgen Miermeister), Berlin 1980.
- Foschepath, J., *Adenauer und die deutsche Frage*, Göttingen 1988.
- Funke, H. (Hrsg.), *Von der Gnade der geschenkten Nation. Zur politischen Moral der Bonner Republik*, Berlin 1988.
- Guggenberger, B./Offe, C. (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984.
- Hartung, K., *Apokalypse und Demokratie. Konstruktionsmerkmale der grünen Innenpolitik*, in: Kallscheuer 1988.
- Hirschmann, A.O., *Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl*, Frankfurt/M. 1988.
- Horkheimer, M. 1940: *Autoritärer Staat*, in: ders., *Gesammelte Schriften, Bd. 5 („Dialektik der Aufklärung und Schriften 1940–1950“)*, Frankfurt/M. 1987.
- Ders., *Gesammelte Schriften, Bd. 13 (Nachgelassene Schriften 1949–1972)*, Frankfurt/M. 1989.
- Jander M./Pirker, Th., *Theo Pirker über „Pirker“*. Ein Gespräch, Marburg 1988.
- Kallscheuer, O. 1983 a: *Philosophie und Politik in der deutschen Sozialdemokratie heute*, in: *Leviathan*, Nr. 1/1983.
- Ders. 1983 b: *Gemeinschaft oder Gesellschaft, Anmerkungen zu einer Philosophie der Grünen*, in: *Freibeuter*, Nr. 15/1983.
- Ders. 1983 c: *Fortschrittsangst*, in: *Kursbuch* Nr. 74/1983.
- Ders. (Hrsg.), *Die Grünen – Letzte Wahl?*, Berlin 1986.
- Ders. 1986 b: *T movimenti tra autonomia e scambio politico*, in: A. Bolaffi/M. Iardi (Hrsg.), *Fine della politica? La politica tra decisione e movimenti*, Roma (Editori Einaudi) 1986.
- Kirchheimer, O., *Deutschland oder der Verfall der Opposition*, in: ders., *Politische Herrschaft*, Frankfurt/M. 1967.
- Kraushaar, W., *Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Dutschke und Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Nr. 3/87.
- Leggewie, C., *Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten*, Berlin 1989.
- Lösche, P., *Sozialdemokratie zwischen Verfassungspartei und Emanzipationsbewegung*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Nr. 3/1989.
- Löwenthal, R., *Gesellschaftswandel und Kulturkrise*, Frankfurt/M. 1979.
- Mellucci, A., *L'invenzione del presente, Movimenti, identità, bisogni collettivi*, Bologna (il Mulino) 1982.
- Neumann, F., *Behemoth (Einleitung: Der Zusammenbruch der Weimarer Republik)*, Köln 1977.
- Niethammer, L., *Entnazifizierung. Nachfragen eines Historikers*, in: Funke 1988.
- Pirker, Th., *Die verordnete Demokratie (München 1956)*, Berlin 1977.
- Rammstedt, O., *Soziale Bewegung*, Frankfurt/M. 1978.
- Raschke, J., *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M.-New York 1987.
- Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H., *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M. 1989.
- Schmidt, U., *„Umkehr zu Gott“. Katholische Kirche und Entnazifizierung*, in: Funke 1988.
- Söllner, A. (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland, 2 Bde.*, Frankfurt/M. 1986.
- Sontheimer, M./Kallscheuer, O. (Hrsg.), *Einschüsse, Besichtigung eines Frontverlaufs – zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst*, Berlin 1987.
- Stöhr, M., *Lust am Einverständnis. Zum Weg der Evangelischen Kirche nach 1945*, in: Funke 1988.
- Tarrow, S., *Struggling to Reform: Protest and Policy Innovation in Advanced Industrial Democracies*, Cornell University Western Society Paper, Nr. 15, May 1983.

Alex Demirović

Die Linke vor der Demokratie.

40 Jahre linkssozialistische Demokratiediskussion

In der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik ging es für die sozialistische Linke selten – wenn überhaupt jemals – darum, daß ihre Vorstellungen einer freien Assoziation der Individuen auf die Probe der Realisierung gestellt wurden. Die demokratietheoretische Diskussion bestand deshalb vor allem in Analysen der politischen Kultur und der Einstellungen der Bevölkerung sowie der Funktionsweise der Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Gefragt wurde deshalb danach, ob sie bürgerliche Herrschaft aufrechterhielten oder auch neue und spezifisch politische Widersprüche hervorbringen mußten, an die eine sozialistische Strategie anknüpfen konnte.

Doch in der Form solcher objektivierenden Analyse setzte sich die sozialistische Linke immer auch in ein Verhältnis zu repräsentativ-demokratischen Verfahren der gesellschaftlichen Willensbildung und entschied direkt und indirekt darüber, wie demokratisch sie selbst ist: Ob sie bereits errungene Freiheitsrechte schützen, ob und wieweit sie unterschiedliche Lebensweisen garantieren oder ermöglichen sollte. Der Nationalsozialismus, der stalinistische Terror, die autokratische Herrschaftspraxis der sogenannten sozialistischen Volksdemokratien ließ die repräsentative Demokratie im kollektiven Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung als Garant individueller Freiheitsrechte und Wohlfahrt erscheinen. Damit war der Antikommunismus nicht nur „herrschende Ideologie“ und „falsches Bewußtsein“, sondern hatte einen rationellen Kern. Er führte der sozialistischen Linken vor Augen, daß das Verhältnis zur bürgerlichen, politischen Demokratie nicht nur taktisch sein konnte. Die Bürger- und Menschenrechte waren für die Freiheit und Sicherheit der

Individuen so bedeutsam, daß sie nicht leichtfertig mit dem Hinweis auf eine zukünftige Freiheit aufs Spiel gesetzt werden durften. So verband sich mit der demokratietheoretischen Diskussion die Einsicht, daß der Emanzipationsprozeß von Ausbeutung und politischer Unfreiheit in der bürgerlichen Gesellschaft in freiheitlichen und demokratischen Formen verlaufen muß; andernfalls mußte die Verkehrung der Emanzipation in autoritäre Bevormundung der Gesellschaft durch wenige beinahe unvermeidlich sein. Der Erfolg eines sozialistischen Projekts erschien abhängig von der Fähigkeit der Linken, selbst in demokratischer Form an die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie anzuknüpfen, zu ihrer Weiterentwicklung beizutragen und konsensfähige Vorschläge zur Überwindung ihrer Widersprüche zu machen.

Diese Problemkonstellation erscheint mir zentral für die demokratietheoretische Diskussion, die von der SPD zunächst nahestehenden, später von ihr mehr oder weniger stark distanzierenden und unabhängigen sozialistischen Linken geführt wurde. Sie kehrte in jüngerer Zeit in den unterschiedlichen Einschätzungen der Basisdemokratie in den neuen sozialen Bewegungen und den Grünen wieder. Um diese Problemkonstellation gruppieren sich eine Reihe von Einzelfragen und eine Vielzahl von Analysen, von denen ich in einem historischen Überblick über die linkssozialistische Demokratiediskussion einige etwas ausführlicher darstellen möchte.

Lizenzierte Demokratie

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 hatten die drei Alliierten als Ziel ihrer Politik



festgelegt, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, „sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen“. Der Demokratisierungsprozeß war keine Willensentscheidung der Deutschen, sondern Ergebnis der militärischen Niederlage der NS-Diktatur. In der alliierten Absichtserklärung wird die Paradoxie deutlich, die die weitere politische Entwicklung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes bestimmte. Mittels einer Militärregierung und Besatzungsdiktatur sollte ein Volk demokratisiert werden: „Wieder ist die Demokratie in Deutschland nicht erobert worden; sie ist von den Besatzungsmächten angeordnet, anempfohlen, zugelassen, zugemessen, lizenziert, limitiert, kontingentiert.“ (Th. Heuss im Parlamentarischen Rat, 9.9.1948)

Etwa zur gleichen Zeit stellte *Franz Neumann* als sachkundiger Beobachter der deutschen Entwicklung, dessen in den USA veröffentlichte Analysen auch in Deutschland aufgenommen wurden, eine Reihe sehr bedeutsamer Fehlschläge der alliierten Demokratisierungsbemühungen fest, die sich zwangsläufig aus jenem Widerspruch ergeben mußten. Die Entnazifizierung in den Bereichen der Verwaltung und der Wirtschaft war in einem hypertrophen Verwaltungsakt steckengeblieben. Das Bildungssystem wurde nicht reformiert, so daß dieser für die Ausbildung und Rekrutierung elitär-undemokratischer Funktionseleiten so zentrale Mechanismus erhalten blieb. Die Parteien und Gewerkschaften wurden weiterhin von den alten Funktionären der Weimarer Zeit bestimmt. Den Alliierten, vor allem den USA, warf Neumann vor, zu glauben, allein durch bestimmte Konstruktionsprinzipien der Verfassung den Demokratisierungsprozeß gewährleisten zu können, die sozialstrukturellen Grundlagen der Demokratie in Deutschland aber völlig zu ignorieren. Allein die Arbeiterklasse, wenn auch

selbst nicht eigentlich demokratieorientiert, habe – so Neumann – die Demokratie der Weimarer Republik verteidigt, während die herrschenden Klassen Deutschlands niemals wirklich demokratisch orientiert gewesen seien. Ohne eine Verankerung in der Arbeiterklasse könne jedoch unter Bedingungen der kapitalistischen Verfügung über die Produktionsmittel auch eine noch so demokratische Verfassung eine demokratische Verfassungswirklichkeit nicht gewährleisten.

Die mit der klassenpolitischen Grundlage eng zusammenhängenden kulturellen Voraussetzungen einer gesellschaftlichen Demokratisierung wurden von den Alliierten gleichfalls ignoriert. Hatte der Nationalsozialismus eine apathische, unpolitische und technokratische Einstellung gefördert, so wurde diese durch die Militärregierungen, die jede Initiative der lokalen antifaschistischen Gruppen abgewürgt hatten, noch bestärkt: Um Effizienz bemüht, verhandelten sie vor allem mit Experten der Verwaltung und Wirtschaft und bestärkten damit das bürokratische Verhaltensmuster von Befehl und Gehorsam (Neumann 1948, 324). Für einen der schwersten Konstruktionsfehler der sich abzeichnenden Verfassung hielt Neumann schließlich die Einrichtung einer föderalen Verfassungsstruktur: Nicht nur war problematisch, daß willkürliche administrative Ländergrenzen geschaffen wurden; vor allem war bedenklich, daß damit die Zentralregierung geschwächt wurde und sich die einzelnen Länderregierungen zu Nebenregierungen entwickeln konnten, die in der Lage sein würden, jede politische Entscheidung zu blockieren. Aus all diesen Gründen, so befürchtete Neumann, war es gar nicht unwahrscheinlich, daß es in Deutschland alsbald zu einer Refaschisierung kommen könnte. Ähnlich urteilten kritische Intellektuelle in Deutschland selbst. Die Beratungen des Parlamentarischen Rats und die Verabschiedung des

Grundgesetzes gaben allen Anlaß zu der pessimistischen Einschätzung, daß die Chance, nach dem Zusammenbruch eine neue und menschlichere Welt aufzubauen, nun endgültig verspielt wäre und der Wiederaufbau zur Restauration der alten Welt würde, die „abermals den Keim des Unheils“ in sich trüge (Dirks 1950, 942). Die Gewerkschaften hielten am Besitzstand von Organisationen und Rechten fest, für die ihre Großväter in den Gefängnissen gesessen hatten. KPD und SPD versuchten nicht, den Marxismus ernsthaft und lebendig auf die gegebene Wirklichkeit anzuwenden, sondern spielten das alte Spiel der Weimarer Republik und wurden damit gleichfalls zu Elementen der Restauration. Die CDU, von Honoratioren dominiert, favorisierte den Wirtschaftsliberalismus. Das alliierte Militärregime hatte die Entfaltung einer demokratischen Initiative in der deutschen Bevölkerung verhindert; dies hatte es auch verunmöglicht, daß Jüngere und Außenseiter in Entscheidungspositionen aufrücken konnten. Die Passivität und das Bedürfnis, sich auf tradierte Ideen und bewährte Männer zu verlassen, mußten insbesondere die Bürokratie begünstigen, die so schnell wieder restauriert worden war – womit, ähnlich wie im Bildungssystem, die Notwendigkeit entstand, auf viele ehemalige Nationalsozialisten zurückzugreifen.

Die Skepsis von *Dirks* betraf die politische Kultur der neuentstandenen Bundesrepublik. Sie schien ihm keine Gewähr für die Entwicklung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung zu bieten. Diese Ansicht teilte auch der gerade aus den USA in die Bundesrepublik zurückgekehrte Adorno. Das politische Interesse sei „erschlaft“; es ermangele der Fähigkeit zur Einsicht in die Gesetze, welche zu dem jüngsten Unheil geführt hatten. Das Bestehende – so *Adorno* – sei so übermächtig und konformistische Einstellungen so verbreitet, daß die Menschen es nicht wagten, „aus sich

heraus dem Bestehenden das darüber hinausweisende Element entgegenzusetzen“ (Adorno 1950, 473). Der Konformismus erscheint in der Sicht Adornos besonders gefährlich deshalb, weil er, ohne daß noch der äußere Zwang der NS-Diktatur bestünde, die autoritätsgebundenen Einstellungen reproduziere, auf die sie sich hatte stützen können. Anders als *Dirks*, der die Widersprüche innerhalb des Lagers der Ostflüchtlinge und -vertriebenen betonte und bei ihnen auch ein „Element der Belebung und guter Radikalität“ auszumachen vermochte, sahen die Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in diesen eine schwere Belastung für das instabile demokratische Klima der Bundesrepublik. „Darüber hinaus drängt die Hypothese sich auf, daß die Ostflüchtlinge als unmittelbare Opfer der russischen Invasion und gleichzeitig in der Lage einer „out group“ innerhalb der westzonalen Demokratie ein numerisch sehr wesentliches Potential darstellen, das den demokratischen Prozeß von innen her ernst gefährdet ... Man muß die Ostflüchtlinge begreifen, wenn man sie zu produktiven Bürgern des demokratischen Staates machen will.“ (IfS 1950; zit. nach Demirović 1988, 108)

Der gezähmte Souverän

Der Eindruck, daß die kulturellen, psychosozialen Voraussetzungen für eine Demokratie in der deutschen Bevölkerung nicht besonders entwickelt waren, die parlamentarische Demokratie „ein Gebilde ohne solide Grundlage“ und bloß blendender Schein war (Braun 1952, 750) – dieser Eindruck bestand in der Gründungsphase der Bundesrepublik bei vielen. Allerdings war er in der Regel nicht in eine klassenanalytische Sicht eingebunden, die das konkrete politische Verhalten der sozialen Klassen im Übergang in den NS-Ausnahmestaat in den Blick hätte nehmen müssen. Meist herrschte eine aus der Wei-

marer Zeit tradierte konservative, elitär-geistesaristokratische Führungsmentalität vor, derzufolge die „Massen“ totalitären Anfechtungen besonders leicht erliegen und es gerade die plebiszitären Elemente der Weimarer Verfassung gewesen seien, die diese untergraben hätten. Ausgeblendet wurde dabei jedoch – auch von den das Grundgesetz beratenden Politikern, die oft genug über ihr eigenes Verhalten zu reden gehabt hätten – die mangelnde Bereitschaft der politischen Elite der Weimarer Republik, die Demokratie zu verteidigen.

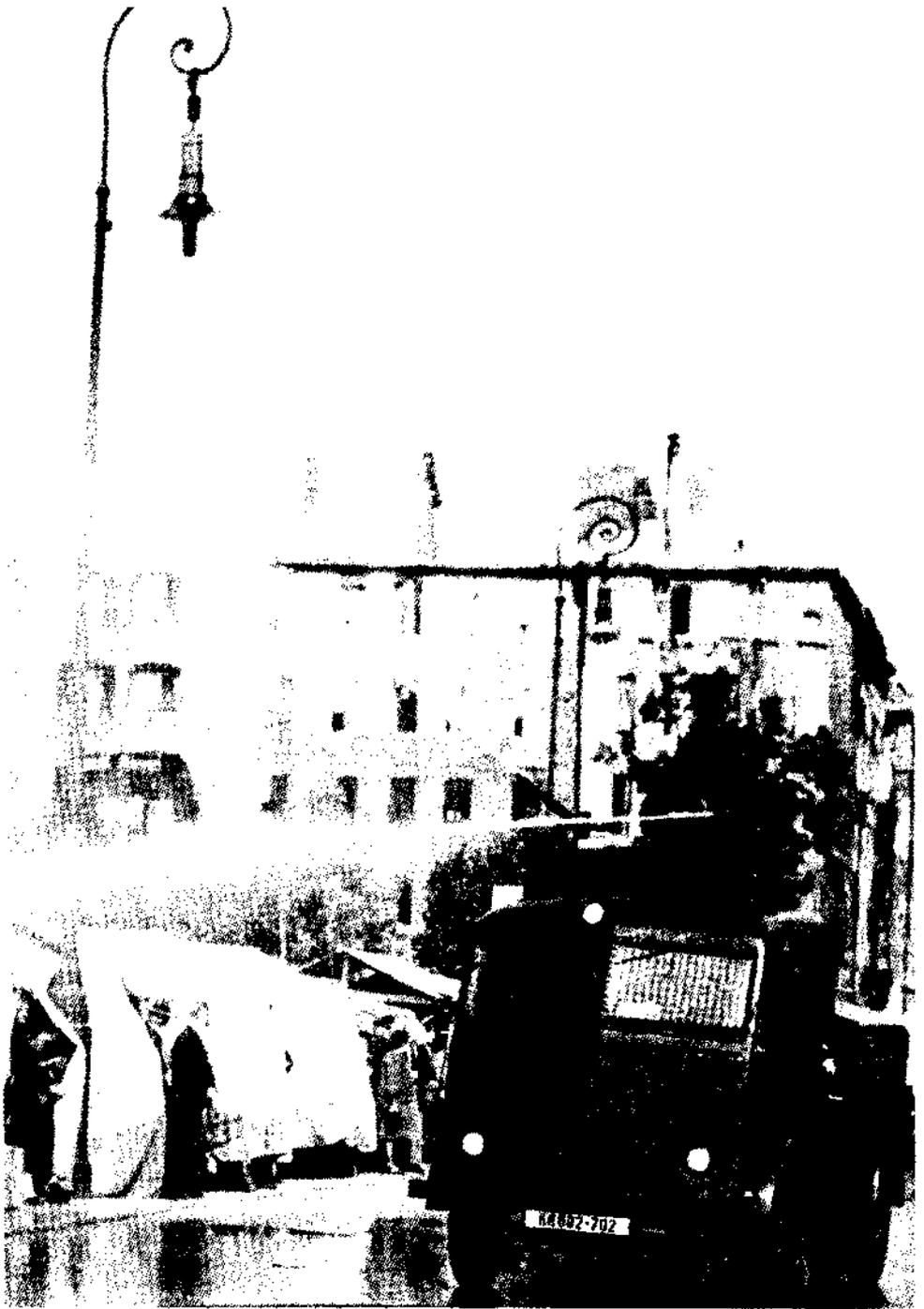
In einem in der Mitte der 50er Jahre für die Gewerkschaften verfassten, allerdings erst 1977 veröffentlichten Memorandum (Pirker 1977) kritisierte *Theo Pirker*, daß das Volk als der eigentliche Souverän von den Entscheidungen über die Verfassung nicht nur regelrecht ausgeschlossen, sondern zudem von der Verfassung auf ein Objekt staatlicher Erziehungspraktiken reduziert worden sei. Ein antipopulistisch-antijakobinisches, mißtrauisch-paternalistisches Erziehungsdenken durchzöge, so Pirker, die gesamte Konstruktion des Grundgesetzes (Pirker 1977, 157). Er wies in diesem Zusammenhang auf die Ausschaltung von Volksbegehren und Volksentscheid und die besondere verfassungsrechtliche Rolle der Parteien hin, deren Aufgabe weniger in Integration als Erziehung gesehen wurde.

Auf Willensbildung von oben war auch das Wahlsystem angelegt, das die Entstehung vieler Parteien von vornherein verhindern sollte. Verstärkt wurde die Bedeutung der Parteien dadurch, daß sie die einzelnen politischen Sphären durchdrangen und vereinheitlichten: Sie bildeten ein Netz, das die Bürokratien der Verbände, der Exekutive und die Fraktionen unmittelbar miteinander verband und damit den Entscheidungsprozeß kurzschloß. Diese Tendenz zur parteienstaatlichen Demokratie würde – so Pirker – durch andere Mechanismen – wie z.B.

den Fraktionszwang – noch verstärkt. Daß die Verfassung der industriegesellschaftlichen Realität mit ihrer Vielzahl ausdifferenzierter Entscheidungsmaterien nicht Rechnung tragen und deswegen auch die Rechte des Abgeordneten nicht sichern könne, zeige sich auch daran, daß parlamentarische Entscheidungsprozesse arbeitsteilig organisiert und informell Spezialisten überantwortet seien, die zusammen mit Experten der staatlichen Verwaltung und der Verbände und in Absprache mit den Parteibürokratien Entscheidungen vorbereiten. Besonders im Fall der Regierungspartei(en), so stellte Pirker fest, ließe sich zeigen, daß die Fraktion(en) von den Zielen der Regierungsspitze und ihren Entscheidungen, d.h. de facto vom Kanzler abhängig wäre(n). Dem Kanzler sei es möglich, über die Ressortenteilung und die Richtlinienkompetenz nahezu autokratisch zu entscheiden. Er sei nicht an Mehrheitsbeschlüsse innerhalb des Kabinetts gebunden und könne Minister auswechseln. Allein er sei dem Parlament gegenüber verantwortlich, könne von diesem aber nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abgelöst werden.

Pirkers Analyse dieser Mechanismen wollte zeigen, daß die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in sich widersprüchlich und einer Dynamik ausgesetzt sind, die mit einer gewissen Notwendigkeit zu ihrem Verfall führen mußte (ebd., 170, 183). Eine demokratische Gegenmacht konnte sich seiner Ansicht nach aufgrund dieser Verfassungsstruktur nur als außerparlamentarische bilden, die dann aber mit um so härteren autoritären Reaktionen zu rechnen haben würde.

Der entscheidende Einwand Pirkers gegen die Verfassungskonstruktion bestand darin, daß sie der Realität des modernen Industriestaats mit seiner territorial ausgedehnten Arbeitsteilung nicht Rechnung trug. Da sich die Verfassung über die Wirtschaftsordnung ausgeschwigen



hatte, war der demokratische Verfassungsstaat mit einer Verfassungswirklichkeit konfrontiert, in die er faktisch nicht eingreifen konnte, obwohl er über den Konjunkturverlauf tief in sie eingelassen war. Gleiches galt für den Sozialstaat, der eine Vielzahl von Vorsorgeansprüchen garantierte, die gleichfalls eine umfangreiche und kontinuierliche Verwaltung erforderlich machten und enorme Sachzwänge schufen. Der Sozialstaat verstärkte so den Imperativ der Funktionsfähigkeit und die Tendenz zur Bürokratisierung, schwächte hingegen demokratische Partizipationsmöglichkeiten.

Aufgrund dieser Diagnose kam Pirker zu dem Ergebnis, daß die Verfassung kein Mittel war, die mit der Währungsreform etablierte kapitalistische Verfassungswirklichkeit zu verändern. Dies richtete sich gegen die Einschätzungen Wolfgang Abendroths. Ihm hielt Pirker entgegen, daß im Grundgesetz keine Elemente einer sozialen Demokratie enthalten seien, die gegen ihre Verfälschung zu verteidigen wären. Das Grundgesetz sei ein „Kampfinstrument“ und ideales Mittel „des politischen Willens der bürgerlich-kapitalistischen Kräfte in Westdeutschland“ (ebd., 170) und die Festschreibung und der Abschluß der Eroberung der politischen Macht durch konservativ-restaurative Gruppen.

Vernunft oder Mehrheit

Pirkers kritische Position war popular-demokratisch und antietatistisch. Sie wendete sich gegen die parlamentarische Demokratie, die als Herrschaftsmittel systematisch die Eigeninitiative der Arbeiterklasse zur Selbstbestimmung blockiert habe und dies mit dem Preis der Blindheit gegenüber einer fortgeschrittenen industriegesellschaftlichen Realität bezahlen müsse. Aber war ein solches Vertrauen in die demokratische Initiative der Arbeiterklasse und lohnab-

hängig Beschäftigten gerechtfertigt? Konnte man nach den Erfahrungen mit faschistischer und staatssozialistischer Massenmobilisierung davon ausgehen, daß – wenn nur erst die freie Entfaltung der Initiative und des Willens des Souveräns ermöglicht wäre – die Ergebnisse auch demokratisch sein würden, daß also wirklich nur der Staat und die parlamentarische Demokratie zwischen dem Volk und der sozialistischen Demokratie stünden?

Wolfgang Abendroth, dessen Interpretation des Grundgesetzes weit in die Gewerkschaften, in linkssozialistische Kreise und den SDS hineinwirkte, brachte hier einen neuen Ton in die linkssozialistische Diskussion über den Parlamentarismus. Er verzichtete auf die Bekämpfung des Grundgesetzes unter dem Gesichtspunkt einer historisch verpaßten Chance. Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie waren etabliert und irreversibel. Insofern sie von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wurden, waren sie Ausdruck des souveränen Volkswillens und mußten als Ausgangspunkt einer weiteren gesellschaftlichen Demokratisierung genommen werden.

Aus Abendroths Sicht war das Grundgesetz auch nicht restaurativ, sondern entsprach in seiner Konstruktion positiv einer kapitalistischen Entwicklungstendenz (vgl. Abendroth 1954, 115 f.). Diese ließ sich vor allem dadurch kennzeichnen, daß die auf freier Konkurrenz beruhende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich ihrer immanenten Entwicklung nach als unfähig erwiesen hatte, den liberalen Anspruch auf Gerechtigkeit zu verwirklichen. Nach der Weltwirtschaftskrise konnten staatliche Interventionen nicht mehr auf gelegentliche Eingriffe in die Wirtschaft beschränkt werden. Vielmehr mußte der Staat zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft gestaltend tätig werden. Damit aber war der historische Gegensatz von liberaler Wirtschaftsordnung und Rechtsstaat überwunden.

Staat und Gesellschaft würden zunehmend identisch.

Dieser historischen Entwicklung entspricht das Grundgesetz, gerade weil es sich nicht auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung festlegt, deren rechtliche Rahmenbedingungen es nach starren Regeln garantieren würde. Indem das Grundgesetz die Bundesrepublik als einen demokratischen Rechtsstaat bezeichnet, macht es sich ein Programmdenken zu eigen, das die Sozialordnung zur Disposition staatlicher Gestaltung stellt. Da das soziale Element des Rechtsstaats nicht vom demokratischen getrennt werden darf, muß der Staat als „Gesellschaft in selbstbestimmender Aktion“ aufgefaßt werden. Historisch gehen Staat und Gesellschaft immer mehr ineinander über, so daß sich die Gesellschaft vermittels des Staates die ständige Umformung ihrer eigenen Ordnung ermöglicht (vgl. ebd., 118).

Den grundgesetzlich kodifizierten Antrieb für die soziale und demokratische Ausdehnung des Staates – die Ausdehnung demokratischer Freiheitsrechte – auf die Gesellschaft sieht Abendroth in der Allgemeinwohlverpflichtung des Eigentums (Art. 14, 2 GG) und dem Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3. Im sozialen Rechtsstaat, dessen Funktion die Gestaltung der Gesellschaftsordnung ist, ist Gleichheit kein regulatives Gebot zur Erreichung eines zeitlich sehr fernes Staatsziels, sondern muß materialiter verwirklicht werden. Dem steht aber die Realität der kapitalistischen Eigentumsordnung und die informelle Macht von Unternehmensentscheidungen mit ihrem erheblichen Einfluß auf die Parteipolitik entgegen. Abendroth folgert daraus, daß das Grundgesetz ausdrücklich einen Kompromiß zwischen den beiden großen Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, festzuschreiben wollte. Ohne sich auf eine konkrete Gesellschaftsordnung festzulegen, hätte es doch als Konsens festgehalten, daß der Staat die

Sozialordnung so zu gestalten habe, daß die Individuen materiell in der Lage sind, an den staatlich vermittelten gesellschaftlichen Entscheidungen zu partizipieren.

Die weitere Entwicklung machte Abendroth allerdings abhängig von dem jeweiligen historischen Kräfteverhältnis. Noch war unter den konkret-restaurativen Bedingungen der Bundesrepublik nichts endgültig entschieden. Auch eine autoritäre Entwicklung erschien durchaus möglich (Abendroth 1952, 39). Gegenüber der Wirtschaft, die mit informellen Mitteln der Einflußnahme auf Parteien, Abgeordnete und Bürokratie ihre partikularen Interessen verfolgte, konnten nur die Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern demokratische Prinzipien verteidigen und das Gesamtinteresse der Gesellschaft vertreten. In Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder mußten sie nicht nur den Partikularismus wirtschaftlicher Machtpositionen bekämpfen, sondern auch die politische, formale Demokratie inhaltlich entgrenzen und mit dem Ziel sozialer Sicherung, Gleichheit und umfassender Teilhaberrechte als soziale Demokratie auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen. Eine umfassend realisierte soziale Demokratie kulminierte schließlich im Sozialismus und wäre mit diesem identisch.

Ein zentrales Moment des sozialen Kräfteverhältnisses war auch für Abendroth eine politische Kultur, die den engen Kreislauf der funktionalen Herrschaftseliten, der sich kontinuierlich über alle politischen Regime in Deutschland bis in die Bundesrepublik erstreckte, unterbrechen konnte. Vor allem über ihre Bildungsherkunft miteinander verbunden, bildeten die Führungskräfte der Bürokratie, der Politik, der Wirtschaft, der Rechtsprechung und Staatsrechtslehre ein Kartell. In diesem Punkt berührte sich Abendroths Analyse und Strategie sehr eng mit der des Instituts für Sozialforschung (vgl. Habermas u.a. 1961, 53). Dieses hatte in ei-

ner Untersuchung der politischen Einstellungen Frankfurter Studenten festgestellt, daß ein erheblicher Prozentsatz von ihnen auch zum Ende der 50er Jahre sich noch nicht auf dem vom Grundgesetz festgeschriebenen Niveau demokratischer Partizipation an der politischen Willensbildung befand und damit durchaus das Potential für eine autoritär-staatliche Entwicklung abgeben konnte. Sowohl Abendroth wie auch die Mitglieder des Instituts verfolgten das Ziel, die Hochschule zu demokratisieren und zu reformieren und gesellschaftswissenschaftliche Ausbildungsgänge entweder durchzusetzen oder aufzuwerten. Sie versprachen sich davon, die Einstellungen der traditionell konservativen bis reaktionären Bildungsschichten verändern zu können, vor allem aber auch, durch neue Rekrutierungsmuster den traditionellen Elitkreislauf zu durchbrechen.

Pirker erwartete Demokratie von der Eigeninitiative der Mehrheit der Bevölkerung. Doch war damit nicht per se gewährleistet, daß die Ergebnisse auch für alle Gesellschaftsmitglieder akzeptabel und nach vernünftigen Gründen einsichtig sein würden. Vernunft aber konnte ihrerseits zu einem Zwangsmittel gegenüber individuellen Interessen werden. Abendroths Lösung bestand darin, daß er den souveränen Willen des Volkes in staatlichen Formen Gestalt annehmen ließ, die – unmittelbar mit jenem souveränen Willen identisch – ihn doch verfahrensförmig moderierten und damit vielfältige Interessen berücksichtigen konnten. Mit dem Begriff der Öffentlichkeit brachte *Habermas* eine Kategorie in die linkssozialistische Diskussion ein, die eine nicht direkt staatliche, aber auf staatliche Entscheidung bezogene Vermittlungssphäre von Vernunft, Mehrheits- und Einzelinteresse genauer bestimmen sollte – und in der der Tendenz nach das Politische sich schließlich auflösen würde.

Angelehnt an Abendroth, aber ohne dessen

klassenpolitische Orientierung, ging Habermas von einem inneren Widerspruch der demokratisch verfaßten politischen Institutionen der Bundesrepublik aus. Der Sozialstaat griff tatsächlich nicht mehr nur in Einzelfällen, sondern umfassend und gestaltend in die Gesellschaft ein. Damit aber war die liberale Unterscheidung von Staat und Gesellschaft hinfällig und kam es zu einer Politisierung des gesellschaftlichen Raumes. Im Widerspruch zu dieser Entwicklung wurde die Form und der Anschein des von der Gesellschaft getrennten und nach allgemeinen Gesetzen handelnden liberalen Rechtsstaats aufrechterhalten. Ergebnis war die Herausbildung eines zwielichtigen Arkanums, in dem Verbände im Verein mit Parteien und Verwaltung Interessenskompromisse aushandelten, während das Parlament als Sphäre öffentlicher Auseinandersetzung an Bedeutung verlor und die Gesellschaft entpolitisiert wurde. Entmündigt durch die der Öffentlichkeit entzogenen verbandspolitischen Aushandlungsprozesse versank der Citoyen in Apathie. Damit wurde es aber auch verunmöglicht, feudale Überbleibsel innerhalb des bürgerlichen Rechtsstaats zu rationalisieren und staatliche Autorität in Sachrationalität und rationale Autorität aufzulösen (vgl. Habermas u.a. 1961, 38 f., Habermas 1962). In dem weitgespannten Bogen seiner theoretischen Arbeiten hat Habermas deutlich zu machen versucht, daß dieser aus der historischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft entstandene Arkanbereich der korporativen Interessenaushandlung den Demokratienormen der bürgerlichen Gesellschaft entsprechend rationalisiert und als Sphäre öffentlicher Diskussion rekonstruiert werden kann. Unter Bedingungen einer politisch fungierenden Öffentlichkeit könnten sich Partikularinteressen (seien es auch die großer Verbände) nicht mehr länger auf eine nicht legitimierte Autorität zurückziehen, sondern müßten sich dem kathartischer Prozeß ra-

tionalen Argumentierens und dem Risiko aussetzen, sich allein nach Maßgabe ihrer Verallgemeinerbarkeit und allgemeinen Einsichtigkeit realisieren zu können. Öffentlichkeit bleibt auf staatliche Entscheidung hin zentriert, doch tritt sie gewissermaßen an die Stelle staatlicher Souveränität, da im kritischen Prozeß öffentlich geführter Diskussion die Parameter staatlichen Handelns festgelegt werden und staatliche Autorität sich mit rationalen Argumenten jeweils von neuem als legitime ausweisen muß.

Autoritärer Staat

Eine starke Beunruhigung über autoritäre Entwicklungstendenzen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik durchzieht die linkssozialistische Demokratiediskussion. Wenn die Richtung der Verfassungsverwirkli-

chung dem Kräfteverhältnis nach noch unentschieden war und dessen Entwicklung auch vom verfassungspolitischen Verhalten der Linken abhing, dann mußten vor allem drei Stationen der weiteren historischen Entwicklung als eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Linken verstanden werden: 1. Mit dem Verbot der KPD wurden nicht nur autoritär die politischen Zielsetzungen einer Partei mit Sanktionen belegt, die sich stark an der DDR orientierte. Bedeutsam, so muß Abendroth verstanden werden, war dieses Urteil, weil es gerade das Programmdenken des Grundgesetzes, also eine rechtlich gesteuerte staatliche Entwicklung hin zur materiellen Einlösung des Sozialstaatsgedankens und der sozialen Demokratie, als verfassungswidrig hinzustellen versuchte. 2. Neben den konservativen Kräften der Wirtschaft hatten Sultan und Abendroth (1955) vor allem die Bürokratie als Gegner eines Demokratisie-





rungsprozesses gekennzeichnet. Damit der Ausbau des Sozialstaats die Bürokratie nicht noch stärkte, hing sehr viel von der innerverbandlichen und innerparteilichen Demokratie ab. Mit dem Godesberger Programm setzte sich aber auch innerhalb der SPD die Tendenz zur Volkspartei durch, die die Partei notwendig verbürokratisieren und eine demokratische Willensbildung mit dem Ziel einer sozialen Demokratie verunmöglichen mußte. Deutlich wurde dies zu Beginn der 60er Jahre mit den Auseinandersetzungen um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in SPD und SDS. 3. Als besonders bedrohlich mußten schließlich die Pläne der Bundesregierung seit Ende der 50er Jahre erscheinen, für den Fall des Notstands besondere rechtliche Instrumente zu schaffen (vgl. dazu Seifert 1974). Damit wurde ermöglicht, mit rechtsstaatlichen Mitteln und demokratisch legitimierten Verfahren in politischen Krisensituationen in den autoritären Staat überzugehen und mithilfe von Notstandserklärung und Repression Herrschaft zu erhalten. Das Modell eines sukzessiven und selbst noch demokratiegeleiteten Übergangs in den Sozialismus war damit in Frage gestellt.

Diese Entwicklung des bundesdeutschen Staates zu einem autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus war Ausgangspunkt einer Analyse der Transformation der parlamentarischen Demokratie in den westlichen Industriegesellschaften, mit der *Johannes Agnoli* die politische Philosophie der Neuen Linken zu Ende der 60er und in den 70er Jahren wesentlich mitbestimmte. Diese Analyse war mehr oder weniger implizit gegen Abendroth, aber allgemein auch gegen eine staatszentrierte Demokratievorstellung in der Linken gerichtet. Sah Abendroth im Grundgesetz die normative Grundlage, von der aus über die Realisierung der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge das Ziel eines demokratischen Sozialismus zu erreichen war, so betonte Agno-

li, daß eine solche Strategie sich ohne weiteres in eine neue, modernisierte Herrschaftsstrategie des sozialen Friedens einfüge. Die Diskrepanz von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit sei ein Element des permanenter Wandels kapitalistischer Gesellschaften. Die Bourgeoisie verweise auf die demokratischen Normen, um das Vertrauen der Herrschaftsunterworfenen zu gewinnen. Dahinter stünde die Einsicht, daß die Risiken faschistischer Herrschaftspraktiken einfach zu hoch sind und eine konsensuelle Herrschaftsstrategie, die sich unmittelbar auf die Massen stützen kann, sehr viel stabiler sei. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge bekäme in diesem Zusammenhang eine andere herrschaftsstrategische Bedeutung: Optimale Bedürfnisbefriedigung der Massen erzeugt Zufriedenheit mit dem politischen System und macht die Position der herrschenden Klasse unantastbar (vgl. Agnoli 1968, 22). Ziel dieser neuen, postfaschistischen Herrschaftstechnik sei es, die „Proletariat“ abzuschaffen (ebd., 21) d.h. zu verhindern, daß das antagonistische Verhältnis von Bourgeoisie und Arbeiterklasse in der Produktionssphäre auch in die Politik, die Parteien und die parlamentarischen Entscheidungsverfahren durchschlüge. Indem die Bedürfnisse der Massen nicht mehr repressiv unterdrückt, sondern aufgenommen und durch Konsum befriedigt würden, würden sie notwendig in unterschiedliche Interessengruppen aufgespalten, die sich über die Verteilung von Konsumgütern streiten. Diese Konflikte, die nicht mehr auf den Klassenantagonismus bezogen wären, könnten dann in der geregelten Form parlamentarischer Aushandlungsprozesse bearbeitet werden, ohne noch irgendwie das politische Herrschaftssystem zu gefährden.

Die eigentliche Leistung des Parlaments und der Parteien besteht also, Agnoli zufolge, darin, den Klassenkonflikt in einen Verteilungskonflikt pluraler Interessengruppen zu transformie-

ren und ihn damit gesellschaftlich unsichtbar zu machen. Da es aber auch dann noch möglich ist, daß sich im Parlament fundamentaloppositionelle Positionen zur Sprache bringen könnten, müßten Parlament und Parteien selbst transformiert werden. Durch parlamentarische Kooptation der Führungsgruppen oppositioneller Parteien werden diese von ihrer Basis abgetrennt. Sie vertreten im Parlament nicht mehr die Interessen der ausgebeuteten Klassen und der subalternen Masse, sondern die des gesamten Volkes homogener Staatsbürger. Ihre oppositionelle Haltung transformiert sich in eine der Parteienkonkurrenz, die im Parlamentsalltag auch eine konkrete Zusammenarbeit impliziert. Die Parteien, die nur noch Varianten ein und desselben Gesellschaftssystems verkörpern – und deren gemeinsames Ziel die Erhaltung des sozialen Friedens durch Integration aller oppositionellen Interessen ist –, müssen als „plurale Fassung einer Einheitspartei“ betrachtet werden (ebd., 40). Gerade indem das antagonistische Interesse im Staat nicht mehr repräsentiert wird, können sich informell die Interessen der Oligopole durchsetzen. Das Parlament funktioniert nicht mehr, wie noch im 19. Jahrhundert, als ein Markt und eine Clearingstelle gesellschaftlicher Interessen (wie das auch von Abendroth noch angenommen wurde, s. Abendroth 1954 a, 29). In den parlamentarischen Entscheidungsprozessen läßt sich ein Machtgefälle feststellen. Es bildet sich eine Parlamentsoligarchie, die symbiotisch mit den Spitzen des Exekutivapparats und den Führungsstäben der Wirtschaft verbunden ist und damit zum Entscheidungskartell gehört. Zwar erleidet das Parlament als ganzes einen Funktionsverlust, gleichwohl wird aber seine Konstitutionalisierungsfunktion beibehalten, die Entscheidungen für alle sichtbar als verfassungskonform erscheinen läßt.

Direkte Demokratie

Agnolis Analyse lieferte der studentischen Protestbewegung einige Evidenzen dafür, daß die Notstandsgesetzgebung und die große Koalition der Tendenz nach in einen autoritär-faschistischen Staat führen mußten. Denn das wesentliche Herrschaftsinstrument, das sich schon der faschistischen Modernisierung bürgerlicher Herrschaftstechniken verdankte, war für Agnoli die politische Integration antagonistischer sozialer Interessen (Agnoli 1968a). Dies verband sich in der politischen Diskussion mit einer Annahme aus *Horkheimers* Analyse des „autoritären Staat“, wonach Staatsinterventionismus und Plan gleichfalls nicht mehr sozialistisch, sondern ein autoritär-staatliches Herrschaftsmittel seien. Ein weiteres zentrales Motiv war schließlich die Kritik an der Zerstörung der bürgerlichen Öffentlichkeit und an der kulturindustriell organisierten Meinungsmanipulation. Die studentische Protestbewegung zog daraus die strategischen Konsequenzen, daß die Demokratie nur außerparlamentarisch und durch die Organisation einer Fundamentalopposition verteidigt werden könne, die in einem emphatisch verstandenen Sinne Öffentlichkeit wiederherzustellen habe.

Auf die in der Folge der Protestbewegung geführte staatstheoretische Diskussion kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Doch hat sie einige Aspekte der demokratietheoretischen Diskussion der 50er und 60er Jahre, die ja vor allem eine Parlamentarismus- und Verfassungsanalyse war, genauer ausgearbeitet und das Ziel einer antietatistischen Demokratie wieder stärker betont. So wurde – gegen Abendroth – deutlich zu machen versucht, daß wohlfahrtsstaatliche Politiken an sich noch keinen demokratischen Übergang zum Sozialismus einleiteten. Auch wurde nicht mehr – wie noch Habermas zu Beginn der 60er Jahre glaubte – davon

ausgegangen, daß die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik irrationelle feudale Überbleibsel sind. Die Staatsapparate – einschließlich des Parlaments und der Parteien – wurden vielmehr als „hochmodern“ und als Momente der kapitalistischen Reproduktion betrachtet. Da sie als Staatsapparate ihrer Struktur nach undemokratisch waren, würde eine gestärkte und politisierte Öffentlichkeit sie vielleicht disziplinieren und rationalisieren können. Aber immer noch handelte es sich um einen kapitalistischen Staat und politische Herrschaft und nicht um eine sich selbst regulierende Vergesellschaftungsform.

Gegen Agnolis Position ließ sich aber auch zeigen, daß die Integration der Arbeiterklasse mittels eines umfangreichen und vielfach verfeinerten Instrumentariums staatlicher Kontrolle und Steuerung nicht einfach ein aus dem Faschismus übernommenes Herrschaftsmittel war. Gegen die mit Hilfe dieses Instrumentariums verfolgten Absichten des Ausgleichs ökonomischer und sozialer Widersprüche trugen die Staatsinterventionen ihrerseits zur Verschärfung von gesellschaftlichen Krisenprozessen bei. Der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiß des „Modells Deutschland“ beruhte auf sehr fragwürdigen Voraussetzungen (vgl. Hirsch 1980). Mit seiner an Stabilität und an Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt orientierten Konjunkturpolitik forcierte der Staat quantitatives Wachstum mit einem enormen Verschleiß von Ressourcen, Zerstörung der Umwelt und ökologischer Systeme.

Vor allem die Energieversorgung dieses industriellen Entwicklungspfades wurde zum zentralen Konfliktpunkt. Die Atomenergie zeigte verheerende Konsequenzen für Umwelt und Gesundheit der Menschen und ihre sozialen Verhältnisse. Die Gewerkschaften und die SPD nahmen keine oppositionelle Funktion wahr, sondern identifizierten sich mit diesem wohl-

fahrtsstaatlichen Klassenkompromiß und waren lange Zeit bereit, seine Folgen in Kauf zu nehmen. Zu den Bestandteilen dieses Klassenkompromisses zählten im sozialstaatlichen Bereich auch die Unterordnung der Frauen unter den berufstätigen Ehemann und die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber der weiblichen Hausarbeit. Sie wurde als eine kostenlose Tätigkeit zur Reproduktion des Faktors Arbeitskraft einfach als selbstverständlich in Anspruch genommen. Ein weiteres Element des Kompromisses war die Lohnorientierung des männlichen Normalarbeiters. Dadurch konnten immer wieder qualitative Forderungen nach Bestimmung des Arbeitsplatzes, der Arbeitszeit oder der Produktionsverfahren mittels Aushandlungen zwischen den Tarifparteien monetarisiert werden – ungeachtet der negativen Konsequenzen für die eigene Person, die Gesundheit und die sozialen Beziehungen.

Diese von den Protestbewegungen motivierter Analysen waren meist rätedemokratisch orientiert und mit der Forderung verknüpft, Demokratie nicht mehr länger staatszentriert zu denken – in welcher Form eines minimalen Staates auch immer –, sondern einen „offensiven Begriff der sozialistischen Demokratisierung“ zu entwickeln, der sich an Selbstverwaltung als die Form der „Emanzipation des Lebenszusammenhangs der Menschen in seiner Totalität“ orientiert (Negt 1976, 466). In den autonomen Formen einer proletarischen Öffentlichkeit sollten sich die pluralen Interessen der Produzenten entfalten können und eine integrierte Lebensform hergestellt werden, die die Produktion nicht mehr von Konsum, Arbeit nicht mehr von gesellschaftlicher Entscheidung trennt.

Die politische Philosophie der Bürgerinitiativen und Protestbewegungen, die sich während der 70er Jahre gegen den Klassenkompromiß und seine Folgen wandten, war vor allem durch den Anspruch gekennzeichnet, Formen der Selbst-

verwaltung und Basisdemokratie zu entwickeln und in der eigenen Alltagspraxis auch schon unmittelbar zu realisieren. Die politische Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen läßt sich als ein Prozeß verstehen, in dem dieser Anspruch, der ein Erbe der Studentenbewegung war, allmählich abgearbeitet wurde. Mit dem Selbstverständnis einer Fundamentalopposition auftretend, kritisierten sie die Arbeiterbewegung und die sozialistische Tradition wegen ihres Konformismus und Partikularismus. Claus Offe nahm für die neuen sozialen Bewegungen in Anspruch, was Abendroth der Arbeiterbewegung vorbehalten hatte: daß gerade sie in ihrer Partikularität die Interessen der Allgemeinheit vertreten (Offe 1980). Sie forderten neue Gütekriterien im politischen Entscheidungsprozeß. Diese neuartigen Kriterien zur Bestimmung des Allgemeinwohls seien nicht über die herrschenden Parteien und das Parlament durchsetzbar, sondern verlangten nach direkten Formen demokratischer Entscheidung, an denen die Betroffenen unmittelbar beteiligt sein können.

Neben zahlreichen anderen Gründen dürften vor allem zwei ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß sich aus den neuen sozialen Bewegungen heraus das Interesse an einer parlamentarischen Repräsentation entwickelte und die Angst vor der Integration in die etablierten politischen Institutionen nachließ. Der eine Grund war sachlicher Art. Da vor allem ökologische Probleme als eine Überlebensfrage der Menschheit erschienen, war es naheliegend, das Parlament, auf das sich die medial organisierte Öffentlichkeit konzentrierte, als eine Bühne für ökologische Anliegen in Anspruch zu nehmen. Darüberhinaus erschien es möglich, auf die rechtliche Festschreibung industrieller und technologischer Entwicklungen unmittelbar Einfluß zu nehmen. Der andere Grund ergab sich aus den Erfahrungen mit der Praxis der Ba-

sisdemokratie und ihrer Dynamik.

Basisdemokratie bedeutete unter den Bedingungen einer staatlich verfaßten Gesellschaft die vollständige und permanente Politisierung des Alltags, die notwendigerweise zu einer Überbeanspruchung der Akteure führen mußte. Ergebnis war nicht nur ein flottierendes Interesse an Politik mit undurchsichtigen Issuebildungen und wechselhaften Mobilisierungen, sondern auch die Ausbildung von Entscheidungsmechanismen, in denen informelle Machtzirkel und neue Politikprofis ihre Interessen durchsetzen konnten. Anstatt diese Widersprüchlichkeit, die sich aus der neuartigen Dialektik von staatlicher Politik und basisdemokratischen Versuchen ergab, weiterhin auszutragen, wurde – zumindest soweit es die Grünen betrifft, die sich als Partei der Bewegungen begriff – eine Entscheidung zugunsten einer professionellen, staatszentrierten Politik getroffen. Als Konsequenz akzeptierten die Grünen die von der Gesellschaft getrennte, ausdifferenzierte, arbeitsteilige Form parlamentarisch-bürokratischer politischer Willensbildung und den Modus staatlicher Entscheidungen – das Recht.

Zwar muß es negativ beurteilt werden, daß viele aus der linkssozialistischen Diskussion resultierende Einsichten in die Widersprüchlichkeit der parlamentarisch-repräsentativen und parteiförmig vermittelten Willensbildung und des Rechts für die Politik der Grünen offensichtlich an Gewicht verloren haben (vgl. Demirović 1987, Maihofer 1988). Gleichwohl kann es aber von großer Bedeutung für die weitere linkssozialistische Diskussion sein, daß „außerparlamentarisch“ nicht mehr länger mit „antiparlamentarisch“ gleichgesetzt wird und die Parlamente als ein Koordinationsmechanismus unter anderen in die eigene Politik einbezogen werden. Dies ist nämlich eng mit der Erkenntnis verbunden, daß auch linke und ökologische Zielsetzungen nicht einfach an sich wahr sind.

Gegenüber früheren ideologiekritischen Überlegungen, wonach eine von der Massenkultur manipulierte Bevölkerung ohnehin unfähig wäre, eine „objektive“ Wahrheit zu verstehen, verbreitete sich die Überzeugung, daß Wahrheiten und Allgemeinheitsansprüche weder der Arbeiter- noch irgendeiner anderen sozialen Bewegung einfach unterstellt werden können. Vielmehr müssen auch die allgemeinsten Gesichtspunkte, nach denen gesellschaftliche Entscheidungen gefällt werden oder gefällt werden sollten, als kontingent und historisch angesehen werden. Sie bilden sich selbst erst noch in einem immer offenen Prozeß gesellschaftlicher Willensbildung.

Resümee

Will man diesen ohnehin knappen und viele Aspekte notwendigerweise verkürzenden oder ausblendenden Überblick über die vierzigjährige linkssozialistische demokratietheoretische Diskussion noch einmal zusammenfassen, so über den Weg einer Wiederaufnahme und Neuaufwertung bereits einmal diskutierter Fragestellungen. Wurde zunächst vor allem kritisiert, daß die BRD eine Demokratie ohne *Demos* sei, so überwog in den 60er Jahren eine anti-populäre Einstellung und eine starke Orientierung an der Vorstellung einer durch Vernunft bestimmten Allgemeinheit. Damit war das Volk kaum noch als Souverän anzusehen, zumal die Linke annahm, daß es ohnehin mit manipulativen Mitteln integriert worden sei. Nahmen die neuen sozialen Bewegungen in den 70er Jahren für sich in Anspruch, eine neue Allgemeinheit zu verkörpern, so korrigierten sie sich später selbstkritisch mit der Einsicht, daß die Kriterien dessen, was als allgemeinverbindlich zu gelten hätte, von sozialen Kollektiven selbst jeweils in Differenz, Kollision, Koordination und Kompromiß gefunden werden. Die Linke ist damit selbst etwas weniger paternalistisch geworden

und bei der Vorstellung eines demokratischen *Demos* angelangt. Sie kann damit auch (wieder) Verfassungsprinzipien eine relative Bedeutung zugestehen, also über die schlechte Alternative hinausgehen, sie als Herrschaft völlig zu verwerfen oder Demokratie ausschließlich auf einen verfassungsmäßigen Entwicklungsprozeß zu beschränken.

Obwohl sie einer Vielzahl von Machtverhältnissen Rechnung trägt, die den Souverän spalten und hierarchisieren, hat die Linke jedoch – über die Maßen beeindruckt von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und dem Schwinden des traditionellen kulturellen Musters für Proletariat – einen der zentralen Bereiche sozialer Macht, den der gesellschaftlichen Produktion, aus dem Blick verloren. Die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über die abhängige Tätigkeit und die erzwungene Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen sind aber nicht allein Gegenstand einer immer noch ausstehenden Demokratisierung. Darüber hinaus muß die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die sogenannte moderne funktionale Ausdifferenzierung selbst zur Disposition kollektiver Entscheidungsprozesse gestellt werden. Denn erst wenn – sozusagen postmodern – auf einem komplexeren Niveau sozialer Verhältnisse gesellschaftliche Reproduktion und kollektive Entscheidungsprozesse zusammenfallen, nicht das Privatleben staatszentriert politisiert, sondern die Einzelnen in ihren Lebenszusammenhängen an der Entscheidungen – über die soziale Kooperation, die Form der Produktion und des Konsums, die kollektiven Zukunftsperspektiven – beteiligt sind, läßt sich sinnvollerweise von einer Selbstregulierung und freien Assoziation sprechen.

Noch ein anderer Aspekt ist erwähnenswert. Nachdem in den 70er Jahren die Linke glaubte, das parlamentarische System ginge in den autoritären und faschistischen Staat über, scheinert

über die berechtigte Begeisterung, daß sich sowohl die politische und Alltagskultur der bundesdeutschen Bevölkerung wie auch die politischen Institutionen geändert und vielleicht auch demokratisiert haben, aktuelle negative Tendenzen vergessen worden zu sein. Dazu gehören nicht nur autoritäre und nationalistische Gegentendenzen in der politischen Kultur, die möglicherweise durch Pluralisierung aufgefangen werden. Zu solchen Bedrohungen bislang etablierter demokratischer Entscheidungsmechanismen gehören sicherheitsstaatliche Komponenten wie neue oder verschärfte Gesetze, Ausbau und europaweite Vernetzung der Polizei und Geheimdienste, die integrierte informationelle Erfassung, neue Technologien mit den an sie geknüpften Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollmöglichkeiten – die im Fall der Gentechnologie bis zur biophysischen Tilgung individueller Autonomie gehen könnte – und schließlich ökologische Krisenentwicklungen, die autoritär-staatliche Lösungsversuche veranlassen. Aus der europäischen Integration folgt das Dilemma entweder eines parlamentarischen Superstaats oder einer informalisierten Allmacht nationaler und europäischer Staatsbürokratien.

Alex Demirović arbeitet zur Zeit an einem von der DFG geförderten Projekt zur theoretischen und politischen Praxis kritischer und linker Intellektueller in der Bundesrepublik. Veröffentlichungen zu Ideologie-, Diskurs- und Staatstheorie.

Literatur:

Abendroth, W. (1952), *Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie*; in: ders., *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung*, Frankfurt 1975.

Ders. (1954), *Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*, in: ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied 1967.

Ders. (1954a), *Demokratie als Institution und Aufgabe*, in: ders., *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung*, Frankfurt 1975.

Adorno, Th.W., *Auferstehung der Kultur in Deutschland?*, in: *Frankfurter Hefte*, H. 5/1950.

Agnoli, J., *Die Transformation der Demokratie*, in: ders./Brückner, P., *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt 1968.

Ders. (1968a), *Autoritärer Staat und Faschismus*, in: Claussen, D./Dermützel, R. (Hrsg.), *Universität und Widerstand*, Frankfurt 1968.

Braun, S., *Demokratie und Todesstrafe*, in: *Frankfurter Hefte*, H. 10/1952.

Demirović, A., *Demokratie, Ökologie, ökologische Demokratie. Demokratievorstellungen und -konzepte der neuen sozialen Bewegungen und der Partei „Die Grünen“*, *Sozial-ökologische Arbeitspapiere Nr. 27*, hrsg. von der Forschungsgruppe Soziale Ökologie, Frankfurt 1987.

Ders., „Richtig Wohnen Helfen“. *Die Wohnung als soziales Laboratorium*, in: Friggel/Schwarz (Hrsg.), *Das Neue Frankfurt*, Frankfurt 1988.

Dirks, H., *Der restaurative Charakter der Epoche*, in: *Frankfurter Hefte*, H. 9/1950.

Habermas, J., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962.

Habermas/Friedeburg/Oehler/Welz, *Student und Politik*, Neuwied 1961.

Hirsch, J., *Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, Frankfurt 1980.

Maihofer, A., *Zum Dilemma GRÜNER Rechtspolitik*, in: *Kritische Justiz*, H. 4/1988.

Negt, O., *Keine Demokratie ohne Sozialismus*, Frankfurt 1976.

Neumann, F.L. (1948): *Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland*, in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, Frankfurt 1978.

Offe, C., *Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität*, in: Roth, R. (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt 1980.

Pirker, T., *Die verordnete Demokratie*, Berlin 1977.

Seifert, J., *Kampf um Verfassungspositionen*, Köln-Frankfurt 1974.

Sultan, H./Abendroth, W., *Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie*, Hannover und Frankfurt 1955.

Wilfried Röhrich

Die Bundesrepublik zwischen formaler Demokratie und Bürgerinitiative

Vierzig Jahre Bundesrepublik – vierzig Jahre einer dauerhaften Staatsordnung. Die Demokratie der Westdeutschen zeigt Probleme und Krisen, aber sie vermittelt weiterhin das Bild einer stabilen parlamentarischen Demokratie. Als „Herrschaftsauftrag auf Frist“ (Theodor Heuss) bestand sie mit dem Übergang der politischen Führung von einer der großen Parteien zur anderen eine zweimalige Bewährungsprobe. Die parlamentarische – pluralistische – Demokratie war zudem mit wirtschaftlicher Prosperität verbunden: „Wir sind wieder wer“ – diese Formel aus Erhards Kanzlerjahren klingt noch immer nach, wenngleich dabei die Sorge um das mühsam erlangte Ansehen unüberhörbar mitschwingt. Jedenfalls ist die westdeutsche Mehrheit der Meinung, sie hätte es weit gebracht, keineswegs nur materiell. Und doch, trägt nicht dieses Bild? Gibt es neben so viel Staatlichkeit und Wirtschaftsmacht mehr als ein nur formales Demokratieverständnis? Wie steht es mit der Parteiendemokratie? Fühlt sich der Bürger in ihr verkörpert oder ist er – in Passivität – nur Zuschauer des politischen Geschehens? Zeigen nicht die Bürgerinitiativen und das Protestgeschehen, die vor allem die zweite Hälfte des Wegs der Bundesrepublik begleiteten, daß sich Parlament und Parteien nicht bereit finden, auf „alternative“ Interessen einzugehen?

Es sind dies einige bedeutsame Fragen, die ich in jenem geschichtlichen Kontext beantworten will, in dem sie sich eindringlich stellten. Die Frage nach dem Demokratieverständnis beherrschte vor allem die 60er Jahre – als sich die beiden großen Parteien zu oligarchischen „Volksparteien“ zu entwickeln begannen. Damals zumindest waren die Westdeutschen in ihrer Mehrheit formale Demokraten. Erst ein Jahr vor dem Ende des Dezenniums entstand mit dem „Machtwechsel“ die vielgehegte Hoffnung

auf einen Wandel der Bonner Demokratie. Die breite Identifikation mit Bundeskanzler Brandt kann dies illustrieren. Doch die 70er Jahre, die unter der Losung „Mehr Demokratie wagen“ stehen sollten, brachten schließlich für nicht wenige, die auf mehr Demokratie setzten, eine Enttäuschung. Einseitig um die Regierbarkeit eines Industriestaates mit stagnierender Wirtschaft bemüht, verschloß sich die Sozialdemokratie, ebenso wie die anderen Parteien, vor den Impulsen der Bürgerinitiativen, die sich als „praktizierter Ausdruck eines basisorientierten, partizipatorischen Demokratieverständnisses“ (Karl-Werner Brand) betrachteten.

Ich beginne mit den 60er Jahren: Als Karl Jaspers 1966 die bange Frage stellte: „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ und in seinem gleichnamigen Buch pointiert darauf verwies, sie sei zu einer Parteienoligarchie entartet, hat er damit ein bedeutsames Signum der Zeit erkannt. In der Parteiendemokratie der Bundesrepublik war die Oligarchie greifbar geworden – und greifbar war auch, wie bereitwillig sie die Westdeutschen hinnahm. Die bundesrepublikanische Bevölkerung, die kaum noch eine Vorstellung davon besaß, wie stark eine kleine Schicht aktiver Frauen und Männer – zumeist Intellektuelle – 1945 auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gehofft hatte, lebte nach wie vor in Distanz zu einer partizipatorisch-demokratischen Werthaltung. Jaspers hob zu Recht hervor: „Wir haben eine parlamentarische Regierungsform, die man Demokratie nennt, die sich jedoch so eingespielt hat, daß sie das demokratische Bewußtsein eher verdunkelt als fördert, das Verantwortungsgefühl der Bürger nicht nur nicht anspricht, sondern lähmt. Sie verhindert, ‚Bürger‘ zu werden“. Es lasse sich keine „Freude“ am Bundestag und keine an der Regierung feststellen, da der Deutsche die bei



den Institutionen zumeist als „Regierungsge-
walt im Untertanengeist“ respektiere wie in der
wilhelminischen Zeit (Jaspers, 1966, S. 178).

Karl Jaspers stand mit seiner kritischen Betrachtung nicht allein. Ebenso wie sich seine These von der Parteienoligarchie mit Peter von Oertzens Deutung deckt, die Bonner Demokratie sei zu einer „konstitutionellen Oligarchie“ geworden (von Oertzen, 1964, S. 45), so eng berührt sich Jaspers' Interpretation des kaum Demokratiebewußten Bürgers mit dem, was Ralf Dahrendorf 1965 über den „unpolitischen Deutschen“ schrieb. Es sei zwar, so Dahrendorf, eine durchgehend hohe Beteiligung bei den Wahlen wie auch eine hohe Konsumrate bei den Massenkommunikationsmitteln festzustellen; sehe man aber genauer hin, dann zeige sich, daß der Bereich des Politischen jenen Verpflichtungen zugerechnet wird, „die eher lästig, wenngleich den Umständen nach unvermeidlich“ seien. Die politische Aktivität bleibe eine Aktivität in Anführungszeichen, von der man sich innerlich distanzieren und daher, wenn gewandelte Verhältnisse dies verlangten, auch äußerlich distanzieren könne. „Dieser Deutsche ist unpolitisch, weil ihm das Politische zutiefst unwichtig ist; er ist autoritär, weil es ihm im Grunde viel angenehmer wäre, aus der ‚Freiheit‘ seiner vier Wände nicht herausgezogen zu werden“ (Dahrendorf, 1965, S. 374).

Ich stimme dieser Einschätzung zu, frage mich aber – noch zögernd – nach der Gewichtung demoskopischer Erhebungen. Hatten nicht Bevölkerungsumfragen Dahrendorfs Interpretation des „unpolitischen Deutschen“ zumindest teilweise widerlegt? Sah nicht die Bestandsaufnahme, die Max Kaase 1968 in seiner Studie über die „Demokratischen Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“ aufzeigte, positiver aus? Jedenfalls war nach Kaase das Interesse der Bevölkerung an Politik immerhin vorhanden. Auf die Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für

Politik? Sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“ erklärten sich 24 Prozent der Befragten als wenig, aber immerhin 38 Prozent als mittelstark interessiert (Kaase, 1971, S. 266). Auch wurden elementare demokratische Grundlagen von der Mehrheit der Befragten akzeptiert. Das galt vor allem für den Pluralismus politischer Parteien und für die Notwendigkeit einer Opposition. „Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“ meinten 1968 fast 90 Prozent der Westdeutschen (Kaase, 1971, S. 259). Und schließlich erklärten 1967 rund 75 Prozent der Befragten die Demokratie als die „beste Staatsform“. In puncto Demokratie konnte man – so schien es – eine recht positive Bilanz ziehen.

Dies aber wäre zu voreilig. Denn dem „Ja“ der Westdeutschen zu den formalen Spielregeln der Demokratie stehen zunächst auch Ergebnisse der Demoskopie gegenüber, die eine passive Einstellung der Befragten zeigen. So stimmten 1968 immerhin 64 Prozent der Westdeutschen der Aussage zu: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut“. Auf die Aussage „Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluß auf die Regierung zu nehmen“ legten sich 71 Prozent der Befragten fest. Und der von Max Kaase vorgegebene Satz „Ich glaube, daß sich die Abgeordneten nicht viel darum kümmern, was der kleine Mann sagt und denkt“ konnte eine Zustimmung von 64 Prozent der Bevölkerung verbuchen. Dazu kam noch, daß – wie Rudolf Wildenmann vor der Bundestagswahl 1969 feststellte – die Unionsparteien und die Sozialdemokratie den Wählern gleichermaßen „gut“ oder „schlecht“ erschienen, aber auch gleichermaßen unwichtiger als früher (Wildenmann, 1969, S. 11).

Ich belasse es bei diesen demoskopischen Ergebnissen und stelle fest: Die Westdeutschen

waren in ihrer Mehrheit fürwahr „formale Demokraten“, wie Dahrendorf sie nannte. Dieser formale Aspekt verband sich mit einer autoritären Orientierung, die sich – was wiederum Rudolf Wildenmann nachwies – in einem Persönlichkeitskult verdeutlichte, dem die Parteien in ihrer öffentlichen Präsentation willig nachkamen. Es zeigte sich die alte Vorliebe für „starke Persönlichkeiten“, der zufolge die Parteien versuchten, publikumswirksame Politiker für den Wahlkampf herauszustellen – und dies mittels jener Markenartikel-Reklame, wie sie sich 1966 im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und bei seiner auf den Ministerpräsidenten Meyers gestützten Strategie veranschaulichte. Der Rheinische Merkur schrieb darüber am 15. Juli: „Meyers macht es‘ war der einsame Gipfel in der an sich schon hoch entwickelten Formulierungskunst der christlich-demokratischen Parolenschmiede. Ein Slogan von hohen Graden, der jeden Werbechef einer Waschmittelfirma vor Neid erblassen lassen müßte“. Daß Meyers kein Seifenpulver war, darauf brauchte die Christlich-Demokratische-Union ihre versierte Kundschaft nicht besonders aufmerksam zu machen. Und so blieb nur die „geniale Einfachheit“ zu bewundern übrig, mit der die Propagandaexperten ein komplexes Parteiprogramm „in drei schlichte Worte preßten und als syntaktisch-grammatisches Wunder zu Papier brachten“. Allein die Sozialdemokratie hat dieses „Wunder“ noch übertroffen: „sie steckte den Meyers-Slogan kurzerhand in die Steigerungsmühle und posaunte in die Lande: ‚SPD macht’s besser!‘ Wobei vor allem der Apostroph zu bewundern ist. Denn mit seiner Hilfe hat die SPD auch syntaktisch-grammatisch die CDU geschlagen“.

Über dieses personal-plebiszitäre Demokratieelement hinaus ähnelte das Verhalten der Wähler immer mehr dem von Konsumenten bei

der Auswahl von Konsumartikeln. Beide – Staatsbürger-Wähler und Konsumenten – wurden (und werden) von Werbeagenturen umworben, beide trafen (und treffen) ihre Entscheidungen zwar rechtlich völlig frei, nichtsdestoweniger aber weithin über unbewußte Bindungen und Beeinflussungen. Der „unpolitische Deutsche“ hatte sich in dem „großen Konsumverein Deutschland“ eingerichtet, wie Horst Krüger in seiner Betrachtung über die „Galerie der Kleinbürger“ die Bundesrepublik nannte. Das demokratische Bewußtsein wies einen passiven Charakter auf. Wie die Soziologin Helge Pross feststellte, überwogen „politische Indifferenz und Ahnungslosigkeit gegenüber der Politik, vage und daher unzuverlässige Zustimmung zu den bestehenden Formen politischer Demokratie und Abneigung gegen politisches Handeln“ (Pross, 1966, S. 50). Die Westdeutschen konsumierten: Waren, Politik und Meinungen.



Es zeigte sich die für sie charakteristische Verbindung von wirtschaftlichem Wohlstand und demokratischer Staatsform – begründet im gleichzeitigen Beginn des sogenannten Wirtschaftswunders und der Bonner Demokratie. Wer auf eine Verinnerlichung demokratischer Normen hoffte und eine Demokratie, verstanden als Lebensform, anstrebte, sah sich enttäuscht.

Hoffnung auf einen Wandel der Bonner Demokratie – und damit komme ich zum zweiten Punkt meiner Betrachtungen – erweckte bei vielen erst der „Machtwechsel“ von 1969. Er wurde als ein tiefer Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte empfunden. Das Schlagwort vom Machtwechsel signalisierte zunächst einmal den Wechsel der Koalitionspartner, es meinte konkret die Kanzlerschaft Brandts. Aber auch ein weiteres Ereignis darf nicht übersehen werden: die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten, der darin bereits „ein Stück Machtwechsel“ vorweggenommen sah. Wie Willy Brandt, der andere Moralist, zielte der Bürger-Präsident auf den partizipatorischen Demokratisierungsprozeß. Seine Einführungsansprache vor Bundestag und Bundesrat im Juli 1969 klang in wesentlichen Passagen wie eine prosaische Fassung der Regierungserklärung Brandts vom Oktober desselben Jahres. „Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte“, erklärte Heinemann. „Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden“. Die auf Menschenwürde und Menschenrechte begründete Ordnung der Bundesrepublik bedürfe „der fortwährenden Bemühung um täglich bessere Verwirklichung durch den mündig mitbestimmenden Bürger“ (Heinemann, 1975, S. 15 ff.). Der Bürger-Präsident wandte sich gegen die passiv am „Obrigkeitsstaat“ orientierte „Untertanengesinnung und

Unterwürfigkeit“ und damit gegen die tradierte Staatsgläubigkeit. „Ich liebe nicht den Staat, ich liebe meine Frau“ – dieser sprichwörtliche Satz Heinemanns bedeutete mehr als eine schlagfertige Antwort, errichtete sich – um es mit Günter Grass zu formulieren – gegen „tausende von Amtsstuben . . ., in denen der Staat als Fetisch galt und die Demokratie als notwendiges Übel“ (Grass, 1969, S. 9).

Der Gleichklang der Intentionen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers gab einer engagierten Bevölkerungsminderheit neue Zuversicht. Auch Brandt wollte die Westdeutschen aus der „Untertanentradition“ herausführen, und er hoffte darauf, daß sie sich selbst, dem Volk, „ein wenig Herrschaft“ (Heinrich Böll) zutrauten. In diesem Sinne war seine Regierungserklärung verfaßt, die als moralisch und partizipatorisch mitreißendes Sprachwerk Optimismus verbreitete. „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun“, so die vielzitierten Worte. Mitbestimmung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen werde eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein. Zwar könne man nicht die perfekte Demokratie schaffen, wohl aber eine Gesellschaft, die mehr Freiheit biete und mehr Mitverantwortung fordere. Dem schloß sich ein ganzer Katalog von Reformen an, die unter dem Leitthema der „sozialen Demokratie“ und vor allem der Partizipation standen. Entgegen jenem passiven und formalen Demokratieverständnis, wie es die Mehrheit der Westdeutschen – zumeist mit zugespitzt juristischer Staatseinstellung – noch immer pflegte, hieß es in der Regierungserklärung: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger“.

Der von Brandt ausgehende „Versuch in mehr

Demokratie“ (Dorothee Sölle) hatte jedoch eher die Bedeutung einer regulativen Idee für das partizipatorische Bemühen einer engagierten Minderheit: Dem Bewußtsein der bundesrepublikanischen Mehrheit entsprach des Kanzlers Demokratieauffassung nur sehr sporadisch. Demgegenüber kam der „sympathisierenden Identifikation“ mit Brandt (Alexander Mitscherlich) zweifellos mehr Bedeutung für seine Politik zu. Was diese Identifikation anbelangt, war Brandt in den ersten drei Jahren seiner Kanzlerschaft der unangefochten populärste Politiker der Bundesrepublik, der durch die Verleihung des Friedensnobelpreises Ende 1971 auch offizielle Anerkennung im Ausland fand. Nicht zuletzt wegen dieser Popularität und Brandts anerkannter Leistungen hielt die knappe Kanzlermehrheit – auch beim ersten konstruktiven Mißtrauensvotum in der Geschichte der Bonner Demokratie vom April 1972. Und aus demselben Grund gestaltete sich die von der sozial-liberalen Koalitionsregierung mit Unterstützung des Bundespräsidenten vorzeitig herbeigeführte Bundestagswahl vom November 1972 zu einer Kanzlerwahl mit Bekenntnis Komponenten. Mehr denn je setzten sich Intellektuelle und Künstler wie Günter Grass und Heinrich Böll für Brandt ein. Einprägsam warben die Formel „Bürger für Brandt“ und die Plakette „Willy wählen“.

Ich kann im Rahmen dieses Beitrags nicht auf die enttäuschten Erwartungen jener bundesrepublikanischen Minderheit eingehen, die sich der Losung verschrieb: „Mehr Demokratie wagen“. Das Defizit an Partizipation blieb weithin bestehen. Nur ein halbes Jahrzehnt nach dem „Machtwechsel“ folgte die Tendenzwende und schließlich die Wende selbst. Im Jahre 1974 gemahnte noch einmal der scheidende Bundespräsident Heinemann an die zu erstrebende soziale und lebendige Demokratie. Er habe helfen

wollen, so bekannte er, Untertanengesinnung und Unterwürfigkeit in staatsbürgerliches Selbstbewußtsein und Mitverantwortung zu verwandeln. „Wir alle wissen, daß hier bei uns eine Vergangenheit nachklingt, die sich mit lebendiger Demokratie nicht verträgt“. Darüber hinaus – und dies interessiert hier ebenso sehr – zeigte sich Heinemann über „die noch immer ... herrschende Kurzsichtigkeit“ bekümmert, wie sie bei den großen friedenspolitischen und ökologischen Schicksalsfragen und bei den notwendigen Reformen hierzu zutage treten. „Wer heute nur für sich selbst sorgen will“, so Heinemanns eindrucksvolle Worte, „verspielt mit der Zukunft anderer auch die eigene“. Das richtet sich nicht zuletzt gegen die verbreitete Reform-Ignoranz. So schwer es auch falle, Reformen durchzuführen, so unverrückbar gelte: „in einer so schnell sich verändernden Welt kann nur bewahren, wer zu verändern bereit ist. Wer nicht verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte“ (Heinemann, 1975, S. 337 und 339).

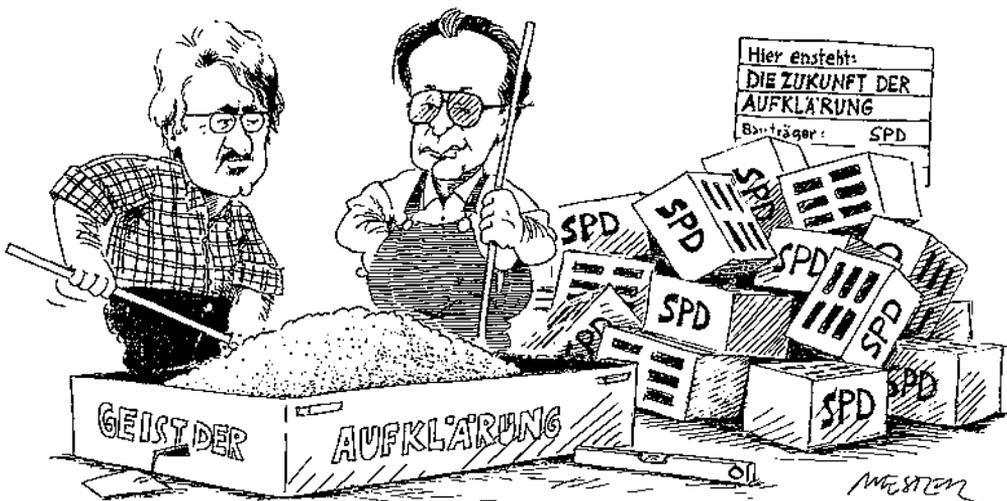
Über den Weitblick Gustav Heinemanns verfügten damals nur wenige der führenden Politiker. Ich wende mich hiermit dem letzten Punkt meiner Betrachtungen zu: den – zur Ökologie-, Alternativ- und Friedensbewegung gewordenen – Bürgerinitiativen der 70er Jahre. Angetrieben von den großen sozialen und politischen Problemen und enttäuscht von der mangelnden Bereitschaft der etablierten Parteien, sich mit diesen Problemen angemessen auseinanderzusetzen, ergriff der Bürger die Initiative. Er zeigte sich nicht länger gewillt, auf entsprechende Regierungs- und Parteiverlautbarungen zu warten. Vielmehr waren und sind die Hunderttausende, die demonstrierend und protestierend durch die Straße zogen und ziehen, der verkörperte Protest gegen den „bürgerfernen Parteienstaat“ – die Parteienoligarchie, die bereits Karl Jaspers kritisiert hatte. Inzwischen waren zu-

dem weitreichende Identifikations- und Integrationsbedürfnisse freigesetzt worden, denen die Parteien nicht mehr nachzukommen vermochten. Es stieg die Zahl der sogenannten Sozialaktiven, die sich für Gemeinwohlziele engagierten – jedoch außerhalb der traditionellen Kanäle der institutionalisierten Parteien- und Verbändekonzurrenz.

Die regierende Sozialdemokratie befand sich zunehmend „zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen“, wie der Untertitel von Peter Glotz' Buch „Die Beweglichkeit des Tankers“ lautet. Sie wurde konfrontiert mit dem Phänomen der Ökologie- und der neuen Friedensbewegung sowie mit den Grünen, die sich in mehreren Ländern (1977/78) und im Bund (1979/80) als Partei etabliert hatten und deren wirkliche Stärke bei der Bundestagswahl 1980 durch den Anti-Strauß-Effekt nur überlagert wurde. Parallel zur Absetzungsbewegung der Freien Demokraten vom sozialliberalen Koalitionsbündnis verliefen die Abschottungsbemühungen der

Sozialdemokratie gegenüber den neuen sozialen Bewegungen, die starke parteiinterne Meinungsverschiedenheiten mit sich brachten. Sie erschwerten, ja verhinderten den angemessenen Bewußtseinswandel innerhalb der Partei, deren Führungsspitze sich ganz auf ihre schwierige Regierungskontrolle konzentrierte. Im Bemühen, seine Befürchtungen und Hoffnungen über die Sozialdemokratie auf den Begriff zu bringen, warf Peter Glotz, der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer, zwei Fragen auf: „Welches Verhältnis entwickelt diese inzwischen ans Regieren gewöhnte Partei zum modernen Staat ...? Wie soll sie auf die neuen sozialen Bewegungen reagieren, die – in Opposition zu diesem „Staats-Scheißkerl“ – um die großen ungelösten Zeitprobleme (Frieden, Ökologie, Gleichstellung der Frau usw.) entstehen und die Partei sozusagen von unten anfressen?“ (Glotz, 1982, S. 8).

Glotz traf mit seinen beiden Fragen einen neutralistischen Punkt. Die um die Problematik einer stagnierenden Wirtschaft bemühte Sozialde-



mokratie versäumte zunächst – wie die anderen Parteien – mit der Ökologiebewegung die Auseinandersetzung. Mit dieser Bewegung verbanden sich die Dimensionen von Natur und Gesellschaft und von Ökonomie und Ökologie; die Umweltfrage wurde zum Hauptpunkt der Politik. Die Entwicklung hatte zwischen 1973 und 1975 mit der Bildung ökologischer Bürgerinitiativen gegen umweltgefährdende Industrien und vor allem gegen den Bau von Atomkraftwerken begonnen. Im Juni 1976, nach einer Kesselexplosion in einem Chemiewerk nahe der oberitalienischen Kleinstadt Seveso, bei der hochgiftiges Dioxin entwich, sah sich die Ökologiebewegung in ihren Warnungen bestätigt. Dioxin und Seveso blieben Synonyma für schwerwiegende Umweltschäden durch die moderne Chemie. Und nachdem sich im März 1979 in einem Kernkraftwerk bei Harrisburg, USA, ein schwerer „Störfall“ ereignet hatte, durch den radioaktive Stoffe in die Umwelt gelangten, erfuhren die Großdemonstrationen gegen Kernkraftwerke verschiedenen Typs wie in Whyll, Brokdorf und Kalkar sowie gegen die Lagerung von radioaktivem Abfall (Gorleben/Wendland) eine dramatische Berechtigung. Das steigende Potential der Anti-Atomkraftbewegung korrespondierte mit einer Verunsicherung der Regierungsparteien, besonders der Sozialdemokratie. „Mit Schmidt und Eppler für und gegen Kernenergie“ – so haben interne SPD-Kritiker den Kurs der Parteiführung ironisch umschrieben. Noch stärker zur Verunsicherung der sozialliberalen Koalition – vor allem im Zuge der bald einsetzenden Diskussion um rot-grüne Bündnisse – trug der Umstand bei, daß 1977/78 die parteipolitische Formierung des grünen Protests begann. Es kam zu einer neuen Etappe der westdeutschen Protestbewegung, die sich zum erstenmal auch als Partei bundesweit ausdehnte. Den Grünen gelang es bereits früh, in mehreren Bundesländern und auch bei den Europa-

Wahlen (1979) beachtliche Wählerstimmen zu gewinnen. Als „Antipartei-Partei“ (Petra Kelly) mit einem „außerparlamentarischen Stand- und einem parlamentarischen Spielbein“ (Bernd Guggenberger) verfolgten sie eine Doppelstrategie auf der Grundlage von Formelkompromissen zwischen Fundamentalisten und Pragmatikern. Orientiert an den Ideen von Basisdemokratie, Rotation und imperativem Mandat bezeichneten sich die Grünen als eine „Alternative zu den herkömmlichen Parteien“, so die Präambel ihres Bundesprogramms. Und neben der Friedenspolitik und vor allem der zum politischen Kernproblem erhobenen Umweltfrage stand von Anfang an die Ablehnung der Kriterien politischer Zweckrationalität.

Diese Absage an die allgemein vorherrschende technisch-instrumentelle Vernunft teilte auch die neue Friedensbewegung. Hier bildete sich eine Koalitionsbereitschaft von Bürgern unterschiedlicher Herkunft in einer Massenbewegung heraus, die von Kriegsangst motiviert war. „Der dritte Weltkrieg wird dann stattfinden, wenn er gewonnen werden kann“, prognostizierte bereits 1977 Carl-Friedrich von Weizsäcker. Die dazu nötigen Voraussetzungen schienen damals geschaffen zu werden. Friedensforscher erkannten den Trend zur Destabilisierung des atomaren Abschreckungsfriedens durch neue Waffensysteme und Strategien. Und bei der breiten Öffentlichkeit weckten die Stationierungspläne neuer US-Raketen in Westeuropa Betroffenheit. Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, der vornehmlich die Landstationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II in Aussicht stellte, stärkte die Friedensbewegung ebenso wie die Rückkehr zu einer Politik des Kalten Kriegs anlässlich der sowjetischen Afghanistan-Invasion Ende 1979 und die amerikanische Wende zu einer Politik der Stärke unter der Reagan-Admi-

nistration seit 1980. Die Friedensbewegung wandte sich gegen „Westdeutschlands Rolle“ eines „potentiellen Schlachtfeldes“ und einer „Atomrampe“ der nordatlantischen Allianz – ergänzt durch die Formel, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Damit waren die motivierenden Grundlagen für die neue – massenhafte – Friedensbewegung geschaffen.

Mit dieser Friedens- und der Ökologiebewegung entstand die gemeinsame „Ökopax“-Systemkritik, die von der Erkenntnis getragen wurde, daß die zivile Nutzung der Kernenergie und die Produktion von Atomwaffen eng zusammenhängen. Der Widerstand gegen die atomare Bewaffnung erschien daher als logische Fortsetzung des Widerstandes gegen die Atomkraftwerke. Für ihre vorwiegend aus der jungen Generation stammenden „linken“ Anhänger stellte die „Ökopax“-Position die „ökosozialistische“ Weiterentwicklung des demokratisch-sozialistischen Reformansatzes dar – von der Demokratisierung zur Basisdemokratie, von der Lebensqualität zum Prinzip Leben, von der Entspannungspolitik zum Grundsatz der Gewaltfreiheit und von der Wirtschaftsdemokratie zum sinnvollen Arbeiten und solidarischen Leben. Bereits an diesen programmatischen Stichworten zeigte sich die mit dem pragmatischen Regierungskurs der sozialdemokratischen Staatspartei nicht zu vereinbarende Zielsetzung.

Die Sozialdemokratie (zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen) hatte nach Peter Glotz angesichts dieser Bürgerinitiativen neue Bewußtseinsprozesse einzuleiten, die dem damaligen SPD-Bundesgeschäftsführer nur über demokratische Massenorganisationen durchsetzbar schienen. Solche Bewußtseinsprozesse „gehen meist aus von kleinen Zirkeln, sie kom-

men aus kleinen Netzen“. Dort würden alternative Lebensformen vorgeführt, polemisch gegen die Lebensformen der Mehrheit gesetzt. Aber die Gesamtkultur könne nur durch „Halbwegspositionen“ modifiziert werden, durch programmatisch und praktisch nicht zu stark überfordernde Initiativen, die von Massenorganisationen übernommen werden können. Solche Massenorganisationen sind nach dem anschaulichen Bild von Peter Glotz wie große Tanker: Ihr Kurs ist nicht durch Zuruf zu ändern. Sie sind nicht so beweglich wie die kleinen Boote, die im Hafen umherschwirren, aber man kann mit ihnen große Ladungen transportieren“. Die deutsche Sozialdemokratie stellte so einen großen, schwerbeweglichen Tanker dar; er mußte seetüchtig gehalten werden – dadurch, daß er viel von dem aufnahm, „was in den neuen sozialen Bewegungen... entstanden ist“ (Glotz, 1982, S. 56 f.).

Ich schließe hiermit die historisch-genetische Betrachtung ab. Daß das von Peter Glotz und besonders von Erhard Eppler vertretene Anliegen, wichtige Impulse der neuen sozialen Bewegungen in die sozialdemokratische Massenorganisation einzubeziehen, bei der Regierungspartei nicht mehr zum Tragen kam, ist bekannt. Am 1. Oktober 1982 wurde Bundeskanzler Schmidt das Mißtrauen ausgesprochen und Helmut Kohl zum Nachfolger gewählt. Manche haben – ohne die Verdienste Helmut Schmidts schmälern zu wollen – darauf hingewiesen, im Hinblick auf die neuen sozialen Bewegungen sei vieles dadurch verdrängt worden, daß Willy Brandt 1974 zurücktrat und nicht 1976 in turnusgemäßer Wahl scheiterte. Die Sozialdemokratie hätte sich auf den Oppositionsbänken schon seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre regenerieren und das leisten können, was erst der Nürnberger Parteitag (1986) programmatisch wieder einholte – in den Fragen der Friedenspolitik, der Politik

der ökologischen Erneuerung und der Energiepolitik, die insgesamt von den meisten Gewerkschaftern ebenso getragen wurden wie von denen, die sich eher den neuen Bewegungen zuordnen. Abgesehen davon, daß es keinen Sinn macht, im Nachhinein die Frage zu vertiefen, was wenn gewesen wäre, war mit Sicherheit das Jahr 1976 ein viel zu spätes Datum für die Einbeziehung wichtiger Impulse der neuen sozialen Bewegungen.

Ich möchte diese Betrachtungen nicht abschließen, ohne nochmals rückblickend die Frage nach dem Demokratieverständnis der West-

deutschen kurz aufzugreifen – im Kontext der Überlegungen, inwieweit die Bürgerinitiativen in Gestalt der neuen sozialen Bewegungen eine mögliche Veränderung der Demokratieauffassung mitbewirkt haben und mitbewirken. Um eine Antwort vorwegzunehmen: *Der Beitrag dieser Bewegungen für die Entwicklungen der bundesrepublikanischen Demokratie ist sicherlich nicht gering zu veranschlagen.* Freilich wohnt den hier von ausgehenden Initiativen eine gewisse Tendenz inne, welche – systemtheoretisch und verkürzt formuliert – die Eigenständigkeit des sozialen Systems betont. Damit hängt auch zu-



sammen, daß die neuen sozialen Bewegungen ihre partizipatorische Demokratie-Intention nicht auf den gesamtgesellschaftlichen Bereich auszudehnen vermögen. Gleichwohl erstreckt sich die von ihnen vertretene Demokratie auf ein multi-sektorales Spannungsfeld sozialökonomischer Interessen – entsprechend ihrem Themenspektrum. Und vor allem übernehmen die neuen sozialen Bewegungen aufgrund der mangelnden Flexibilität etablierter Parteien und Institutionen immer wieder die Funktion, politische Defizite aufzuzeigen und als Protestbewegungen einzuklagen. Damit sind sie so etwas wie *plebiszitäre Korrektive* zur repräsentativen Demokratie geworden. Mit ihrer auf Emanzipation angelegten partizipatorischen Demokraieauffassung tragen sie jedenfalls dazu bei, das passive und formale Demokratieverständnis der Westdeutschen zurückzudrängen.

Dessen ungeachtet muß in der bundesrepublikanischen Demokratie noch vieles in Bewegung geraten. Hierzu zählt die Toleranz, jenes Selbstbewußtsein, das auch radikale Zweifel erträgt, sodann mehr Konflikt- und Kompromißbereitschaft und nicht zuletzt mehr Selbstbestimmung im Gegensatz zu Fremdbestimmung und Konsumdenken. Entgegen der neokonservativen „elitär“-demokratischen Frontstellung gegen das partizipatorische Demokratieverständnis muß die Demokratie eine Lebensform werden, muß sie auf die im Innern des Menschen verankerten Inhalte der Institutionen zielen – in einer Gesellschaft mündiger Bürger.

Wilfried Röhrich ist Professor und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Kiel. In zahlreichen Buchveröffentlichungen setzte er sich insbesondere mit Fragen individueller und politischer Emanzipation auseinander.

Literatur (Auswahl):

- Brand, K.-W./Büsser, D./Rucht, D., *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, 2. Auflage, Frankfurt/New York 1986
- Dahrendorf, R., *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965
- Glotz, P., *Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen*, München 1982
- Grass, G., Vorwort zu: H. Schreiber und F. Sommer, *Gustav Heinemann*, Frankfurt a.M. 1969
- Heinemann, G.W., *Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969–1974 (Reden und Schriften Bd. I)*, Frankfurt a.M. 1975
- Jaspers, K., *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren – Chancen*, München 1966
- Kaase, M., *Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: R. Wildenmann (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Bd. II, München 1971
- Krüger, H., *Galerie der Kleinbürger*, in: *Deutsche Augenblicke. Bilder aus meinem Vaterland*, München 1969
- Mitscherlich, A., in: D. Lindlau (Hrsg.), *Gedanken über einen Politiker*, München 1972
- Oertzen, P. von, *Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 1964*, in: *Politische Vierteljahresschrift* V/1964
- Pross, H., *Zur Stabilität demokratischer Institutionen in der Bundesrepublik*, in: *Nachrichten der Giessener Hochschulgesellschaft XXXV/1966*
- Sölle, D., in: D. Lindlau (Hrsg.), *Gedanken über einen Politiker*, München 1972
- Wildenmann, R., *Die Bundesrepublik am Scheideweg*, in: Ders. (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Bd. I, 1969

Diemut Schnetz

Unterschätzte Akteure:

Demokratie von unten in selbstorganisierten Bürgergruppen*

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben sich den Satz nicht selbst erkämpft, den der Parlamentarische Rat vor 40 Jahren in der Verfassung gesetzt hat: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (GG Art. 20, Abs. 2). Fragt man sie heute nach ihren Erfahrungen mit der geschenkten Demokratie, so sind die Auskünfte ernüchternd: Nur 20% haben Vertrauen in ihre gewählten Repräsentanten; 85% meinen, keinen oder wenig Einfluß auf die Politik zu haben. Spricht aus dieser Diskrepanz ein vernichtendes Urteil über unsere Demokratieentwicklung in 40 Jahren?

Das verbreitete Gefühl von Ohnmacht der Bürger, deren Mündigkeit gleichzeitig gerne von oben gönnerhaft gelobt wird, ist nicht nur bedauerlich. Es ist auch gefährlich. Denn anhaltende Ohnmachtserfahrung führt, wie wir wissen, zu resignativem Rückzug, aus dem leicht ein Rückfall von Politikfeindlichkeit werden kann mit der alten Folge, Obrigkeit für Schicksal zu halten. Genau das wollten die Vordenker unserer Demokratie vermeiden. Sie kannten die konstitutive Schwäche der nicht erkämpften Republik. Und in der Folge hat es nicht an Versuchen gefehlt, die Bürger appellativ zu mehr Beteiligung zu ermutigen, vorbildliches Verhalten öffentlich zu belobigen und politische Bildung zu verbreiten.¹

Was also fehlt? Es lassen sich Gründe genug aufzählen für den Verlust von Vertrauen in die demokratische Institutionen und Parteien. Die Chronik der Vertrauensbrüche wird immer kurzatmiger: Geiseldrama, Flugbenzin, Diäten, Robbensterben, Chemieunfälle, Nuklearwirtschaft, Kiel ... Gravierender als die Skandalchronik selbst ist jedoch ihre Wirkung auf das Selbstwertgefühl der Bürger als „Souverän“ des politischen Geschehens. Die Vertrauenskrise

ist vor allem eine Krise im Selbstvertrauen der Bürger, Politik mitbestimmen zu können. Selbstvertrauen der Bürger aber ist die Voraussetzung für Vertrauen in delegierte Macht. Für mündig und mächtig genug müßten sie sich halten, um kontrollierend und korrigierend gegenüber Funktionsträgern wirken zu können. Nicht als Opfer von Politik, sondern als Wächter von Grundwerten sollten die Bürger sich fühlen. Das jedenfalls entspräche dem Leitbild vom mündigen Bürger, das uns vor Augen gestellt wird: „Der aus Einsicht zur Teilnahme an der Gestaltung der freiheitlich-demokratischen Ordnung fähige, selbst denkende, selbst handelnde, selbst tätige Bürger“².

Gemessen an der verbalen Programmatik jedoch erscheinen unzählige eigene, konkrete Erfahrungen, selbst handelnd an der Politikgestaltung teilzunehmen, doppelt demütigend: in der Sache erfolglos und persönlich diskriminierend. Die Umfragen zeigen: Es steht nicht gut um die Demokratie, wenn gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der Politiker schwindet und der Glaube der Bürgerinnen und Bürger an eigene Mitbestimmungskräfte.

Die Frage aber ist: Hat der Bürger tatsächlich so wenig Einfluß, wie er glaubt? Hat er sich in 40 Jahren die Staatsform Demokratie nicht als Lebensform aneignen können? Um zu sehen, wie und wo politische Kompetenz sich an der Basis angesammelt hat, dürfen wir den suchenden Blick allerdings nicht mehr auf den vorbildlichen Einzeldemokraten fixieren, wir müssen vielmehr einen neuen Akteur im demokratischen Gemeinwesen ins Auge fassen: die Gruppe. Wenn Bürger sich heute ernsthaft engagieren, wenn sie Veränderungen in Gang setzen wollen, dann tun sie es in der Regel nicht als einzelner Staatsbürger mit Civilcourage, sie treten



auch nicht mehr selbstverständlich in die klassischen Großverbände ein, sie bilden vielmehr Initiativ- und Selbsthilfegruppen und agieren in diesen kleinen, selbstorganisierten Zusammenschlüssen von gleichgesinnten „Betroffenen“. Bürgerbeteiligung heute geschieht in Gruppen. Gruppen sind nicht neu. Neu aber ist ihre Anzahl und ihre Dynamik. Selbstorganisierte Basisgruppen sind im Verlauf von rund 20 Jahren zu einem eigenständigen Faktor im politischen Kräftefeld geworden; sie verkörpern eine neue Qualität von gesellschaftlicher Arbeit. Mindestens 40 000 aus Eigeninitiative entstandene Gruppen gibt es gleichzeitig in der Bundesrepublik. Die Palette der Tätigkeitsfelder wird immer breiter: Natur und Umwelt, Frieden und Atomenergie, Soziokultur, Bildung und Wissenschaftsbetrieb, Arbeitslosigkeit, alternativ-ökonomische Projekte und Betriebe, Therapie und Selbsterfahrung, Resozialisierung und Integration, Behinderung und Gesundheit, Wohngemeinschaft und alternatives Leben, Diskriminierung und Benachteiligung, Obdachlosigkeit und Sozialhilfe, Erziehung und Familie, Nachbarschaft und Wohnumfeld, Gleichstellung und Bürgerrechte, Entwicklungspolitik und Bankwesen, alternative Medien und Geschichtswerkstätten.

Auf all diesen Feldern engagieren sich Bürger in eigener Verantwortung in Gruppen mit durchschnittlich 10–20 Aktiven. Es gibt Themen, für die sich Hunderttausende eingesetzt haben, und es gibt Anliegen, die zu „Bewegungen“ angewachsen sind. Doch die Vernetzung bleibt lose, denn die tragende Größe ist die eigene Gruppe vor Ort³.

Eine Folge ist die Unüberschaubarkeit dieser Gruppen, ihre kaleidoskopartige Vielfalt. Sie hat es bisher erschwert, das konstituierende Gemeinsame all dieser Gründungen ins Auge zu fassen. So unterschiedlich die Formen, die Entstehungsgeschichten und die Biographien der

Gruppen auch sind, es lassen sich doch jeweils drei Motivstränge ausmachen, die zusammengeflochten eine Gruppengründung ermöglichen. Die Variationsbreite in jedem dieser drei Stränge macht zugleich die Vielgestaltigkeit der Gruppen verständlich. Anstelle einer Beschreibung sollen hier zuordnende Stichworte genügen.

Die selbstorganisierten Gruppen sind zwar Defizitmelder, aber zugleich ein Erste-Hilfeprogramm. Sie arbeiten – unterdessen anerkanntermaßen – vorbeugend und flankierend, problemnah und unbürokratisch, mitmenschlich und weitgehend unentgeltlich. Sie erbringen unbezahlte Arbeitsstunden im Wert von fast 2 Milliarden DM⁴. Insofern dienen selbstorganisierte Gruppen auch der Rückverlagerung von sozialstaatlicher in gesellschaftliche Verantwortung.

Soweit sie auf problembezogene, sozial nützliche Leistungen zielt, ist Selbstorganisation – als Selbsthilfe – auch parteipolitisch akzeptiert. Für die „Wiederaufforstung der primären sozialen Netze“ gibt es inzwischen probeweise bescheidene Förderprogramme der öffentlichen Hand und etablierter sozialer Träger. Honoriert wird die „ergänzende“ Kompetenz der Gruppen für Defizite im persönlichen, zwischenmenschlichen Bereich und für Dienstleistungen im Nahbereich, für die Motivstränge zwei und drei also. Nicht honoriert wird die Kompetenz von selbstorganisierten Gruppen für Defizite in demokratischer Teilhabe. Unbeliebt und ausgeblendet ist der Motivstrang „Demokratiekritik“. Das aber kommt einer Beschneidung um den eigentlichen kreativen Teil gleich. Warum?

In Gruppen wird die Beziehung zwischen dem, was privat erfahren, und dem, was gesellschaftlich wird, neu geprüft und bestimmt. In Gruppen bündelt sich persönliches Betroffensein zu einem kollektiven Befund. Was im Alltag des einzelnen als Ohnmacht, als Versagen und

Schuld erscheint, das wendet sich in der Gruppe zum gemeinsamen Auftrag. Aus Betroffenen werden Betreiber, aus Passivität wird Selbstorganisation. Was den einzelnen überfordert, wird in der Gruppe erprobbar: eigenständiges Handeln in der Gesellschaft. Dieses primäre Bedürfnis, den eigenen Lebensraum spürbar mitgestalten zu können, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Ausdruck von Mündigkeit. Damit revidiert der einzelne sein Verhältnis zum „Staat“. Nachdem er den Abstand zwischen sich und dem institutionellen Rahmen als

unüberbrückbar weit erfahren hat, sucht er sich eine neue Gestalt, um Gestaltungsautonomie zurückzugewinnen. In diesem kreativen Akt steckt eine gründlich andere Vorstellung von Politik. Die eigene subjektive Erfahrung wird zum berechtigten politischen Thema. Der Gegenstand von Politik ist nicht länger nur das Allgemeine und Öffentliche, sondern ebenso das Besondere und Persönliche. Die Trennung zwischen Privatem und Politischem wird bestritten: „Das Private ist das Politische.“⁵ Mit diesem Credo ist eine neue Annäherung an

Drei Motivstränge führen zum Engagement in Selbsthilfe- und Initiativgruppen:

Defizite in der Demokratie	Defizite in der Lebenswelt	Defizite im Persönlichen
Ohnmachtserfahrungen als einzelner	Betroffenheit durch erlebte Mißstände (auch mittelbar)	Vereinzelung, Grenzen und Auflösung der Familie
Unzulängliche Interessen- vertretung für Grundbedürfnisse, für Immaterielles, für Langzeit- perspektiven, Human- und Naturverträglichkeit	„entfremdete“ Arbeitssituation Arbeitslosigkeit	Suche nach menschlich wichtigen Bezügen, nach Orientierung, Sinn, Emanzipation
Komplexität und Unbeweg- lichkeit etablierter Organismus	Bedrohung von Lebensqualität	Abbau von fremder Abhängigkeit
Versagen von Kontrolle	Identifikation mit benachteiligter Minderheit neue Ziele, Werte	Solidarisierung mit Gleichbetroffenen erfahrbare eigene Lebensgestaltung



Politik möglich und nötig. Sie geschieht mit der neuen kleinen Kollektivgestalt Gruppe. Damit überhaupt ein Austausch zwischen unten und oben, zwischen dem einzelnen und dem Rahmensystem in Gang gebracht werden kann, braucht es einen Transformator, der Mikro-Realität in Makro-Struktur übersetzt. Damit wird potentiell die Gruppe zur kleinsten gestaltungs-„mächtigen“ Einheit im gesellschaftlichen Raum, zum selbstgeschaffenen Akteur, zum politischen Subjekt. Und das bedeutet Rückgewinnung von Souveränität und Aneignung von Demokratie.

Es sei erlaubt, das berühmte Zitat von Kant anzuwenden: „Aufklärung ist der Ausweg des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündig ist, wer sich seines Verstandes nicht selbsttätig bedient . . . (aus) Mangel an Mut und Entschiedenheit“ (aus dem Programm des Jahres 1784). Das bedeutet gegenwärtig: Die Gruppe ist ein Ausweg der Bürger aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit, indem sie den Mut aufbringen, sich ihres Verstandes selbsttätig zu bedienen. Dies ist ein Schritt auf dem mühsamen Weg zur aufgeklärten Demokratie.

Gespeist aus der Betroffenen-Motivation ihrer Mitglieder drängt die Gruppe auf gesellschaftliche Verbesserungen. Auch in der Dialektik von Veränderungsprozessen nimmt die Gruppe eine Schlüsselstellung ein. Auf der einen Seite bejaht sie die Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder, erhebt sie zum Thema und bietet tendenziell eine ganzheitliche Beteiligungsweise an. Dadurch unterstützt, ja ermöglicht die Gruppe einen Prozeß der Selbstveränderung. Dieser Prozeß der Selbstveränderung erfaßt die verbindlich engagierten Gruppenmitglieder auch dann – oft unvorhergesehen –, wenn es zunächst nur um Veränderung von äußeren Realitäten geht. Und andererseits: Auch wo es zunächst nur um Selbstveränderung geht, werden in der Gruppe die ge-

sellschaftlichen Implikationen persönlicher Schicksale bewußt; deshalb mündet der nach innen gerichtete Prozeß ab einem gewissen Bewußtseinsstand meist in einen Impuls zur Außenveränderung. So variieren innen- und außenorientierte Phasen innerhalb einer Gruppenbiographie. Aber auch die Gesamtpalette von bestehenden Gruppen umfaßt diese Variationsbreite – mit den aktivistischen Protestgruppen auf der einen Seite des Spektrums und den kontemplativen New-Age-Gruppen auf der anderen. Der für gewachsene Veränderungsprozesse notwendige Austausch zwischen Individuen und Gesellschaft, zwischen Bewußtsein und Realität beschleunigt sich in Gruppen. Sie haben eine synthesebildende Rolle im dialektischen Wechsel von Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung. Auch in diesem Sinne sind sie Transformatoren.⁶

Selbstorganisierte Gruppen sehen sich als Vorhut gesellschaftlich notwendiger Lernprozesse. Sie erproben mit wenigen Entwürfe für viele. Der Slogan „denke global, handle lokal“ gibt das wieder. Als unruhiges Gewissen einer Gesellschaft, die unter Zeitdruck steht, und angesichts des oft selbstausbeuterischen Einsatzes, den sie erbringen, sind engagierte Gruppen von einer verständlichen Ungduld. Sie verbuchen als Mißerfolg, was sie nicht erkennbar im unmittelbaren Zusammenhang mit ihren Aktivitäten erreichen. Sie thematisieren Mängel, sie mobilisieren Bearbeitungsbereitschaft, sie aktivieren Sachverstand. Aber die Innovationen, die sie verfolgen, brauchen oft einen langen Atem. Und doch: Neben vielen tatsächlichen Rückschlägen gibt es Veränderungen in der öffentlichen Handlungsbereitschaft, die unbestritten durch Bürger-Initiative eingefordert worden ist. Der Basisdruck kann die Qualität von informellen Plebisziten annehmen, die ihre Wirkung auch dann nicht verfehlen, wenn ihre Inhalte 'auf der politischen Entscheidungsebene (zu-

nächst) zurückgewiesen werden.

Das hat Folgen z.B. für die krisenverstärkten Fragen nach dem Stand unserer demokratischen Kultur und der Wirkung von politischer Bildung. Als Akteure in gesellschaftlichem Umfeld sind selbstorganisierte Gruppen immer auch Vermittler von Demokratie-Erfahrungen und damit „Träger“ von politischer Bildung im Sinne von Handlungslernen. Gegen die Evidenz von eigenem Erleben kommt auf die Dauer keine „Maßnahme“ der institutionellen Bildungsarbeit an. Die Lektionen der real existierenden Demokratie sind eine ständige Korrektur zu den Lektionen von Lehrveranstaltungen. Wenn Millionen von Bürgerinnen und Bürgern sich in Gruppen engagieren, dann geschieht außerhalb der formellen Träger und ihrer Angebote massenhaft informelles Lernen. Hier wird politische Bildung zum Ernstfall. In Umkehrung des Denkmusters: durch politische Bildung zur Beteiligung, praktizieren die Gruppen: durch Beteiligung zu politischer Bildung. Obwohl engagierte Gruppen gerade in ihrem demokratie-kritischen und damit kulturellen Aufruf überhört werden, ist ihr Auftreten im politischen Kräftefeld der deutlichste Beleg für gewachsene demokratische Kultur.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion hat sich als Sammelbegriff für die auf Veränderung drängenden Gruppen die Bezeichnung „neue soziale Bewegungen“ eingeführt⁷. Dieser Begriff unterstellt eine Homogenität, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Das eben unterscheidet die Gruppen der neuen sozialen Bewegungen von z.B. der Arbeiter- oder Jugendbewegung, daß sie sich nicht mit dem Ziel der großen Zahl unter eine gemeinsame Führerschaft begeben (ein formuliertes Programm, eine Leitpersönlichkeit, eine Interessenorganisation). Vielmehr besteht ihr Selbstverständnis ausdrücklich auf Eigenständigkeit: Subjekte, die für sich selbst sprechen. Dieses starke Bedürfnis nach Selbst-

definition führt die konstituierenden Merkmale der Gruppen an. Essentials sind: Autonomie – Selbstgestaltung – Solidarität (Sozialengagement) – Betroffenheit⁸.

Im Kontrast zum traditionellen Appell „gemeinsam sind wir stark“ formulieren sie: „das Trennende ist unsere Stärke“⁹. Manche vorgedachte Vernetzungsidee ist im Basisgestrüpp der Einzelgruppen hängengeblieben. Gemeinsam ist das Mißtrauen gegen alles Vereinheitlichen; gemeinsam ist die Abwehr gegen alles Institutionelle; gemeinsam ist die Verweigerung gegenüber hierarchie-schaffenden Strukturen. Dies wissend, ist das „Leitbild einer Selbsthilfegesellschaft“ fraglich, „in der autonome soziale Organisationen schrittweise wieder übernehmen können, was ein überzentralisierter, überbürokratisierter Staat den Bürgern mehr und mehr abgenommen hat, Fürsorge oft mit Herrschaft und Entmündigung fatal verknüpfend“¹⁰. Derzeit jedenfalls hat die stark betonte Autonomie auch ihre Kehrseite. Schwach ist die Vielzahl der lose verbundenen Gruppen, wenn es um ihre Artikulation im etablierten politischen Raum geht. Weil ihre Themen nicht-kommerziell sind und damit nachgeordnet behandelt werden, aber auch, weil sie kaum starke Dachverbände bilden, ist ihre Lobbywirkung gering. So kommt es, daß ihre Forderung nach Teilhabe auch an den finanziellen Ressourcen zwar unterdessen von Politik und Verbänden gehört wird, aber – wenn überhaupt – nur unter filternden Vorzeichen erfüllt wird.

Dabei vertreten die Gruppen, ihrem ganzheitlichen Ansatz gemäß, eigentlich eine Abkehr von segmentierter Problembearbeitung. Da sie aber auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sind, unterwerfen sie sich den ressort- und bedarfskonformen Kriterien von Haushaltstiteln. So werden die Gruppen mit einem öffentlich finanzierten „Auftrag“ eingewiesen in gesellschaftliche Nischen; sie werden damit tendenziell Bestand-

teil der Interessen des Systems, das sie verändern wollen. Öffentlich finanziert wird nicht der demokratische Reformaspekt, sondern der kostengünstige Versorgungsaspekt in der Arbeit von Gruppen.

Die Instrumentalisierung ist eine der Versuche, die den Anspruch, als autonome politische Subjekte aufzutreten, relativieren. Weitere Schwachpunkte, die in der „Szene“ gesehen werden, sind der Pragmatismus (zum Überleben), die Konkurrenz mit anderen Gruppen, die fehlende gesamtgesellschaftliche Perspektive und der Rückzug ins Bescheidene.

Es steht auf der Kippe: Werden die Gruppen als innovative Gestalt in unserer Gesellschaft die lange Durststrecke schwacher Erfolge und blasser Visionen überstehen? Werden sie den langen Weg der Aneignung einer demokratischen Lebensform weitergehen, auf dem sie mit der neuen Form auch eine andere Weise zu denken

und zu handeln finden müssen? Es wäre viel gewonnen, wenn dieser „Auftrag“ erkannt würde – von den Gruppen selber, damit sie ihre mehrschichtige Identität durchhalten, erkannt aber auch von den politisch Mächtigen, damit sie ihre Macht nicht dazu mißbrauchen, die Ohnmacht derjenigen zu vergrößern, die ihre demokratischen Auftraggeber sind.

Die parlamentarische Demokratie lebt nicht nur vom Ehrenamt, wie Theodor Heuss sagte, sondern auch vom Selbstvertrauen der Bürger, Macht begrenzen und widerrufen zu können. Der Staat wäre „mündig“, wenn er dieses Selbstvertrauen der Bürger stützte statt schwächte. Denn die Selbstorganisation von Bürgern in tausenden von Gruppen ist – obwohl in der Verfassung nicht vorgesehen – eine „Erfindung“, die dem Demokratiegebot nachkommt. Sie war nötig, denn die Aneignung von Gestaltungsrechten von unten erweist sich als mühsam.



Nach 40 Jahren ist unsere Demokratie nicht mehr jung; sie hat ihre Biographie, ihre Erfahrungen und Verletzungen; ihr Erschrecken über sich selbst. Nach der Midlife-crisis ist es ein Zeichen der Reife, mit Paradoxien leben zu können. Das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat ist ein solch paradoxer Auftrag: Der Bürger als mündiger Akteur muß es hinnehmen und bejahen, daß er den Staat gerade dadurch demokratisch stützt, daß er ihm widerspricht. Und der Staat muß bejahen, daß er den Bürger als politisches Subjekt unterstützt (auch finanziell), damit er ihm widerspricht. Das eben zeichnet den gereiften demokratischen Rechtsstaat aus, daß er die Arbeit seiner „Gegeninstanz“ an der Basis genauso gewährleistet wie die parlamentarische Ordnung die Arbeit der Opposition.

Die selbstorganisierten Gruppen sind nur die aktuelle Gestalt, in der die Bürger sich behaupten. Wenn der Staat diese Akteure unterschätzt, dann unterschätzt er verhängnisvoll seinen eigenen Bedarf an kreativem Widerspruch. Auch uns wird die Demokratie letztlich nicht geschenkt.

Diemut Schnetz ist Pädagogische Referentin im Evangelischen Bildungswerk Erlangen, seit 1975 im Vorstand der Stiftung DIE MITARBEIT, Bonn, tätig und Mitglied der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

* Dieser Beitrag erscheint gleichzeitig in Hildegard Hamm-Brücher/Norbert Schreiber (Hrsg.): Die aufgeklärte Republik – Eine kritische Bilanz, C. Bertelsmann-Verlag: München 1989.

Anmerkungen

- 1 *Dem Ziel, Bürgerbeteiligung zu fördern, um die Demokratie zu stärken, dienen auch die drei fast gleichzeitig entstandenen Einrichtungen: die Aktion Gemeinsinn e.V. (gegründet 1961), die Stiftung DIE MITARBEIT (gegründet 1962/63), die Stiftung Theodor-Heuss-Preis e.V. (gegründet 1964)*
- 2 *Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft politische Bildung vom April 1988. Zitiert nach den „Materialien zur politischen Bildung“, Nr. 2, 1988*
- 3 *Es gibt unterdessen auch überregionale Zusammenschlüsse von Selbsthilfe- und Initiativgruppen. Eine Dokumentation über 200 Dachverbände hat die Stiftung DIE MITARBEIT erstellt: „Selbsthilfe-Netz“. Verlag Klartext, Essen 1988*
- 4 *Brigitte Runge und Fritz Vilmar, „Handbuch Selbsthilfe“, Verlag 2001, Frankfurt 1988, S. 73 und 75*
- 5 *Eine Vertiefung dieser Gedanken findet sich bei Tilman Evers: „In einer solchen Vorstellung von Politik verliert der Staat seine bisherige Zentralstellung für alles Politische: ‚Politik machen‘ heißt nicht mehr selbstredend: Aus der Gesellschaft auf den Staat wirken oder aus dem Staat auf die Gesellschaft wirken. Die ‚politisch‘ wichtigen Veränderungen lassen sich nach dieser neuen Vorstellung nicht mit staatlichen Mitteln wie Gesetzgebung, Verwaltung, Geld oder Gewalt durchsetzen. Sie müssen sich an der ‚Basis‘ als schrittweise Veränderung gesellschaftlicher Alltagspraxis vollziehen. Das geht nur durch eigenes „Anders-Tun“, das dann als Modell auf andere wirken kann. ... Politik wird also letztlich nicht gemacht, sondern gelebt.“ Aus dem Manuskript „Politik in der ersten Person“. Ev. Akademie Hofgeismar*
- 6 *Vorrangig mit dem Aspekt persönlicher Veränderung in psychosozial orientierten Gesprächsgruppen befassen sich die bekannten Bücher: Horst Eberhard Richter, „Die Gruppe“, Reinbek 1974, und Michael Lukas Moeller, „Selbsthilfegruppen“, Reinbek 1978*
- 7 *Dazu der Aufsatzband „Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland“, hrsg. von Roland Roth und Dieter Rucht, Frankfurt/Main 1987*
- 8 *B. Runge und F. Vilmar, „Handbuch Selbsthilfe“, a.a.O., S. 51*
- 9 *Titel eines Protokollberichts von J. Jarre und H. Krebs über eine Tagung der Stiftung DIE MITARBEIT „Soziale Initiativ- und Selbsthilfegruppen in kommunalen Aktionsfeldern“. Loccumer Protokolle 1987, S. 53*
- 10 *B. Runge und F. Vilmar, „Handbuch Selbsthilfe“, a.a.O., S. 31*

Klaus Vack

Blick zurück ohne Zorn? – Einige politisch-persönliche Auskünfte über Engagement und Organisation sozialer Bewegungen

Mai 1945: Der Zweite Weltkrieg ist „zu Ende“. Nazi-Deutschland hat bedingungslos kapituliert (8. Mai 1945). Mutter holt mich heim nach Offenbach (in den „Westen“). Zurück aus dem am 1. April 1945 im „Stellungskrieg“ zwischen deutschen und US-amerikanischen Militäreinheiten in Schutt und Asche gelegten Dorf Kaltenwestheim (demnächst sowjetische Besatzungszone; später DDR).

Am 17. Mai 1945 ist mein zehnter Geburtstag. „Kriegskinder“ sind wir und zugleich die Kinder der ersten Nachkriegszeit. Kinder ohne Kindheit. Nicht infantil. Die Zerstörung ringsum; der Kampf gegen den täglichen Hunger; das Schicksal des nur durch Fotos „vorhandenen“ Vaters in Kriegsgefangenschaft ungeklärt: Im „Nie wieder!“ kann sich ein zehnjähriges Kriegskind im Mai 1945 durchaus „wiederfinden“.

Was bald bei den meisten „vernarrt“, schwellt später als immerwährende Wunde, pocht, treibt um und drängt immer erneut zu der Frage: Warum haben nur wenige dieses „Nie wieder!“ sich bewahrt? Warum die massenhafte Verdrängungsleistung, diese vollmundige und verblasene Phrase „von der Gnade der späten Geburt“? 23. Mai 1989, Null Uhr. Einige hundert Leute haben wir uns versammelt. Wir stehen im großen Kreis vor Tor 1 des US-Giftgasdepots Fischbach, im südlichsten Zipfel der Westpfalz, direkt an der Grenze zu Frankreich gelegen. Später werden wir weitere Tore des Depots blockieren. Bis 24 Uhr.

Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Also heute vor 40 Jahren. Eine Verfassung mit wichtigen menschenrechtlichen Postulaten: Die Würde des Menschen ist unantastbar; Leben und Unversehrtheit sind geschützt. Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit

– zentrale demokratische Eckpfeiler – werden im Grundrechte-Katalog der Verfassung garantiert.

Eine Verfassung aber auch, die von Anfang an – wie oft haben sich die Väter und wenigen Mütter des Parlamentarischen Rats auf die „verheerenden Lehren“ der Weimarer Republik berufen?! – das Kainsmal eines tiefen Mißtrauens in sich trägt. Das Mißtrauen gegen die Bürgerinnen und Bürger, gegen „das Volk“. Diese Tendenz wurde in den 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland noch deutlicher. Unter anderem durch die „Notstandsgesetze“. Durch eine nie stattgefundene, obwohl grundrechtlich gebotene Reform des Strafgesetzbuches. Durch „das Berufsverbot“. Und immer wieder durch eine extensive und restriktive Ausnutzung der vorsorglich in das Grundgesetz – gerade in wichtige Grundrechtspostulate – eingebauten Formulierungen: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Genau in diesem Mai 1989 wurden mit einem neuen Bündel von (Un-)„Sicherheitsgesetzen“ weitere für die Demonstrationsfreiheit unverzichtbare demokratische Grundlagen zu eliminieren versucht.

Der 23. Mai 1989 ist also als Jahrestag in besonderem Maße geeignet, jenseits von selbstgefälligen Jubelfeiern mit Sitzblockaden vor den Toren eines C-Waffenlagers das unteilbare Grundrecht der Demonstrationsfreiheit buchstäblich beim Wort zu nehmen und zugleich der Präambel unserer Verfassung gemäß „dem Frieden der Welt zu dienen“.

1951, 16jährig, sechs Jahre nach 1945, im dritten „Geburtsjahr“ der Bundesrepublik Deutschland, stoße ich zur Offenbacher Jugendgruppe der „Naturfreunde“, einer während des „Dritten Reiches“ verbotenen Arbeiter-Kultur- und Wander-Organisation. Der bereits etablierte

Antikommunismus hat das „Nie wieder!“ von 1945 sehr leise werden, ja schon fast verstummen lassen. Bei den „Naturfreunden“ ist dies jedoch anders; Erinnerungen und konsequentes Engagement leben hier weiter. Wir Jungen – noch in Übereinstimmung mit den Führungen von SPD und Gewerkschaften – agieren, demonstrieren und mobilisieren gegen die Remilitarisierung.

Es ist aus heutiger Sicht fast noch weniger verständlich, was wir schon damals nicht begreifen konnten: Der Vatikan hatte 105 Millionen Tote (Soldaten, KZ-Opfer, Zivilisten unter den Bombenangriffen, Deportierte, Flüchtlinge und Opfer einer Kriegsführung der „verbrannten Erde“) zwischen dem Kriegsbeginn (1.9.1939) und den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki (6. und 9. August 1945) sowie darüber hinaus durch Kriegsgefangenschaft und Vertreibung errechnet. Deutschland hatte diesen Krieg vorbereitet und mit dem Überfall auf Polen ausgelöst. Und noch keine zehn Jahre später gab es eine „Bundeswehr“ (in der DDR eine „Volksarmee“). Bald bemühte sich die Bundesregierung um die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden sowie um die Mitverfügung über „die Bombe“.

Ja, es gab Massendemonstrationen. Es entstand „Kampf dem Atomtod“, getragen von einem Kuratorium von SPD, Gewerkschaften, Prominenten aus Wissenschaft, Kirchen, Kultur u.ä. Aber die normative Kraft des „Kalten Krieges“ und das blühende „Wirtschaftswunder“ ließen den Widerstand erlahmen. Die SPD konnte die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ abdrehen wie einen Wasserhahn. Und die meisten, die das „Nie wieder!“ von 1945 noch mahnend im Ohr hatten, resignierten und schlossen sich bald auch dem Strom der neuen Wohlstandseuphorie an.

Den Niederlagen von 1933, 1939 und 1945 folgte Ende der 50er Jahre eine andere Niederlage,

zwar weniger grausam und weniger brutal, aber gemessen an demokratisch-humanen und friedenspolitischen Kriterien mit nachhaltigen, immer neuen Gefahren und Gefährdungen heklenden, die Grund- und Menschenrechte mißachtenden Konsequenzen.

Um 1959, also um das zehnte „Geburtsjahr“ des Grundgesetzes und der Bundesrepublik Deutschland, werden die Bausteine, die die reale Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bis heute bestimmen, gelegt: staatliche und wirtschaftliche Restauration, Teilhabe am Wettrüsten, Pflege altgewohnter Feindbilder, gesellschaftlicher Konformismus, militärisch-wirtschaftlicher Komplex (z.B. in der Atompolitik oder durch Rüstungsexporte), Raubbau der natürlichen Lebensgrundlagen ... Freie Marktwirtschaft statt Solidarität, Konsum-Wohlstand statt Mitbestimmung, Antikommunismus statt Bürgerrechten, „Fortschritt“ statt Lebensqualität, Rüstung statt Entwicklungshilfe, Konfrontation statt Völkerverständigung ... Und alles unter einer sogenannten „Freiheit“ nach der Devise: Ellenbogen frei – immer mehr, immer weiter, immer schneller, immer höher hinaus. Aber auch; Ende der 50er Jahre bildete sich in kleinen Anfängen die erste unabhängige Protestbewegung von unten heraus. Es waren Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten, Bürgerrechtler, undogmatische Sozialisten, Reste „der anderen Arbeiterbewegung“ (Syndikalisten, Anarchisten, Rätedemokraten), Arbeiterjugendliche, engagierte Christen, Schriftsteller, einige Hochschullehrer, die SDS-Studenten (um die wichtigsten Zusammenhänge zu nennen), die sich zunächst als Einpunkt-Bewegung unter der Parole „Die Bombe muß weg!“ mit der Aktionsform der Ostermärsche zusammantaten.

Dieser damalige, „urwüchsig“ entstandene, basispolitische, auf Engagement „in eigener Person“ orientierte Neuanfang widerspricht und

widersteht der sich etablierenden „realen Verfassung des repräsentativen Absolutismus“ (W.-D. Narr) und reklamiert die demokratischen, menschenrechtlichen, sozialen und friedenspolitischen Verfassungspositionen. Der Parole „Die Bombe muß weg!“ folgt konsequent der Slogan „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie!“.

Außerparlamentarische Opposition, Protestbewegungen gegen den US-Krieg in Vietnam, gegen Notstandsgesetze und Springer-Hetze, die '68er Studentenrevolte sind ohne diesen Neubeginn mit dem ersten Ostermarsch 1960 über vier Tage, sternförmig von Hamburg, Hannover und Braunschweig zum atomaren Raketenstützpunkt Bergen-Hohne nicht denkbar.

Und ebenso führt von 1968 der Weg der Frauenbewegung, Bürgerinitiativen, Umweltgruppen, Dritte-Welt-Projekte, aber auch über die Renaissance der „konkreten Utopie“ für eine emanzipatorisch-solidarische sozialistische Gesellschaft hin zu dem, was in den letzten Jahren unter dem Begriff „Neue soziale Bewegungen“ zu erfassen versucht wird.

Aus heutiger Sicht könnte sich trotz vieler Brüche, Irrwege und Fehler in der Betrachtung dieser 30 Jahre unabhängiger außerparlamentarischer Basisbewegung der Eindruck einer langfristig angelegten politischen Strategie aufdrängen, die es jedoch aus meiner rückblickenden Wahrnehmung als eines Akteurs der „ersten Stunde“ am Anfang nicht gab.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.“ Aber führt der erste Schritt (oder der zweite, dritte oder vielleicht der zwölfte oder hundertste) (immer) auf den richtigen Weg? Und was ist es, um Goethes Faustische Frage abzuwandeln, was die Welt der Neuen Sozialen Bewegungen „im innersten zusammenhält“? Auch nach 30 Jahren außerparlamentarischen und basispolitischen – meines Erachtens durchaus oft erfolg-

reichen – Engagements und entsprechender Erfahrungen könnte (und möchte) ich keine pauschale Antwort auf diese Frage zu geben versuchen.

Aber vielleicht doch einige Auskünfte darüber, was bedenkens- und beachtenswert wäre, wenn man ohne Zorn zurückblickt, um die eigenen und um „fremde“ Erfahrungen reflektieren zu können.

Erste Auskunft: Friedensbewegung oder: Frieden ist der Weg

Karfreitag im April 1961. Am Vormittag haben wir uns in Miltenberg am Main auf den Weg gemacht. Etwa 300 Atomwaffengegner. Der erste hessische Ostermarsch. Etwa 100 km zu Fuß über Obernburg, Aschaffenburg, Hanau, Offenbach nach Frankfurt. Meist auf Nebenstraßen. Teilweise durch verschlafene Spessartdörfer, verregnete Wälder.

Am Ostermontagsmorgen in Offenbach sind wir gut tausend DemonstrantInnen. An der Kundgebung auf dem Römerberg nehmen dann über 3000 Menschen teil. In diesem Jahr gibt es viertägige Ostermärsche u.a. nach Hamburg, Nürnberg, Stuttgart oder München und im Ruhrgebiet.

Die eigentlich noch junge und doch schon im (neuen Wohlstands- und Anti-Kommunismus-) Konformismus bereits erstarrte Republik nimmt die neue Protestform kaum oder verständnislos oder mit Diffamierungen zur Kenntnis („Berufsprotestierer“, so damals schon Franz Josef Strauß; „Vom Osten gesteuert“, so der SPD-Politiker Herbert Wehner).

Und doch: Über die Spanne von zehn Jahren Ostermärschen, die von Karfreitag bis Ostermontag zusammenkommen, bald die Bundesrepublik über tausend Kilometer Demonstra-



tionsstrecke sternförmig überziehen (z.B. Ostern 1963: 21 Märsche, 130 Kundgebungen und Veranstaltungen, 34000 TeilnehmerInnen), verändern sich schrittweise die Demonstrationenkultur und das Politikverständnis bei immer mehr Menschen. (Helmut Gollwitzer: „Endlich marschieren junge Deutsche mal nicht auf Befehl und nicht wieder in den Krieg, sondern aus freien Stücken und gegen den Krieg.“) Die neuen Aktionsformen bestehen nicht nur im jährlichen Ostermarsch (wir bezeichnen die Märsche jedoch bald als die „Korsettstange“ der APO), sondern in einer – von 1933 bis 1945 brutal und ab 1945 subtil verdrängten – demokratischen Kultur mit offenen Diskussionsforen (später teach-in genannt), politischen Kulturrevuen, in denen sich Künstler solidarisieren und engagieren können, eigenen Ostermarschsongs, Straßendiskussionen, Straßenmusizieren, Straßentheater o.ä., ersten Ansätzen zum zivilen Ungehorsam (später sit-in oder go-in genannt). Die neue Form politischen Engagements läßt sich am ehesten auf den Punkt bringen: „Die“ Deutschen hatten endlich begonnen, das Demonstrieren und das zivile Protestieren zu lernen.

10. Oktober 1981. Die große und bunte Friedensdemonstration von über 300000 Menschen auf der Hofgartenwiese in Bonn. Wir „Alten“ sind dabei und demonstrieren nun mit tausenden nachgedruckter Plakate verschiedener Ostermarsch-Slogans der 60er Jahre mit der „neuen“ Friedensbewegung. Ein „Veteran“, der wie ich von 1961 bis 1969 jeden Ostermarsch mitgemacht hatte, umarmt mich: „Klaus, heute ist der Ostermarsch angekommen.“

Ich will nicht leugnen: auch mich berührte eine emotionale Hochstimmung. Doch ist der Ostermarsch an jenem 10. Oktober 1981 wirklich angekommen? Die Erfahrungen warnen; nicht nur wegen der Arroganz der Macht von oben, die sich dann 1983 (Raketenbeschluß der Mehrheit

des Deutschen Bundestages) über die berechtigten Sorgen und Ängste der Bevölkerung glaubte hinwegsetzen zu können; sondern vor allem in Erinnerung an Ghandis „Frieden ist der Weg“. Und in diesem Sinne möchte ich Auskunft geben: Die basispolitischen Initiativen und Bewegungen (also wir) können sehr wohl Schritt für Schritt *vorankommen*; aber der Prozeß der Emanzipation, der „Befreiung“, der Gerechtigkeit ist unendlich. Und so gesehen werden wir „nie“ *ankommen*.

Schon deshalb wäre es falsch, einer Generation alle Entbehrungen und Unfreiheiten aufzubürden mit dem Hinweis auf eine „lichtvolle Zukunft“, die man vielleicht gerade noch erleben könnte, die den Enkeln jedenfalls sicher sei. Vielmehr lohnt es sich, die Risiken des friedvollen Engagements zu wagen. Um des Friedens – aber auch um unserer Selbst hier und heute willen. Das friedenspolitische Ziel zahlt sich nicht erst dann aus, wenn es „am Ende“ voll und ganz erreicht sein könnte. Wir wissen uns im Engagement für Frieden (und gleiches gilt z.B. für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für unverkürzte Menschenrechte), so prekär es auch in der Wirklichkeit um sie stehen mag, der



richtigen Sache verpflichtet. Wir gewinnen aus der Solidarität anderer und mit anderen. Wir finden neue Formen der Geselligkeit. Der Gewinn für jede und jeden einzelne(n) ist schon auf dem Weg groß. Wir sollten den Weg nicht zu gering veranschlagen, nur weil das „große Ziel“ in weiter Ferne liegt.

Zweite Auskunft: „Friedliche“ Atomspaltung Lernprozesse – immer erneut und „die Macht von unten“

Kurz nach Ostern 1962. Robert Jungk meldet sich zu Wort. Er habe beim diesjährigen Ostermarsch unter den – im üblichen Layout gedruckten – „Sandwich“-Slogans auch den Text gelesen: „Atomwaffen Nein! – Für die friedliche Nutzung der Kernenergie!“. Er sei entsetzt, einem Kuratorium anzugehören (dem Kuratorium der westdeutschen Ostermarschbewegung), das dem allgemeinen Trugschluß aufsitze, es könne eine zivile und damit von dem atomaren Wettrüsten unabhängige oder gar risikofreie Atomspaltung geben.

Wir laden Robert Jungk zu einer Diskussion in kleinem Kreise ein. Jungk zeichnet uns ein Szenario der großen Gefahren jeglicher atomarer Strahlenfreisetzung, auch der „kontrollierten“ für „zivile“ Zwecke: im Gesundheitswesen, in der Strahlenbiologie, vor allem aber zur Energiegewinnung und letztendlich durch den anwachsenden Berg von Atom„müll“.

Später schreibt Jungk sein Buch „Der Atomstaat“, und vieles, was dort – heute von der Realität längst eingeholt – an Gefahren für Gesundheit und Leben ebenso wie auch für eine demokratische Politik prognostiziert wird, hatte Robert Jungk schon 1962 „im Kopf“.

Aber er scheint damals selbst uns jungen Friedensaktivisten ein „Prediger in der Wüste“. Vie-

le sind skeptisch. Allzu schlichte Denkweise fällt auch bei uns – die wir noch wenig Erfahrung mit dem „großen politischen Geschäft“ haben – auf fruchtbaren Boden und trübt die Kritikfähigkeit: „Man kann doch nicht immerzu nur nein sagen.“

Und könnte die „friedliche Atomnutzung“ nicht ein Ausweg aus der schon wahrnehmbaren Umweltzerstörung und der sich abzeichnenden Ressourcenverknappung bei der herkömmlichen Energiegewinnung sein? Rachel Carsons „Stummer Frühling“ – gerade in den USA erschienen, aber noch nicht ins Deutsche übersetzt und somit nur bruchstückhaft wahrgenommen – wirkte als Menetekel; so erkannten wir vorläufig nur die halbe Wahrheit.

Der von Robert Jungk damals vor einer kleinen Gruppe von oppositionellen Aktivisten angestoßene Lernprozeß bedurfte aber nicht erst der Ereignisse am Rande der Katastrophe in Windscale oder Harrisburg und 1986 der Atomkatastrophe von Tschernobyl, um in der Atomfrage in „zivilen“ Sektoren zu einem gründlichen Umdenken zu führen. Daß wir Ostermarschierer die falsche Parole von der „friedlichen Atomspaltung“ aus unserem Aufklärungsrepertoire strichen, war jedoch nur ein kleiner Anfang. Mit Beginn der 70er Jahre, als Massenproteste von Wyhl bis Brokdorf, von Gorleben bis Kalkar, von Hamm-Uentrop bis Wackersdorf die herrschende Fortschritts- und Sicherheitsphilosophie nachhaltig erschütterten, war aus Robert Jungks Mahnung eine zu neuem ökologischen Denken bewegende Kraft geworden.

Es ist verständlich, daß wir manchmal verzweifeln möchten, weil die Gefahren anscheinend schneller turmhoch aufwachsen als die Protest- und Widerstandsbewegungen dagegenhalten können. Auch hierzu eine Auskunft – ganz im Sinne Robert Jungks früher Warnungen: Auch wir müssen stets bereit sein hinzuzulernen, aber

Zukunft haben die, die Angst haben und doch handeln.

Als in der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig und mit im wesentlichen gleichen Konzepten und gleichen Quantitätsplanungen wie in Frankreich die zweite Phase des „zivilen“ Atomprogramms „in Angriff genommen“ wurde, entstanden bei uns die ersten Bürgerinitiativen und die Anti-AKW-Bewegung. In Frankreich gabe es eine solche, auch nur geringfügig vergleichbare Protestbewegung nicht. Sie entsteht erst heute, über zwanzig Jahre später.

Inzwischen ist Frankreich mehr als doppelt so stark vom Atomstrom abhängig und dementersprechend dichter mit AKWs gepflastert als die Bundesrepublik (obwohl die westdeutsche Atomindustrie gegenüber der französischen zweifellos über „perfekteres“ und „sicheres“ technisches Know-how verfügt).

Und wenn die WAA zu Wackersdorf aus „finanziellen“ Gründen fallengelassen wurde, so sind hier vor allem die „sozialen Kosten“ der zentrale Verteuerungsfaktor, sprich die Demonstrationen in der Region, der Akzeptanzverlust über die Region hinaus in den letzten Winkel der Republik, die Einwendungen, Anhörungen, Prozesse und damit auch die erforderliche ständige massive Polizeipräsenz und die zusätzlichen „Heere“ von Planern, Bürokraten, Juristen usw. So sind gewiß nicht nur in der Atompolitik die sozialen Bewegungen – obwohl vielfältig und unkoordiniert und in keiner Weise verwaltet – in ihrem Widerstand gegen die bornierte, stets so lange wie möglich an ihrer bedrohlichen Politik festhaltenden Macht von oben selbst zum „Machtfaktor“ von unten geworden. Sie setzen die, die Ämter und Macht haben, unter Druck und nötigen sie, wenn auch widerwillig, vieles durchaus Richtige zu tun, was sie von alleine nie tun würden.

In seinen „Memoiren“ lobt Franz Josef Strauß den ansonsten von ihm nicht gerade geliebten

Helmut Kohl, daß er in Sachen WAA Wackersdorf oder in Sachen Raketenstationierung nicht „dem Druck der Straße“ nachgegeben habe. Ohne nun Äpfel mit Birnen zu verwechseln (obwohl beides wohlschmeckende Früchte sind, ebenso wie Frieden und Freiheit), sind es in diesen Wochen gerade „der Druck der Straße“ und „die Abstimmung mit den Füßen“, die auch in der DDR auf einen demokratischen Wandel hoffen lassen. Und wenn ein westdeutscher Rundfunk-Kommentator vor Ort während der Demonstrationen in Leipzig die „Neuen Sozialen Bewegungen“ in der DDR bejubelt, dann fällt mir dazu nicht nur ein, „daß das weiche Wasser in Bewegung mit der Zeit den mächtigen Stein besiegt“ (Bertolt Brecht), sondern auch, daß wir unter unseren Bedingungen und bei den Problemen, die hierzulande anstehen, über Lernen, Aufklären und Handeln die Verkrustungen, die die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ längst außer Kraft gesetzt haben, immer erneut aufbrechen können.

So ist auch heute die Erwartung kein pures Wunschdenken, eine Bewegung von unten könnte bald in Frankreich den Prozeß der ökologischen Sensibilisierung so beschleunigen und verstärken, daß dort ebenso die Kosten für Atomstrom steigen, weil die „sozialen Kosten“ hochschnellen. Denn Problembewußtsein, das oft lange im Verdeckten schlummert, überspringt nicht selten „von heute auf morgen“ Grenzen, Milieus und selbst Gesellschaftssysteme. Niedergehaltene Unruhe und Unzufriedenheit, Sorgen und Ängste, Sehnsüchte und Hoffnungen brechen dann plötzlich auf – unerwartet sowohl von der beharrenden Macht als auch von den auf Veränderung drängenden Akteuren.

Die Erfahrung zeigt, daß gerade das „Auf“ und „Ab“, das „Mal-Hier“, „Mal-Dort“ im Wechsel der Problemfelder die positive Bedeutung der Sozialen Bewegungen ausmacht, und zwar so-



wohl für die engagierten Bürgerinnen und Bürger als auch für ihre Wirkungskraft als „Macht von unten“.

Deshalb ist vor den permanenten Absichten und immer erneuten Versuchen zu warnen, die Bürgerinitiativen, Basis- und Projektgruppen und „Sektoren“ der Sozialen Bewegungen „bündeln“ und linear nach „vorwärts“ treiben zu wollen. Basispolitische, außerparlamentarische „Gegenmacht“ ist nicht eine Addition von Bewegungs- und Initiativen-Zahlen (vielleicht gar durch eine eigene Lobby in den Vorzimmern von Regierung und Parlament vertreten), sondern sie erwächst aus der Vielfalt, aus der Spontaneität, aus der Sensibilität gegenüber alten und neuen Gefahren und zugleich aus einer potentiellen Kontinuität, jede Macht (ob etabliert oder gerade erworben) stets erneut in Frage zu stellen.

Dritte Auskunft: Gewaltfreiheit und „Graswurzelrevolution“ – oder: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Anfang Juni 1989. Meine Lebens- und Weggenossin Hanne V. und ich sind auf einer zweiwöchigen Besuchs- und Vortragsreise. Sehr oft werde ich von Initiativen und Gruppen eingeladen. Gerade heuer zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes besteht ein großes Interesse, von „Altvorderen“ Auskünfte über Erfahrungen zu bekommen oder gar „einen Ratschlag, wie man's am besten macht“.

Mir ist es stets schwergefallen, den „roten Faden“, der das eigene Engagement leitet, schlicht als „Rezept“ weiterzuvermitteln. Die für die Vortragsreise im Juni vorgefertigte 12-Punkte-Disposition eines „Rückblicks von unten“ auf 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, auf das, was die „andere“ Geschichte dieser BRD prägte,

lasse ich schon nach der ersten Veranstaltung ungenutzt im Reisegepäck.

Die Gespräche kommen am besten in Gang, wenn sie am besonderen „Problem“ der Gruppe/Initiative ansetzen. Und da gibt es Fragen über Fragen, die sehr konkret sind und sich in der Auseinandersetzung mit ihnen doch als grundsätzliche herausstellen.

Was können wir denn nach all unseren Aktivitäten noch Neues machen gegen die lärmotende Tieffliegerei? Gegen das Militärdepot vor der Haustür? Gegen den – trotz BürgerInnenwiderstand – begonnenen Bau eines neuen Autobahnabschnitts? Was erreichen wir heute, da „alle vom Frieden reden“, noch mit unserem Ostermarsch von 200 bis 300 Leuten – oder auch weniger oder auch mehr –, der seit Jahren wiederholt über Dörfer und Städtchen zu den inzwischen bekannten Zielen unseres Protestes demonstriert (zum Atomkraftwerk, zum Giftgaslager, zum Hubschrauber-Start- und -Landplatz u.v.a.m.)?

Und der zivile Ungehorsam, ist er nicht längst „ausgelutscht“ und „ausgelatscht“, wie schon vor Jahren die Großdemonstrationen?

Vor allem: Für die Presse sind wir doch längst tot?! Oder auch: Wenn wir mal Erfolg haben, dann stecken es sich die Parteien als ihre Eigenleistung an den Hut.

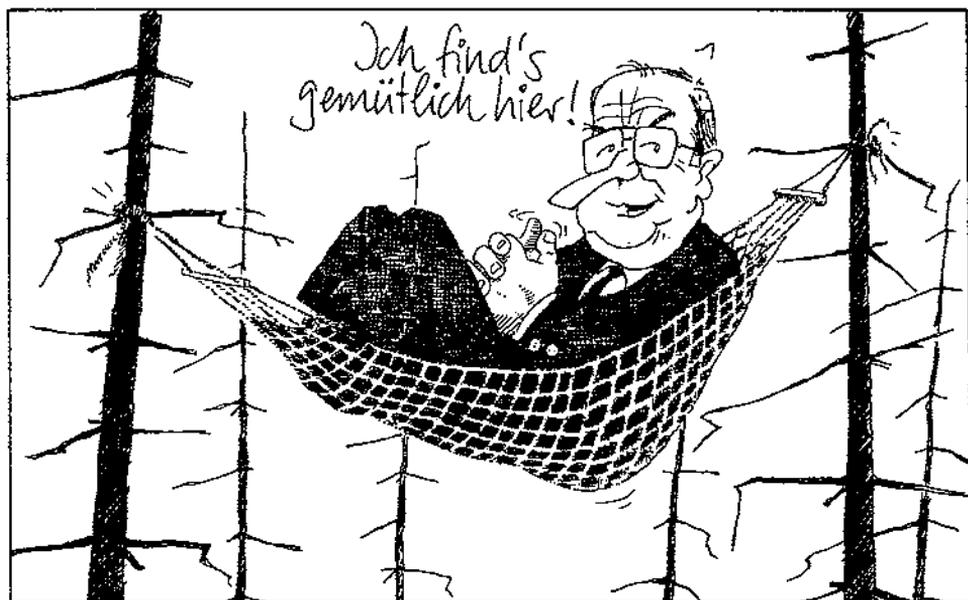
Gerade wenn man wie ich selbst in lokale Initiativen eingebunden ist und darüber hinaus viele Verbindungen zu anderen Gruppen hat, dann wirkt das, was hier, wie es scheint, „mutlos“ oder „resignierend“ hinterfragt wird, „paradoxierte“ ermutigend. Wann je – so lauten die Gegenfragen – gab es diese Vielfalt von Initiativen, von gewaltfreien Aktionsformen und Zivilcourage? Wann je gab es von Flensburg bis Garmisch-Patenkirchen so viele Selbsthilfegruppen unter mißbrauchten Frauen, Arbeitslosen, Behinderten oder Alten, von alternativer Landwirtschaft bis zu lokalen Initiativen zur Ver-

kehrsberuhigung, von Elterninitiativen bis zu den Gesundheitsläden? Wann gab es je – im Unterschied zum früher oft pauschal-identifikatorischen Internationalismus – eine so breit gestreute internationale Solidarität wie heute von den Dritte-Welt-Gruppen (über z.B. konkrete Nicaragua-Unterstützungsprojekte, über Warenboykott gegen das Apartheidssystem Südafrikas) bis etwa zu den Solidaritätsinitiativen für das Zusammenleben mit Ausländern?

Gewiß ist es richtig: Noch nie waren Bedrohung und Gefahr für die Menschheit und alles Leben auf dieser Erde so groß wie in unserer „Epoche“. Aber es ist auch Auskunft zu geben, daß sich in keiner Zeit vorher – zumindest in den reichen Industrienationen, die all die Zerstörung und Ressourcenverschleuderung zu verantworten haben – die Lebensorientierungen bei Millionen Bürgerinnen und Bürgern so dramatisch gewandelt haben wie in den letzten 40 Jahren. Denn der noch so übermächtig erscheinende

„freie“ Lebensstil einer an „Fortschritt“ und „Reichtum“ unersättlichen Ellenbogengesellschaft ist an Grenzen gestoßen, die *alle* bedrohen. Gerade diejenigen unter uns, die erst in den letzten Jahren „aufgewacht“ sind und zu einer humanen, solidarischen und gewaltfreien Lebensorientierung gefunden haben, mögen bitte nicht allzu schnell klein beigeben und wieder verzagen.

Zurück zur Rundreise vom Juni 1989. Ich denke, Gruppen und Initiativen, die sich so viele Gedanken machen, was sie nun noch tun können (ja, müssen), um wirkungsvoll einzugreifen, sind keineswegs alleine, sondern stehen alle mehr oder weniger im Zusammenhang einer „Graswurzelrevolution“. Und wenn es auch allzu oft zu „langsam“ zu gehen scheint, so gilt es doch, über den „eigenen Zaun hinaus“ zu erkennen, daß sich ohne Proteste und Widerstand und ohne alternative Politik von unten oben noch weniger ändert.



Gerade die Diskussionsveranstaltungen mit jenen etwa 20 Gruppen und Initiativen im Juni d.J. haben mich in meiner Haltung bestärkt, die ich in aller Regel auch jeweils in den Diskussionen bereits als Einstellung vorfinden konnte: Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen ist Gewaltfreiheit die einzige Garantie für Frieden und Menschenrechte. Wir wollen mit radikal gewaltfreien Demonstrationen und Widerstandsmethoden ansteckend sein. Wir wollen Frieden ausstrahlen, auch in unseren Aktionen. Das erfordert aber, für den Frieden nur mit friedlichen Mitteln einzutreten, die die Unversehrtheit des Andersdenkenden achten. Gewiß werden wir so die Benutzer des „staatlichen Gewaltmonopols“ nicht von heute auf morgen überzeugen. Unermüdlich versuchen sie, die staatsichernde Pseudo-Vergeistigung des Gewaltbegriffs gegen DemonstrantInnen weiter auszudehnen. Aber gerade die Gewaltfreiheit als Methode läßt ihnen die herrschaftlichen Felle zunehmend wegschwimmen.

Diese „staatstragenden“ Funktionäre und Institutionen in diesem unserem Lande unterschätzen die Ausstrahlung und Anziehungskraft einer politischen Gegenbewegung, der es nicht um das große Geld und nicht um Macht geht, die den Gegner nicht kleinkriegen oder kaputt machen will, die auf Gewalt nicht mit Gewalt antwortet, die nicht den Sieg und den Triumph, sondern als Alternative schlicht eine friedliche, gerechte und solidarische Gesellschaft anstrebt. Der Einwand, eine solche Einschätzung berücksichtige zu wenig die „alles“ bestimmende hochzentralisierte, unerschütterliche Weltmarkt-Weltmacht-Politik (der sich selbst die bundesdeutsche Regierung und Wirtschaft unterzuordnen hätten), ist gewiß nicht einfach von der Hand zu weisen. Jedoch – und hier wurde Bertolt Brechts „Lob der Dialektik“ durch Tausende den Mächtigen zuwider laufende Ereignis-

nisse und Entwicklungen bestätigt: Wer noch lebt, sage nicht niemals. Das Sichere ist nicht sicher. So, wie es ist, bleibt es nicht. Es sei hinzugefügt: Wie es werden wird, hängt von unserem Engagement einer gewaltfreien „Graswurzelrevolution“ ab!

Fazit dieser fragmentarischen (und gewiß wenig „wissenschaftlichen“) Rückschau: Blick zurück im Zorn? Nein. Blick nach „vorn“? Ja. Doch dabei braucht es Zorn und Güte, Angst und Hoffnung, Gefühl und Verstand, um mit „kleinen Schritten“ den Weg des langen Atems weiterzugehen. In diesem Sinne könnte eine allgemeine Auskunft lauten: Im Lichte der Gefahren und Bedrohungen gilt mehr denn je: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Klaus Vack, Jahrgang 1935; derzeit Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie sowie besonders engagiert im Odenwälder Friedensforum, der Bewegung gegen militärische Tiefflüge sowie im Zivilen Ungehorsam gegen ABC-Massenvernichtungswaffen; bis 1960 Sekretär der Gewerkschaft Leder in Offenbach, ausgeschieden wegen Disziplinierung seines Engagements bei den Kriegsdienstverweigerern und der Ostermarschbewegung; 1961–1965 Bundessekretär des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer; 1965–1969 Bundessekretär der Ostermarschbewegung; 1969–1980 Sekretär des Sozialistischen Büros; seit 1980 Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

40 Jahre Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Literaturlauswahl

Die folgende Auswahl bietet eine knappe Zusammenstellung der wichtigen deutschsprachigen Literatur zum Thema „Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland“. Wer an weiterführender Literatur und Zeitschriftenaufsätzen interessiert ist, findet besonders in den Büchern Hinweise, die mit (*) gekennzeichnet sind (HJL).

- Bauss, Gerhard: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und West-Berlin*, Köln 1987.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*, Frankfurt/Main 1985. (*)
- Brand, Karl-Werner: *Neue soziale Bewegungen, Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale, Eine Zwischenbilanz*, Opladen 1982. (*)
- Brand, Karl-Werner u.a.: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt/Main 1986. (*)
- Buro, Andreas: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft*, Offenbach 1982.
- Calließ, Jörg/Lob, Reinhold E. (Hrsg.): *Handbuch Praxis der Umwelt und Friedenserziehung*, 3 Bde., Düsseldorf 1987/88.
- Fichter, Tilmann/Lönnendonker, Siegfried: *Kleine Geschichte des SDS*, Berlin 1977.
- Fichter, Tilmann: *SDS und SPD, Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988.
- Grottian, Peter/Nelles, Wilfried (Hrsg.): *Großstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel 1983.
- Guggenberger, Bernd: *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie*, Stuttgart u.a. 1980.
- Haasken, Georg/Wigbers, Michael: *Protest in der Klemme, Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Main 1986.
- Hauff, Volker (Hrsg.): *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*, Villingen-Schwenningen 1980.
- Heider, Ulrike: *Schülerprotest in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1984.
- Hirsch, Joachim: *Der Sicherheitsstaat, Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, überarbeitete Neuauflage, Frankfurt/Main 1986.
- Huber, Walter: *Wer soll das alles ändern, Die Alternativen der Alternativbewegung*, Berlin 1980.
- Janning, Josef u.a. (Hrsg.): *Friedensbewegungen Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln 1987.
- Knorr, Lorenz: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, Köln 1983.
- Kraus, Felicitas/Wildermuth, Martin: *UNIMUT, StudentInnen in Bewegung*, Berlin 1989.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): *Autonomie oder Getto?, Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt/Main 1978.
- Langguth, Gerd: *Protestbewegung, Entwicklung – Niedergang – Renaissance, Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983.
- Leif, Thomas: *Die professionelle Bewegung, Friedensbewegung von innen*, Bonn 1985.
- Linse, Ulrich u.a.: *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung, Konflikte um technische Großprojekte*, Bonn 1988. (*)

Linse, Ulrich: *Ökopax und Anarchie, Die Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland, München 1986.*

Mayer-Tasch, Peter Cornelius: *Die Bürgerinitiativbewegung, Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, 5. überarbeitete Neuauflage, Reinbek 1988.*

Mosler, Peter: *Was wir wollten — was wir wurden, Zeugnisse der Studentenrevolte, erweiterte Fassung, Reinbek 1988.*

Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim: *Soziale Bewegungen, in: Bandemer, Stefan/Wewer, Gottfried (Hrsg.): Regierungssystem und Regierungslehre, Opladen 1989, S. 249–272.*

Otto, Karl A.: *Vom Ostermarsch zur APO, Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970, Frankfurt/Main 1977. (*)*

Otto, Karl A.: *Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln 1989.*

Rammstedt, Otthein: *Soziale Bewegung, Frankfurt/Main 1978.*

Raschke, Joachim: *Soziale Bewegungen, Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/Main 1985. (*)*

Rolke, Lothar: *Protestbewegungen in der Bundesrepublik, Eine Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs, Opladen 1987. (*)*

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1987. (*)*

Rucht, Dieter: *Von Wyhl nach Gorleben, Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980.*

Rupp, Hans-Karl: *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970. (*)*

Schenk, Herrad: *Die feministische Herausforderung, 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, 3. Auflage, München 1983.*

Scherer, Klaus Jürgen: *Jugend und soziale Bewegung, Zur politischen Soziologie der bewegten Jugend in Deutschland, Opladen 1988.*

Schneider, Michael: *Demokratie in Gefahr?, Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn 1986.*

Schneider, Norbert F.: *Ewig ist nur die Veränderung, Entwurf eines analytischen Konzepts sozialer Bewegungen, Frankfurt/Main 1987. (*)*

Schütte, Johannes: *Revolte und Verweigerung, Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung, Gießen 1980.*

Schwarzer, Alice: *10 Jahre Frauenbewegung, So fing es an!, Köln 1981.*

Stamm, Karl-Heinz: *Alternative Öffentlichkeit, Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen, Frankfurt/Main 1988. (*)*

Trojan, Alf (Hrsg.): *Wissen ist Macht, Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen, Frankfurt/Main 1986.*

Vilmar, Fritz/Runge, Brigitte: *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986.*

Wasmuht, Ulrike C. (Hrsg.): *Alternativen zur alten Politik?, Neue Soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989. (*)*

Weinberger, Marie-Luise: *Aufbruch zu neuen Ufern?, Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1984.*

40 Jahre soziale Bewegungen in der Bundesrepublik

Eine Chronik*

- | | | | |
|---------------------------------|--|-------------------------|---|
| <p>1945</p> | <p>Spontane Bildung von antifaschistischen Aktionsausschüssen (=Antifas) in den vier Besatzungszonen</p> | <p>1951
28.1.</p> | <p>Von der KPD organisierter Essener Kongreß „Rettet den Frieden“ mit 1700 Teilnehmern; Aufforderung an die Bundesregierung zu einer Volksbefragung über die Wiederbeschaffung und den Abschluß eines Friedensvertrags</p> |
| <p>1947/1948</p> | <p>Von KPD und SED beeinflusste Volkskongreßbewegung für die deutsche „Einheit und gerechten Frieden“</p> | <p>März</p> | <p>Über 9 Millionen Bürger sollen sich im Rahmen der von Kommunisten und bürgerlichen Neutralisten gestarteten Volksbefragungsaktion gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen haben. Es kommt zu Verboten, Beschlagnahmungen, über 7000 Festnahmen und der Einleitung von mehr als 1000 Gerichtsverfahren</p> |
| <p>1949
23.5.
3.12.</p> | <p>Das Grundgesetz für die Bundesrepublik wird verkündet
Konrad Adenauer spricht sich in einem Interview für die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten aus</p> | <p>26.6.
19.11.</p> | <p>Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wird für verfassungswidrig erklärt
Antrag der Bundesregierung auf Verbot von KPD und SRP beim Bundesverfassungsgericht</p> |
| <p>1950
Mai/Juni</p> | <p>Beginn der bis 1958 währenden „Volksbefragungsaktion“: meist von der KPD initiierte Unterschriftensammlungen und Betriebsabstimmungen für ein allgemeines Verbot von Atomwaffen (ca. 2 Mio. Stimmen nach Angaben der Organisatoren)</p> | <p>1951/52</p> | <p>Mehrmalige Besetzung der Insel Helgoland durch Jugendliche zur Verhinderung von britischen Bombardements zu Übungszwecken</p> |
| <p>13.9.
11.10.</p> | <p>Erste Volkszählung in der Bundesrepublik
Robert Lehr (CDU) löst Gustav Heinemann (CDU) als Innenminister ab; Heinemann war aus Protest gegen die Wiederaufrüstungsabsichten der Bundesregierung zurückgetreten</p> | <p>1952
11.5.</p> | <p>Trotz eines Verbots demonstrieren in Essen rund 30 000 Men-</p> |
| <p>7.11.</p> | <p>Gesetz zur Errichtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschlossen</p> | | |

- schen gegen die Wiederaufrüstung. Nach Auflösung der Versammlung werden durch Polizeischüsse zwei Menschen getötet, andere zum Teil schwer verletzt und 145 Personen festgenommen
- 23.10. Verbot der Sozialistischen Reichspartei durch das Bundesverfassungsgericht
- 29/30.11. Gustav Heinemann und Helene Wessel gründen die Gesamtdeutsche Volkspartei
- 1953
17.12. Das Bundesverfassungsgericht erklärt die im Grundgesetz vorgeschriebene Gleichberechtigung von Mann und Frau zur allgemeinen Rechtsnorm
- 1954
August Streik von Metallarbeitern und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes in Hamburg und Bayern mit der Forderung nach Lohnerhöhungen
- 1955
15.1. Bundesarbeitsgericht verbietet Frauenlohngruppen
- 29.1. Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche unter Beteiligung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Bürgerlichen Neutralisten und Kirchenvertretern. Verabschiedung des „Deutschen Manifests“ mit dem Ziel, die militärische Blockbildung zu verhindern und die Wiedervereinigung Deutschlands zu sichern; an anderen Orten finden Tausende von Kundgebungen statt
- 27.2. Ratifikation der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag gegen die Stimmen der Opposition. Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche unter dem Motto „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden. Gegen Kommunismus und Nationalismus“ (Teilnehmer u.a. Erich Ollenhauer, Gustav Heinemann)
- Dezember Vierwöchige Protestaktion vor dem französischen Generalkonsulat in Hamburg gegen die Atombombenversuche im Pazifik
- 1956
Juni Bildung des „Kampfbund gegen Atomschäden“
- 17.8. Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht
- 1957
3.4. Bundeskanzler Adenauer erklärt, die Bundeswehr könne nicht auf taktische Atomwaffen verzichten
- 12.4. Im „Göttinger Manifest“ sprechen sich 18 Atomwissenschaftler für den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen aus
- 18.6. Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Bereich des bürgerlichen Rechts wird verkündet
- 31.10. Das erste deutsche Kernkraftwerk (Versuchsreaktor) geht in Garching bei München in Betrieb
- 1957/58 Breite Protestwelle im Rahmen der Kampagne „Kampf dem

- Atomtod; zunächst mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften
- 1958**
- 7.3. Der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ – initiiert von SPD und DGB – konstituiert sich in Frankfurt am Main
- 20./25.3. Lebhaftige Debatten im Bundestag über Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr
- 15.4. Schweigemarsch von 5 000 Studenten und Jungsozialisten in Berlin gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr
- 17.4. Massenkundgebung der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ mit rund 150 000 Teilnehmern in Hamburg
- 18.4. – 30.7. Auseinandersetzungen über Anträge auf Volksbefragung zur Atomrüstung. Das Bundesverfassungsgericht erklärt Volksbefragungen zu diesem Komplex am 30.7. für verfassungswidrig
- 1959**
13. – 15.11. Außerordentlicher Parteitag der SPD in Bad Godesberg verabschiedet ein neues Grundsatzerprogramm; mit dem „Godesberger Programm“ will die SPD ihre Abwendung von marxistischen Ideen dokumentieren und an Profil als Volkspartei gewinnen
- 18.12. „Atomgesetz“ zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und zum Schutz vor ihren besonderen Gefahren
- 1960**
- 8.1. Protestdemonstration des Landjugendringes Berlin mit über 10 000 Teilnehmern gegen antisemitische Schmierereien an Synagogen
- 13.1. Die Bundesregierung verabschiedet Notstandsgesetzentwurf (sog. „Schröder-Entwurf“); es beginnt eine lange andauernde öffentliche Diskussion über die Notstandsgesetzgebung
- April Erster Ostermarsch bei Hamburg mit etwa 1 000 Marsch- und Kundgebungsteilnehmern
- 9.5. Nach Auseinandersetzungen zwischen SPD-Vorstand und Sozialistischem Deutschen Studentenbund (SDS) wird der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) gegründet
- 6.11. Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaft in der SPD mit der Mitgliedschaft im Sozialistischen Deutschen Studentenbund SDS und seiner Fördergesellschaft (wird am 31. Mai 1988 „symbolisch“ durch Beschluß des SPD-Parteivorstandes aufgehoben)
- 17.12. Pazifistische und neutralistische Kräfte gründen die Deutsche Friedens-Union (DFU)
- 1961 bis 1968** Alljährliche Ostermärsche mit wachsenden Teilnehmerzahlen: von 23 000 (im Jahr 1961) über 100 000 (1964) auf schließlich 300 000 (1968)

- 1962**
26.10. „Spiegel-Affäre“; nach einem kritischen Bericht über ein NATO-Manöver („Bedingt abwehrbereit“) läßt die Bundesanwaltschaft einige „Spiegel“-Mitarbeiter verhaften; dieser Schritt führt zu einer Regierungskrise
- 31.10.** 2. Entwurf des Notstandsgesetzes („Höcherl-Entwurf“) scheitert im Bundestag an den Gegenstimmen der SPD
- 19.11.** Höhepunkt der „Spiegelaffäre“, Rücktritt von fünf FDP-Ministern
- 1963**
20.12. Beginn des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt; angeklagt sind 21 Bewacher des ehemaligen Konzentrationslagers
- 1964**
11.6. Demonstrationen von 2 000 Berliner Studenten gegen die Wiederwahl von Bundespräsident Lübke, dem seine Nazi-Vergangenheit vorgeworfen wird
- 28.11.** Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wird gegründet
- Dezember* Von über 1 300 Persönlichkeiten des Kulturlebens sowie 206 Anwälten und Richtern unterzeichneter Appell der Humanistischen Union gegen die Notstands-Gesetzentwürfe
- 1965**
25.3. Bundestag beschließt Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen
- 30.5.** Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ mit rund 1 500 Teilnehmern
- 1.7.** Vom Verband deutscher Studentenschaften veranstalteter Protestmarsch von 10 000 Menschen in Berlin gegen den Bildungsnotstand
- 5.2.** Im Anschluß an eine Vietnam-Demonstration mit rund 2 500 Studenten wird das Berliner Amerikahaus mit Eiern beworfen und die Flagge auf Halbmast gesetzt
- 22.5.** Kongreß des SDS „Vietnam – Analyse eines Exempels“ in Frankfurt mit 2 000 Studenten, Professoren und Gewerkschaftern
- 22. – 23.6.** Protest und Sit-in von über 3 000 Studenten der Berliner Freien Universität gegen das Raumverbot für politische Veranstaltungen
- 6.7.** Demonstration von rund 15 000 Studenten gegen die Regierungsvorlage für ein Bayerisches Hochschulgesetz
- 30.10.** Kongreß „Notstand der Demokratie“ in Frankfurt mit 5 000 Teilnehmern und 20 000 Zuhörern bei der Schlußkundgebung
- November* Demonstration von über 5 000 Studenten und Schülern in München und von 3 000 Gewerkschaftern, Studenten und Schülern in Köln gegen die NPD
- Dezember** Von Hochschulgruppen veranstaltete Vietnam-Woche in Berlin; Aufforderung von Rudi

- Dutschke zur Bildung einer „Außerparlamentarischen Opposition“; „Polit-Happening“ und Verhaftung mehrerer Demonstranten
- 1967
- 1.1. Gründung der Kommune I, kurz darauf Anschluß ihrer Mitglieder aus dem SDS u.a. wegen „falscher Unmittelbarkeit“ und „Realitätsflucht“
- 10.3. 3. Entwurf zur Einführung einer Notstandsverfassung im Bundestag vorgelegt
- 2.6. Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten anläßlich des Schah-Besuchs in Berlin; der Student Benno Ohnesorg wird von einem Polizeibeamten von hinten erschossen; spontane Welle der Empörung und Demonstrationen in den folgenden Tagen in vielen Städten
- 24.7. Parteiengesetz wird verkündet
- 1.11. Gründungsversammlung der „Kritischen Universität“ in Berlin
- Okt./Nov. Störungen von Universitätsfeiern in mehreren Städten („Unter den Talaren-Muff von tausend Jahren“)
- 1968
- Januar Schüler in Bremen protestieren durch anhaltende Demonstrationen und Blockaden erfolgreich gegen die geplante Erhöhung der Verkehrstarife; ähnliche Aktionen folgen im Frühjahr in Bochum, Göttingen, Oberhausen und Kiel
- 17./18.2. „Internationaler Vietnam-Kongreß“ an der Berliner Technischen Universität; Schlußkundgebung mit 12000 Teilnehmern (Forderung nach „Zerschlagung der NATO“)
- 3.4. Brandanschläge auf zwei Frankfurter Kaufhäuser; Festnahme u.a. von Andreas Baader und Gudrun Ensslin
- 11.–15.4. Attentat auf Rudi Dutschke; Ansturm auf das Springer-Hochhaus; fünf Tage währende Straßenschlachten und Blockaden in Berlin unter Beteiligung Zehntausender von Demonstranten; über 1000 Verhaftungen; schwere Unruhen in anderen Städten; zwei Tote in München, 400 zum Teil Schwerverletzte, Solidaritätsdemonstrationen in vielen Städten des Auslands
- 14.4. Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) hält vor dem Hintergrund der Studentenunruhen eine selbstkritische Rundfunk- und Fernsehansprache
- 28.4. Bei den badenwürttembergischen Kommunalwahlen erringt die NPD einen Stimmenanteil von 9,8%
- 1.5. Eigenständige Kundgebungen der APO parallel zu den Mai-Veranstaltungen des DGB; 40000 Teilnehmer allein in Berlin
- 11.5. Vom Kuratorium „Notstand der Demokratie“ initiiertes Sternmarsch auf Bonn mit über 60000 Demonstranten; gleichzeitige Konkurrenzveranstaltung des DGB in Dortmund; Flut von nachfolgenden Aktionen in über



- 50 Städten und mehr als 80000 Demonstranten anlässlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze
- Mai* Auseinandersetzung an der Frankfurter Universität mit Besetzung des Rektorats, Demonstrationen und polizeilicher Räumung der Universität
- 30.5. Der Bundestag beschließt mit 384 zu 100 Stimmen die „Notstandsverfassung“; es handelt sich um Vorsorgegesetze für den Kriegsfall bzw. den Fall der inneren Bedrohung der Verfassungsordnung
- Juni* Welle von Institutsbesetzungen und Aktionen zur Einführung der Drittelparität an bundesdeutschen Universitäten
- September* Interventionen von Frauen (einschließlich des Tomatenwurfs auf Hans-Jürgen Krahl) auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt wegen der Unterdrückung von Frauen auch innerhalb des SDS
- 4.11. 2000 Demonstranten in Berlin durchbrechen Barrieren der Polizei; Eroberung eines Wasserwerfers; anschließende Straßenschlachten; 20 verletzte Studenten; 130 verletzte Polizisten
- Dezember* Beginn eines Boykotts von Lehrveranstaltungen an der Frankfurter Universität; später polizeiliche Räumungen
- 1969
- 5.3. Heinemann (SPD) wird im 3. Wahlgang von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt („ein Machtwechsel kündigt sich an“)
- 29.4. An der Freien Universität Berlin beginnt eine mehrmonatige Serie von Störungen und Sprengungen von Vorlesungen, die auch zu polizeilichen Räumungen führt
- Juni* Aus Protest gegen die geplante Tarifierhöhung der Nahverkehrsbetriebe in Hannover beginnen Jugendliche, Straßenbahnschienen zu blockieren und versuchen mit der „Rote-Punkt-Aktion“ einen Transportdienst mit Privatautos zu organisieren. Der trotz Polizeieinsätzen und Festnahmen anhaltende Widerstand führt schließlich nach zehn Tagen zur Neufestsetzung der Tarife auf einem niederen Niveau
- 21.10. Willy Brandt wird vom Deutschen Bundestag zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Nachkriegszeit gewählt
- 28.11. Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet den Atomwaffensperrvertrag
- 1970
- 21.3. Der Bundesvorstand des SDS gibt die Auflösung des Verbandes bekannt
- 14.5. Gewaltsame Befreiung von Andreas Baader
- 20.5. 3. Strafrechtsreformgesetz; Liberalisierung des Demonstrationsrechts; Straffreiheitsgesetz für bestimmte Demonstrationsdelikte



- 31.7. Durch Grundgesetzänderung wird das aktive Wahlalter auf 18 Jahre, das passive Wahlalter auf 21 Jahre herabgesetzt
- 1971
März Erster Bundesfrauenkongreß in Frankfurt mit Vertreterinnen aus 20 Städten
- 6.5. Terroristische Brandanschläge auf das Kaufhaus des Westens (KaDeWe) in Berlin (West)
- 6.6. 374 Frauen erklärten in der Illustrierten „stern“: „Wir haben abgetrieben.“
- 1.9. Das Bundesausbildungsgesetz (BAföG) tritt in Kraft
- 22.11. – 10.12. Streik der IG-Metall im Tarifgebiet Nordwürttemberg / Nordbaden; die Arbeitgeber reagieren mit Massenaussperrungen
- 1972
28.1. „Radikalen-Erlaß“; Bund und Länder verabschieden gemeinsam „Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen“
- 11.5. Terroranschlag gegen das Hauptquartier der V. US-Armee in Frankfurt; ein Toter und mehrere Verletzte
- 19.5. Terroranschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg
- 24.5. Bei Anschlägen auf das europäische Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg kommen drei Soldaten ums Leben
- 1.6. In Frankfurt werden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Holger Meins verhaftet
- Juni 15 regionale Gruppierungen schließen sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. Demonstrationzug nach Breisach gegen das dort geplante Atomkraftwerk
- 1973
März Gründung der ersten Frauenzentren in Frankfurt und Berlin
- 19.11. Auf der Grundlage des Energiesicherungsgesetzes (vom 9.11.1973) werden befristet Fahrverbote an Sonntagen und Geschwindigkeitsbegrenzungen angeordnet
- 1974
Juni Sammeleinspruch von 90 000 Bürgern gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl
- 9.11. Holger Meins, Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe, stirbt nach einem Hungerstreik; Protestdemonstrationen und Anschläge in mehreren Städten
- 10.11. Günter von Drenckmann, Präsident des Berliner Kammergerichts, wird von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ ermordet
- 29.11. Horst Mahler und Ulrike Meinhof werden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt
- 1975
Erste Frauenbuchläden in München und Berlin; erster Frauenverlag („Frauenoffensive“) in München
- 23.2. Massenkundgebung von 28 000 Menschen und anschließende (erneute) Platzbesetzung auf

- dem Gelände des geplanten Atomkraftwerks bei Wyhl; Besetzung bis Oktober 1975
- 25.2. Bundesverfassungsgericht erklärt Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten als verfassungswidrig 1977
- 27.2. Der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird von Terroristen der „Bewegung 2. Juni“ entführt (und nach Erfüllung der Forderungen freigelassen) 19.2.
- 31.3. Bau des Kernkraftwerks Wyhl nach gerichtlicher Verfügung gestoppt 19.2.
- 24.4. Das „Kommando Hoiger Meins“ überfällt die deutsche Botschaft in Stockholm
- 21.5. Vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart-Stammheim beginnt der „Baader-Meinhof-Prozeß“
- 1976
- 9.5. Tod Ulrike Meinhofs im Gefängnis Stuttgart-Stammheim 28.2.
- 6.6. 20000 Menschen beteiligen sich an dem vom Sozialistischen Büro organisierten „Antirepressionskongreß“ in Frankfurt 7.4.
- 18.8. Anti-Terror-Gesetz: „Bildung terroristischer Vereinigungen“ wird unter Strafe gestellt 28.4.
- 26.10. Protestkundgebungen am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks in Brokdorf; vorübergehende Platzbesetzung und anschließende Räumung durch die Polizei 28.7.
- November Erstes Frauenhaus in Berlin
- 13.11. Demonstration von 30000 Menschen gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf; beim Rückzug der Menge greifen unvermittelt Polizeikräfte ein; es kommt zur „Schlacht um Brokdorf“ mit mehr als 700 Verletzte
- Zwei gleichzeitige Großdemonstrationen mit ca. 30000 Teilnehmern gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf; eine Veranstaltung findet in Nähe des Baugeländes, die andere im weiter entfernten Itzehoe statt
- Versuche Platzbesetzung unter Führung von kommunistischen Gruppen an der Baustelle des Atomkraftwerks in Grohnde, schwere Auseinandersetzungen mit mehr als 300 Verletzten; Einrichtung eines „Anti-Atomdorfes“ gegenüber dem Baugelände, das später von Polizeieinheiten geräumt wird
- Abhörraffäre Traube vom Magazin „Der Spiegel“ aufgedeckt
- Generalbundesanwalt Buback von RAF-Terroristen in Karlsruhe ermordet
- Lebenslange Haftstrafen für Baader, Ensslin und Raspe
- Demonstration gegen den geplanten Schnellen Brüter im französischen Malville; Beteiligung zahlreicher bundesdeutscher Demonstranten, schwere Auseinandersetzungen; ein Demonstrant wird durch eine Gasgranate getötet, viele z.T. schwer verletzt
- Jürgen Ponto, Vorsitzender der
- 30.7.

- Deutschen Bank, wird bei einem Entführungsversuch ermordet
- 5.9. Hanns-Martin Schleyer, Arbeitgeberpräsident, wird in Köln entführt
- 24.9. Demonstration von über 50 000 Menschen gegen den Schnellen Brüter in Kalkar; aufgrund großräumiger Polizeiabsperungen und intensiver Kontrollen gelangen über 10 000 Demonstranten nicht nach Kalkar
- 28.9. Der Bundestag verabschiedet im Eilverfahren das Kontaktsperregesetz
- Oktober* Eröffnung des ersten Hauses für geschlagene Frauen in Berlin
- 13.10. Die Lufthansa-Boeing „Lands hut“ wird von palästinensischen Terroristen in ihre Gewalt gebracht, um die Forderung nach Freilassung der inhaftierten RAF-Terroristen zu unterstützen
- 18.10. Die Spezialeinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes stürmt in Mogadischu das entführte Lufthansa-Flugzeug; Tod der inhaftierten Terroristen Baader, Ensslin und Raspe
- 19.10. Hanns-Martin Schleyer wird in Mülhausen ermordet aufgefunden
- 1978**
- 29.3. Internationales Russell-Tribunal zur Lage der Menschenrechte am Beispiel der Berufsverbote und am Völkermord in Lateinamerika
- 16.4. Demonstration von 15 000 Antifaschisten in Köln gegen das Wiedererstarken des Neonazismus
- 13.7. Gründung der „Grünen Aktion Zukunft“ unter der Führung des aus der CDU ausgetretenen ehemaligen Bundestagsmitglieds Herbert Gruhl
- November* Gründung des „Netzwerk Selbsthilfe“; ursprünglich gedacht zur Unterstützung der vom Berufsverbot Betroffenen, entwickelt es sich rasch zu einem Finanzierungsinstrument für alternative Projekte mit über 30 regionalen Ablegern
- 22.11. Nullnummer der alternativen „Tageszeitung“ aus Berlin
- 1979**
- 17./18.3. Gründung der Sonstigen politischen Vereinigung „Die Grünen“ in Frankfurt
- 25.3. Aufbruch von Atomkraftgegnern zum einwöchigen Treck von Gorleben nach Hannover; dort Abschlußkundgebung mit rund 100 000 Menschen
- 16.5. Ministerpräsident Albrecht lehnt Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben als politisch nicht durchsetzbar ab
- 25.6. Gesetz zur Einführung von Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsgeld für berufstätige Mütter
- 7.10. Mit den Wahlen in Bremen ziehen erstmals grüne Abgeordnete in ein Landesparlament ein
- 14.10. Mehr als 100 000 Menschen beteiligen sich an einer bundeswei-

- 12.12. ten Demonstration gegen Atomkraftwerke in Bonn
Die NATO-Staaten einigen sich auf einer Sondersitzung in Brüssel über den „NATO-Doppelbeschluß“; er wird zu einem Kristallisationspunkt der neuen Friedensbewegung
- 1980
Januar Unerwartet große Beteiligung am TUNIX-Kongreß in West-Berlin, wo der Auszug aus dem „Modell Deutschland“ verkündet wird
- 13.1. Gründung der Grünen Bundespartei und Beschlußfassung über die Teilnahme an der Europawahl
- 3.5. Mehr als 5000 Atomkraftgegner besetzen eine Tiefbohrstelle auf dem Gelände des geplanten Endlagers in Gorleben. Sie errichten ein Hüttendorf und rufen die „Freie Republik Wendland“ aus. Das Hüttendorf wird nach vier Wochen gegen den gewaltfreien Widerstand der Platzbesetzer geräumt
- 6.5. Schwere Auseinandersetzungen bei einer Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bremen
- November An 350 Orten in der Bundesrepublik und in allen Bezirken West-Berlins finden Veranstaltungen im Rahmen der „Friedenswochen“ statt. Der „Krefelder Appell“ gegen die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses wird gestartet. Bereits im Februar 1983 werden rund vier Millionen Unterschriften registriert
- 16.12. Nach der Räumung besetzter Häuser in Berlin kommt es zur Auseinandersetzung auf dem Kurfürstendamm. Viele Demonstranten werden verletzt, hunderte festgenommen
- 21.12. Schwere Auseinandersetzungen bei einer Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf
- 1981
28.2. Großdemonstration in Brokdorf mit mehr als 100000 Teilnehmern. Wegen weiträumiger Polizeisperrungen gelangt nur ein kleiner Teil der Demonstranten an den Bauzaun
- 8.3. Massenfestnahmen nach einer spontanen Demonstration für Hausbesetzer in Nürnberg
- 17.–21.6. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg demonstrieren nahezu 100000 Menschen unter dem Motto „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle – Wehrt Euch!“
- 22.9. Straßenschlachten in Berlin nach der Räumung von besetzten Häusern; Klaus Jürgen Rattay wird von einem Polizeifahrzeug überfahren und stirbt an der Unfallstelle
- 10.10. 300000 Menschen demonstrieren in Bonn auf der bislang größten Massenkundgebung dieser Art für Frieden und Abrüstung
- Oktober Aktionswoche der Friedensbewegung mit zahlreichen Veranstaltungen regionaler Koordinationsbüros

- 15.10. Mehr als 100 000 Menschen protestieren in Wiesbaden gegen den Bau der Startbahn West
- 1982
- 30.1. Gewaltsame Auseinandersetzungen an der Startbahn West in Frankfurt mit ca. 140 Verletzten
- 12.3. Das 120. Frauenhaus in der Bundesrepublik wird eröffnet
- 4.4. Rund 40 000 Menschen protestieren gegen ein positives Gerichtsurteil zum Bau des Atomkraftwerks Wyl
- 12.4. Die seit 1968 abgerissene Tradition der Ostermärsche wird nach kleineren Kundgebungen in den Jahren 1980 und 1981 wieder aufgenommen; fast eine halbe Million Menschen beteiligt sich an den rund 50 Märschen und Veranstaltungen
- 15.5. Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung; in Hannover protestieren 20 000 Menschen gegen die Waffen-Elektronik-Messe IDEE
- 10.6. Anlässlich eines Besuches von US-Präsident Reagan in Bonn (NATO-Gipfeltreffen) und in Berlin demonstriert in Bonn fast eine halbe Million Menschen
- 17.9. Die FDP-Minister verlassen das Kabinett; unter Bundeskanzler Schmidt wird eine SPD-Minderheitsregierung gebildet
- 1.10. In einem konstruktiven Mißtrauensvotum wird Helmut Kohl (CDU) zum Bundeskanzler gewählt
- Oktober Rund 20 000 Menschen demonstrieren gegen den Schnellen Brüter in Kalkar
- 4.12. 70 000 Schüler und Studenten demonstrieren u.a. gegen die Reduzierung der Ausbildungsförderung
- 5.12. Erstes bundesweites Treffen der Arbeitsloseninitiativen mit Vertretern von rund 250 Gruppen
- 1983
- 6.3. 27 Abgeordnete der Grünen ziehen erstmals in den Bundestag ein
- 13.4. Das Bundesverfassungsgericht erläßt eine einstweilige Anordnung, wodurch die Volkszählung zum geplanten Termin (27.4.) ausgesetzt wird
- 19.5. Der Bundestag setzt zur Klärung der „Flick-Affäre“ einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein
- Herbst Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erheben 53 000 Bürger Einwendungen
- September Blockadeaktionen der Friedensbewegung in Mutlangen und Bitburg
- 13.-22.10. Große Beteiligung an den Aktionswochen der Friedensbewegung; u.a. Bildung einer Friedenskette aus Menschen über die Schwäbische Alb; insgesamt kommt es zu über 3 000 Ermittlungsverfahren
- 21.11. Die CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt treten aus ihrer Partei aus und gründen zusammen mit Schönhuber die „Republikaner“



1984

3.5. Der „Gesetzesentwurf zur Strafbefreiung für Steuervergehen bei Parteispenden“ wird von der Koalition vorgelegt. Die Amnestiepläne werden unter Druck der öffentlichen Meinung zurückgezogen

10.5. In der Metallindustrie beginnen Streiks für die 35-Stunden-Woche

17.6. „Volksbefragungsaktion“ der Friedensbewegung parallel zu den Europawahlen; von rund 5 Millionen Befragten lehnen 80% die Stationierung neuer Raketenysteme ab

26. – 28.9. „Fulda-Grap“-Manöverbehinderungen; 220 Demonstranten werden festgenommen

1985 Es häufen sich Anschläge auf Strommasten und Firmen, die am Bau von Atomkraftwerken beteiligt sind

Februar Protestdemonstration von 40 000 Personen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Schwandorf

Mai Rund 500 000 Menschen beteiligen sich an den regionalen Ostermärschen

Sommer Erste Platzbesetzung des Baugebietes der WAA in Wackersdorf; nach wenigen Stunden polizeiliche Räumung

28.6. Der Bundestag verschärft das Demonstrationsrecht; Vermummung und das Tragen von „Schutzwaffen“ werden verboten

16.10. In Hessen kommt es nach mehr

als dreiwöchigen Verhandlungen zu einer Koalition zwischen der SPD und den Grünen: Joschka Fischer (DIE GRÜNEN) wird hessischer Minister für Umwelt und Energie

Oktober

Protestdemonstration in München gegen die WAA mit über 50 000 Teilnehmern

Dezember

Kundgebung mit mehr als 30 000 Teilnehmern auf dem Baugebiet für die geplante WAA in Wackersdorf; zweite Platzbesetzung und Errichtung eines Hüttendorfs; Räumung nach 40stündiger Besetzung; Bau eines zweiten Hüttendorfs über die Weihnachtsfeiertage; polizeiliche Räumung nach 18 Tagen; insgesamt wurden bei den Platzbesetzungen mehr als 1 700 Personen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt

1986

14.1.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt den Ausschluß der Grünen von den Beratungen des Geheimdienstetats im Bundestag für verfassungskonform

April

Eskalation der Auseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf; erstmals Einsatz des chemischen Reizstoffes CS durch die Polizei

Mai

Große und kleine Demonstrationen in vielen Städten in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl.

Erneute schwere Auseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf



- 3.6. Einrichtung eines Bundesumweltministeriums; erster Minister wird Walter Wallmann
- 7.6. Eine Demonstration gegen die WAA wird durch die offensive Polizeitaktik weitgehend vereitelt.
Auf dem Weg zu einer Demonstration gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf werden Zehntausende aufgehalten. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zehntausend Menschen demonstrieren in Brokdorf
- 12.6. In Reaktion auf die Brokdorfer Ereignisse vom 7.6. und dem „Hamburger Kessel“ (über 800 Demonstranten wurden am 8.6. bis zu 14 Stunden von Polizeieinheiten eingekesselt) demonstrieren rund 50000 Personen in Hamburg
- 1.11. Nach einem Großbrand im Schweizer Chemiekonzern Sandoz, bei dem gefährliche Chemikalien in den Rhein gelangen, beginnt ein großes Fischsterben
- 1987**
Januar 25 Richter und Richterinnen blockieren das Pershing II-Depot in Mutlangen
- 25.1. Bei den Bundestagswahlen erhalten Die Grünen einen Stimmenanteil von 8,3%
- 9.2. Ende der rot-grünen Koalition in Hessen; Ministerpräsident Börner tritt am folgenden Tag zurück
- 16.4. Knapp 100000 Anhänger der Friedensbewegung versammeln sich in Bonn
- 25.5. Offizieller Stichtag der Volkszählung
- 14.6. Hans-Jochen Vogel wird Nachfolger von Willy Brandt als SPD-Vorsitzender
- 12.9. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erhebt gegen den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, den Vorwurf, seinen Gegenkandidaten Björn Engholm bespitzeln zu lassen; am 25.9. tritt Barschel zurück, am 11.10. wird er in einem Hotel in Genf tot aufgefunden
- 2.11. Am Bauzaun der Startbahn West des Frankfurter Flughafens werden zwei Polizisten erschossen
- 19.11. Konflikt um die Hausbesetzungen in der Hamburger Hafensstraße durch den Senat vorläufig beigelegt
- 1988**
14.1. Hanauer Atomaffäre; wegen illegaler Atommülltransporte ihrer Tochterfirma Transnuklear wird die Betriebserlaubnis der Firma Nukem ausgesetzt
- 3.5. Nach mehr als fünfmonatigen Auseinandersetzungen wird der Konflikt um die Stilllegung des Krupp-Stahlwerks in Rheinhausen vorerst beigelegt
- Juli* Im Genehmigungsverfahren für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erheben 881000 Bürger Einspruch



- 28.8. Bei einem Flugtag auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein werden 70 Menschen getötet; heftige Diskussion über die Durchführung von militärischen Kunstflugveranstaltungen
- 25.9. Demonstration von ca. 60 000 Menschen gegen die Ausbeutung der Dritten Welt anlässlich der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin
- 8.12. Beim Absturz eines amerikanischen Kampfflugzeuges in Remscheid werden sechs Menschen getötet; Reduzierung und Forderungen nach dem Stop von Tiefflügen wird ein innenpolitisches Thema
- Dezember Welle von studentischen Streiks und sonstigen Protestaktionen mit Schwerpunkt in Berlin und Frankfurt
- 1989 Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, bei den hessischen, nordrhein-westfälischen und baden-württembergischen Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europa-Parlament erlangen „Die Republikaner“ erhebliche Stimmenanteile
- 13.2. In Berlin beginnen die Gespräche über eine Koalition von SPD und AL (Alternative Liste); eine Regierung wird unter Bürgermeister Momper (SPD) gebildet, in der erstmals Frauen die Mehrheit haben
- Frühjahr/
Sommer Die VEBA beschließt, auf die WAA in Wackersdorf zu verzichten; die Regierungen in München und Bonn folgen der Entscheidung der Betreibergesellschaft.
- 1.10. Der „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung“ beschließt seine Auflösung; Kooperation in einem „Netzwerk neuer sozialer Bewegungen“ angestrebt
- (*)
Diese Chronik orientiert sich weitgehend an der Zeittafel von Dieter Rucht: Protestbewegungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4 Bände, (Band 3: Gesellschaft), Frankfurt/Main 1989, S. 311–344, hier S. 336–344. Als Quellen wurden weiter herangezogen:
1. Zeittafeln von Wolfgang Kraushaar (von 1955 bis 1970) und Friedrich Krotz (1970 bis 1983), beide in: Peter Mosler: Was wir wollten, was wir wurden, Zeugnisse der Studentenrevolte, erweiterte Fassung, Reinbek 1988.
 2. Chronik, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch, Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 770–830,
 3. Hans-Georg Lehmann: Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis heute, 3., aktualisierte Auflage, München 1989 und
 4. Rowohlts politische Chronik 1961 bis 1986, zusammengestellt von Friedrich Krotz, in: Aufbrüche, Die Chronik der Republik, herausgegeben von Freimut Duve in Zusammenarbeit mit Friedrich Krotz, Reinbek 1986, S. 751–817. (H.J.L.)

Dieter Rucht

Die Analyse der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Zwischenbilanz¹

Die Existenz und Aktivität sozialer Bewegungen einerseits und deren soziologische Reflexion andererseits hängen gewöhnlich eng zusammen. Hochkonjunkturen von Bewegungen lösen mit zeitlicher Verzögerung auch entsprechende Konjunkturen der Bewegungsforschung aus. Allerdings war die Bundesrepublik von diesem Muster lange Zeit abgewichen. Der Nationalsozialismus avancierte kaum zum Gegenstand soziologischer Analyse. Die Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit geronn zu schnell in den institutionellen Bahnen der Gewerkschaften und Sozialdemokratie, um noch als eine genuine Bewegung wahrgenommen zu werden. Eine Blüte erlebte lediglich die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung.

Auffällig ist aber auch, daß die Studentenbewegung der 60er Jahre keine größeren analytischen Bemühungen auslöste. Sie war zwar ein Gegenstand demokratietheoretischer sowie ideologie- und kulturkritischer Reflexionen, aber kaum empirisch orientierter Soziologie (für eine Ausnahme, Allerbeck u.a. 1973). Ein Grund hierfür liegt in der fehlenden Verankerung des Studiums sozialer Bewegungen im Wissenschaftsbereich. Es gab keine Lehrstühle oder gar Institute² für diesen Bereich; er fehlte demzufolge auch im Kanon der Bindestrich-Soziologien und der meisten Lehrbücher. Ein anderer Grund liegt wohl darin, daß die Mehrzahl der Theoretiker und Aktivisten der Studentenbewegung, die in den Universitäten Fuß fassen konnten, eine merkwürdige Distanz zu ihrer eigenen Geschichte einnahm. Erst vor wenigen Jahren wurden erste größere Versuche gestartet, die Studentenbewegung unter verschiedenen Gesichtspunkten „aufzuarbeiten“³.

Ganz generell boten die deutschsprachigen soziologischen Klassiker wie Georg Simmel, Fer-

dinand Tönnies und Max Weber nur wenig Anknüpfungspunkte für eine Soziologie sozialer Bewegungen. Hinzu kam, daß die meisten der Sozialwissenschaftler aus der Weimarer Ära, die indirekt (z.B. Karl Mannheim; Lewis Coser) oder direkt (z.B. Rudolf Heberle) einen Bezug zur Analyse sozialer Bewegungen hatten, in der Emigration geblieben waren und von dort aus kaum auf die deutsche Sozialwissenschaft zurückwirkten⁴. Unter diesen Umständen blieb das Feld der Bewegungssoziologie in der Bundesrepublik praktisch verwaist. Die Traditionslinien waren weitgehend abgebrochen; das Thema hatte keinen akademischen Ort. Folglich enthielten auch die soziologischen Zeitschriften nur wenige einschlägige, und schon gar nicht aus aktuellem Anlaß geschriebene Aufsätze⁵. Ein vorwiegend aus amerikanischen Beiträgen bestehender zweibändiger Reader zu Theorien des kollektiven Verhaltens (Heinz/Schöber 1973) fand nur wenig Beachtung. Selbst das im Jahr 1978 erschienene Buch „Soziale Bewegung“ des Bielefelder Soziologen Otthein Rammstedt, das zeitlich bereits in eine Blütephase der neuen sozialen Bewegungen fiel, wurde zunächst kaum rezipiert. Das lag zum einen an der begriffsgeschichtlichen Orientierung dieser Abhandlung, zum anderen aber auch daran, daß die systematischen Aspekte der Bewegungsanalyse – etwa das von Rammstedt präsentierte idealtypische Phasenschema sozialer Bewegungen – nicht mit zeitgenössischen Sozialbewegungen verknüpft wurden.

Erst in den 80er Jahren begann eine intensivere und zunehmend professioneller werdende Auseinandersetzung mit dem Thema soziale Bewegungen. Diese Entwicklung und ihre Ergebnisse will ich im Sinne einer Zwischenbilanz unter mehreren systematischen Gesichtspunkten vor-

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

stellen, allerdings nur am Rande auf wissenschaftssoziologische Aspekte eingehen.

1. Ein erster Überblick

Kennzeichen des Sektors der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik sind seine großen Mobilisierungsfähigkeiten und seine dichte, eng geknüpfte Infrastruktur. Diese Vitalität und Stabilität hat mit entsprechender Verzögerung auch eine intensive Reflexion über diesen speziellen Gegenstand und schließlich ganz generell über soziale Bewegungen ausgelöst.

Bezogen auf verschiedene Einzelbewegungen entstanden bereits in den 70er Jahren verschiedene Arbeiten zu aktuellen sozialen Bewegungen (z.B. Kreckel 1974 zur Frauenbewegung; Mayer-Tasch 1976 zur Bürgerinitiativbewegung). Oft stammten die Autoren selbst aus Bewegungen oder sympathisierten mit diesen. Es überwogen dokumentarisch-deskriptive und werbende Schriften, die kaum weitergehende analytische Ambitionen verfolgten. Kennzeichnend für diese Phase war, daß die verschiedenen Bewegungen als Einzelphänomene wahrgenommen wurden. Den Bewegungsbegriff übernahmen die Autoren unreflektiert von den Akteuren, die ihren Zusammenhang als Bewegung bezeichneten.

Erst gegen Ende der 70er Jahre änderte sich die Wahrnehmung. Aktivisten wie auch politische

und wissenschaftliche Beobachter sahen die Einzelbewegungen zunehmend als Teil eines größeren Gebildes, das zunächst mit verschiedenen Etiketten belegt wurde: „Zweite Kultur“ (Peter Glotz), „Neopopulismus“ (Jürgen Habermas; Bernd Marin), „Alternativbewegung“ (Wolfgang Kraushaar; Josef Huber). In dieser Phase konnte auch der Eindruck entstehen, die Einzelbewegungen würden zu einer machtvollen, die gesamte soziale und politische Ordnung herausfordernden Kraft heranwachsen⁶.

Ausgehend von Wissenschaftlerkreisen setzte sich dann in den frühen 80er Jahren die Sammelbezeichnung „neue soziale Bewegungen“ durch⁷. Gemeint waren insbesondere Frauenbewegung, Bürgerinitiativbewegung, Anti-Atomkraftbewegung, Alternativbewegung und Friedensbewegung. Es läßt sich nicht genau rekonstruieren, ob für diese Begriffswahl der Einfluß aus dem Ausland, etwa aus Frankreich, verantwortlich war⁸. Zwar stieß der Begriff „neue soziale Bewegungen“ in der Bundesrepublik zuweilen auf heftige Kritik (Stöss 1984; Greven 1988), doch fehlten bislang überzeugende Alternativen. Inzwischen ist der Begriff auch in den Sprachschatz der etablierten Politik eingesickert und scheint sich trotz seiner Unschärfe zu behaupten.

Mit Beginn der 80er Jahre wurde das Thema neue soziale Bewegungen in diversen Monographien randständig oder bereits als Zentralthema aufgegriffen (Hirsch 1980; Raschke 1980; Evers/Szankay 1981; Brand 1982; Rucht 1982). Ein Spezifikum der Bundesrepublik ist wohl, daß sich überwiegend Politikwissenschaftler – und nicht Soziologen⁹ – im Rahmen diverser Tagungen des Themas annahmen (vgl. die Tagungsbände von Grottian/Nelles, Hrsg., 1983; Hartwich, Hrsg., 1983; Falter/Fenner/Greven, Hrsg., 1984). Bald wurde eine erste breite empirisch-deskriptive Bilanz der Entstehung und Entwicklung neuer sozialer Bewegungen vorgelegt

(Brand/Büsser/Rucht 1983/86)¹⁰. In dichter Folge erschienen nun Studien zu Einzelkonflikten, Einzelbewegungen, Querschnittsaspekten und weitere Gesamtdarstellungen der neuen sozialen Bewegungen (z.B. Roth 1985; v. Beyme 1986; Rucht/Roth, Hrsg., 1987; Roike 1987; Wasmuth, Hrsg., 1989).

Beginnend ab 1983 setzte eine intensivere Kooperation zwischen den beteiligten Wissenschaftlern ein. Ungefähr ab Mitte der 80er Jahre öffnete sich die Debatte, die bislang ausschließlich auf neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik zentriert geblieben war. Allgemeine und systematische Fragen der Analyse sozialer Bewegungen (Gerdes 1984; Raschke 1985; Neidhardt 1985; Schneider 1987; Nullmeier/Raschke 1989), Aspekte historischer Sozialbewegungen (z.B. Conti 1984; Linse 1986), ausländische Bewegungsaktivitäten und entsprechende Forschungsarbeiten wurden aufgenommen (Brand, Hrsg., 1985; Rucht 1984; 1989; Japp 1984; Mayer 1986; Wasmuth 1987).

Während die Emphase der neuen sozialen Bewegungen trotz vermutlich steigendem Aktivitätsniveau in den letzten Jahren abklingt und ein Großteil der Aktivisten inzwischen pragmatischere Politikkonzepte verfolgt, scheint die Bewegungsforschung erst richtig zu „boomen“. Bis heute ist zu den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik eine beeindruckende Fülle von Arbeiten erschienen¹¹. Weniger imposant ist allerdings deren Qualität.

2. Theorien und Konzepte

Es wurde bereits implizit deutlich, daß in der bundesrepublikanischen Bewegungsforschung dezidiert theoretische und konzeptionelle Interessen lange unterentwickelt waren. Auch für die Gegenwart läßt sich feststellen, daß die Theoriebildung noch nicht sehr weit fortge-

schrritten ist. Im allgemeinen werden tentative, zurückhaltende Überlegungen vorgetragen. Profilierte „Schulen“ haben sich (noch) nicht etabliert; scharfe theoretische Kontroversen sind bisher ausgeblieben, dürften jedoch in Zukunft zu erwarten sein.

Wie in vielen anderen europäischen Ländern ist auch in der Bundesrepublik der Begriff soziale Bewegungen in aller Regel mit dem kollektiven Streben nach grundlegendem sozialem Wandel verknüpft. Damit wird – im Unterschied zum resource mobilization approach¹² – eine Grenze zu rein interessenpolitischen Aktivitäten gezogen. Allerdings findet sich in der Bundesrepublik nicht wie z.B. bei Touraine eine strikte Bindung des Bewegungsbegriffs an den Klassenbegriff. Unklar ist auch die Abgrenzung von sozialen Bewegungen zu politischen und kulturellen Bewegungen, zu Jugendreligionen oder terroristischen Gruppen, zu kurzlebigeren Kampagnen und spontanen kollektiven Aktionen und zu diffuseren ideologischen Strömungen.

Insgesamt überwiegen *strukturorientierte* Theorien und Konzepte. Hierbei werden mehrere Varianten vertreten. Habermas (1981) interpretiert das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen als Reaktion auf einen Prozeß der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ nach der Maßgabe von Funktionsimperativen des ökonomischen und politisch-rechtlichen Systems. Raschke (1985) ordnet im Rahmen seiner historisch-systematischen Analyse die neuen sozialen Bewegungen einem nachindustriellen Gesellschaftstypus zu und unterstellt ihnen eine vorrangige Orientierung auf Fragen der „Lebensweise“. Brand (1989) und Rucht (1988) stützen sich auf noch sehr vorläufige modernisierungstheoretische Überlegungen; sie verknüpfen (neue) soziale Bewegungen ganz generell mit Modernisierungsschüben innerhalb der Dimensionen von Ökonomie, Politik und Sozio-Kultur. Eder (1986) bezieht die neuen sozialen

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

Bewegungen primär auf die sozialrevolutionäre Durchsetzung einer bestimmten Moral- und Bewußtseinsstufe. Offe (1985; 1989) interpretiert die neuen sozialen Bewegungen vor allem im Hinblick auf Veränderungen der interessenpolitischen Struktur. Stärker marxistischen Annahmen verhaftete Autoren wie Hirsch, Roth und Mayer gehen in Anlehnung an die ökonomische „Regulationsschule“ von einer Krise der „fordistischen“ Vergesellschaftungsform aus; sie sehen die neuen sozialen Bewegungen als Ausdruck und Wegbereiter des „Postfordismus“ (Hirsch/Roth 1986; Roth 1989; Mayer 1985).

Teils werden in diese strukturorientierten Ansätze auch andere Theoreme wie die Überlegungen zum Wertewandel (im Anschluß an Inglehart) oder zum Wandel politischer Generationen (Fogt) integriert. Ein grundlegender Mangel der strukturorientierten Konzepte ist bislang, daß sie den Mikroprozessen der Konstitution und Mobilisierung sozialer Bewegungen wenig Beachtung schenken.

Im Vergleich zu den genannten Ansätzen sind rein *akteurzentrierte* Theorien kaum repräsentiert. Allerdings gibt es auch in der Bundesrepublik Vertreter eines methodologischen Individualismus, die insbesondere im Rückgriff auf rational choice-Theorien das Engagement von Individuen in sozialen Bewegungen erklären wollen (z.B. Opp et al. 1984; Opp 1988). Hier fehlt allerdings schon aus systematischen Gründen ein spezieller Bezug zu *neuen* sozialen Bewegungen. Zu erwähnen ist außerdem ein nicht näher ausgearbeiteter Ansatz, der – in ausdrückli-

cher Berufung auf Touraine – den Aspekt der Selbstkonstitution sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt rückt, zugleich aber auch systemtheoretische Annahmen zu integrieren sucht (Japp 1984).

Erst in jüngster Vergangenheit wurden (neue) soziale Bewegungen in dezidiert *systemtheoretischer Perspektive* thematisiert (Luhmann 1987; Bergmann 1987; Ahlmeier 1989). Hierbei finden vor allem die Phänomene der Selbstbeobachtung von Gesellschaft und der Mobilisierung als zentrale Funktionen von Bewegungen Beachtung, während genetische, organisatorische und strategische Fragen vernachlässigt werden.

Teils mit, teils auch ohne ausdrückliche theoretische Bezüge werden zunehmend auch spezielle Aspekte neuer sozialer Bewegungen untersucht. Dies gilt z.B. für Fragen der Kommunikation, Organisation, Institutionalisierung, Strategie (Roth 1987; 1988; Rucht 1984; 1987; Leif 1985; 1989; Nullmeier 1989). Hervorzuheben sind auch die zahlreichen Arbeiten im Rahmen der Frauenforschung, die sich allerdings nur sehr selten in bewegungssoziologischer Perspektive der neuen Frauenbewegung zuwenden¹³.

3. Methoden und empirische Resultate

Entsprechend dem späten Aufschwung der Bewegungsforschung in der Bundesrepublik sind auch die methodischen Verfahren, soweit sie speziell auf die Analyse sozialer Bewegungen zugeschnitten sind, noch sehr unterentwickelt. Zunächst dominierten in vielen Arbeiten Interpretationen auf der Basis von unsystematisch verwendeten Quellen. Eher assoziativ und illustrativ wurden journalistische Berichte, Umfragen und Interviews, Ergebnisse einzelner Fallstudien, schriftliches Material aus dem Kreis der Bewegungsaktivisten und Methoden der teil-

nehmenden Beobachtung zur Analyse herangezogen. Hierbei zeichnete sich eine ganze Reihe plausibler und mehrfach bestätigter Ergebnisse ab, welche jedoch selten einer strengen empirischen Prüfung entsprungen waren. Zudem wurden in oft fragwürdiger Weise Teilergebnisse aus der Umfrage- und Wahlforschung, die sich etwa auf die Sympathisanten oder Wähler der Partei der Grünen bezogen, umstandslos auf die Anhänger neuer sozialer Bewegungen übertragen (z.B. Bürklin 1984). Ausnahmen hiervon bilden die – allerdings hinsichtlich ihrer Fragestellung und Indexbildung höchst problematischen – Umfragen im Rahmen des Eurobarometers (Watts 1987; ZEUS 1989). Solidere Ergebnisse versprechen Analysen im Rahmen neuerer Wahlstudien (Pappi 1988; 1989) und auf der Basis einer bislang noch nicht ausgewerteten Umfrage der „Gewaltkommission“. Wichtige Informationsquellen sind schließlich Umfragen und sekundäranalytische Arbeiten im Rahmen der Radikalismus- und Partizipationsforschung, die allerdings nicht spezielle auf (neue) soziale Bewegungen ausgerichtet sind (z.B. Barnes/Kaase et al. 1979; Infratest 1980; Backes/Jesse 1988/89). Einige wenige, für die meisten Beobachter jedoch wenig überraschende empirische Resultate sollen hier kurz vorgestellt werden, ohne dabei jedoch auf die einzelnen Autoren und Datenquellen näher einzugehen.

In *sozialstruktureller* Hinsicht setzen sich die Anhänger neuer sozialer Bewegungen vor allem aus den jüngeren, gut gebildeten Teilen der neuen Mittelklasse zusammen. Zumindest im Kreis der stark Engagierten sind Angehörige des Humandienstleistungssektors deutlich überrepräsentiert. Der Anteil aktiver Frauen dürfte höher sein als in den meisten Parteien und Interessenverbänden.

Die *politische Orientierung* der Mehrzahl der Bewegungsanhänger liegt eindeutig im linken Spektrum. Beim Kern der Aktivisten sind linke

Postmaterialisten stark überrepräsentiert. Allerdings rechnen sich speziell der Ökologiebewegung auch konservative, zum Teil sogar reaktionäre Gruppierungen zu, ohne freilich größeren Einfluß erlangt zu haben. Verschiedentlich wird die These vertreten, in den neuen sozialen Bewegungen wären zwei zeitlich grob einander folgende Grundströmungen verschmolzen; zum ersten eine emanzipatorische, radikal-demokratische und modernisierende Aufbruchbewegung, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren dominierte; zum anderen eine kulturkritische, defensive Bewegung, die vor allem auf die Folgelasten industrieller und bürokratischer Modernisierung gerichtet ist und ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte der 70er und den frühen 80er Jahren erlebte.

Die *Organisation* der neuen sozialen Bewegungen ist durch ein hohes Maß an Dezentralität sowie die Dominanz informeller Strukturen und Verfahren gekennzeichnet. Relativ stark formalisierte Mitgliederverbände gewinnen allerdings in einigen Bewegungen an Einfluß. In keiner Einzelbewegung finden sich jedoch Organisationen mit einer hegemonialen Position¹⁴. Es überwiegt eine sehr kritische Haltung gegenüber formellen und informellen Machtpositionen, Hierarchien und starren Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung. Auf lokaler Ebene haben sich eigenständige *Bewegungsmilieus* auf der Basis persönlicher Bekanntschaften, ähnlicher Lebensstile und kultureller Ausdrucksformen sowie eines gemeinsamen politischen Vorverständnisses herauskristallisiert. Oberhalb der für jede Einzelbewegung bestehenden Infrastruktur (mit Fachzeitschriften, Zentren, Verbänden, usw.) hat sich – von der lokalen bis zur nationalen Ebene – eine themen- und bewegungsübergreifende Infrastruktur herausgebildet. Das Spektrum entsprechender Einrichtungen reicht von Szenekneipen, autonomen Jugendzentren und Tagungs-

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

häusern bis hin zur bundesweiten „Tageszeitung“, dem Netzwerk Selbsthilfe und der Öko-Bank. Auch die Partei der Grünen kann als Teil dieser Infrastruktur verstanden werden.

Die Etablierung von Bewegungsmilieus und zugehörigen Infrastrukturen in Verbindung mit überlappenden Mitgliedschaften kann auch erklären, warum es in der Bundesrepublik immer wieder zu großen, oft überraschenden *Mobilisierungen* selbst bei solchen Anlässen kommen kann, bei denen eigentlich keine Einzelbewegung direkt tangiert ist (Volkszählung 1983 und 1987; Besuch von Präsident Reagan in Berlin 1987; Tagung von Weltbank und IWF 1988 in Berlin, usw.).

Die *gesellschaftlichen und politischen Wirkungen* der neuen sozialen Bewegungen sind noch wenig untersucht. Bezogen auf konkrete Einzelkonflikte ergibt sich eine sehr differenzierte Bilanz. Wenigen spektakulären Erfolgen, aber auch Mißerfolgen stehen viele – mehr oder weniger eindrucksvolle – Teilerfolge gegenüber. Ebenfalls sehr differenziert müssen die materiellen Resultate im Hinblick auf verschiedene Einzelpolitiken beurteilt werden. Erst seit kurzem mehren sich die Anzeichen dafür, daß die neuen sozialen Bewegungen auch zur Reform oder Neubildung institutioneller Strukturen und Verfahren im Rahmen verschiedener Teilpolitiken beitragen; die längerfristigen Wirkungen solcher Neuerungen (z.B. Frauengleichstellungsstellen) bleiben abzuwarten. Ganz gene-

rell scheint es, als wären auf Seiten der Bewegungen wie der etablierten Politik die Berührungsängste geschwunden und wüchse die Bereitschaft zu einer pragmatisch orientierten Zusammenarbeit. Über die Auswirkungen der neuen sozialen Bewegungen auf die Veränderung von Werten, Politik- und Lebensstilen läßt sich bislang nur spekulieren, da hier kausale und direkte Zuordnungen besonders schwer fallen. Die Effekte der neuen sozialen Bewegungen in dieser Dimension sind meines Erachtens sehr hoch zu veranschlagen.

4. Institutionelle Aspekte der Forschung zu neuen sozialen Bewegungen

Diejenigen, die die Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik aufgenommen hatten, waren überwiegend junge, wenig etablierte Wissenschaftler(innen), die sich ihrem Thema meist „im Nebenberuf“ und ohne institutionellen Rückhalt zuwandten. Aufgrund dieses strukturellen Defizits, teils auch aufgrund ihrer eigenen Erfahrung in sozialen Bewegungen, organisierten sich Bewegungsforscher(innen) ähnlich wie die Bewegungen selbst. Es dominierten informelle, auf persönlichem Austausch beruhende Formen der Kommunikation. Kennzeichnend hierfür war und ist die Struktur einer bundesweiten „Arbeitsgruppe neue soziale Bewegungen“, die sich 1983/84 als Diskussionszusammenhang formierte und nur locker der Sektion „Politische Soziologie“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zugeordnete. Ihre Tagungen organisiert die Arbeitsgruppe eigenständig und unter weitgehender Vermeidung akademischer Rituale. Als internes Kommunikationsorgan fungierte zunächst ein improvisierter „newsletter“. Dar- aus ging dann 1988 aufgrund der Initiative meh-



rerer Einzelpersonen eine eigenständige Zeitschrift hervor („Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“), die ausdrücklich auch die Kommunikation zwischen Bewegungsaktivisten und Bewegungsforschern fördern will. Derzeit finden im Umfeld von Arbeitsgruppe und Zeitschrift jährlich zwei bis drei Tagungen zu neuen sozialen Bewegungen statt, bei denen jeweils 30 bis 40 Interessenten zusammenkommen. Auch innerhalb der Bewegungen entwickelt sich ein reges Interesse an der Bewegungsforschung, wobei hier natürlich der Wunsch nach handlungsleitenden Einsichten dominiert. Soziologen griffen das Thema „neue soziale Bewegungen“ verspätet, dann freilich sehr grundsätzlich auf. Prototypisch für eine „politikferne“ und genuin soziologische Betrachtungsweise sind z.B. die neueren systemtheoretischen Arbeiten zu sozialen Bewegungen.

Bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre wurden Kontakte zu Bewegungsforschern in anderen europäischen Ländern¹⁵ und in den USA geknüpft; es begann die Rezeption des einschlägigen Forschungsstandes. Die internationale Zusammenarbeit hat sich inzwischen intensiviert, wie mehrere Tagungen und teils damit verbundene Publikationen zeigen (vgl. Klandermans/Kriesi/Tarrow 1988; Dalton/Küchler, Hrsg., 1989; Rucht, Hrsg., 1990).

Erst in jüngster Zeit kamen größere, systematische Forschungsvorhaben zu neuen sozialen Bewegungen in Gang. Diese zum Teil mit Drittmitteln geförderten Vorhaben können, wenngleich beschränkt auf Einzelfragen, den bisherigen Kenntnisstand erweitern, zumindest aber informierte Spekulationen besser fundieren. Schwerpunkte dieser laufenden Arbeiten sind Analysen zu lokalen Bewegungsmilieus (Roth u.a., Berlin), zum Zusammenhang von sozialstrukturellen Wandlungen und neuen sozialen Bewegungen (Oertzen/Vester u.a., Hannover) und zu historischen und ländervergleichenden

Analysen des middle class radicalism (Brand, München). Ein Ausdruck der stärkeren Etablierung der Bewegungsforschung ist auch die 1988 gegründete Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegung“ (Leitung: Friedhelm Neidhardt) im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Hier wurden inzwischen mehrere Forschungsprojekte begonnen – darunter zu Mobilisierungsprozessen in sozialen Bewegungen, zur Wechselbeziehung zwischen öffentlicher Meinung und sozialen Bewegungen, zur Langfristanalyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik sowie zu sozialen Bewegungen im Ländervergleich.

Zusammenfassung

(1) Die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen begann relativ spät, ohne akademische Heimat und ohne institutionelle Unterstützung. Die fehlende Tradition des Forschungsfeldes, zu der die Emigration vieler Sozialwissenschaftler, vielleicht auch eine gewisse Tabuisierung des Bewegungsthemas in Reaktion auf die faschistische Bewegung beigetragen haben, führte zu einem verzögerten, dann jedoch äußerst dynamischen Aufschwung der Bewegungsforschung. Ihre ersten Promotoren waren jüngere, noch kaum etablierte Wissenschaftler, die meist mit wenig Professionalität und Forschungsressourcen, aber umso größerem Engagement zu Werke gingen.

(2) Der ungewöhnlich vitale Sektor der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik sorgte für ein anhaltendes Interesse an diesem Gegenstand. Auf der einen Seite sind in den Bewegungen viele Akademiker, darunter vor allem Angehörige des Humandienstleistungssektors aktiv. Gerade diese Gruppe forciert einen ständigen, auf hohem Niveau stehenden Prozeß der Selbstbeobachtung und Selbstreflexion. Zugleich sind aus der Praxis sozialer Bewegungen

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

auch Sozialwissenschaftler hervorgegangen, die ein großes Interesse an der Analyse neuer sozialer Bewegungen haben, teils auch politisch-praktisch intervenieren wollen. Unter diesen Bedingungen werden neue Entwicklungen innerhalb der Bewegungen schnell Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen; umgekehrt können aber auch sozialwissenschaftliche Kategorien und Einsichten sehr rasch in die Bewegungen einfließen. Allerdings gewinnt inzwischen auf Seiten der Bewegungswissenschaft eine distanzierte, stärker analytisch ausgerichtete Perspektive an Gewicht.

(3) Bislang bleibt die Qualität der bundesdeutschen Bewegungsforschung deutlich hinter der eindrucksvollen Quantität ihrer Analysen zurück. Insbesondere fehlen theoriegeleitete, systematisch angelegte und mit methodischem Raffinement betriebene empirische Forschungen, wie sie insbesondere im angloamerikanischen Raum, aber auch in einzelnen europäischen Ländern betrieben werden. Deutlich unterbelichtet sind in der Bundesrepublik Fragen der Alltagspraxis von Bewegungen jenseits von spektakulären Protestaktionen, die Mechanismen und Verfahren der internen Koordination und Meinungsbildung, die Mobilisierungsbedingungen für Protestaktionen, das Verhältnis

von Bewegungen und Gegenbewegungen sowie die Wechselwirkungen zwischen Bewegungen einerseits sowie Massenmedien und etablierter Politik andererseits. Selten sind auch vergleichende Analysen, sei es von verschiedenen Bewegungen innerhalb eines bestimmten Raumes, sei es von Bewegungen in verschiedenen Ländern, sei es von historischen und aktuellen Sozialbewegungen.

(4) Trotz dieser Liste von Defiziten läßt sich im Rückblick auf die vergangenen Jahre doch feststellen, daß die Bewegungsforschung in der Bundesrepublik – gerade unter Berücksichtigung ihrer schwierigen Ausgangsposition – ein gutes Stück vorangekommen ist. Sie hat sich für grundsätzlichere, jenseits der kurzfristigen Bewegungskonjunkturen liegende Fragen geöffnet. Sie nimmt verstärkt die internationale Diskussion wahr und beginnt sich in diese auch einzumischen. Aussichtsreiche Forschungsvorhaben sind in jüngster Zeit in Gang gekommen. Die politische Sozialisation, die tausende von Studenten sozialwissenschaftlicher Fächer in neuen sozialen Bewegungen erfahren haben, aber auch die anstehende Etablierung der ersten Generation von Bewegungsforschern in den Fachprofessionen läßt erwarten, daß über kurz oder lang auch dieses Themenfeld im akademischen Bereich besser verankert sein wird. Soziale Bewegungen, die man ohne Übertreibung mit zu den Geburtshelfern der Soziologie und speziell der politischen Soziologie rechnen kann, finden so verspätet wieder die ihnen gemäße Beachtung und treten legitimerweise neben die Soziologie der Parteien und Interessengruppen, die Wertwandelforschung usw. Bloße Beachtung freilich sichert noch keinen Erkenntnisfortschritt. Das systematische Wissen über soziale Bewegungen im allgemeinen und neue soziale Bewegungen im besonderen ist noch karg.

Von herausragenden Einzelarbeiten abgesehen kann dieses Wissen entscheidend wohl nur durch ambitionierte, gut ausgestattete und sorgfältig durchgeführte Forschungsvorhaben vorangetrieben werden.

Dieter Rucht arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin, WZB – Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“, Forschungsschwerpunkt III „Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse“. Zahlreiche Veröffentlichungen zu neuen sozialen Bewegungen.

Anmerkungen:

- 1 Geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rahmen der „Journées Annuelles de la Société Française de Sociologie“ am 29.130. September 1989 in Paris. Das Rahmenthema dieses Soziologentages lautete „action collective et mouvements sociaux“. Ich danke Roland Roth für einige Hinweise zur Überarbeitung des Manuskripts.
- 2 Es wäre irreführend, von Namensgebungen auf reale Forschungstätigkeiten zu schließen. So gibt es z.B. am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt eine Abteilung „Institutionen und soziale Bewegungen“, ohne daß dort Bewegungsforschung i.e.S. betrieben würde.
- 3 Hierzu zählen zwei „Veteranentreffen in den Jahren 1987/88 sowie ein von Bernd Rabehl geleitetes Forschungsprojekt, das die Studentenbewegung im Lichte jugendsoziologischer Theorien untersuchte. Ein von Fuhrmann u.a. betriebenes Nachfolgeprojekt konzentriert sich stärker auf die Rolle des SDS.
- 4 Immerhin erschien ein Hauptwerk Heberles, in dem soziale Bewegungen eine zentrale Stellung innehaben, auch in deutscher Sprache (Heberle 1967).
- 5 Typisch hierfür ist etwa der Beitrag von Deltgen (1969).
- 6 Entsprechend fanden sie auch die Aufmerksamkeit der etablierten Parteien und des politisch-administrativen Systems. In dieser Phase wurden von Ministerien einige kleinere Studien zu den Aktivitäten sozialer Bewegungen in Auftrag gegeben.
- 7 „Schon der Begriff signalisiert Verlegenheit. Er hat sich in den letzten Jahren zur Umschreibung jener vielfältigen Protestgruppen, gegenkulturellen Strömungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfeprojekte eingebürgert, die mit und seit der Studen-

tenbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern entstanden sind.“ (Roth 1982, S. 79). Ähnlich konstatiert auch Nelles (1983, S. 83), daß es sich hierbei um einen Verlegenheitsbegriff handle.

- 8 Etwa zeitgleich taucht der Begriff auch in Italien und wenig später in den Niederlanden auf.
- 9 Im Rahmen soziologischer Tagungen begann die Diskussion mit dem Beitrag von Eder (1983) und diversen Referaten anläßlich der Sitzung der Sektion „Soziologische Theorien“ zum Thema „Soziale Bewegungen und Soziale Evolution“ im Mai 1985 in München.
- 10 Die etwa zeitgleich erschienene Arbeit von Lungguth (1983) ist eine erweiterte Fassung eines früheren Buches zur Neuen Linken. Sie behandelt die neuen sozialen Bewegungen nur am Rande und stützt sich im übrigen vor allem auf Organisationsdaten zu Gruppierungen der Neuen Linken.
- 11 Vgl. etwa die Bibliographien in Roth/Rucht, Hrsg. (1987) und Wasmuth, Hrsg. (1989).
- 12 In einer sehr inklusiven – und deshalb wohl unbrauchbaren – Definition wird soziale Bewegung beispielsweise umschrieben als „any sentiment or activity shared by one or more people oriented toward changes in social relations or the social system“. (Garner/Zald 1982, S. 1).
- 13 Auch Arbeiten z.B. von Clemens 1988, Giebeler 1986 oder Rubart 1988 thematisieren nur jeweils einen Aspekt der Frauenbewegung. Bislang fehlt eine groß angelegte Monographie über die neue Frauenbewegung.
- 14 Eine gewisse Ausnahme bildete der bis vor kurzem existierende Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, der sich aus einem breiten Spektrum von Organisationen und „Strömungen“ zusammensetzte und eine zentrale Steuerungsrolle wahrnahm, gleichwohl aber von der – zunehmend ausgebliebenen – Resonanz der Basisgruppen abhängig blieb.
- 15 Vorübergehend existierte ab 1983 eine „autonomous working group on new social movements“ im Rahmen der European Group for Organizational Studies. Sie organisierte Treffen in Mailand (1983), Aarhus (1985) und Bonn (1985).

Literatur

- Ahlemeier, H.W., 1989: „Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens“, in: Zeitschrift für Soziologie, 18, Heft 3, S. 175–191.
- Allerbeck, K., 1973: Soziologie radikaler Studentenbewegungen, München-Wien.

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

- Backes, U./Jesse, E., 1988/89: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 3 Bde., Köln.
- Barnes, S.H./Kaase M. et al., 1979: *Political Action. Mass Participation in Five Nations*, Beverly Hills und London.
- Bergmann, W., 1987: „Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegungen zur Selbstkonstitution der ‚neuen‘ sozialen Bewegungen“, in: D. Baecker (Hrsg.), *Theorie als Passion*, Frankfurt/M., S. 262–293.
- Beyme, K. von, 1986: *Neue soziale Bewegungen und politische Parteien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 44, S. 30–39.
- Brand, K.-W., 1982: *Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz*, Opladen.
- Brand, K.-W., 1985: *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt.
- Brand, K.-W., 1989: „Neue soziale Bewegungen“ – *Katalysatoren der Postmoderne?* Unveröffentlichtes Manuskript, München.
- Brand, K.-W./Büsser, D./Rucht, D., 1983/1986: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.
- Bürklin, W., 1984: *Ansatzpunkte einer sozialstrukturellen Verankerung der neuen sozialen Bewegungen*, in: J.W. Falter/C. Fenner/M.Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 566–579.
- Clemens, B., 1988: „Die Frauenbewegung, das Geschlechterverhältnis und die Theorien zu ‚Neuen sozialen Bewegungen‘“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1, Heft 3, S. 5–15.
- Conti, Ch., 1984: *Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1980 bis heute*, Reinbek.
- Dalton, R./Küchler, M. (Hrsg.), 1989: *Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies*, Oxford (i.E.).
- Deltgen, F., 1969: *Was kann unter einer ‚Bewegung‘ verstanden werden?*, in: R. König (Hrsg.), *Aspekte der Entwicklungssoziologie*, KZ/SS, Sonderheft 13, S. 410–429.
- Eder, K., 1983: „Was ist neu an den neuen sozialen Bewegungen?“, in: J. Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, 21. Deutscher Soziologentag 1982, Frankfurt/M., S. 401–411.
- Eder, K., 1986: „Soziale Bewegungen und kulturelle Evolution“, in: J. Berger (Hrsg.), *Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren (Soziale Welt. Sonderband 4)*, Göttingen, S. 335–357.
- Evers, A./Szankay, Z., 1981: „Das gerissene Band – Überlegungen zum neueren Verhältnis von sozialem Wissen und sozialer Bewegung“, *Prokla*, 11, Nr. 43, S. 43–59.
- Falter, J.W./Fenner, C./Greven, M.Th. (Hrsg.) 1984: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen.
- Garner, R./Zald, M.N., 1982: „The Political Economy of Social Movement Sectors“. Unveröffentlichtes Manuskript, University of Michigan, Ann Arbor.
- Gerdes, D., 1984: „Verhalten‘ oder ‚Handeln‘? These zur sozialwissenschaftlichen Analyse sozialer Bewegungen“, in: J.W. Falter/C. Fenner/M.Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, S. 645–654.
- Giebelier, C., 1986: *Institutionalisierung der Empörung. Zum Verhältnis von ‚Bewegung‘ und ‚Institution‘ am Beispiel der Frauenforschung*, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Nr. 18, S. 65–81.
- Greven, M.Th., 1988: „Zur Kritik der Bewegungswissenschaft“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1, Heft 4, S. 51–60.
- Grottian, P./Nelles, W. (Hrsg.), 1983: *Großstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel.
- Habermas, J., 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt/M.
- Hartwich, H.-H. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen.
- Heberle, R., 1967: *Hauptprobleme der Politischen Soziologie*, Stuttgart.
- Heinz, W.R./Schöber, P., 1973: *Theorien des kollektiven Verhaltens*, 2 Bde., Darmstadt und Neuwied.
- Hirsch, J., 1980: *Der Sicherheitsstaat. Das ‚Modell Deutschland‘. seine Kosten und die neuen sozialen Bewegungen*, Hamburg.

- Hirsch, J./Roth, R., 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg.
- Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, 1980: *Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozialpsychologischen Untersuchung des Extremismus*, Stuttgart u.a.
- Japp, K.P., 1984: „Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen“, in: *Soziale Welt*, 35, Heft 3, S. 313–329.
- Klandermans, B./Kriesi, H./Garrow, S. (Hrsg.), 1988: *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*, Greenwich Connecticut.
- Klandermans, B. (Hrsg.), 1989: *Organizing For Change: Social Movement Organizations in Europe and the United States*, Greenwich Connecticut.
- Kreckel, U., 1974: *Selbsterfahrung und Fremdbestimmung. Bericht aus der neuen Frauenbewegung*, Darmstadt und Neuwied.
- Kontos, S., 1986: „Modernisierung der Subsumptionspolitik. Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegungen“, in: *Feministische Studien*, Heft 2, S. 34–49.
- Langguth, G., 1983: *Protestbewegung, Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die neue Linke seit 1968*, Köln.
- Leif, Th., 1985: *Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen*, Bonn.
- Leif, Th., 1989: „Die Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre. Themen und Strategien“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 26, S. 28–40.
- Linse, U., 1986: *Ökopax und Anarchie. Die Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland*, München.
- Luhmann, N., 1986: *Ökologische Kommunikation*, Opladen.
- Mayer, M., 1985: „Urban Social Movements and Beyond: New Linkages Between Movement Sectors and the State in West Germany and the United States“, Paper delivered at the Fifth International Conference of Europeanists, Washington, D.C., October 18–20, 1985.
- Mayer, M., 1986: *Soziale Bewegungen in der Stadt. Eine vergleichende Untersuchung von Veränderungsprozessen in Verhältnis zwischen städtischen Bewegungen und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland*, Habilitationsschrift, Universität Frankfurt.
- Mayer-Tasch, P.C., 1976: *Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem*, Reinbek.
- Neidhardt, F., 1985: „Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen“, in: S. Hradil, (Hrsg.), *Sozialstruktur im Umbruch*, Opladen, S. 193–204.
- Nelles, W., 1983: „Neue soziale Bewegungen und alte Politik“, in: P. Grottian/W. Nelles (Hrsg.), *Graßstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel, S. 83–100.
- Nullmeier, F., 1989: „Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 26, S. 3–16.
- Nullmeier, F./Raschke, J., 1989: „Soziale Bewegungen“, in: S. v. Bandemer/G. Wewer (Hrsg.), *Regierungssystem und Regierungslehre*, Opladen, S. 249–272.
- Offe, C., 1985: „New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics“, in: *Social Research*, 52, Heft 4, S. 817–868.
- Offe, C., 1989: „Reflections on the Institutional Self-Transformation of Movement Politics: A Tentative Stage Model“, in R. Dalton/M. Küchler (Hrsg.), 1989.
- Opp, K.D. et al., 1984: *Soziale Probleme und Protestverhalten*, Opladen.
- Opp, K.D. et al., 1988: „Community integration and incentives for political protest“, in: B. Klandermans/H. Kriesi/S. Tarrow (Hrsg.), 1988, S. 83–91.
- Pappi, F.U., 1988: *Neue soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik. Teil des Abschlußberichts des DFG-Projekts „Nachwahlstudie 1987. Soziale Bewegungen und Wahlverhalten*, Institut für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
- Pappi, F.U., 1989: „Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 26, S. 17–27.
- Rammstedt, O., 1978: *Soziale Bewegung*, Frankfurt a.M.
- Raschke, J., 1980: „Politik und Wertwandel in der westlichen Demokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 36, S. 23–45.
- Raschke, J., 1985: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M.
- Roth, R., 1982: *Trendbericht Neue soziale Bewegungen*, in: *Literatur Rundschau*, Heft 7 (Juli), S. 79–94.
- Roth, R., 1983: „Gesellschaftstheoretische Konzepte zur Analyse neuer sozialer Bewegungen“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24, Heft 3, S. 311–328.

BEWEGUNGS- WISSENSCHAFT IN DER DISKUSSION

Roth, R., 1985: „Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze“, in: K.-W. Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA*, Frankfurt/M., S. 20–82.

Roth, R., 1989: „Neue soziale Bewegungen als politische Institution“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderausgabe „40 Jahre Bundesrepublik – 40 Jahre Soziale Bewegungen“.

Roth, R., 1989: „Fordismus und neue soziale Bewegungen“, in: U. Wasmuth (Hrsg.), 1989: *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt, S. 13–37.

Roth, R./Rucht, D. (Hrsg.), 1987: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M.

Rubart, F., 1988: *Die codierte Utopie der Frauenfriedensbewegung: Gewaltfreies (Liebes-) Leben in der postpatriarchalen Gesellschaft*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1. Heft 1 und 3, S. 28–36 und 33–48.

Rucht, D., 1982: „Neue soziale Bewegungen oder: Die Grenzen bürokratischer Modernisierung“, in: J. Hesse (Hrsg.), 1982: *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 13)*, Opladen, S. 272–292.

Rucht, D., 1984: „Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen“, in: J.W. Falter/C. Fenner/M.Th. Greven (Hrsg.), 1984, S. 609–620.

Rucht, D., 1987: „Campaigns, skirmishes and battles: Antinuclear movements and the State (USA, France, West Germany)“, paper delivered at the ECPR-workshop on „New social movements and the political system“, Amsterdam, April 11–15 (erscheint in *Industrial Crisis* 2/1990).

Rucht, D., 1988: „Themes, Logics and Arenas of Social Movements: A Structural Approach“, in: B. Klundermans/H. Kriest/S. Tarrow (Hrsg.), 1988, S. 305–328.

Rucht, D., 1989: „Environmental Movement Organizations in West Germany and France: Structure and Interorganizational Relations“, in: B. Klundermans (Hg.), 1989.

Rucht, D. (ed.), 1990: *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*, Frankfurt/M. and Boulder, Co., Campus und Westview Press (i.E.).

Schneider, N.F., 1987: *Ewig ist nur die Veränderung. Entwurf eines analytischen Konzepts sozialer Bewegungen*, Frankfurt/M.

Stöss, R., 1984: „Vom Mythos der ‚neuen sozialen Bewegungen‘. Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung“, in: J.W. Falter/C. Fenner/M.Th. Greven (Hrsg.), 1989, S. 548–559.

Vester, M., 1983: „Die ‚Neuen Plebejer‘ – Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen“, in: H.-H. Hartwich (Hrsg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen, S. 213–224.

Wasmuth, U., 1987: *Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945. Ein Vergleich*, Gießen.

Wasmuth, U., 1989: *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt.

Watts, N.S.J., 1987: „Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen. Ein Vergleich der Länder der Europäischen Gemeinschaft“, in: R. Roth/D. Rucht (Hrsg.), 1987, S. 46–67.

ZEUS (Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien), 1988: „Environment Attitude Evolution“, in: *ZEUS-Report No. 10*, Universität Mannheim.

berichte

Abschied von der Gleichstellungspolitik?

Internationaler Frauenkongreß diskutierte neue Strategien der Frauenbewegung

„Die Schlammschlacht blieb aus“ – faßte die Frankfurter Literaturwissenschaftlerin *Silvia Bovenschen* die Diskussionen des viertägigen internationalen Frauenkongresses „Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht – 200 Jahre Aufklärung – 200 Jahre Französische Revolution“ an der Universität Frankfurt zusammen. Schlammschlacht – das meinte die seit einiger Zeit in der Frauenbewegung heftig diskutierte Kontroverse „Gleichheit versus Geschlechterdifferenz“. Im Vergleich zum Streit um das grüne „Mütter-Manifest“ beschränkt sich diese Auseinandersetzung zwar auf Teile der autonomen Frauenbewegung und hat deshalb längst nicht die gleiche Öffentlichkeit wie die Fehde zwischen (nicht nur grünen) Mütterpolitikerinnen und sozialistischen Feministinnen. Wie sich jedoch nicht nur beim Frankfurter Frauenkongreß zeigte, sind die Lager der beiden Kontroversen ziemlich identisch.

So spendeten die anwesenden Autorinnen des „Mütter-Manifestes“ – die bekannteste von ihnen ist wohl *Gisela Erler* aus München – dem Ansatz der Geschlechterdifferenz viel Beifall (Nach dem „Elend der Quotierung“ gibt es eine „gewisse Sehnsucht nach Wir-Gefühl“ in der Frauenbewegung), während von sozialistischen Feministinnen – wie der Hamburger Professorin *Frigga Haug* – bei beiden Konzepten Widerspruch kam. „Geschlechterdifferenz“ bezeichnet einen von italienischen Feministinnen entwickelten Denkansatz, der dem „weiblichen Anderssein“ einen „Wert an sich“ zuschreibt. Konkret beschrieben ist er in dem vielbeachteten Buch „Wie weibliche Freiheit entsteht“. Bisher haben Geschlechterdifferenz immer für geschlechtshierarchische Arbeits- und Rollenteilungen erhalten müssen und die „Minderwertigkeit und Unterdrückung“ der Frauen festgeschrieben, referierte die Philosophin *Adriana Cavarero* vor mehr als tausend Frauen. Statt dessen müsse aber ein „weiblicher Maßstab für die Welt“ entwickelt werden, indem sich Frauen auf andere Frauen „beziehen“ (=affidamento) und dadurch das „Fundament ihrer Weiblichkeit bestimmen“. Ein vernichtendes Urteil fällten die Italienerinnen über die erfolgte Gleichstellungspolitik: Sie habe – Beispiel Abtreibung, Strafbarkeit von Vergewaltigung, Quotierung etc. – lediglich dazu gedient, die Frauen an das „männliche Modell anzugleichen“. Anstatt für diese Kämpfe weiterhin Energien zu verschwenden, sollten sie künftig lieber in die Entwicklung einer weiblichen Identität gesteckt werden, folgerte *Cavarero*.

Kein Wunder, daß eine solche Ab-

sage an „Gleichheits“-politik Widerspruch provozierte. So räumte *Frigga Haug* zwar ein, daß die Gleichheit durch ein „Steckenbleiben in halbherzigen Reformen, – trotz seit 200 Jahren deklarierter Menschenrechte – und durch Vereinnahmung frauenpolitischer Forderungen bei Teilen der Frauenbewegung „fast völlig in Verruf geraten ist“. Angesichts der „schreienden Ungleichheit der Praxis“ dieser Gesellschaft sei eine Abkehr von Gleichheitsforderungen aber völlig falsch. Auch die Frankfurter Rechtswissenschaftlerin *Ute Gerhard* hält die Möglichkeiten der Gleichheit „noch längst nicht für ausgeschöpft“, da sie „trotz allem“ ein „politisches Instrument zum Abbau von Privilegien und Gewaltverhältnissen“ und immer noch die „radikalste und den Nutznießern des Status Quo gefährlichste Forderung“ unter allen Menschenrechten sei. *Frigga Haug* wies auch nachdrücklich auf die Gefahr hin, daß das „Beharren auf dem weiblichen Anderssein“ mit „neokonservativer Weiblichkeitsideologie“ vereinbar sei und eine „Abspaltung nach rechts“ drohe. Während die Frauenbewegung in ihren Anfängen noch die Zusammenhänge zwischen privatem Alltag und Gesellschaftsstruktur thematisiert habe, seien danach jedoch sozialistische Frauen und „Körper-Frauen“ „auseinandergedriftet“. Dieses wieder zusammenzuführen, sei aber notwendig für die gesellschaftsverändernde Kraft der Frauenbewegung. Dabei wollte sie auch keineswegs auf solche „Gleichheits“-Forderungen wie Quotierung und Arbeitszeitverkürzung verzichten, wengleich sie davor warnte, in der Quote ein Ziel anstatt eines Mittels zu sehen,



auf dem man sich „ausruhen“ dürfte.

Es gab auch Wissenschaftlerinnen, die wenig mit dem Begriff der „sexuellen Differenz“ anfangen konnte. Sie wisse nicht, was der „Wert von Weiblichkeit an sich ist“, betonte *Cornelia Klinger* aus Wien. Frauenforscherin *Christel Eckert* war nicht klar, warum dieser Denkansatz mit sofeher „Verve“ eingebracht worden sei. Er sei doch nur die „philosophische Übersetzung einer Praxis, mit der die Frauenbewegung vor 20 Jahren angefangen hat“. Doch nicht nur die Erziehungswissenschaftlerin *Annedore Pregel* führte zusammen, indem sie Gleichheit und Differenz als „falsche Alternative im feministischen Diskurs“ beschrieb. Weder dürfe Emanzipation zum „Abstreifen alles Andersseins“ führen noch sei eine „demokratische Differenz“ ohne die „Basis gleicher Rechte“ möglich.

So blieb bei solch versöhnlichen Tönen allorts wirklich die „Schlamm Schlacht“ aus – leider aber auch die Diskussion darüber, warum die Frauenbewegung gerade jetzt Konzepte wie „neue Mütterlichkeit“ und „Geschlechterdifferenz“ erörtert. Frustration über bisher (Nicht)Erreichtes, Ermüdung durch zu langwierige Kämpfe oder differenzierter werdende Ansätze einer sich immer mehr differenzierenden Frauenbewegung – diese Frage wird wohl noch künftigen Kongressen und Auseinandersetzungen vorbehalten sein.

Jutta Redmann, Frankfurt/M. (aus PPP, Nr. 194 vom 9.10.1989)

(Die Redaktion dankt der Autorin und PPP für die Nachdruckgenehmigung)

Theorieproduktion und Tanz im Kommen:

Ein Tagungsbericht

Das 11. Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ; vgl. die Selbstdarstellung im Forschungsjournal NSB 2/89, S. 96–99) lockte vom 28.7. bis 7.8.1989 ca. 50 Frauen, Männer und Kinder ins ABC-Tagungshaus im nördlichen Drochtersen-Hüll.

Die selbstorganisierte Theorie-, Kultur- und Handarbeit bot auch dieses mal Erfahrungsmöglichkeiten, die üblichen Wissenschaftskongressen und vielen Bewegungseminaren fehlen. Ein schriftlicher Kurzbericht vermag vielleicht neugierig zu machen auf die 200 Seiten starke Tagungszeitung und die Arbeit des TAK AÖ.

Inhaltlich war das Seminar in fünf Arbeitskreise gegliedert:

– *AK „Genossenschaften und Selbstverwaltung (SV) in Europa“*: Ländervergleich I, GB, SV, Mondragoni; Kooperationsprojekte BRD–Ausland; sozialstrukturelle und kulturelle Besonderheiten von nationalen/regionalen SV-Ökonomien, damit verbundene Barrieren gegenüber EG-/Europa-weiter Kooperation.

– *AK's „Organisationsstrukturen sozialer Selbstverwaltungsprojekte“ und „ABM“*: 31 Thesen von Rolf Schwendter, Typologie mit sechs Formen sozialer Projekte, bewertet nach einem Dutzend Kriterien; Förder-Forderungen an Rot/Grün.

– *AK „Tanz“*: (Körpersprache läßt sich nicht verschriftlichen): feed-back des Tanz-AK und der

anderen Teilnehmer zu Grenzen und Möglichkeiten der Integration von Tanz-/Kulturarbeit als gleichberechtigt mit Theoriearbeit (tatsächlich erfolgt mit einer Gründung des SPAK Projektbereiches „Soziale Kulturarbeit“ eine organisatorische Ausdifferenzierung).

– *AK Theorie der SV*: Ein neuartiger Versuch, Theorieproduktion und biographische Reflexion in Gruppenarbeit zu verbinden, gestützt durch Visualisierungstechniken und Kommunikationsregeln. Begriffe wurden als Voraussetzung für Verständigung ernst genommen, in einem spiralförmigen Prozeß des zuspitzenden Diskurses. Trotz Zusatzsitzungen und wegen unvermeidbarer Krise gelang der Gruppe kaum mehr als die Differenzierung und Entfaltung des Problems „SV“ jedoch mit hohem Wahrhaftigkeitsgehalt – eine Alternative zur nomothetisch/generalisierenden Theoriebildung, zu der Verknüpfungen nicht gefunden sind (20 Seiten dichtes Protokoll).

Der Aufbau eines „SV-Labyrinth“ mit eingebauten Gruppenspielen, die SV-Lieder von Marlis Cavallaro, eine Lesung aus Upton Sinclairs „Coop“, die gleichzeitig basisdemokratischen und effektiven Organisationsplana, das Grabenausheben und die Holzarbeit im weitläufigen Freigelände ermöglichten andere Perspektiven und auch sinnlichen Zugang zu den Themen.

Tagungszeitung bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51

Wolfgang Beywl, Brühl

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts – Wie wir wurden ... Was wir sind

Wie wir wurden ...

Ende der 70er Jahre ging in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin eine Periode fruchtbarer sozialgeschichtlicher Forschung zu Ende. Im Gefolge des gesellschaftlichen und intellektuellen Aufbruchs von 1967/68 war die Hegemonie einer Geschichtsschreibung über große Männer und große staatspolitische Ereignisse zerbrochen. Eine neue Generation von Historikerinnen und Historikern hatte sich aufgemacht, um sich das methodische Rüstzeug der französischen Annales-Schule, der wirtschaftshistorischen Schule der DDR, der englischen Sozialgeschichtsschreibung, der amerikanischen Labor History und einiger weniger westdeutscher Nonkonformisten anzueignen und für die eigenen Forschungsansätze nutzbar zu machen. Fast eineinhalb Jahrzehnte lang wurde über das Universum der Unterschichten, über Frauen, über soziale Minderheiten, über soziale Konflikte und Revolten geforscht und publiziert. Kritische Untersuchungen zur Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte erschienen. Auch die jüngste Zeitgeschichte wurde mit geschärftem Blick unter die Lupe genommen. Der Arbeiterwiderstand gegen die NS-Herrschaft wurde breit rekonstruiert. Die Arbeits- und Sozialpolitik des „Dritten Reichs“ wurde genauso thematisiert wie die Frage, auf welche Weise die intellektuellen Eliten seinerzeit zur Stabilisierung

der braunen Diktatur beitrugen. Der Paradigmenwechsel des Fachs Geschichte war vielfältig und breit fundiert. Er berechtigte zu Hoffnungen. Die wenigen deutschsprachigen Großen der Zukunft, Fritz Fischer und Walter Markov beispielsweise, fanden für ihr jahrzehntelanges Festhalten an einer kontinuieritätskritischen und sozial-emanzipatorisch verpflichteten Geschichtsschreibung eine späte Bestätigung. Selbst schon emeritiert, machten sie noch einmal im besten Sinne Schule.

Die politische Wende kam zunächst, wie wir heute im Rückblick feststellen müssen, auf leisen Sohlen. Planstellen wurden gekürzt, Etatmittel gestrichen. Das Lehrangebot verflachte. Kritische Dissertationen zur jüngsten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mußten mehrfach umgeschrieben werden. Auch bei der Drucklegung erfolgreich abgeschlossener Arbeiten gab es immer häufiger Zensur durch die publizistischen Förderinstitutionen. Unmerklich wuchs der Anpassungsdruck. Wer auf die akademische Karriere setzte, war häufig zu Konzessionen gezwungen. Sie führten bald zu einer Abdämpfung kritischer Fragestellungen, zur Abwehr unzweideutiger Schlußfolgerungen, zu einer neuen „Werturteilsfreiheit“. Sozialgeschichte wurde zwar weiterpraktiziert, aber zunehmend professionell chiffriert und neopositivistisch ausgedünnt.

So kam es Anfang der 80er Jahre zu einer Auseinanderentwicklung in der neuen Generation von Historikerinnen und Historikern. Die Mehrheit paßte sich an und verharrte in einer falschen akademischen Fremdheit gegenüber der öffentlichen Funktion von kritischer Geschichtsschreibung. Andere

gingen ins Ausland, um ihren akademischen Weg ohne Konzessionen an die Inhalte fortzusetzen. Es gab aber auch eine Minderheit, die trotz der möglichen sozialen und beruflichen Folgen ihre kritischen Forschungen weiter vorantrieb. So entstand eine neue Subkultur der kritischen Betriebsgeschichtsschreibung und einer lokalen Alltagsgeschichte „von unten“, getragen vor allem von den Geschichtswerkstätten. Einige Arbeitsgruppen konzentrierten ihre Forschungsansätze auf überschaubare thematische Bereiche.

Die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts ist aus einem solchen spezialisierten Arbeitsansatz hervorgegangen. Ihre Gründerinnen und Gründer arbeiteten seit Beginn der 80er Jahre in einem Zusammenschluß kritischer Mediziner, Historiker, Psychologen und Sozialwissenschaftler, der sich interdisziplinär mit den Kontinuitätsproblemen von Sozialwissenschaft, Gesundheitswesen und Sozialpolitik auseinandersetzte. Es wurde herausgearbeitet, daß und warum die Sozialforschung während der NS-Zeit eine auffallende Blüte erlebte. Die Umriss eines „wissenschaftlichen Faschismus“ wurden sichtbar gemacht, intellektuelle Karrieren rekonstruiert und hinsichtlich ihrer kontinuieritätsstiftenden Funktion für die Adenauer-Restauration kritisch gewichtet. Thematisiert wurde auch die sozialpolitische Funktion der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung sowie von sozialen und nationalen Minderheiten. Das Forschungsinteresse richtete sich auf die Entzifferung eines gesellschaftssanitären Modells, das die Massenvernichtungen dazu benutzte, um gesellschaftliche Herrschafts- und ökonomische Aus-

beutungsstrukturen zu erneuern. Der Vorläufer der Hamburger Stiftung, die Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, war von 1984 bis 1986 diesen Forschungsansätzen weitgehend verpflichtet.

So wichtig diese Ansätze auch waren – und heute noch sind –, so wenig konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dokumentationsstelle übersehen, daß die neue Sozialgeschichte der 70er Jahre seit 1984/85 endgültig in eine Krise geriet. Die neue rechtskonservative Regierung hatte inzwischen die Historiographie als Instrument einer hegemonialen „Sinnstiftung“ entdeckt und begann, eine neue Mandarinschicht zu etablieren. In der Auseinandersetzung um die Schlüsselpositionen restaurativer Pseudogeschichtlichkeit profilierten sich zwei miteinander konkurrierende Linien. Die eine entwickelte ein deutschnationalgefärbtes Kontinuitätsmodell, das darauf abzielte, die „Entgleisungen“ der NS-Diktatur als historisch notwendige Zuspitzung mitteleuropäischer Machtpolitik zu rechtfertigen, weil dies zur Eindämmung der stalinistischen Sowjetunion geboten gewesen sei. Die andere Tendenz vermied derartige machtpolitische Zuschreibungen und argumentierte stattdessen auf einer innen- und sozialpolitisch legitimierten Linie: Der Nationalsozialismus habe trotz aller unbezweifelbaren Massenverbrechen die deutsche Gesellschaftsstruktur „modernisiert“ und müsse deshalb positiv „historisiert“ werden.

Gemeinsam war beiden ausschließlich historisch argumentierenden Strömungen die Absicht, unter die kritisch-sozialhistorische Aufarbeitung der NS-Ära einen Schlußstrich zu setzen und zur Tagesordnung, nämlich zur ge-

sellschaftlich-affirmativen Bekräftigung der aktuellen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen überzugehen. Gerade diese gemeinsame, im publizistischen Gezänk des „Historikerstreits“ sorgfältig ausgeklammerte Konvergenz alarmierte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der damaligen Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik. Es galt, die Themenbegrenzung der frühen 80er Jahre wieder zu verlassen und zu einer breiteren Rekonstruktion von kritischer Sozialgeschichte zu kommen. Bei dieser Entscheidung spielte zusätzlich die Beobachtung eine Rolle, daß ein von der Deutschen Bank AG gesponserter Netz wirtschaftshistorischer Forschungseinrichtungen entstanden war, die un widersprochen die Unternehmensgeschichte als einen zentralen Bereich der Sozialgeschichte herrschaftskonform festschrieben.

Der restaurative Trend in der BRD ließ uns aber auch auf die politisch-historiographischen Zusammenhänge der 70er Jahre zurückbesinnen. Wir fragten nach, wie es den Kolleginnen und Kollegen in Italien, den USA, Frankreich, den Niederlanden und sonstwo in der Zwischenzeit ergangen war. Und wir stellten fest, daß es viele Parallelen gab. Wichtige methodische und empirische Fragestellungen der 60er und 70er Jahre waren aus dem Wissenschaftsbetrieb auch dieser Länder ausgegrenzt worden. Historikerinnen und Historiker, die Forschung und soziales wie politisches Engagement auch weiterhin als Einheit betrachteten, waren in Nischen des akademisch-politischen Lebens zurückgedrängt oder arbeitslos geworden. Es lag deshalb nahe, eine Neuaufnahme der Kontakte und des Forschungsaus-

tauschs zu organisieren. Die Bedeutung eines internationalen Diskurses über die Perspektiven kritischer Sozialgeschichtsschreibung in der Ära der kapitalistischen Deregulierung und der „post-modernen“ intellektuellen Beliebigkeiten wurde uns bewußt. Dieser Diskurs sollte breit und offen geführt sowie thematisch ausgeweitet werden: Zusammen mit den US-amerikanischen „Revisionisten“ wollen wir die Debatte um die Hintergründe des Kalten Kriegs neu aufnehmen, und zwar unter Einbeziehung der hiesigen Ansätze der Marburger Schule. Von den Exponenten des italienischen Operaismus und den Zirkeln der nordamerikanischen „Labor History“ erhoffen wir uns neue Impulse, aus Kontakten mit den Arbeitsgruppen der französischen Zeitschriften „Le Mouvement Social“ und der „Annales“ Anregungen für ein neues Herangehen an die Arbeits- und Sozialpolitik sowie die Wirtschaftsgeschichte seit der Weltwirtschaftskrise. Wir wollen lernen, die Probleme und Abgründe der deutschen Zeitgeschichte in einem erneuerten internationalen Kontext kritischer Sozialgeschichtsschreibung zu gewichten.

... Was wir sind

Im Sommer 1986 wurde die Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik zur Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts umgegründet. Im Winter 1986/87 konnte ein kleines Stiftungsinstitut in Hamburg-Harvestehude bezogen werden. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um zusätzlich zu den bisherigen Forschungsschwerpunkten der Dokumentationsstelle eine

PULSSCHLAG



aus Archiv und Bibliothek bestehende Dokumentationsabteilung sowie eine Publizistikabteilung zu gründen.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurden die Forschungsvorhaben vertieft und erweitert. Arbeiten über das Kontinuitätsproblem der deutschen Arbeiterbewegung, über die verschüttete linke Arbeiterkultur und über die Entstehung eines gelenkten europäischen Arbeitsmarkts sind in der Stiftung genauso beheimatet wie Studien über die sozialen Rationalisierungsbestrebungen und den neo-eugenischen Paradigmenwechsel der Eliten der 30er und 40er Jahre. Die Unternehmens-, Banken- und Wirtschaftsgeschichte bildet einen weiteren Schwerpunkt mit besonderen Quellen- und Methodenproblemen. Auch methodisch-konzeptionelle Projekte über die Rolle der Sozialstatistik und der audiovisuellen Medien in der Sozialgeschichtsschreibung gibt es inzwischen. Ein Forschungsvorhaben über Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft weist mit seiner Themenstellung unmittelbar auf die Motive hin, die zur Gründung der Stiftung geführt haben. Thema der Frauengeschichte war bislang vor allem die Untersuchung von Frauen als Opfer und Täterinnen in der nazistischen Ausgrenzungs- und Sozialpolitik. Die Forschungen über den Kalten Krieg sind auf Fragestellungen von globaler historischer Bedeutung gerichtet. Von den Untersuchungen über das Verhältnis von Arbeitspathologie und Umweltgeschichte erhoffen wir praktisch relevante Ergebnisse sowohl für die Arbeiter-/Gewerkschaftsbewegung wie die Umweltbewegung. Mit diesen oftmals in-

terdisziplinär angelegten Projekten wollen wir zur Vertiefung des kritisch-sozialgeschichtlichen Ansatzes beitragen, der uns seit den späten 60er Jahren bestimmt. Von großer Bedeutung für uns war der Ausbau der bisherigen „Mitteilungen“ der Dokumentationsstelle zu einer vierteljährlich erscheinenden Stiftungszeitschrift. Ihr Titel, das Grenzzahl zum 21. Jahrhundert („1999“) ist Programm: Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse des vergehenden 20. Jahrhunderts sollen thematisiert werden, um in der aktuellen Gegenwart die Voraussetzungen für ein humaneres, von Genocid und Ausbeutung freies 21. Jahrhundert mit zu schaffen. Die Redaktion der Zeitschrift kann einerseits immer wieder auf die Forschungsressourcen der eigenen Stiftung zurückgreifen, hat sich aber darüber hinaus die Aufgabegesetz, für alle kritisch-sozialgeschichtlichen Strömungen und Tendenzen ein Forum zu sein. Außenseiter, Basishistoriker und Nonkonformisten sind dabei genauso willkommen wie Repräsentanten des Fachs. Ein Netz von Auslandskorrespondenten soll dafür sorgen, daß Provinzialität nicht aufkommt und wichtige Lernprozesse der historiographischen Community auch entlegenerer Sprachen zur Kenntnis genommen werden. Parallel zur Zeitschrift hat die Publizistikabteilung eine Schriftenreihe (erscheint im Greno Verlag) und eine Kleine Historische Bibliothek aufgebaut. Zusammen mit den Forschungseinrichtungen und ihren externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fühlt sie sich jener Forderung, die der große Marc Bloch kurz vor seiner Ermordung durch die Gestapo aufgestellt hat, verpflichtet: Selbst die komplizierteste nicht-

narrative Geschichtsschreibung muß immer auch für den historischen Laien verständlich sein.

In diesem Sinn versteht sich die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte als Ort kritischer und interdisziplinärer Zeitgeschichtsschreibung – einer Wissenschaft also, die ohne die Impulse sozialer Bewegungen nicht auskommen kann und daher den Dialog mit sozialen Bewegungen sucht: mit der Arbeiterbewegung und deren Bemühen um eine authentische Gegenkultur, mit der Frauenbewegung und deren feministischer Theorie, mit den Umweltgruppen und deren Überlegungen über eine Konversion der Produktionsstruktur, aber auch mit den Resten der politischen Linken, die gegenwärtig um eine neue Identität ringt. Das alles impliziert sehr wohl, daß klare Forderungen an die Qualität der Quellenerschließung und an die analytische Schärfe gestellt werden, denn dieser Anspruch darf keineswegs der neo-positivistischen Trendwende in der etablierten Sozialgeschichtsschreibung überlassen werden. Unter diesen Prämissen möchten wir einen breitgefächerten und durchaus mehrstimmigen Diskussionszusammenhang stiften, einen auf soziale und politische Emanzipation orientierten linken Pluralismus. Eine kritische Geschichtswissenschaft sollte immer kontrovers sein, neue Themen aufgreifen und alte, scheinbar längst geklärte, gegen den Strichbürsten. Wenn uns dies gelingt, leisten wir einen Beitrag dazu, daß das Projekt der affirmativen Sinnstiftung durch „mehr Geschichtsbewußtsein“ administrativ verordnetes Wunschdenken bleibt.

Die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

wird genauso wie ihr Vorläufer, die Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur finanziell getragen. Sie ist autonom in allen personellen, organisatorischen und forschungspolitischen Entscheidungen. Ihr Vorstand wird von Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth und Kathrin Scheerer gebildet. Dem Vorstand steht ein Kuratorium beratend zur Seite. Ihm gehören Heidrun Kaupen-Haas, Heiner Lichtenstein, Jan Philipp Reemtsma und Heinrich Senft an. Die laufenden Geschäfte werden von einem Institutsrat geführt, in dem Vertreter der Belegschaft, der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Vorstands zusammenarbeiten. Das Stiftungsinstitut besteht aus allgemeiner Verwaltung, Dokumentations-, Forschungs- und Publizistikabteilung.

Das Forschungsprogramm

Am Anfang standen thematische Schwerpunkte, die den Übergang der Dokumentationsstelle zur Stiftung für Sozialgeschichte inhaltlich deutlich machen: Studien zur Gesundheitspolitik und Leistungsmedizin im Nationalsozialismus, zur sozialpolitischen Planungshintergrund der Massenvernichtungen, aber auch zur Unternehmensgeschichte während Weltwirtschaftskrise und NS-Zeit. Sie wurden in den vergangenen Jahren ausdifferenziert und um Fragestellungen ergänzt, die immer mehr auf die internationalen sozialgeschichtlichen Zusammenhänge dieses Jahrhunderts zusteuern. Gegenwärtig existieren die folgenden Forschungsbereiche:

Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront:

Es handelt sich dabei um eine wissenschaftlich bearbeitete Edition der Denkschriften, Periodika und Schlüsselakten des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF. Die Erschließung dieses umfangreichen Quellenmaterials wird als Voraussetzung zur kritisch-analytischen Durchdringung des Modells gesamtgesellschaftlicher Rationalisierung verstanden, das die Arbeits- und Sozialpolitik des „Dritten Reichs“ auszeichnete. (Karl Heinz Roth, Michael Hepp, Karsten Linne, Ulrich Zucht)

Genetik und Neo-Eugenik:

Die aktuelle gentechnische Entwicklung zwingt zu einer kritischen Rekonstruktion ihrer konzeptionellen Ursprünge in den 20er Jahren. Auf die Quellenerschließung folgten eine erkenntnistheoretische Analyse und die wissenschaftlich bearbeitete Edition der damaligen utopischen Modelle, die inzwischen teilweise durch die Wirklichkeit überholt worden sind. Gegenwärtig hat die Erforschung der historischen Beziehungen zwischen Genetik und biologischer Kriegsführung begonnen. (Ludger Weiß, Fritz Hansen)

Banken und Finanz 1930–1948:

Die großen Banken- und Finanzgruppen haben den Krisen-, Depressions- und neoprotektionistischen Rüstungszyklus der 30er und 40er Jahre entscheidend strukturiert. Seit vier Jahren läuft eine umfangreiche Quellenerschließung, in deren Kontext bislang zwei Untersuchungsberichte der amerikanischen Militärregierung über die Deutsche Bank und die Dresdner Bank ediert worden sind. (Karl Heinz Roth)

Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte 1928–1948:

Auch hier läuft eine langfristige Quellenerschließung. Die damit verbundenen Forschungen konzentrieren sich bislang auf Konzerne der chemischen, Nichteisenmetall- und metallverarbeitenden Industrie. Publiziert wurden der OMGUS-Bericht über die I.G. Farben, eine zweibändige Untersuchung über den Daimler-Benz-Konzern und ein Essay über die Degussa AG. Der Arbeitsschwerpunkt wurde inzwischen auf die Elektroindustrie verlegt. (Karl Heinz Roth)

Filmpropaganda für die Anstaltsmorde im „Dritten Reich“:

Über die staatlichen Morde an asylierten Behinderten und Psychiatriepatienten wurde in jüngster Zeit intensiv geforscht. Wenig berücksichtigt blieb dabei bisher die Tatsache, daß diese Aktivitäten von einer breiten Filmpropaganda (vom Dokumentarfilm über den Wissenschaftsfilm bis zum Spielfilm) begleitet waren, um sich die „Akzeptanz“ der Bevölkerung zu sichern. Nicht zuletzt wegen der Aktualität des Themas bereiten wir zusammen mit der Medienwerkstatt Freiburg einen kritischen Dokumentarfilm vor, wobei die Verarbeitung des historischen Filmmaterials versucht wird. (Medienwerkstatt Freiburg, Ludwig Rost, Karl Heinz Roth)

Kalter Krieg:

Nach den ersten Vorstudien über Einzelaspekte und Hintergründe der Polarisierung der Antihitlerkoalition (1943–1946) begannen vor zweieinhalb Jahren Recherchen über die Kuba-Krise, die die Welt 1962 wie nie zuvor an den Rand des Dritten Weltkriegs brachte. Analyse und Dokumentation

dieses dramatischen Geschehens liegen inzwischen vor. Zum vierzigjährigen Bestehen der BRD veranstalteten wir eine Tagung. Parallel dazu haben Forschungen über Planungshintergründe und Folgen der westzonalen Währungsreform vom Juni 1948 begonnen. (Bernd Greiner)

Migrationsarbeit und Widerstand – der Arbeitsmarkt des nazifizierten Europas:

Seit 1937/38 gab es eine administrativ gelenkte Arbeitermigration nach Deutschland, die im Verlauf des Kriegs immer stärker Zwangscharakter annahm. Paradigmatisch dafür war die Geschichte der italienischen Arbeitsmigration von 1938 bis 1943, die gegenwärtig von einer Studiengruppe untersucht wird. Eine Ausweitung der Analyse auf Südosteuropa ist geplant. (Sergio Bologna, Cesare Bernani, Brunello Mantelli)

Das Problem der Kontinuität in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft:

Die kritische Geschichte der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft war ein lange tabuisiertes Thema. Im Zeichen einer verstärkten Hinwendung zur neo-rankeanisch legitimierten Tradition der großen Männer und staatspolitischen Ereignisse kann man erste Versuche registrieren, sich auf ein sehr weitgehendes „Verstehen“ ihres durch den Nazismus nur überhöhten reaktionären Selbstverständnisses einzulassen. Im Gegensatz dazu versuchen wir, die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft kritisch in ihre sozialökonomischen Funktionszusammenhänge einzuordnen und Kontinuitäten der verschiedenen historiographischen Schulen aufzuzeigen. (Manfred Asendorf)

Arbeitspathologie und Umweltgeschichte:

Aufgrund der dramatischen Zuspitzung der Umwelterstörung ist in den vergangenen Jahren recht umfassend über einige ihrer Aspekte geforscht und publiziert worden. Weniger zahlreich sind Untersuchungsansätze, die die Entwicklung der ökologischen Krise kritisch-historisch im Kontext der Industrialisierungsgeschichte rekonstruieren. Aber selbst in diesen Fällen bleibt die damit zusammenhängende Geschichte der Arbeiter- und Gewerkekrankheiten ausgegrenzt. Im vorliegenden Forschungsansatz wird versucht, die Trennung von historischer Arbeitspathologie und Umweltgeschichte aufzuheben und in einigen ausgewählten Fallstudien den Zusammenhang von Gewerkekrankheiten und Umweltschädigung darzustellen. Das Forschungsvorhaben geht aus einem Kolloquium über Arbeitsschutz- und Umweltgeschichte hervor, das im Januar 1989 stattfand (Arne Andersen)

Die Linke in der Hamburger Arbeiterbewegung 1914–1948:

Mit diesem Forschungsvorhaben wenden wir uns erstmals wieder der Arbeitergeschichte zu. Die Geschichte der linken Hamburger Arbeiterströmungen umspannt jene Generation, die im Ersten Weltkrieg durch ihren Widerstand gegen den nationalistischen Integrationskurs ihrer gewachsenen organisatorischen Strukturen geprägt wurde. Es besteht jedoch Konsens darüber, daß keinesfalls nur organisationsgeschichtliche Entwicklungen analysiert, sondern profetrische Lebenssituationen und Kämpfe umfassend dargestellt werden sollen. Es ist die Herausgabe einer umfassend eingeleiteten

und kommentierten Aktenedition geplant. (Ludwig Eiber, Volker Ullrich, Reinhard Müller, Klaus Weinbauer)

Video-Archiv:

In Zusammenarbeit mit der Medienwerkstatt Freiburg werden zeitgeschichtlich relevante Fernsehaufzeichnungen gespeichert, Videofilme gesammelt und solche audiovisuelle Materialien zusammengetragen, die nicht in fertige Produktionen eingegangen sind. Durch diese neue Art der Quellenerschließung wollen wir uns an der Entwicklung von sozialgeschichtlichen Dokumentationen und Analysen in Videoform beteiligen. (Medienwerkstatt Freiburg, Ute Holl)

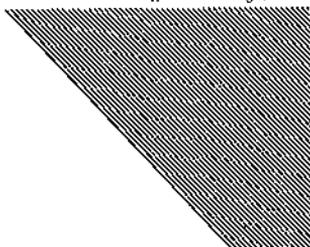
Frauengeschichte:

Über Themen der Frauengeschichte wurde in den vergangenen Jahren verschiedentlich zeitgeschichtlich geforscht, so vor allem über Frauen als Opfer und Täterinnen der nazistischen Ausgrenzungs- und Sozialpolitik. 1989 beginnt eine biographische Recherche über die Chemikerin Clara Immerwahr und ihre Auseinandersetzung mit der chemischen Kriegsführung. (Angelika Ebbinghaus)

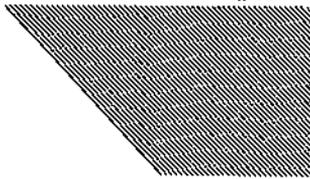
Kritisch-historische Sozialstatistik: Im Rahmen der Forschungen über die Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront sind umfangreiche Quellen zur Entwicklung von Löhnen, Preisen und Lebenshaltungskosten während der Weltwirtschaftskrise und der NS-Zeit erschlossen worden. Ihre Aufarbeitung und Auswertung soll einen quantitativen Beitrag zur Sozialgeschichte des „Dritten Reichs“ leisten, zugleich aber auch über die Grenzen einer rein sozialstatistischen Deskription hinausweisen. (Karl Heinz Roth)

Keine Adoptionsmöglichkeit für Homosexuelle

„Die homosexuelle Orientierung eines Menschen läßt keine generellen Schlussfolgerungen wegen dessen Erziehungsfähigkeit zu.“ Diesen Grundsatz bestätigt die Bundesregierung in ihren Antworten auf Anfragen der GRÜNEN nach der Ungleichbehandlung von Schwulen und Lesben beim Adoptions-, Pflege- und Sorgerecht. Entscheidungen im Einzelfall orientieren sich aber in erster Linie am Kindeswohl. Daher könne Homosexualität Anlaß sein für Prüfungen, ob sich aus dieser Homosexualität Auswirkungen auf das Wohl des Kindes ergäben. Eine solche Einzelfallprüfung stelle keine sachwidrige Ungleichbehandlung dar. Insofern sehe sich die Bundesregierung nicht zu Gesetzesänderungen veranlaßt.

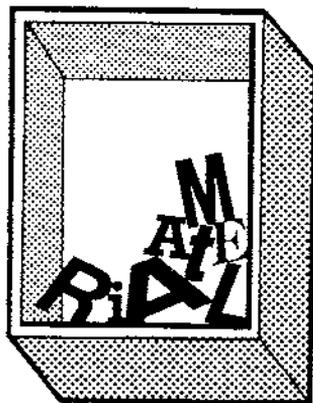


Öko-Libri – die kritische Bibliographie der deutschsprachigen Literatur zu allen Gebieten der Ökobilogik und des Umweltschutzes. 7000 Titel / 89 Sparten / AutorInnenregister / Schlagwortregister / geographischer Index / Adressen. Gemeinsam Lernen e.V., Altonaer Str. 28, 2 Hamburg 36



Umweltverbände gegen Gentechnik

Die Umweltverbände der Bundesrepublik wollen gegen die Gentechnik genauso kämpfen, wie die Friedensbewegung dies gegen die Stationierung neuer Raketen getan hat. Die als modern angepriesene Gentechnik sei unsinnig, ihre Risiken seien nicht abzuschätzen, sagten Sprecher des Deutschen Naturschutzringes (DNR), des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) und anderer Umweltverbände. Die Bevölkerung müsse dagegen mobilisiert werden. Das von der Bundesregierung vorgelegte Gentechnikgesetz diene den Interessen der Industrie, erklärten die Verbandsvertreter. Es werde die Gentechnik vor den Bürgern, nicht aber die Menschen und die Natur vor der Gentechnik schützen. Es dürfe so nicht vom Bundestag verabschiedet werden. Der Industrie und den Forschern würden mit dem Gesetz Blankovollmachten erteilt, die nach anderen Gesetzen vorgeschriebene Bürgerbeteiligung im Genehmigungsverfahren würde außer Kraft gesetzt. Die Gentechnik ist nach Ansicht der Verbände ein Instrument zur „Neukonstruktion der Natur“. Die gesellschaftlichen Folgen seien nicht abzuschätzen. Auch die Landwirtschaft brauche die Gentechnik angesichts der bestehenden Überproduktion nicht. Eine große Aktion gegen die Gentechnik wollen die Umweltverbände deshalb auch auf der Grünen Woche in Berlin starten. (Hinweis der Redaktion: In Heft 1/1990 des Forschungsjournal NSB wird erstmals eine Analyse der Protestbewegung gegen die Gentechnik veröffentlicht.)



72 Prozent der Bürger vertrauen Greenpeace

Nur 28 Prozent der Bundesbürger bringen Umweltminister Klaus Töpfer Vertrauen in Umweltfragen entgegen, ergab eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Trotz der geringen Prozentzahl lag Töpfer an der Spitze der Liste, wie die Umfrage im Auftrag der Zeitschrift „natur“ ergab. An zweiter Stelle lag Joschka Fischer (Grüne) mit 27 Prozent. Sechs Prozent der Bürger halten Bundeskanzler Helmut Kohl und fünf Prozent den Oppositionsführer Hans Jochen Vogel für vertrauenswürdig in Sachen Umwelt. Eindeutiger war das Umfrageergebnis bei den Umweltorganisationen: 72 Prozent der Befragten setzen ihre Hoffnungen auf Greenpeace: „Fast ohne Altersunterschied“ hätten die Bürger Greenpeace ihr Vertrauen ausgesprochen. Der World Wide Fund (WWF) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) waren die weiteren Spitzenreiter. Weniger Vertrauen brachten die Befragten dagegen den staatlichen Institutionen entgegen.

Grüne: Neues Demonstrationsrecht mit falschen Fakten durchgesetzt

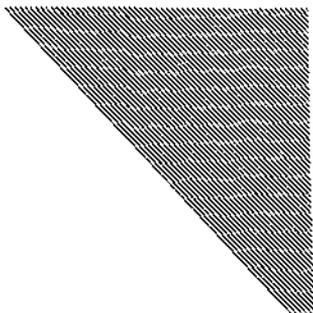
Das umfangreiche Gesetz zur Verschärfung des Demonstrationsrechts ist von der Koalition nach Auffassung der Grünen unter „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ im Bundestag durchgesetzt worden. Entgegen der langjährigen Behauptung der Behörden sei die Zahl unfriedlicher Demonstrationen in den letzten Jahren ständig gesunken, teilte die Grünen-Fraktion mit.

Sie beruft sich auf die jetzt vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage über die Zunahme gewalttätiger Demonstrationen. Sie würden diesen „legislativen Schwindel“ in der Debatte über die Große Anfrage im Bundestag deutlich machen und prüften gleichzeitig eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, erklärten die Grünen-Abgeordneten Antje Vollmer, Manfred Such und Gerald Häfner.

Nach den von den Grünen veröffentlichten Angaben der Bundesregierung hat sich der Anteil unfriedlicher Demonstrationen seit 1982 ständig unter dem langjährigen Durchschnittswert von etwa sechs Prozent aller Demonstrationen bewegt und lag im letzten Jahr sogar nur bei 1,87 Prozent. Kritik äußern die Grünen auch an den nach ihrer Darstellung jetzt erstmals bekanntgemachten konkreten Erfassungskriterien bei der Zählung unfriedlicher Demonstrationen.

So werde dabei nicht nach der Größe der Veranstaltungen unterschieden und „Unfriedlichkeiten bei Demos von drei Leuten also ebenso bewertet wie solche mit 300.000 Teilnehmern“. Als unfriedlich würden schon Veran-

staltungen gewertet, zu denen mögliche Teilnehmer mit dem italienischen Partisanenlied „Bella Ciao“ und der daran enthaltenen Billigung von Gewalt auf den Lippen zögen. Außerdem würden auch Sitzblockaden in der Kategorie der unfriedlichen Veranstaltungen gezählt. Entgegen der öffentlichen Interpretation dieser Zahlen könne aus ihnen keine Aussage über die Entwicklung der Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen entnommen werden, erklärten die Grünen.



cbw infodienst

Ab Anfang 1990 wird ein Informationsdienst über chemische und biologische Waffen (im folgenden: CBW) erscheinen. Mit dieser Publikation sollen einer kritischen Öffentlichkeit Informationen über Gefahren dieser Rüstungen sowie über Möglichkeiten zu ihrer Abrüstung zur Verfügung gestellt werden. Gegenwärtig gibt es keine Publikationen in deutscher Sprache, die regelmäßig und mit einigem Anspruch auf Vollständigkeit über Probleme der CBW informieren. Die aktuelle Tagesberichterstattung ist oft unzureichend (d.h. über bestimmte Vorgänge oder Ereignisse wird nicht berichtet) oder ungenau (aufgrund fehlender Kenntnis der Fakten). Dabei ist vor allem die CW-Problematik hochaktuell. Als

Stichworte seien genannt: der fehlende Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz bei den Bemühungen um eine umfassende und weltweite Abrüstung dieser Waffen sowie der bevorstehende, aber immer noch ausstehende, Abzug veralteter C-Waffen der USA von bundesdeutschem Territorium. Eine mögliche Stationierung binärer C-Waffen durch die USA hat dabei ihre eigene Brisanz.

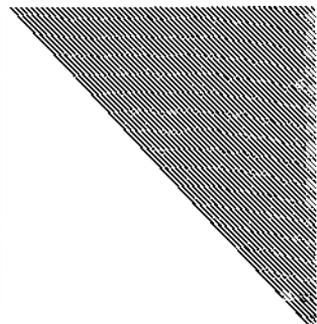
Auf dem Gebiet der biologischen Waffen stehen wichtige Fragen im Zusammenhang mit der 3.

Überprüfungskonferenz des Bio-/Toxinwaffen-Vertrags (1991) an. Weitere Themen sind u.a. die Problematik der Bio-Schutzforschung sowie die Rolle und die Gefahren der Gen-Technik in der BW-Forschung.

Über dies alles (und vieles mehr) wollen wir die bundesdeutsche Öffentlichkeit kontinuierlich informieren. Es ist unser Anliegen, Wissen über die CBW-Problematik und von entsprechenden Ergebnissen der Friedensforschung komprimiert zu vermitteln. Dieses Wissen soll dann in konkrete politische Arbeit umgesetzt werden können.

Kontakt:

cbw infodienst, c/o Joachim Badelt, Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33



Auf „Koordinationsausschuß“ folgt Friedenskooperative

Nach der jahrelang wirkenden Krise des Koordinationsausschusses löste sich dieses Gremium am 29. September 1989 auf. Der Rest-KA gründete gleichzeitig eine „Friedenskooperative“, die als Netzwerk für die Friedensarbeit in der Bundesrepublik konzipiert wurde. Der Vorschlag für die Bildung der Friedenskooperative steht im direkten Kontrast zu den ursprünglichen Arbeitsprinzipien des KA. Auf der Basis politischer Verständigung und des Konsensprinzips soll ein Informations- und Erfahrungsaustausch über die eigenen Lernprozesse organisiert werden. Die Diskussion von Grundsatzfragen der sozialen Bewegungen, Informationsaustausch sowie Absprachen über die Kooperation bei Aktionen und Kampagnen wird avisiert. Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsprojekte der „neuen“ Friedenskooperative wird am 17. Dezember in Bonn vorgenommen. Dann wird sich entscheiden, ob alter Wein durch neue Schläuche gespült wird, oder ob der noch zurückhaltend formulierte Anspruch, eine Koordination der Neuen Sozialen Bewegungen zu etablieren, überhaupt im Dickicht der Protestgruppen wachsen kann?

Kontakt:

KA der Friedensbewegung, Römer Str. 80, 5300 Bonn

IG Metall und neue soziale Bewegungen

Ihre Offenheit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Kooperationswillen hat die IG Metall auf ihrem Berliner Gewerkschaftstag unterstrichen. Die IG Metall könne in ihrer praktischen Arbeit alte Erfahrungen der Arbeiterbewegung und neue Erkenntnisse der sozialen Bewegung miteinander verbinden, stellten die Delegierten in einer Entschließung zur Gewerkschaftspolitik fest. Die Gefährdung von Arbeitnehmerrechten durch den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, durch Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung, verpflichtete die IG Metall, ihre tarifpolitischen Initiativen und betriebspolitischen Aktivitäten zum Antrieb für eine neue soziale Reformbewegung einzusetzen.

Voraussetzung für jeden gewerkschaftlichen Erfolg sei die Wahrung der Einheitsgewerkschaft als Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen, heißt es in der Entschließung weiter. Die IG Metall sei aber gleichzeitig offen für eine Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppierungen, wie der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung. Auch mit kirchlichen Gruppen und sozial engagierten Wissenschaftlern sollten im kritischen Dialog soziale Utopien konkretisiert und Perspektiven für gemeinsame Initiativen entwickelt werden. Wörtlich heißt es in der Entschließung: „Wir wollen mit allen, die für ein besseres Morgen kämpfen, zusammenarbeiten. Deshalb heißen wir alle, die sich Utopien einer friedlichen, freien und gerechten Gesellschaft bewahrt haben, in unseren Reihen willkommen.“



AG SPAK BÜCHER

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
Tel.: 089/774078

Neu

Norbert Preußner
Not macht Erfinderisch
Überlebensstrategien der
Armenbevölkerung seit Beginn
des 19. Jahrhunderts
ISBN 3-923 126-59-X
352 Seiten
M 93 - DM 29.80

Wer von der Hand in den Mund leben muß, hat sie nicht zum Schreiben frei. Entsprechend fehlen Selbstzeugnisse der Armenbevölkerung.

Norbert Preußner unternimmt in seinem Buch den Versuch, die bisher fehlenden Dokumente einer »oral history« der Armut im Deutschen Sprachraum nachzuliefern. Entstanden ist so eine Sozialgeschichte der Armut, die deutlich macht, daß Leben unter dem Existenzminimum nicht automatisch den Verlust eigenständiger Lebensweisen und Kultur bedeutet.

Im Gegenteil: Preußner weist nach, wie sich im Laufe der Geschichte die Armenbevölkerung zu helfen gewußt hat. Anhand umfangreicher Dokumente führt er, ohne den Blick vom oben, in die Überlebensstrategien der Armen ein. Vom Betteln und den Lotterien, vom »Kochtopf der Armen« und den »kleinen Tricks« erfährt der Leser, ohne dem Reiz der sozialromantischen Ideologie zu erliegen.

Deutlich wird, wie sehr heute diese »Überlebensstrategien« versagen angesichts einer Armenpolitik, deren Ziel seit jeher die Bekämpfung der Armen und nicht die Überwindung der Armut ist.



arbeitsgemeinschäft
sozialpolitischer arbeitstraktat

ag
Spak
publikationen

BEWEGUNGS LITERATUR

Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.):

Alternativen zur alten Politik? —
Neue soziale Bewegungen in der
Diskussion

Darmstadt: Wissenschaftliche
Buchgesellschaft 1989, 297 S.

Anfang der 80er Jahre begann in der Bundesrepublik eine intensive wissenschaftliche Debatte zum Phänomen der neuen sozialen Bewegungen. Es folgte eine wahre Flut von Publikationen mit sehr unterschiedlichen Ansprüchen, Akzentsetzungen und Herangehensweisen. Nun, knapp zehn Jahre nach dem Auftakt der Debatte, wird ein Sammelband vorgelegt, der in mancher Hinsicht als repräsentativ für den Stand der Diskussion gelten kann. Die kritische Würdigung dieses Bandes mag somit zugleich einen Anlaß für allgemeinere Reflexionen bieten.

Der Sammelband verfolgt ein ganzes Bündel von Ansprüchen. Er soll — laut Einführungstext der Herausgeberin — ein Forum zur Darlegung und Diskussion verschiedener Erklärungsansätze neuer sozialer Bewegungen sein; er will Wissenschaftlern, politischen Aktivisten und interessierten Laien einen Überblick über diese Ansätze vermitteln und zugleich einen Einblick in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln; er soll verschnellen Urteilen über soziale Bewegungen ent-

gegenwirken sowie „eine wissenschaftliche Quelle schaffen, die eine fundierte Grundlage für die Erklärung des Entstehens sozialer Bewegungen bildet, die dem Beurteiler sozialer Bewegungen hilft, eine Einschätzung zu gewinnen, die auch dem Anspruch der Akteure und Akteurinnen sowie dem Teilbereich unserer Gesellschaft, den sozialen Bewegungen, besser gerecht wird“ (S. 4).

Ob ein Buch all dies erfüllen kann, ob überhaupt ein Anspruch der Akteure und Akteurinnen auszumachen ist (dem zudem noch der Anspruch der sozialen Bewegungen beigelegt wird), sei vorerst dahingestellt. Wenden wir uns vielmehr den einzelnen Beiträgen zu.

Der Band ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil zu den „strukturellen Entstehungsbedingungen neuer sozialer Bewegungen“ versammelt die Artikel von *Roland Roth* (Stichwort: Fordismus), *Michael Vester* (Sozialstruktur und Lebenswelt), *Ute Gerhard* (alte und neue Frauenbewegung), *Elmar Wiesendahl* (Volksparteien) und *Ralf Bambach* (postkonventionelle Begründungsmuster). Nicht alle dieser Beiträge stellen allerdings die Frage der Genese neuer sozialer Bewegungen in den Mittelpunkt.

Auch der zweite Teil „Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Analyse neuersozialer Bewegungen“ löst die angekündigte Themenakzentuierung nur bedingt ein. Zum einen werden hier wiederum — implizit oder explizit — Fragen der Genese sozialer Bewegungen, also der

Leitfrage des ersten Teils, behandelt. Zum anderen verfehlen drei der fünf Beiträge den speziellen Bezug zu neuen sozialen Bewegungen. Dies gilt für *Otthein Rammstedt* (Friedensbewegung als soziale Bewegung), *Ulrike Wasmuth* (analytischer Deskriptionsrahmen zur Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen) und *Norbert Schneider* (Definition sozialer Bewegung). Unmittelbar einschlägig sind lediglich die Aufsätze von *Karl-Werner Brand* (Kontinuität und Diskontinuität neuer sozialer Bewegungen) und *Klaus Eder* (Moralische Kreuzzüge, pressure groups oder soziale Bewegung?).

Im dritten und letzten Teil „Neue soziale Bewegungen in der Auseinandersetzung mit der politischen Realität“ finden sich die Beiträge von *Hans-Josef Legrand* (Friedensbewegung 1979–88), *Karl-Heinz Reuband* (Werte und Einstellungen von Bewegungsanhängern, *Hartmut M. Griesse* (Kritik der Bundestagsenquete-Kommission, „Jugendprotest im demokratischen Staat“) und *Klaus Mischen* (Autonome Einrichtungen der Alternativbewegung). Am Schluß steht eine zwanzigseitige *Bibliographie* aller in den Einzelbeiträgen genannten Referenztitel. Diese Bibliographie signalisiert, daß die Bewegungsforschung in der Bundesrepublik allmählich ihren engen Horizont überwindet und sowohl einschlägige Arbeiten aus anderen Ländern als auch aus angrenzenden Sachgebieten zur Kenntnis zu nehmen beginnt.

Insbesondere der Artikel von Griesse fällt aus dem Rahmen des Sammelbandes. Zwar wirkt Griesse kritische Diskussion des Enquêteberichts in der Sache überzeugend, doch wäre sein Beitrag (aus dem Jahr 1983!) besser in einem Buch zur Jugendpolitik plaziert gewesen. Bei Schneiders Definitionsbemühungen, die in keinem Punkt über seine 1987 publizierte Dissertation hinausweisen (vgl. die Rezension im *Forschungsjournal 2/88*, S. 62–63; die Redaktion), fehlt eine historische Verankerung des Bewegungsbegriffs. Damit entfällt notwendig die – ohnehin nicht intendierte – Annäherung an einen Begriff der neuen sozialen Bewegungen.

Eine Sonderstellung nimmt zudem der Artikel von Rammstedt ein. Hier findet sich zwar eine Anwendung des bekannten Phasenschemas auf die (neue) Friedensbewegung, doch stammt der Artikel bereits aus dem Jahr 1982. Somit würde nicht nur die Chance vergehen, spätere Phasenentwicklungen der Friedensbewegungen einzubeziehen (dazu insbesondere Legrand) und das idealtypische Verlaufsschema selbstkritisch zu reflektieren, sondern auch die Debatte um die neuen sozialen Bewegungen sowie die verschiedentlich geäußerte Kritik am vorgestellten Phasenschema aufzugreifen. Die Versicherung der Herausgeberin, die vorliegende **theoretische** Interpretation der Friedensbewegung als sozialer Bewegung behielte ihre Gültigkeit auch heute, wirkt wenig überzeugend. Wäre dieses Urteil ernst zu nehmen, so hätte die Herausgeberin nicht einen eigenständigen „Leitfaden“ für die Deskription sozialer Bewegungen vorstellen müssen, dessen sechs „integrale Faktoren“ sich ihren Worten zufolge „zwar thematisch und formal,

nicht aber theoretisch, an Rammstedt ablehnen“ (S. 171).

Zieht man schließlich noch in Betracht, daß Reubands Artikel auf Eurobarometer-Daten des Jahres 1982 fußt und weder die nachfolgenden Umfragen noch deren Aufarbeitung (z.B. Watts 1987) zur Kenntnis nimmt, so ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, der Sammelband habe etliche angestaubte Produkte ans Tageslicht geholt, die besser nicht, früher oder an andere Stelle hätten publiziert werden sollen.

Ausgesprochen bemerkenswert erscheinen mir dagegen die von Roth und Vester aufgezeigten Diskussionslinien, weil hier – zumindest im Anspruch und Ansatz – Theorie und Empirie verknüpft werden sollen. Im Falle der Fordismustheorie bliebe nach wie vor aufzuzeigen, wie denn der Bogen von „zentralen Annahmen der Marx'schen Krisentheorie“ zu den neuen sozialen Bewegungen zu schlagen ist. Der Beitrag von Brand ist als sinnvoller Versuch zu lesen, die leidige Debatte um die Neuheit der neuen sozialen Bewegungen nicht dezisionistisch zu entscheiden, sondern sie im Lichte historischer Vergewisserung zu führen. Diese Möglichkeit hätte auch das Thema von Gerhard geboten. Ihre Ausführungen zur alten und neuen Frauenbewegung wiederholten jedoch längst Bekanntes.

In der Linie einer historisch informierten Deutung scheint auf den ersten Blick auch der Aufsatz von Eder zu liegen: Die neuen sozialen Bewegungen „sind – historisch gesehen – eine zweite Welle des Protests der ‚Biedermänner‘ und ‚Radikaldemokraten‘, der im 19. Jahrhundert eine bedeutende und ambivalente moralische, politische und gesellschaftliche Wirkung hat entfalten können.“ (181) Die These

ist provozierend, fällt ganz entschieden aus dem Rahmen des mitunter schwammigen Konsenses der „NSB-Forschung“. Fragwürdig erscheint mir allerdings mindestens dreierlei: Läßt sich die Kategorie des (Klein-)Bürgertums noch umstandslos auf die Gegenwart beziehen, zumal ihr Pendant – die Arbeiterschaft – als soziale Klasse kaum mehr konturiert ist. Zum zweiten: Selbst wenn es die Kleinbürger als Klasse noch gäbe, so bliebe doch fraglich, ob die von Eder benannten Motive für den kollektiven Protest dieser Klasse (Zwang zur symbolischen Abgrenzung nach unten, Furcht vor ökonomischem oder sozialem Abstieg) eine Erklärung dafür bieten, warum sich viele in Friedens-, Frauen-, Selbsthilfe- und Ökologiegruppen engagieren. Schließlich ist auch die grundlegende theoretische Frage zu stellen: Ließe sich, die Einheit der objektiven Lage einmal unterstellt, so direkt auf manifestes kollektives Handeln schließen?

Fragen dieser Art kommen erst auf, wenn scharfe, theoretisch inspirierte Thesen formuliert werden. Im Unterschied zu Eder scheint mir in dieser Hinsicht der mainstream der Bewegungswissenschaft zu vorsichtig, zu unkonturiert. Entscheiden lassen sich allerdings solche Fragen fast nur im Rekurs auf handfestes empirisches Wissen. Daran aber mangelt es noch immer – aller Fülle der Bewegungsliteratur zum Trotz.

So spiegelt dieser Band den generellen Zustand der Bewegungswissenschaft, die sich bezeichnenderweise eher als **Bewegungsdiskussion** versteht. Cum grano salis gilt: Da werden informierte Eindrücke und Plausibilitäten ausgetauscht, gedreht und gewendet; vieles wird unverbindlich und folgenlos dis-

kutiert. Gesucht wird anscheinend – davon zeugt das Vorwort des Sammelbandes – ein Commonsense, der nicht nur die Bewegungswissenschaft, sondern auch die AktivistInnen einschließen soll. Unter diesen Bedingungen scheint vermeintlich das Gelingen zu können, was die Herausgeberin des Bandes fordert: auch dem Anspruch der Bewegungen gerecht zu werden.

Doch wenn die Debatte über Bewegungen Bewegungswissenschaft werden will, wenn sie also Theorien durch den Rekurs auf die Empirie prüfen will, braucht sie zwar die Nähe zu Bewegungen nicht zu scheuen, darf sich aber nicht an deren Applaus orientieren. So gesehen scheint mir das multifunktionale Anliegen des Sammelbandes – nicht jedoch die Stoßrichtung einzelner Beiträge! – verfehlt. Das Anliegen ist zum einen Bewegungswissenschaftlich unproduktiv, weil sich die Beiträge nicht aufeinander beziehen, weil scharfe, pointierte Auseinandersetzungen eher vermieden als gesucht werden. Wie spannend wäre es gewesen, zum Beispiel Vester und Eder und Brand und Rammstedt in einen Streit zu verwickeln. Zum anderen erscheint mir das Anliegen des Sammelbandes, der ja AktivistInnen aufklären will, bewegungspolitisch naiv. AktivistInnen werden Bemerkungen über „postkonventionelle Kompetenz und politische Performanz“ – so Titel und Gesamtduktus des Beitrags von Bambach – schlicht und ergreifend ignorieren.

Nachbemerkung: „Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit den Steinen werfen“ – so mag es dem

Rezensenten als Mitherausgeber eines Sammelbandes (*Roth / Rucht* 1987), der in mancher Hinsicht mit dem von *Wasmuht* vergleichbar ist (und auch zum Teil die gleichen Autozen einschließt), entgegenschallen. Nun, so sei's denn. Auch selbstkritisch läßt sich anmerken, daß das Stadium der Unschuld vorüber ist. Strengere Maßstäbe sind angebracht.

Dieter Rucht, Berlin

||||| Rolf Ebbighausen / Sighard
Neckel (Hrsg.): |||

Anatomie des politischen Skandals

Suhrkamp-Verlag: Frankfurt/M.
1989, 417 S.

Ob Watergate, Flick-Skandal oder der Milliardenklau der usbekischen Baumwoll-„Mafia“: Skandale sind Verdichtungen sozialer Prozesse und werfen auf diese ein aufschlußreiches Licht. Die Analyse des Skandals, seiner Voraussetzungen, seines Ablaufs und seiner möglichen Folgen verspricht daher mehr als die bloße Bestätigung der vorgefaßten Meinung, daß die Politik ein schmutziges Geschäft moralisch zwielichtiger Akteure sei. Die Herausgeber des Sammelbandes „Anatomie des politischen Skandals“, Rolf Ebbighausen und Sighard Neckel, haben konzeptionelle Beiträge sowie historische und aktuelle Fallstudien zur Skandalforschung kombiniert. Deren Lektüre ermöglicht es, den Skandal als „eine soziale Institution“ zu dechiffrieren, dessen „Anatomie wie die jeder anderen etablierten Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens aus Normen und Regeln, My-

then und Ritualen, aus Erwartungen und Sinn, Macht und Konflikt zusammengesetzt ist“ (S. 59).

Aufgebaut ist der Reader in vier Abteilungen, die den interdisziplinären Charakter des Gegenstandes reflektieren: Der Soziologie des Skandals („Skandalwelten zwischen Amt und Alltag“) und ihrer historischen Betrachtung („Skandalgeschichte“) schließen sich eher politologisch orientierte Analysen („Demokratie und Macht“) sowie Überlegungen zur ästhetischen Dimension des Skandals („Dramaturgien des politischen Skandals“) an. Auf den letzten Abschnitt werde ich nicht weiter eingehen. Er enthält u.a. eine interessante Analyse der öffentlichen Verwendung des Ehrenwortes durch Uwe Barschel (*Helmut Berking*), eine Typologie westdeutscher Skandalpolitiker (*Heinz Bude*) und eine Analyse des Berliner Sklarek-Skandals von 1929 (*Dagmar Reese*). Ich werde mich vielmehr auf die systematischen und vergleichenden Aspekte der vorliegenden Beiträge konzentrieren. Auffällig sind fünf markante Betrachtungsweisen des Skandals, die ich im folgenden knapp skizzieren möchte:

1. *Bourdieu's* kultursoziologische Analyse (in seinem Beitrag „Delegation und politischer Fetischismus“) hebt den Mechanismus der Delegation hervor, mittels dessen politische Akteure ein repräsentierendes Mandat für die Vertretung sozialer Interessen im politischen Raum wahrnehmen können. Als „Orakeleffekt“ bezeichnet Bourdieu die Persönlichkeitsspaltung, die die repräsentierende Person zu einer „transzendenten fiktiven oder Rechtsperson“ (S. 44) werden läßt. In einem Akt der „Selbstkonsekration“ behauptet der politische

Funktionär die aus dem Mechanismus der Delegation herrührenden Ansprüche der Rechtsperson als individuelle Attribute. Das Unterlaufen dieses selbsteingeforderten Anspruchsniveaus im praktischen Verhalten von Politikern bietet der Öffentlichkeit Ansatzpunkte der Skandalisierung.

2. Staatliche Maßnahmen werden im Medium einer auf Inszenierung abzielenden symbolischen Politik mit den „psychischen Bedürfnissen der reagierenden Masse“ koordiniert (*Murray Edelman*). Der Skandal – wie etwa auch der ritualisierte Staatsakt – ermöglicht als „Verdichtungssymbol“ „im großen und ganzen nur eine rituelle, ersatzweise und beiläufige Massenpartizipation an der Politik“. Die eigentlichen Entscheidungen für zu treffende Maßnahmen werden weiterhin von den demokratischen Eliten gefällt (*Schumpeter*), die sich dabei auf die durch symbolische Politik stabilisierte politische Apathie der Bürger stützen können. (In seinem Beitrag „Machen Skandale apathisch?“ setzt sich *Sighard Neckel* in bemerkenswerter Kritik mit dieser These auseinander. Die Beiträge von *Rolf Ebbighausen* und *Roland Roth* vertreten mit ihrem Hinweis auf die neuen sozialen Bewegungen die Gegenthese: Skandale seien sichtbares Anzeichen gesteigerter politischer Sensibilität und einer „gewachsenen Legitimationsempfindlichkeit staatlicher Politik“).

3. Der Appell dessen, der den Skandal offenlegt, an das öffentliche Normenbewußtsein steht – in einer bezeichnenden eingegengten Wahrnehmung – im Zentrum einer dritten Position. Nicht die moralische Entrüstung, sondern der „archaische Racheimpuls einer ressentimentgeladenen Menge“ wird hier – aus der Sicht der Inha-

ber von Macht – als das Aktionsfeld des Skandalisierers beschrieben. Die konservative Defensivargumentation greift auf *Nietzsches* Moralkritik zurück und zielt auf eine Entmoralisierung von Macht (S. 69ff.).

4. Im Rückgriff auf *Emile Durkheims* Theorie der sozialen Integration führt der Skandal in Verletzung eines Kollektivbewußtseins zu Reaktionen, die dieses über Sanktionen stabilisieren. Das Ritual des Skandals und der Bestrafung der Verantwortlichen versorgt soziale Systeme mit Instrumenten der Selbstlegitimierung und Reinigung (S. 154). Die Amerikaner *Markovits* und *Silverstein* ergänzen *Durkheims* Annahmen. Der Skandal stellt ihrer Meinung nach eine Balance her zwischen den spannungsreichen Machtkonzepten von Liberalismus und Demokratie. Vertritt jener das Konzept individueller Freiheit und ihres Schutzes vor Machtmißbrauch durch Verfahrensregeln, so sei diese gewillt, dem Ziel kollektiver Wohlfahrt auch die individuellen Freiheiten unterzuordnen. Der Skandal bindet den Machterwerb stets zurück an demokratische Verfahrensregeln und garantiert so – im Spannungsfeld zweierlei Kollektivbewußtseins – die Liberalität der Demokratie.

5. Als Kritik der sich auf *Nietzsche* berufenden These des ressentimentgeladenen Skandalisierers wie auch des von *Edelman* behaupteten Zusammenhangs von politischer Apathie und Skandal – aber auch als Einwand gegen den umstandslosen Rückgriff auf *Durkheims* Theorie des kollektiven Bewußtseins – läßt sich die von *Sighard Neckel* vertretene Position skizzieren (S. 71ff.; S. 245ff.). Sie scheint insgesamt das größte Differenzierungsniveau aufzuweisen.

Im politischen Skandal artikuliert sich, so Neckel, „das Verhältnis zur Moral zwischen sozialen Gruppen, deren gesellschaftliche Machtbefugnisse asymmetrisch verteilt sind“. Nicht die Auffassung *Durkheims* vom Kollektivbewußtsein als sozialem Urphänomen, sondern die Konzeption einer immer wieder auszuhandelnden moralischen Ordnung als „Verwirklichung von Rechten und Bestimmung von Verpflichtungen“ (*Giddens*) öffnet den analytischen Zugang zum Skandal. Der Skandal ist somit Teil des Aushandlungsprozesses eines sich ständig neu konstituierenden Gesellschaftsvertrages und bindet politische Verantwortung an die öffentliche Kritik artikulierter Ungerechtigkeitsempfindungen (*B. Moore*).

„Wie weit politisch minoritäre Gruppen also dazu in der Lage sind, ihre normativen Orientierungen im Bewußtsein der Gesamtbevölkerung zu verallgemeinern, dies entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob sie ihre Themen gesellschaftlich skandalfähig machen können“ (Neckel, S. 247). Skandale zeigen also, daß es eine administrative Erzeugung von Sinn nicht geben kann.

Ein historischer Rückblick demonstriert, daß Skandale immer schon mit der Existenz von (auch vorbürgerlicher) Öffentlichkeit möglich werden. *Wolfgang Schuller* untersucht den Skandal in der griechischen Polis, der römischen Republik und sogar in der römischen Kaiserzeit, in der „der Hof und die Spitzen der Gesellschaft als Resonanzboden genügt haben (dürften)“ (S. 97). *Hefried Münkler* zeigt am Beispiel des Umgangs Herrschender mit den Töchtern ihrer Untertanen, daß der Herrscher immer schon an einen sittlichen Verhaltenskodex gebunden war. Die

politische Philosophie – Münkler zeigt dies für *Aristoteles*, *Macchiavelli* und *Spinoza* – erinnert den Herrschenden aus Gründen des politischen Ethos oder der Staatsräson an die Grenzen seines Handelns. Schon die vor-*Hobbesche* Lehre von Tyrannis und Widerstand knüpft den Gehorsam des Bürgers an die – auch dessen Begierden einschließende – Schutzgarantie seitens des Herrschers. Mit der schrittweisen Etablierung weiblicher Selbstbestimmung, die Münkler im Verlauf des 19. Jahrhunderts ausmacht, „differenziert sich (der sexuelle Übergriff) nimmend in Verbrechen und Skandal-Beziehungen, die in einem Fall gegen, im anderen mit dem Willen der Frau eingegangen werden“ (S. 123).

Bemerkenswert ist die von *Christine Landfried* herausgearbeitete Abhängigkeit skandalisierbaren politischen Verhaltens von der jeweiligen politischen Regierungsform. So ist im Absolutismus der Kauf politischer Ämter – und die damit verbundene private Bereicherung – allgemein üblich. In England gerät der Ämterkauf am Vorabend der Revolution in die Kritik. Die französische Revolution schafft ihn ab, während Friedrich Wilhelm I. ihn für die „verspätete Nation“ erst 1722 einführt. Der Frühparlamentarismus ist aufgrund des Fehlens eines klar strukturierten Parteiensystems wie auch der Nichtexistenz des allgemeinen Wahlrechts gekennzeichnet durch parlamentarische Cliquenherrschaft. Die Regierung versucht (oft im unklaren Machtverhältnis zwischen Krone und Parlament), sich der Unterstützung der Parlamentsmehrheit mittels Patronage und Bestechung (Geheimfonds) zu versichern. Die modernen Demokratien kennen

vor allem die individuellen Formen der Korruption, auf die sie mittels parlamentarischer Kontrollrechte reagieren. Landfried weist anlässlich der Erfahrungen mit dem Bundestags-Untersuchungsausschuß zum Flick-Skandal daraufhin, daß die Kontrollrechte des Parlaments durch Auswüchse des Parteienstaats eingeschränkt werden. So können Beweisanträge in den Untersuchungsausschüssen nur bei Mehrheitsentscheid der Ausschußmitglieder gestellt werden.

Die historischen, rekapitulierenden Aussagen Landfrieds werden ergänzt durch die politische Studie von *Mark Silverstein*. Die im amerikanischen Verfassungssystem festgeschriebene Präsidialdemokratie, so seine These, hat unausweichlich zu Watergate und Irangate geführt. Die „Selbstblockade der Regierungsmacht“ im ausgeklügelten System von checks and balances schwächte zwar die Macht der Kongreßparteien, zwang aber zugleich die Präsidenten zum ständigen Arrangement. Mit der Präsidentschaft Franklin Roosevelts erfolgte jedoch ein völliger Bedeutungswandel des Präsidentsamtes. „Expertenberater wurden zum Symbol des neuen, modernen Staates, und der Kongreß – durch den Bedeutungsschwund der Parteien ohnehin schon geschwächt – gab seine politische Kontrollfunktion an die im Wachstum begriffene Bürokratie ab.“ (S. 265) Der Präsident bedarf seitdem zur Aufrechterhaltung seiner Macht der plebiszitären Unterstützung, kann diese aber auf Dauer nur erzielen, wenn er seine Entscheidungssouveränität überzeugend demonstriert. Watergate und Irangate werden vor diesem Hintergrund auch als nahezu vorprogrammierte Bruchstellen praktizierter Gewaltenteilung verstehbar.

Spannend wie ein Krimi ließt sich der Beitrag von *Peter Klier*, *Erhard Stöltin* und *Walter Süß*. Sie rekonstruieren mit Scharfsinn und Sympathie das Glasnost-Programm Gorbatschows als den riskanten Versuch, die Institution des Skandals in der Sowjetunion zu etablieren. Diesem Versuch steht eine verheerende Tradition des herrschaftlichen Umgangs mit einer populistisch manipulierten und mit Mitteln des Terrors kontrollierten Öffentlichkeit entgegen. Eine subtile Analyse der Moskauer Schauprozesse als inszenierte Skandale macht eindrucksvoll deutlich, zu welcher gebrochener Form der Beziehung von Öffentlichkeit und Publikum die stalinistische Herrschaft geführt hat: „Denn das Publikum weiß in der Regel, daß die Realitätsvorstellung manipuliert wird, und daß es das weiß, ist auch den Zensoren bekannt. Mehr noch, sogar dem Publikum ist bekannt, daß die Zensoren dies wissen, und selbst das ist den Zensoren bekannt. Die Beziehung von Öffentlichkeit und Publikum wird auf diese Weise auf ein gespanntes Fiktionalitätsniveau gehoben.“ (S. 283) In detaillierter Weise werden dann wichtige Stationen des Versuchs der Reformpolitik dargestellt, „durch die Skandalisierung der weitverbreiteten Korruption das alte System zu erschüttern.“ (S. 295)

Die Beschäftigung mit dem Skandal ermöglicht ein vertieftes Verständnis der Funktionsweise von Öffentlichkeit jenseits aller politischen Bezugnahmen im Stil von Sonntagsreden. Die Lektüre dieses Buches ermöglicht einen realistischen Blick auf die Architektur öffentlicher Diskurse; Das „schmutzige Geschäft“ der auf Machterwerb und -gebrauch abzielenden Politik kann sich in modernen Demokratien der öffentlichen Kon-

trolle nicht entziehen und sie auch nicht zur Gänze manipulativ in Regie nehmen. Das so offenbar werdende Spannungsfeld, auf das der Skandal ein grelles Licht wirft, bleibt für ein angemessenes Verständnis des politischen Prozesses eine ständige Herausforderung. Die politische Arena ist eben kein Ort, an dem man sich häuslich niederlassen kann. Wer dies doch tut, kandidiert – so ließe sich schlußfolgern – bereits als Gegenstand der Skandalforschung.

Ansgar Klein, Bonn



Ausgewählte Schriften, Hrsg. von Nora Räthzel, mit einem Vorwort von Gustav Klaus

Hamburg: Argument-Verlag 1989, 240 S.

In seinen erstmals in deutscher Übersetzung vorliegenden Aufsätzen präsentiert sich *Hall* als ein marxistischer Theoretiker, der sich dem Problem der Ideologieproduktion und ihrer Akzeptanz verschrieben hat. Obwohl sich heterogenen Themen wie Rassismus, Thatcherismus, Medien, Massenkultur und Perspektiven linker Politik auf verschiedenen Abstraktionsebenen zuwendend, durchzieht die Frage, wie es den Herrschenden gelingt, ihre gesellschaftliche und staatliche Macht zu festigen, wie sie mittels ideologischer Apparate Zustimmung zu ihrem System erzeugen, die einzelnen Aufsätze wie ein roter Faden. Um diesen sozialen Prozeß der freiwilligen Subordination adäquat zu beschreiben, sieht sich *Hall*

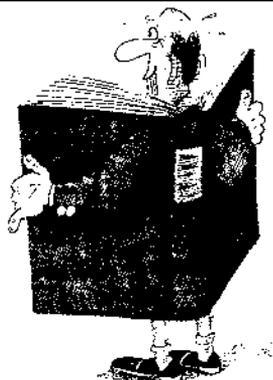
gezwungen, mit einigen liebgewonnenen Postulaten marxistischer Orthodoxie zu brechen, ihren simplifizierenden ökonomischen Reduktionismus zu verwerfen, um zu einem Verständnis der Interdependenzen von Ideologie und Ökonomie zu gelangen, das dem Widerspiegelungstheorem im selben Maße widerspricht, wie es gegen die phänomenologische Annahme einer vollständigen Indifferenz zu Felde zieht. Fällt die reduktionistische Floskel, wonach sich eine bestimmte gesellschaftliche Lage unmittelbar im Bewußtsein der Individuen ausdrückt, muß Abschied von einem monolithischen Klassenbegriff genommen werden – so schwer er auch immer fallen mag. Proletariat und Bourgeoisie können nicht mehr als homogene, diametral entgegengesetzte Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft gedeutet werden. Auch Lukas' feinsinnige Unterscheidung zwischen der Klasse an sich und für sich hilft nicht mehr weiter, sondern die Klassen müssen in ihren Fraktionierungen ernstgenommen werden. Dadurch erhält *Hall* eine analytische Perspektive, die es ihm erlaubt, geschlechtsspezifische, ethnische, confessionelle und/oder milieubedingte Praxen in ihren Besonderheiten zu betrachten, sie nicht als mangelndes Klassenbewußtsein zu diffamieren, sie nicht mit dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu identifizieren. Die Geschichte des Kapitalismus erscheint mithin nur noch in ihrer abstraktesten Lesart als eine Geschichte des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, als ein Kampf, der sich in den Bestrebungen unterschiedlicher sozialer Gruppen nach Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft historisch konkretisiert. In ihrem Streben nach Hegemonie sind die einzelnen sozialen

Gruppen auf Zustimmung angewiesen, die sie mittels ideologischer Apparate (Schule, Wissenschaft, Medien, Kirche, Kunst, Sport etc.) zu produzieren trachten. Um hierbei erfolgreich zu sein, müssen sie an bereits gelebte soziale Praxen anknüpfen, ihre Ideologie mit bestehenden Formen von Alltagsbewußtsein verzahnen, die Subjekte davon überzeugen, ihre Verhältnis zur Welt in einem gänzlich anderen Sinzusammenhang oder Repräsentationssystem als bisher auszudrücken (vgl. S. 196). Diesem anrufenden, interpellativen Aspekt von Ideologie nachgehend gelangt *Hall* zu dem Begriff des Diskurses, mit welchem er die Arbeitsweise ideologischer Formationen charakterisieren möchte. Metaphorisch umschrieben können Diskurse als sprachliche Führen betrachtet werden, auf denen die Subjekte von ihren konkreten, sprachlichen und nichtsprachlichen Praxen in den Einflußbereich ideologischer Mächte transportiert werden. Dieser ideologischer Transformationsarbeit sind, um erfolgreich zu sein, linke und rechte, fortschrittliche und reaktionäre, faschistische und emanzipatorische Kräfte gleichermaßen verpflichtet. In ihrem Dienst sind Wissenschaft und Dogma, Wahrheit und Lüge gleich-gültig geworden. Im Kampf der Ideologien um Zustimmung zählt nur der Erfolg des besseren Argumentes, auch wenn es Unterdrückung verspricht. Indem *Hall* aber alle Begriffe auf ein Spiel ideologischer Mächte reduziert, gewinnt er zwar einen Blick für die Wirkungsweisen von Ideologien, verliert aber die Sphäre des Nicht-Ideologischen. Alles erscheint nunmehr als ein Spiel ideologischer Mächte, der kritische Geist hat sich in seinem Ernst vor der

Ideologie blamiert, ihre Herrschaft ist im Denken Halls zur Totalität erhoben. Ideologiekritik, einst ein hehres Anliegen linker Gesellschaftstheorie, wurde von Hall einer funktionalen Analyse von Ideologien preisgegeben, er bezahlte mit nichts geringerem als der marxistischen Einsicht, daß Ideologien als Formen falschen

Bewußtseins aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig Ausdruck falschen Bewußtseins sind. Diese Einsicht wieder in Kredit zu bringen, ist heute genauso ein emanzipatorisches Anliegen wie zu Marxs Zeiten.

Thomas Klepsch, Bonn



AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

Albers, Detlef u. a.
(Hrsg.): *Fernaufklärung, Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Kiepenheuer und Witsch: Köln 1989.*

Albertz, Heinrich: *Am Ende des Weges, Nachdenken über das Alter, Kindler: München 1989.*

**Andritzky, Michael/
Rautenberg, Thomas**
(Hrsg.): *„Wir sind nackt und nennen uns Du“, Eine Geschichte der Freikörperkultur, anabas: Gießen 1989.*

**Backes, Uwe/Jesse,
Eckhard:** *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bände, Verlag Wissenschaft und Politik: Köln 1989.*

Bärsch, Jürgen:
Selbsthilfe – Genossenschaften – Vergesellschaftung, VSA-Verlag: Hamburg 1988.

Beer, Ursula: *Geschlecht – Struktur – Geschichte, Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses, Campus: Frankfurt 1989.*

Bermbach, Udo u. a.
(Hrsg.): *Spaltungen der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats, Leske + Budrich: Leverkusen 1989.*

Bertels, Lothar: *Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt, Leske + Budrich: Leverkusen 1989.*

Bertram, Hans u. a.
(Hrsg.): *Blickpunkt Jugend und Familie, Internationale Beiträge zum Wandel der Generationen, Juventa: Weinheim 1989.*

Biedenkopf, Kurt H.:
Zeitsignale, Parteienlandschaft im Umbruch, Bertelsmann: München 1989.

Bischoff, Joachim:
Massengesellschaft und Individualität, Auf dem Weg in den Postfordismus, VSA: Hamburg 1989.

Büchner, Peter u. a.
(Hrsg.): *Kindheit und Jugend im interkulturellen Vergleich, Leske + Budrich: Leverkusen 1989.*

Bullmann, Udo:
Kommunale Strategien gegen Massenarbeitslosigkeit, Leske + Budrich: 1989.

**Dalton, Ronald/Küchler,
Manfred (Hrsg.):**
Challenging the Political Order, New Social and Political Movements in Western Democracies, Oxford University Press and Polity Press: Oxford 1989.

Daniel, Ute: *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft, Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1989.*

Ditfurth, Hoimar von:
Innenansichten eines Argenossen, Meine Bilanz, Claassen: Düsseldorf 1989.

Ellwein, Thomas: *Krise und Reformen, Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, Deutscher Taschenbuchverlag: München 1989.*

Engert, Steffi/Gartenschläger, Uwe: *Der Aufbruch – Alternative Bewegungen in der Sowjetunion, Perestroika von unten, rororo: Reinbek 1989.*

